DM 7,50 Österreich 65,– öS Schweiz 7,50 sfr Nr. 7 Juli 1989 E 8080 E

CODE

Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Helmut Kohl:
Verzicht auf Wiedervereinigung zugunsten Europas

Aktienrechtler stellt Mitverschulden der Deutschen Bank beim Girmes-Konkurs fest

Henry Kissinger:
Finnlandisierung Europas

Frankreich:
Die Politik der B'nai B'rith-Loge

Sowjetunion:
Gorbatschow ein humaner Stalin

Revisionismus:
Stalin wollte Deutschland angreifen – Hitler kam ihm um Wochen zuvor



Lieber Leser

CODE ist ein Nachrichtenmagazin, das sich vorwiegend Themen widmet, die in der Establishment-Presse einseitig, tendenziös oder gar nicht dargestellt werden.
CODE ist politisch, wirtschaftlich unabhängig und keinen gesellschaftlichen Gruppierungen verpflichtet.
CODE hat weltweit einen Mitarbeiterstab von 80 Korrespondenten und arbeitet mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight« und dem Nachrichtendienst »New American View« zusammen.
CODE bietet einer Reihe jüdischer Journalisten und Rabbiner die Möglichkeit, ihre politischen Bedenken gegen den Zionismus zu äußern. Diese jüdischen Autoren gehen davon aus, daß der politische Zionismus nichts mit ihrer Religion zu tun hat, und sie halten jene nicht für antisemitisch, die gegen den Zionismus vorgehen.
CODE wird in den Fragen des Antizionismus von jüdischen Persönlichkeiten beraten, die der Redaktion ausdrücklich bestätigt haben: »Wir kennen die Zeitschrift und finden darin kein Material, das seiner Natur nach anti-semitisch ist, und verstehen die Position, die Unterschiede zwischen Zionismus und Judaismus aufzuzeigen. Obwohl wir nicht mit allen vertretenen Positionen übereinstimmen mögen, unterstützen wir das Recht darauf, politische Ansichten darzustellen.« Dieser Satz wurde von sechs namhaften Rabbinern unterzeichnet.
CODE verfügt auch auf anderen Gebieten über kompetente Mitarbeiter: Victor Marchetti, Autor des bekannten Bestsellers über den CIA, war stellvertretender Direktor des CIA; Mark Lane, ein bekannter Washingtoner Rechtsanwalt, hat Prozesse wegen der Ermordung des US-Präsidenten John F. Kennedy gegen CIA-Mitarbeiter geführt; C. Gordon Tether, der für den Finanzteil zuständig ist, arbeitet seit langem für die »Financial Times«.
CODE ist weder antiamerikanisch noch antisemitisch, weder rechts, noch links, auch nicht rot, schwarz, grün oder braun. Dadurch paßt dieses Nachrichtenmagazin auch nicht in das Schablonendenken der im Auftrage des Bonner Staates tätigen »Aufsichtsbeamten«.
CODE ist national, konservativ, patriotisch und dadurch den deutschen Belangen und Problemen besonders aufgeschlossen.

Als Leser von **CODE** kennen Sie bereits die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher, zu überlegen, wer aus dem Kreis Ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von **CODE** werden könnte.

Für Ihre Mühe möchten wir Sie gerne entschädigen. Wenn Sie uns einen neuen Abonnenten, der noch nicht Bezieher der Zeitschrift war, werben, erhalten Sie als **Prämie das Buch von Des Griffin »Wer regiert die Welt?«**

Vielen Dank
Ihr Verlag Diagnosen

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab ____________
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementspreis von 72,– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 72,– zuzüglich DM 15,– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

☐ Der neue Abonnent legt einen Verrechnungsscheck über den Betrag von 72,– DM anbei (Ausland: DM 87,– Gegenwert in ausländischer Währung zum Tageskurs)

☐ Bittet um Übersendung einer Rechnung.

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Wer regiert die Welt?«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift, ist nicht mit mir identisch, und ihm wurde eine Kopie dieses Bestellscheins ausgehändigt. Meine Anschrift:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

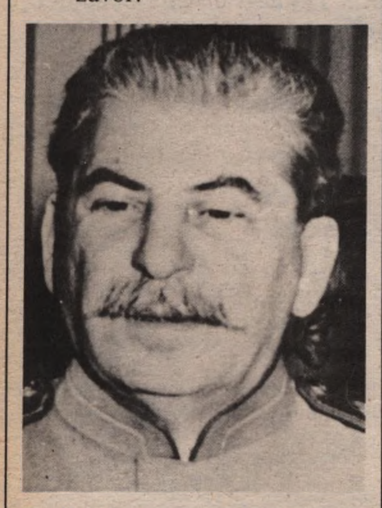
CODE

Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Deutschland

6 Zwei Verfassungstage und ihr Unterschied
Im Mai 1989 feierten die Bundesbürger eine Verfassung, die die Besatzungsmächte unterzeichneten, über die die Deutschen aber bis heute nicht abstimmen durften.

8 Hitler in Stalins Kalkül
Victor Suworow hat sich mit den wahren Ursachen des Zweiten Weltkrieges beschäftigt. Sein Ergebnis: Stalin plante einen Krieg gegen das Deutsche Reich und Hitler kam mit seinem Angriff vom 21. Juni 1941 ihm nur um wenige Wochen zuvor.



Stalin plante einen Krieg gegen Deutschland, aber Hitler hatte seine Absichten durchschaut.

14 Shamir bot Hitler seine Dienste an



Yitzhak Shamir bekannte im Zweiten Weltkrieg seine Begeisterung für Hitlers Politik und bot ihm sogar Hilfe an.

Der israelische Premierminister Yitzhak Shamir bot während des Zweiten Weltkrieges an, sich und die terroristische Bande unter seinem Kommando in die Dienste der nationalsozialistischen Regierung des Deutschen Reiches zu begeben.

Finanzen

18 Die Deutsche Bank und die Schuld am Girmes-Konkurs
Professor Dr. Wolfgang Grunsky erhebt in seinem Gutachten schwere Vorwürfe gegen die Deutsche Bank im Fall des Girmes-Konkurses.

20 Bei den Gold-Aktien tut sich etwas

21 Ausblick auf die Preisentwicklung beim Gold

22 Banken im Mittelpunkt der Drogen-Skandale

24 Schweigen über Drogen-Machenschaften der Banken

25 Mein Ruhm bei der Trilateralen Kommission dauerte 15 Minuten



David Rockefeller tagte in diesem Jahr mit seiner Trilateralen Kommission im Hotel Intercontinental in Paris.

26 Unvollständige Pariser-Gästeliste der Trilateralen

27 Trilaterale für Liberalisierung der Bindungen mit Moskau
Abrüstung, Ost-West-Beziehungen, internationale Geld- und Schuldenprobleme und Frankreichs Status quo in Europa und der Welt, waren die drei Fragen, die auf der diesjährigen Jahresversammlung der Trilateralen diskutiert wurden.

28 Die Tagung der Trilateralen in Paris

Internationales

29 Die geheime Tagesordnung der Bush-Regierung

34 Henry Kissinger plädiert für die Finnlandisierung Europas

35 Michail Gorbatschow mit dem Zeichen des Antichristen

38 Gorbatschow ein humaner Stalin
Was bisher nicht gelang, nämlich Deutschland und danach das restliche Europa dem Sowjetsystem einzuverleiben, hat sich nun Gorbatschow zum Ziel gesetzt. Nur daß er, im Gegensatz zu Stalin, dies auf diffizilere Weise erreichen will.

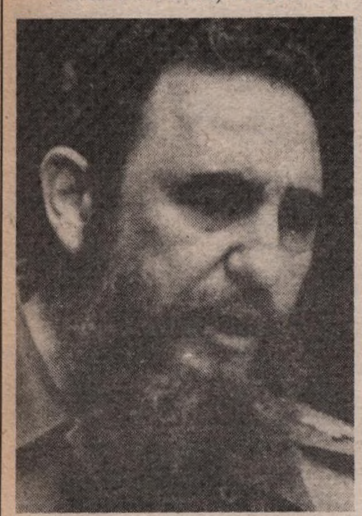
41 Rumänien in der Gewalt der Banker

43 Die Politik der B'nai B'rith-Loge

45 Le Pens Partei lebt
In den letzten Monaten hat das internationalistische Establishment ständig wiederholt, die Nationale Front Frankreichs sei in der französischen und europäischen Politik keine Kraft mehr.

46 Kooperation zwischen Marxisten und Terroristen in Südafrika

48 Der Kommunismus stirbt in Kuba
Gorbatschows Reise nach Kuba machte eins deutlich: Der Kommunismus ist ein sterbendes System, das schnell seine ideologische Zugkraft wie auch seinen Druck auf Nationen, die sich derzeit unter seinem Joch abmühen, verliert.



Fidel Castro ist immer noch ein unruhestiftender Prediger jener veralteten roten Religion.

49 Das Ende der Monroe-Doktrin

50 Perus Öl regiert die Welt

Naher Osten

51 Der Preis des Friedens für Israel

54 Die Tragödie mit der West Bank

55 Neue Einschätzung der Palästinenser

56 Der wirkliche Yitzhak Shamir
Der israelische Premierminister lehnt jede Art von Konzessionen an die Palästinenser ab und glaubt, daß im historischen Konflikt die Zeit auf Israels Seite steht.

57 ADL fordert neue Gesetze zur Einschüchterung der Bürger

60 Der Zionismus – ein trauriger Fehlschlag

Medizin

62 Gegen das Flachdenken der Lernmedizin
Der Nachteil unserer heutigen naturwissenschaftlichen Medizin ist, daß sie alle Krankheiten nur symptomatisch und nie ursächlich therapieren kann. Es ist das Verdienst von Günter Carl Stahlkopf, daß er dieses Grundfundament für eine kausale Regenerations-Ganzheits-Therapie nach seinen Erkenntnissen aufgebaut hat, weil man nur so zu echten schädigungsfreien Kausal-Ausheilungen kommen kann.

Ständige Rubriken

16 Banker-Journal
Die Folgen der Alaska-Katastrophe zahlen die Autofahrer; Zusammenhang zwischen Kindersterblichkeit und IWF; Swiss Bankcorp bringt Nabisco vor Gericht; Japans Finanzskandale mit US-Handelsgesprächen verknüpft; Japan und Korea streben nach Vereinbarungen mit den USA;
New Zeeland Steel gehört jetzt Rotchina;
IWF-Generaldirektor besuchte China.

36 Europa-Journal
Fünf Prozent der Europäer sind Analphabeten; Nach den Robbenbabys die Luchse, Fischotter und Biber; Rapider Anstieg des Meeresspiegels; Mountbatten war nicht wirklich königlich; Paris liefert Waffen an Libyen; Glasnost: Größte Täuschung der Geschichte; Kissinger bremst seinen »Neuen-Jalta-Plan«; Irland wendet sich wegen Öl an die Sowjets.

52 Nahost-Journal
Mossad-Chef tritt in den Ruhestand; Weniger Geld für neue Siedlungen auf der West Bank; Nicht alle Juden werden Doktoren; Rabbi Meir Kahane und die Kach-Partei; Wiederherstellung des arabischen Image in den USA; Appelle der PLO an die US-Juden.

59 Impressum

61 Zitate

64 Vertrauliches
Goldmedaille der B'nai B'rith-Loge für Kardinal König; Forderungen der Trilateralen Kommission an den US-Präsidenten; Zweifel an den Vereinbarungen über Südwestafrika; Neues Mineral in Südafrika entdeckt; Überfälle auf Hilfskolonnen im Sudan; Kissinger sagt Indien weltweite Rolle voraus; Kommt es zu einer Zusammenarbeit zwischen CIA und KGB?

66 Leserbriefe

Bonn

Zwei Verfassungstage und ihr Unterschied

Bruno Unger

Feiern Sie mit? Im Mai 1989 feierten die Bundesbürger eine Verfassung, die die Besatzungsmächte unterzeichneten, über die Deutsche aber bis heute nicht abstimmen durften; eine vierzigjährige Teilung gegen jedes Selbstbestimmungs- und Völkerrecht; ein »Provisorium«, das nach Artikel 146 dieser sogenannten Verfassung eine Übergangslösung sein sollte, die bei freier Entscheidung der Deutschen schon lange das Zeitliche gesegnet hätte.

Am 11. August 1919 unterzeichnete der vorläufige Reichspräsident Friedrich Ebert die drei Tage später in Kraft gesetzte »Weimarer Verfassung«. Ihre Hauptmerkmale: Sie war im Auftrag einer deutschen Regierung von einem deutschen Staats- und Verfassungsrechtler entworfen worden und wurde von einer Deutschen Nationalversammlung angenommen, sie bewahrte auch für das unterlegene und gewaltsam verstümmelte Deutschland die Bindung an die geschichtliche Tradition und damit das Bekenntnis zu ihr.

Wie kam es dazu?

So kommt in diesem Verfassungstext das Wort »Republik« nicht vor, es wird lediglich einmal zur Definition der Staatsform, nirgends aber als Namensbezeichnung von staatsrechtlicher Verbindlichkeit gebraucht. Dieser geschichtliche Tatbestand ist in seiner tiefen Bedeutung den Zeitgenossen kaum bewußt geworden und der Gegenwart so gut wie unbekannt geblieben.

Der mit der Ausarbeitung des Verfassungsentwurfs betraute Berliner Staatsrechtler, Prof. Dr. Hugo Preuß, hatte dem Reichstag von der Anwendung des Wortes Republik ausdrücklich abgeraten: »An das Wort Reich knüpfen sich jahrhundertealte Traditionen und die ganze Sehnsucht des aufgesplitterten deutschen Volkes nach nationaler Einheit. Der Verzicht auf dieses Wort, das eine hart erkämpfte und erst nach so vielerlei Prüfungen und Enttäuschungen verwirklichte Einheit bedeutet, hieße unnütz und grundlos die in der Volksseele tief verwurzelten Gefühle verletzen.«

Am 23. Mai 1949 unterzeichnete ein Präsident eines »Parlamentarischen Rates«, namens Konrad Adenauer, das Bonner »Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland«. Dessen Hauptmerkmale: Es sollte lediglich ein Provisorium sein – »für eine Übergangszeit« laut eigener Präambel –, weshalb es auch nicht mit dem Namen »Verfassung« bezeichnet wurde, und sollte entsprechend »seine Gültigkeit an dem Tage verlieren, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen worden ist« (Schluß-Artikel 146).

Mit Demokratie hat es nichts zu tun

Denn dieses »Grundgesetz« war, was heute längst vergessen scheint – am 8. Mai 1949 beziehungsvollerweise –, beschlossen worden, eben von einem sogenannten »Parlamentarischen Rat«, der nun weder »demokratisch gewählt« worden war noch mit dem »deutschen Volk« auch nur das geringste zu tun hatte – noch dazu auf Initiative der fremden Besatzungsmächte, an deren Zustimmung es noch obendrein völlig gebunden war.



Am 7. Mai 1945 unterzeichnete Generaloberst Jodl in einem Schulhaus in Reims die Urkunde über die bedingungslose Kapitulation der Wehrmacht.

Das heißt in Wahrheit also: eine Versammlung von Parteifunktionären, die als solche zu ihrem »Verfassungswerk« von der feindlichen Besatzungsmacht »lizenziert« worden waren und die man doch nun wirklich nicht mit dem »deutschen Volk« gleichsetzen kann. Mit diesem Sachverhalt allein war schon der Artikel 20/2 des frisch fabrizierten Grundgesetzes, danach »alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht«, im voraus bereits widerlegt.

Geist und Inhalt dieses Grundgesetzes entsprechen denn auch durchaus dem Wollen seiner Erzeuger: Mit Demokratie hat es überhaupt nichts zu tun, obwohl es so tut – mit einigen Redensarten nämlich wie der schon genannten, daß »alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht«, daß die Abgeordneten des Bundestages »Vertreter des ganzen Volkes«, »an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen« seien.

Man kann das alles nur als Hohn empfinden, wenn man an die Wirklichkeit unserer »Demokratie« denkt, deren »Verfassung« weder Volksbefragung noch Volksentscheid kennt, als doch in Wahrheit Grundlage, Sinn und Wesen einer echten Demokratie. Die von der Besatzungsmacht lizenzierten und von niemand gewählten Parteifunktionäre hatten offenbar vor nichts solche Angst als gerade vor dem Volk, das eben auch deswegen zu jener wesenlosen, schwammigen »pluralistischen« Masse, zur »Gesellschaft« umfunktioniert und »neutralisiert«, das heißt entmachtet, entwertet und entwürdigt wurde.

Deshalb beschäftigt sich auch der Inhalt des Grundgesetzes fast ausschließlich mit dem einzelnen, mit seinen Eigeninteressen, mit seiner Freiheit und deren Unverletzlichkeit – von der Unverletzlichkeit des Volkes, von dessen Freiheit, dessen Sicherheit und Sicherung gegen äußere wie innere Feinde, von seinen Lebensgrundlagen, darauf doch die des einzelnen in Wahrheit beruhen und nur allein auch beruhen können, vom unbedingten Vorrang des Rechtes der Gesamtheit vor dem Recht des einzelnen –, von alledem ist im Grundgesetz nicht die Rede; es kannt eben und will auch nur kennen eine anonyme »Gesellschaft« anstelle einer lebenden und lebendigen Gemeinschaft.

Auch nur von Rechten, immer wieder Rechten des einzelnen, ist die Rede, nirgends von Pflichten, Pflichten der Gesamtheit gegenüber, aus deren Erfüllung erst die Rechte des einzelnen erwachsen können und ihre sittliche Grundlage hätten.

Die Verfassungswirklichkeit, die Wirklichkeit dieser sogenannten Demokratie besteht dabei in einer absoluten Parteien-Oligarchie, das heißt in der Herrschaft

einer kleinen Parteien-Clique, eines winzigen Bruchteils des Volkes über dieses. Das Volk hat lediglich das »Recht«, sie immer wieder zu »wählen«.

Die Herrschaft einer Parteien-Clique

In Wirklichkeit wählen sich diese »Parteien« immer wieder selbst, machen sich selbst zum Staat und geben sich dabei gleichzeitig als »staatstragende Parteien« aus – den Staat dabei zum Selbstbedienungsladen degradierend, indem sie sich beständig, und in diesem Falle immer einig, an der Staatskasse vergreifen und das heißt doch: an dem vom ganzen Volk erpreßten Steuergeldern.

Eine zynische Verachtung des »dummen Volkes«, die nicht mehr zu überbieten ist, das deshalb auch die Ziele, die sich diese Clique in Wahrheit gesetzt hat, gar nicht erfahren darf, das dafür mit leeren Phrasen, tönenden Schlagworten, ebenso hohlen wie nichtigen und verlogenen Redensarten abgespeist und mit Hilfe von kostspieligen »Informationen«, ebenfalls zu Lasten seiner eigenen fleißig erarbeiteten Steuergroschen, systematisch verdummt wird.

Bis es sich schließlich selber nur noch als immer materialistischer empfindende bloße Konsumgenossenschaft, eben als eine vermeintlich die eigensten Interessen verfechtende Wohlstandsgesellschaft empfindet. Über alledem ist jene Parteien-Oligarchie längst schon zu einer regelrechten Funktionärs-Oligarchie geworden: Staats-, Gemeinde- und Parteifunktionäre und darüber hinaus allmächtige Gewerkschaftsfunktionäre, in sehr großer Anzahl bereits personengleich mit den anderen, beherrschen das Feld, denen auch die »Parteien« zu dienen und zu parieren haben, und Gesetz kann nur werden, was der Diktatur der Gewerkschaft und ihrem machtgierigen Boß in den Kram paßt.

Was schließlich vom »Treueeid« der Regierenden und Parlamentarier, der Minister und Abgeordneten zu halten ist: »Ihre Kraft dem Wohl des deutschen Volkes zu widmen, seinen Nutzen zu mehren, Schaden von ihm zu wenden« und so »ihre Pflicht gewissenhaft zu erfüllen«, – das wurde uns von Adenauer bis Brandt grausam vor Augen geführt.

Auf die Wiedervereinigung des eigenen Vaterlandes verzichtet

Trotz des Wiedervereinigungsgebotes schon in der Präambel des eigenen von ihm selbst unterzeichneten und beschworenen Grundgesetzes erklärte Adenauer: »Nie wieder darf Berlin Deutschlands Hauptstadt werden!« und »Vergessen Sie bitte nicht, daß ich der einzige deutsche Kanzler bin, der auf die Wiedervereinigung seines eigenen Vaterlands verzichtet, wenn wir nur in ein starkes westliches Lager eintreten können.«

Und der Genosse »Brandt« erklärte erst tönend: »Verzicht ist Verrat!« – um dann genauso auf die deutsche Wiedervereinigung zu verzichten, und auf deutsches Land, das nicht ihm gehört, sondern dem gesamten deutschen Volk, um nunmehr in ein starkes östliches Lager eintreten zu können.

Wenn schon die Regierungschefs das eigene Grundgesetz mißachten, ihren darauf geleisteten Eid brechen, und das zugleich als die Vorsitzenden ihrer Parteien – sollte man da von diesen anderes erwarten können, als daß sie von Anfang willens waren, ihren Segen dazu zu geben und den auch immer wieder geben werden?

Am 8. Mai 1945 hatte lediglich die deutsche Wehrmacht kapituliert. Das Deutsche Reich bestand und besteht als Völkerrechtssubjekt nach wie vor weiter, wie es das Urteil des Bundesverfassungsgerichts wiederholt erkannte und jede deutsche Regierung zu einem auf diesem rechtlichen Sachverhalt gegründetes Handeln beziehungsweise Unterlassen verpflichtete. Das Reich ist lediglich »derzeit in der Ausübung seiner staatlichen Funktionen behindert«. Es wurde nie »aufgelöst«, was nur das gesamte deutsche Volk hätte »beschließen« können.

Vom tatsächlichen Weiterbestehen des Deutschen Reiches gingen auch die Alliierten aus, den Stand des Reichsgebietes am Tage der Kapitulation dabei ausdrücklich anerkennend – wie übrigens auch später gelegentlich der sogenannten »Kriegsverbrecher«-Prozesse in Nürnberg –. Wenn sie dieses Reichsgebiet dabei lediglich auch nur als »für eine Übergangszeit« notwendige Maßnahme in militärische Verwaltungsgebiete, in »Besatzungszonen«, unter sich aufgliederten, so doch mit der ausdrücklich und vertraglich anerkannten Verpflichtung zu der Wiederzusammenführung zu einem »Deutschland als Ganzes«, wobei etwaige Grenzänderungen einem erst abzuschließenden Friedensvertrag vorbehalten seien.

Verträge sind verfassungsrechtlich null und nichtig

Noch heute bestehen diese Zonen – ein Friedensvertrag steht nach über vierzig Jahren der Beendigung des militärischen Krieges immer noch aus – innerhalb des deutschen Reichsgebietes: die amerikanisch-englisch-französische Zone in Westdeutschland, die sowjetisch-polnische in Ostdeutschland, die sowjetisch-tschechische im Sudetenland sowie die Sektoren in der Reichshauptstadt. Ob dieser tatsächliche Zustand – wir sollten doch nicht den Kopf in den Sand stekken wollen – von den west- oder mitteldeutschen Separatstaatssystemen nun »anerkannt« wird oder nicht, ist völlig belanglos: alle »Verträge« dieser provisorischen Staatsgebilde einschließlich aller Verzichts-»Verträge«, die über das Gebiet des Deutschen Reiches entscheiden wollen, sind verfassungsrechtlich null und nichtig von allem Anfang.

Verbindlich ist für das Deutsche Reich wie für seine derzeit willkürlich abgegrenzten Teilgebiete lediglich die Reichsverfassung vom 11. August 1919, die weder durch eine Nationalversammlung des gesamten deutschen Volkes aufgehoben noch durch eine andere ersetzt worden ist.

Vertreibung, Ermordung, gewaltsame Zurückhaltung an der ost- und südostdeutschen Bevölkerung ändern so wenig an diesem verfassungs- und völkerrechtlichen Sachverhalt, wie das Bestehen schein-souveräner Verwaltungen in Pankow oder Bonn oder einer »Nationalen Volksarmee« von Soldaten in Mitteldeutschland und einer »Bundeswehr« von uniformierten Bürgern in Westdeutschland. Die allen gemeinsame Staatsangehörigkeit ist nach wie vor die des Deutschen Reiches – das Wort »deutsch« in irgendwelchen Personalausweisen hier oder dort bezeichnet doch nichts weiter als die Volkszugehörigkeit, die sich schon aus dem Sprechen der gemeinsamen Sprache ergibt.

Nach dem weiter bestehenden Reichsrecht (Grundgesetz Artikel 123/1) wäre auch, gemäß Reichs-Strafgesetzbuch Paragraph 80 folgende, der Beitritt der beiden Separatstaatsgebilde von Bonn und Pankow zu den Vereinten Nationen »von rechts wegen« als Landesverrat zu ahnden und die dafür Verantwortlichen mit dem Tode zu bestrafen, da diese UN während des Kriegs als reichsfeindliche Organisation gegründet wurde. Ein rechtlicher Tatbestand, der immerhin zu denken geben sollte und in der auslandsdeutschen Presse auch dargelegt wurde.

Daß übrigens das »Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland« ausgerechnet am Jahrestage der deutschen Kapitulation »beschlossen« wurde – am 8. Mai 1949 –, daß es am gleichen Tage unterzeichnet wurde, an dem vier Jahre zuvor die amtierende legale Deutsche Reichsregierung von Soldaten in britischen Uniformen überfallen und – Hosen runter, Kopf zur Wand – ihres persönlichen Besitzes beraubt und sodann eingesperrt wurde (23. Mai 1945), kann es einem denkenden Deutschen, der sich noch einen Rest von Würde bewahrt hat, kaum sonderlich liebenswert machen.

Haben wir Deutsche wirklich Grund zu feiern?

Und man kann es nur als eine »Abrundung des Ganzen« empfinden, wenn abermals an einem 23. Mai 1972 ein Bundespräsident – der während des Krieges seiner wichtigen Aufgaben in der deutschen Rüstungsindustrie wegen uk. gestellt wurde – den Verzichts- und Abtretungs-»Vertrag« von Warschau unterzeichnete – als einen der vielen Verfassungs- und Völkerrechtsbrüche unserer daran so reichen Zeit und abermals entgegen dem Gebot des eigenen, selbst beschworenen Grundgesetzes.

Bonn

Zwei Verfassungstage und ihr Unterschied

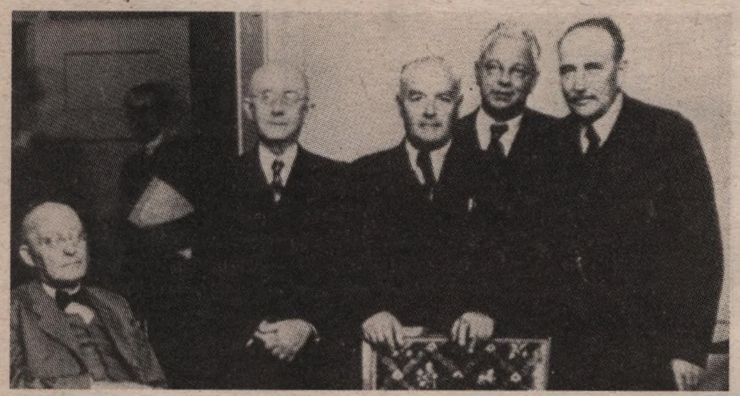
Nicht ganz so belastet durch dergleichen »historische Daten« demgegenüber die Reichsverfassung von Weimar, wenn auch ihr »Tauftag« auf einen »Elften« (11. August 1919) fiel – wie die mittels arglistiger Täuschung und in brutalster Weise erzwungene Unterzeichnung des Waffenstillstandes in Compiegne vom 11. 11., 11 Uhr, ein Jahr zuvor.

Da die »11«, zumal das Dreifache von ihr, im Zusammenhang mit der Zahlensymbolik der internationalen Freimaurer, der alle unsere führenden Gegner auch damals angehörten, und ihren 33 Graden und Hochgraden hier, dem »Eingeweihten« offenbar, eine besondere Rolle spielt, sei nur nebenbei bemerkt, da der »Profane« solchen Unsinn-Sinn gewöhnlich nicht kennt.

Zum Schluß ein paar Fragen, die Antwort verlangen: Wer ist nun als »Verfassungsfeind« zu bezeichnen? Der, der sich zu der rechtmäßigen und nach wie vor rechtsgültigen Reichsverfassung bekennt und damit zugleich den wenigen, in diesem Sinne voll zu bejahenden positiven Ansätzen, Aussagen und Forderungen des Grundgesetzes?

Oder der, der es beschwört und dennoch bricht? Und weiter: Haben wir Deutsche jetzt tatsächlich Grund, den Zustand, daß wir nach 40 Jahren immer noch unter einem Provisorium »für eine Übergangszeit« leben müssen, zu feiern? In einem Atemzug damit aber den Tag der deutschen Einheit, den 17. Juni, »abschaffen« zu wollen?

Den Tag, an dem einst die noch immer hinter den Todesmauern einer brutalen Gewaltdiktatur von Moskaus Gnaden eingesperrten Volksgeschwister im Vertrauen auf die Hilfe des »freien« Westens sich unter Einsatz ihres Lebens und unter blutiger Opfer die Freiheit zu erringen hofften, um wieder in einem gemeinsamen Deutschland, unser aller Vaterland, leben zu können?



Der einzige Versuch zur Begründung einer gemeinsamen gesamtdeutschen Politik war die Ministerpräsidentenkonferenz aus allen Besatzungszonen am 5. Juli 1947.

»Das Reich muß uns doch bleiben!«

Sind wir wirklich bereits so würde-, so ehrlos geworden im eigensüchtigen Wohlstandsrausch des Tanzes um das goldene Kalb, diesen ernsten Gedenktag der Mahnung, das ganze Deutschland nicht zu vergessen, abzuschaffen als eine lästige Erinnerung und diesen Tag zu einem von der Gewerkschaft »erkämpften, arbeitsfreien, aber bezahlten Tag« verkommen zu lassen, um ihn gedankenlos zu vertrödeln?

Grund zur Vierzig-Jahr-Feier haben doch in Wahrheit nur alle Feinde Deutschlands, des Deutschen Reiches, nicht aber wir, die um unser Reich, um unsere Einheit, unser Recht und unsere Freiheit, um unseren deutschen Osten betrogenen und beraubten, auf der ganzen Linie verratenen Deutschen. Und wir können doch nur in tiefer Sorge fragen: »Wann wird es wieder helle in aller Brüder Sinn?« Und können nur hoffen, daß trotz allem, was geschehen, das Wort bestehen bleibt: »Das Reich muß uns doch bleiben!« ☐

Revisionismus

Hitler in Stalins Kalkül

Herbert Gersner

Die geschichtliche Wahrheit über die angeblich »zwölf dunkelsten Jahre deutscher Geschichte« setzt sich mehr und mehr durch. Eins der jüngsten Beispiele ist Katyn, wo die Sowjets jetzt nach jahrzehntelangem wütendem Leugnen die Ermordung mehrerer tausend polnischer Offiziere sowie die Existenz weiterer Massengräber mit Zigtausenden Stalin-Opfer zugeben mußten.

Es mehren sich die Historiker, die die Rolle der Polen und vor allem der Briten und Franzosen im Jahresverlauf 1939 zunehmend kritisch betrachten und diese drei Staaten auch mitverantwortlich für den Feldzug Hitlers machen. Und nun – zu allem Unglück für die bislang recht erfolgreichen Umerzieher des deutschen Volkes – erschien vor kurzen auch noch das Buch »Der Eisbrecher. Hitler in Stalins Kalkül« von Victor Suworow (Pseudonym), in dem dieser lückenlos nachweist, daß Stalin einen Krieg gegen das Deutsche Reich plante und Hitler dem mit seinem Angriff vom 21. Juni 1941 nur um wenige Wochen zuvor kam – also einen völkerrechtlich erlaubten Präventivkrieg führte.

Von enormer historischer Bedeutung

Und Suworow ist nicht irgendwer. Der kurz nach dem Zweiten Weltkrieg Geborene nahm an der »Befreiung« der Tschechoslowakei teil und arbeitete später im Generalstab der Streitkräfte der UdSSR. Als Offizier des sowjetischen militärischen Geheimdienstes GRU war er als sowjetischer Diplomat in Westeuropa tätig, bis er dann 1978 politisches Asyl in England erbat. Schon vorher hatte er jedoch in der Sowjetunion intensive Forschungen über die wahren Ursachen der kriegerischen Auseinandersetzung des Deutschen Reiches mit der Sowjetunion geführt.

Zwar wird Suworow im Westen von den bekannten Umerziehungskreisen massiv angegriffen, in der Bundesrepublik besonders von Rudolf (Spiegel) Augstein, doch Alexander Solzschenizyn fand die Erkenntnisse seines Landmannes so interessant, daß er folgendes an den Autor schrieb:

»Die Veröffentlichung dieses Buches wird eine enorme historische Bedeutung haben, auch wenn Ihre Theorie nicht völlige Zustimmung finden und lebhafte Debatten auslösen wird. Sie haben eine sehr präzise Art zu denken, und keine Einzelheit entgeht Ihrer Aufmerksamkeit. Gleichzeitig rufen Sie dem Leser bestimmte bereits bekannte Tatsachen ins Gedächtnis, die aber bislang vernachlässigt oder vergessen wurden. Sie haben eine beachtliche Forschungsarbeit geleistet.«

Suworow kommt in seinem Buch zu folgendem Fazit:

Die Rote Armee hatte Berlin zum Ziel

»Hitler hielt die sowjetische Invasion für unvermeidlich, aber er hatte sie nicht in allernächster Zeit erwartet . . . Es gibt mehrere Hinweise, daß der Termin für die sowjetische Operation ›Gewitter‹ auf den 6. Juli 1941 festgesetzt war . . . Armeegeneral S. P. Iwanow gibt . . . einen direkten Hinweis auf das Datum: ›Den deutschen Truppen war es gelungen, uns ›buchstäblich‹ um zwei Wochen zuvorzukommen. Wäre das nicht passiert, hätte die Geschichte einen anderen Verlauf genommen.

Die Rote Armee hätte das Ziel Berlin sehr bald erreicht und auch noch andere Ziele weiter im Westen Europas.«

Josef Stalin plante einen Überfall auf das Deutsche Reich, Hitler kam ihm jedoch mit dem Kriegsbeginn um einige Wochen zuvor.

Bei seinen Forschungen fand Suworow heraus, daß Stalin bereits seit vielen Jahren auf dieses Ziel hinarbeitete. Die sowjetisch-deutsche Annäherung im Jahresverlauf 1939, der Pakt, der die Teilung Polens besiegelte, der Kriegsverlauf, alles verlief genauso wie von Stalin vorgesehen.

Viele Historiker nannten es einen großen Fehler Hitlers, einen Zwei-Fronten-Krieg begonnen zu haben und erklären dies mit einem angeblichen Größenwahn des Reichskanzlers. Bereits bei Napoleon und Kaiser Wilhelm habe dies zum Untergang beider geführt. Suworow deckt aber nun auf, daß Hitler gar nicht anders konnte:

»Hitler hatte einen irreparablen Fehler begangen, doch war dies nicht am 29. Juli 1940 geschehen (an dem Tag gab Hitler die Anweisung zur Ausarbeitung der Pläne für das ›Unternehmen Barbarossa‹, dem Angriff auf Rußland; der Verfasser), sondern am 19. August 1939. Als Hitler seine Zustimmung zur Unterzeichnung des Molotow-Ribbentrop-Paktes gab, hatte er vor sich den unausbleiblichen Krieg gegen den Westen und den ›neutralen‹ Stalin in seinem Rücken. Genau von dem Augenblick an hatte Hitler seine zwei Fronten. Der Entschluß, das ›Unternehmen Barbarossa‹ im Osten anlaufen zu lassen, ohne einen Sieg im Westen abzuwarten, ist kein schicksalshafter Irrtum, sondern nur ein Versuch Hitlers einen bereits früher begangenen schicksalhaften Fehler zu korrigieren . . .

Stalin war zum Angriff bereit

Stalin konnte davon ausgehen, daß Hitler keinen Krieg im Osten anfangen würde, ohne den Krieg im Westen zuvor beendet zu haben. Stalin wartete daher auf den Schlußakkord des deutsch-britischen Krieges: die Landung des deutschen Panzerkorps auf den britischen Inseln . . . Wenn es gelingt, Hitler zu überzeugen, daß die UdSSR ein neutrales Land ist, dann werden die deutschen Panzerkorps ganz zweifellos auf den britischen Inseln landen. Und dann . . .



Der deutsche Außenminister Ribbentrop gibt im Reichstag den Beginn des Rußlandkrieges bekannt.

Der Eisbrecher der Revolution

Dann wäre tatsächlich eine nie dagewesene Lage entstanden: Polen, die Tschechoslowakei, Dänemark, Norwegen, Belgien, die Niederlande, Luxemburg, Jugoslawien, Frankreich, Griechenland, Albanien besitzen keine Armeen, keine Regierungen, keine Parlamente, keine politischen Parteien mehr. Millionen Menschen sind in die nazistischen Konzentrationslager gejagt, und ganz Europa wartet auf seine Befreiung. Auf dem europäischen Festland zurückgeblieben aber sind lediglich ein Regiment der persönlichen Leibgarde Hitlers, die Bewachungsmannschaften für die nazistischen Konzentrationslager, die rückwärtigen Truppendienste der Deutschen, die militärischen Lehranstalten . . . gegen fünf sowjetische Luftlandekorps, etliche tausend Schnellpanzer, die speziell für Operationen auf den Autobahnen konstruiert worden sind (damit entlarvt sich auch die Behauptung, Hitler hätte die Autobahnen aus Kriegsgründen gebaut als Lüge; der Verfasser), Tausende und Abertausende von Flugzeugen – deren Piloten zwar nicht gelernt haben, wie man Luftkämpfe führt, wohl aber, wie man Einsätze auf Bodenziele fliegt –, NKWD-Divisionen und ganze Armeen des NKWD, Armeen, die mit sowjetischen Lagerhäftlingen aufgefüllt worden sind, riesige Lastenseglerformationen für schnelle Luftlandeoperationen auf dem Territorium des Gegners, Gebirgsjägerdivisionen, die darin geübt sind, die Transportwege für das Erdöl, den Lebenssaft des Krieges, im Sturmangriff zu nehmen.

Hat es jemals in der Geschichte eine so günstige Situation für eine ›Befreiung‹ Europas gegeben? Und diese Situation war nicht von selbst entstanden. Lange, hartnäckig und beharrlich hatte sie Stalin stückchenweise wie ein feines Mosaik zusammengesetzt und aufgebaut. Stalin hatte Hitler dazu verholfen, an die Macht zu gelangen, Stalin hatte aus Hitler einen wirklichen Eisbrecher (eine Formulierung Stalins) gemacht. Stalin hatte den Eisbrecher der Revolution auf Europa angesetzt. Stalin hatte von den französischen und anderen Kommunisten verlangt, diesen Eisbrecher am Zertrümmern Europas nicht zu hindern. Stalin hatte den Eisbrecher mit allem für den siegreichen Vormarsch erforderlichen Rüstzeug versehen . . .

Aber Hitler hatte Stalins Absichten durchschaut, und das ist der Grund, weshalb der Zweite Weltkrieg für Stalin ein so nicht

Hitler in Stalins Kalkül

erwartetes Ende nahm: Er hat nur das halbe Europa bekommen, und ein bißchen von Asien dazu.«

Und Suworow behauptet nicht nur einfach, er führt massenhaft Beweise für seine Behauptungen auf, aus denen die gigantische offensive Rüstung der Roten Armee hervorgeht. Eine Rüstung, die niemals auf Verteidigung ausgelegt war, sondern immer nur für den Angriff.

Bereits aus dem Gründungsdokument der UdSSR geht eindeutig das Hauptziel dieses riesigen Staatgebildes hervor: sämtliche anderen Staaten der Welt zu liquidieren, um sie sich selbst unterzuordnen. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Revolution Lenins und dann die weitere Politik Stalins zu sehen.



Am 23. 8. 1938 unterzeichnete Ribbentrop den Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion. Für Moskau unterschrieb ihn Außenminister Molotow.

Panzer für den Angriffskrieg

Bereits 1933 habe die sowjetische Lokomotivenfabrik in Charkow als Nebenprodukt täglich 22 Panzer hergestellt. Und nicht irgendwelche Panzer. Nein, diese seien von dem amerikanischen Panzergenie J. W. Christie entworfen worden. Die Schnellpanzer mit der Typenbezeichnung BT besaßen eine Marschgeschwindigkeit von 100 Stundenkilometer, eine Geschwindigkeit, auf die heute noch jeder Panzersoldat neidisch zurückblicke. Deutschland habe 1933 aber keine Panzer produziert. Und selbst als Hitler aber 1939 den Zweiten Weltkrieg »begann«, besaß das Deutsche Reich lediglich 3195 Stück, also weniger, als die Lokomotivenfabrik in Charkow in einem halben Jahr unter Friedensbedingungen als Nebenprodukt produzieren konnte.

Und auch der beste Panzer des Zweiten Weltkriegs, der russische T 34, war ein unmittelbarer Abkömmling des BT. 1938 habe die Sowjetunion dann begonnen, die BT-Panzer mit Dieselmotoren auszurüsten, was in der übrigen Welt erst zehn bis 20 Jahre später geschehen sei. Diese Panzer hatten aber für die UdSSR laut Suworow nur einen Nachteil: sie waren auf sowjetischem Territorium nicht einsetzbar.

Der entscheidende Vorzug des BT-Panzers ist seine Schnelligkeit. Der BT ist ein Angriffspanzer . . . Davon hatte man mehr produziert als sämtliche Panzer aller Typen in allen Ländern der Welt am 1. September 1939 zusammengenommen . . . Der BT konnte nur in einem Angriffskrieg eingesetzt werden, nur im Hinterland des Gegners, nur in einer zügig vorangetragenen Angriffsoperation.

Der BT verfügte über ein einzigartiges Fahrgestell. Während er sich auf Feldwegen mit Hilfe von Ketten voranbewegte, warf er diese jedoch ab, wenn er auf gut ausgebaute Straßen kam und fuhr dann auf Rädern weiter. Dieses war auch der Hauptzweck des BT, die Ketten waren mit heutigen Schneeketten, die für die Autos nur ein Hilfsmittel darstellen, vergleichbar. Dieses schloß aber einen Einsatz in weiten Teilen der UdSSR und den südlichen und östlichen Randstaaten aus, da diese kaum oder gar nicht über feste Straßen verfügten.

Einsatzziel waren die deutschen Autobahnen

Schukow hat BT-Panzer in der Mongolei eingesetzt, wo das Gelände eben wie ein Tisch ist, aber er verwendete sie nur mit Panzerketten und war mit ihnen äußerst unzufrieden: Abseits der Straßen lösten sich oft genug die Ketten, und wegen des relativ starken Drucks der Räder auf nicht befestigtem Untergrund und selbst auf Feldwegen brachen die Panzer ein. Und die Räder drehten durch.«

Die Ketten dienten Suworow zufolge nur als Hilfsmittel für die BT-Panzer zur Durchquerung Polens. Ihr Einsatzziel waren die Autobahnen Deutschlands!

Daneben »war die Sowjetunion das einzige Land der Welt, das Schwimmpanzer in Massen produzierte. In einem Verteidigungskrieg braucht ein Panzer nirgendwohin zu schwimmen, weshalb die sowjetischen Schwimmpanzer, als Hitler das ›Unternehmen Barbarossa‹ begann, mangels Verwendungsfähigkeit . . . aufgegeben werden mußten; ihre Produktion wurde ebenso unverzüglich gestoppt wie die des BT.«

Genug von den Panzern. Suworow zitiert nachfolgend den Offizier der Royal Air Force, Alfred Prive, der in seinem Leben 40 verschiedene Flugzeugtypen geflogen und mehr als 4000 Stunden in der Luft verbracht hatte:

»Die stärkste Bewaffnung unter allen einsatzbereiten Jagdflugzeugen der Welt besaß im September 1939 die russische Polikarpow I-16 . . . An Feuerkraft war die I-16 der Messerschmitt 109 E-1 mehr als zweifach überlegen und fast um das Dreifache der Spitfire 1. Unter allen Vorkriegsjagdflugzeugen war die I-16 insofern einzigartig, als sie allein einen Panzerschutz für den Piloten besaß.«

Und die gesamten sowjetischen Luftstreitkräfte wurden 1941 unmittelbar an der Grenze zusam-

mengezogen. Der Feldflugplatz des Jagdgeschwaders 123 hat beispielsweise nur zwei Kilometer von der deutschen Grenze entfernt gelegen.

Rote Arme plante Offensive

Suworow ergänzt weiter, »daß im August 1939 die sowjetischen Jagdflugzeuge als erste in der Welt Raketengeschosse unter Gefechtsbedingungen einsetzten«. Das für die UdSSR nach Hitlers Präventivangriff Fatale sei jedoch gewesen, daß die Piloten nicht in der Führung von Luftkämpfen ausgebildet worden seien, sondern ausschließlich für die Durchführung von Angriffen auf Bodenziele.

Wer aber nun argumentiert, ganz klar, Stalin brauchte diese ganze Rüstung, um sich gegen den aggressiven Hitler zu wappnen, wird aber enttäuscht. Suworow beweist nämlich, daß die gesamte sowjetische Armee ausschließlich offensiv ausgelegt war. Das fing bereits mit der polnischen Teilung an.

Diese wäre das ideale Vorfeld gewesen, um das sowjetische Territorium vor einem Angriff der braunen Armeen zu schützen. Stalin hätte also lediglich Polen zu einen Verteidigungsbollwerk ausbauen müssen. Doch was geschah?

»1939 wären die Voraussetzungen für eine Verteidigung bei weitem besser gewesen: undurchdringliche Wälder, Flüsse, Sümpfe. Wenig Straßen und viel Zeit (da Hitler sich dem Westen zugewandt hatte; der Verfasser). Die sowjetischen Truppen konnten ein wirklich unpassierbares Gelände an der neuen sowjetisch-deutschen Grenze schaffen, und dies um so mehr, als der Durchbruch in der Mauer nicht sehr breit war.

Aber in diesem Augenblick stellte die Sowjetunion die Produktion von Panzer- und Fliegerabwehrgeschützen ein. Statt das Gelände undurchdringbar zu machen, wurde es zielstrebig besser passierbar gemacht. Da wurden Straßen und Brücken angelegt, das Eisenbahnnetz erweitert, verstärkt und vervollkommnet. Die früheren Befestigungsanlagen wurden zerstört und zugeschüttet.«



Stalin und Ribbentrop besiegelten mit Handschlag den Nichtangriffspakt zwischen beiden Ländern.



Hitler mit von Brauchitsch und Keitel vor der Lagekarte des Rußlandfeldzuges. Paulus zweiter von links.

Alle neutralen Staaten waren ausgeschaltet

Wie eine Verteidigung aussehen müsse, könne man daran erkennen, wie die Rote Armee 1943 im Kursker Bogen sich darauf vorbereitete, eine gegnerische Offensive aufzufangen. Binnen kürzester Zeit seien an der riesigen Front sechs kontinuierliche Verteidigungsstreifen in einer Gesamttiefe von 250 bis 300 Kilometer angelegt worden. Jeder Kilometer sei mit Schützengräben, Schützenlaufgräben, Verbindungswegen, Unterständen und Feuerstellungen gespickt gewesen. Die durchschnittliche Minendichte habe bei 7000 Panzer- und Infanterieminen pro Kilometer gelegen, und die Panzerabwehrdichte lag bei 41 Geschützen pro Kilometer (Feldartillerie und Flak sowie eingegrabene Panzer nicht mitgerechnet).

Doch wie es 1939 aussah, beschrieb unter anderem der Oberst der militärischen Aufklärung, I. G. Starinow, in seinem Buch »Die Minen warten auf ihre Stunde«: Danach hätten die Pioniereinheiten der Roten Armee 120 000 Eisenbahnminen mit Zeitzünder angefordert, jedoch nur ganze 120 erhalten!

»Womit beschäftigte sich Stalin, abgesehen von der Zerstörung seiner eigenen Verteidigung? Er beschäftigte sich mit der Zerstörung der Barrieren aus neutralen Staaten . . . Nur zehn Monate nach der Unterzeichnung des ›Nichtangriffs‹-Paktes war dank Stalins Bemühungen die trennende Barriere vom Eismeer bis zum Schwarzen Meer restlos beseitigt. Es gab keine neutralen Staaten mehr zwischen Stalin und Hitler, und genau dadurch waren die Voraussetzungen für einen Angriff geschaffen. Sämtliche westlichen Nachbarn Stalins waren ihm in dieser kurzen Zeit zum Opfer gefallen.



Aufmarsch an der deutschen Grenze

Außer den Ländern, die an die Sowjetunion grenzten, war auch Litauen in Stalins Sklaverei gefallen, das zuvor überhaupt keine gemeinsame Grenze mit der Sowjetunion besaß. Das Auftauchen sowjetischer Truppen in Litauen bedeutete, daß diese bereits zu den echten deutschen Grenzen vorstießen. Früher war die sowjetisch-deutsche Grenze durch erobertes polnisches Territorium verlaufen. Jetzt standen sowjetische Truppen an der Grenze zu Ostpreußen. Hier kann nun wirklich nicht mehr die Rede davon sein, daß Hitler gewaltsam einen Korridor nach Osten geschaffen habe und der dumme Stalin ihm dabei noch behilflich gewesen sei. Nein, Stalin selbst hat den Korridor nach Westen, und zwar ohne fremde Hilfe, geöffnet.«

Wenn Stalin sich also wirklich nur hätte verteidigen wollen, hätte er also den schon bestehenden Sicherungsstreifen weiter ausbauen oder zumindest modernisieren müssen. Beispielsweise waren in den zwanziger Jahren an der damaligen Westgrenze der UdSSR alle Brücken zur Sprengung vorbereitet worden, ebenso wie Fabrikschlote, Depots, Pumpwerke, Wassertürme, hohe Erdwälle und tiefe Aushebungen. Es gab Eisenbahnsperrbataillone, denen im Fall eines Rückzugs die Sprengung der Eisenbahnknotenpunkte oblag sowie die Durchführung von Sperrarbeiten an den Hauptstrecken.

Der sowjetische Sicherungsstreifen wurde damals ständig vervollkommnet. Die Zahl der zur Sprengung vorgesehenen Objekte wuchs immer weiter an, und neue, schwer passierbare Hindernisse wurden errichtet, Baumsperren und künstliche

Revisionismus

Hitler in Stalins Kalkül

Wasserreservoire vor den Verteidigungsstellungen angelegt, und einzelne Geländeteile wurden zur Überflutung und Versumpfung vorbereitet.

Wie wichtig dieser Streifen ist, hatte der sowjetische Kommandeur Merezkow selber beim Angriff auf Finnland bewiesen bekommen, als die Rote Armee allergrößte Schwierigkeiten hatte, einen 40 bis 60 Kilometer tiefen finnischen Sicherungsstreifen zu überwinden. Was machte aber der gleiche Merezkow als dieser dann zum Chef des Generalstabs ernannt worden war?

Die Befehle des Generalstabs

»Merezkow erließ folgenden Befehl:
1. Beseitigung des früher angelegten Sicherungsstreifens an der Westgrenze, Auflösung der Sprengkommandos, Entfernung der Sprengladungen, Entschärfung der Minen, Einebnung der Sperranlagen;

2. kein Anlegen von Sicherungsstreifen in den neu hinzugewonnenen Ländereien;

3. Verlegung der Hauptkräfte des Heeres unmittelbar an die Grenze, ohne diese Streitkräfte durch einen wie auch immer gearteten Sicherungsstreifen zu decken;

4. Heranführung und Konzentration der strategischen Reserven der Roten Armee aus dem Landesinneren unmittelbar an die Grenze;

5. Beginn mit der zügigen Durchführung umfassender Arbeiten zum Ausbau von Flugplätzen und des Verkehrsnetzes im westlichen Belorußland und in der Westukraine. Ausbau der eingleisigen Schienenstrecken zu zweigleisigen. Allgemeine Erhöhung der Durchlaßkapazität und Anlage neuer Verkehrswege, die unmittelbar zur deutschen Grenze führen.«

Und Marschall Schukow schrieb in seinem Buch »Erinnerungen und Gedanken«, daß viele Brükken im westlichen Belorußland und der Westukraine in einem so schlechten Zustand gewesen seien, daß sie nicht einmal das Gewicht mittlerer Panzer und der Artillerie gehalten hätten. Statt dies aber bei defensiver Grundeinstellung, wie sie uns heute gepredigt wird, auszunutzen, ließ Schukow »eifrig Verkehrswege bauen und die alten Brücken durch neue ersetzen«. Und Partisanengruppen, die jedes Land, das glaubt, bald angegriffen zu werden, aufbaut, gab es zu Kriegsbeginn auch noch nicht, da diese 1939 aufgelöst worden waren. Diese wurden erst ab dem 22. Juni 1941, also einen Tag nach Kriegsbeginn, aufgestellt.

Die Übermacht der Roten Armee

Dagegen setzte Stalin eine riesige Armada von Soldaten und Material an die sowjetisch-deutsche Grenze sowie an die sowjetisch-rumänische Grenze in Bewegung, darunter mehr als eine Million ausgebildeter Fallschirmspringer. Hitler besaß bei Beginn des Zweiten Weltkriegs dagegen nur 4000 Mann. Die UdSSR hatte am 1. September 1939 ungefähr zweihundertmal mehr ausgebildete Fallschirmspringer als alle übrigen Länder der Welt zusammen!

Und die Sowjetunion war das erste Land der Welt, in dem Luftlandetruppen aufgestellt werden. Jeder, der sich auch nur etwas in Kriegsstrategie auskennt, weiß, daß Luftlandetruppen und Fallschirmspringer ausschließlich zur Offensive und nicht zur Defensive geeignet sind. Das gleiche gilt für die Segelfliegerflotte, von denen die UdSSR ebenfalls mehr als alle anderen Länder der Welt zusammen besaß.

»Am 21. Juni 1941 entsprachen sämtliche sowjetischen Armeen an der deutschen und rumänischen Grenze, aber auch die 23. Armee an der finnischen Grenze den sowjetischen Standardnormen für Stoßarmeen.« Alleine von der 6., 9. und 10. Armee verfügte jede einzelne über mehr als 2000 Panzer. »Jede dieser völlig ungewöhnlichen Armeen entsprach, gemessen an der Anzahl ihrer Panzer, der halben deutschen Wehrmacht oder überstieg diese sogar! . . . Hitler hatte vier Panzergruppen, Stalin sechzehn Stoßarmeen.«

Den ausschließlich offensiven Charakter der Roten Armee beweisen folgende Tatsachen:

»In der ersten Junihälfte 1941 wird in der Sowjetunion die mächtigste Armee der Welt aufgestellt, aber nicht an der deutschen Grenze.« Vielmehr wird diese an der rumänischen Grenze postiert.

Deutschlands Herz schlug in Rumänien

»Wofür? Zur Verteidigung? Ich bitte Sie, auf rumänischer Seite stehen nur geringe Streitkräfte, und selbst wenn dort ein großes Truppenkontingent läge, würde doch kein einziger Aggressor den entscheidenden Vorstoß über Rumänien vortragen, schon weil dies ganz einfach die elementarsten geographischen Überlegungen verbieten. Aber nun könnte ein neuer ›Befreiungsfeldzug‹ der 9. Armee nach Rumänien die gesamte strategische Lage in Europa und der ganzen Welt verändern. Rumänien ist der Haupterdöllieferant Deutschlands. Ein Vorstoß nach Rumänien würde für Deutschland den Zusammenbruch bedeuten, würde den Stillstand aller Panzer und Flugzeuge, sämtlicher Maschinen, Schiffe, der ganzen Industrie und des Transportwesens zur Folge haben. Das Erdöl ist der Lebenssaft des Krieges, und das Herz Deutschlands schlug, wie seltsam das auch klingen mag, in Rumänien. Ein Angriff auf Rumänien war ein unmittelbarer Angriff auf den Herzschlag Deutschlands.«

Unter diesem Gesichtspunkt ist auch die im Juni 1940 ohne irgendwelche Konsultationen mit dem damaligen Bündnispartner Deutschland erfolgte Abtrennung Bessarabiens von Rumänien durch die Rote Armee zu verstehen. »Hitler hatte den sowjetischen Regierungschef aufgefordert, die sowjetische Bedrohung von der Quelle des deutschen Erdöls abzuwenden. Stalin und Molotow haben dies nicht getan. Wer also ist schuld am Ausbruch des Krieges? Wer hat wen bedroht? Wer hat wen zu Gegenaktionen provoziert?« Vielmehr hatte Stalin am 7. Juli 1941 befohlen, »Bessarabien um jeden Preis zu halten ›im Hinblick darauf, daß wir das Territorium Bessarabiens als Aufmarschbasis für die Organisierung unseres Angriffs benötigen‹«.

Und es gibt noch ein zweites seltsames Vorkommnis bezüglich Rumäniens, was bislang von den Historikern kaum gewürdigt wurde.

Eine tödliche Gefahr für Deutschland

Stalin löste die ausschließlich defensiven Zwecken dienende Dnjepr-Flottille auf, bildete jedoch zwei neue, und zwar auf der Donau und der Pina. Die Donau-Flottille war aufgestellt worden, bevor die Sowjetunion einen Zugang zur Donau bekam. »Im Verlauf von Schukows ›Befreiungsfeldzug‹ in die Grenzgebiete Rumäniens trennte Stalin die Bukowina und Bessarabien von Rumänien ab. Unmittelbar an der Donaumündung fiel dabei ein Landstrich von einigen Dutzend Kilometern Länge an die Sowjetunion. Unverzüglich wurde die bereits für diesen Fall gebildete Donau-Flottille dahin verlegt . . .

Die Donau-Kriegsflottille umfaßte etwa siebzig Flußkriegsschiffe und Kutter, Jagdfliegerkräfte, Flak- und Küstenartillerie. Die Stationierungsbedingungen waren denkbar ungünstig. Das sowjetische Ufer im Donau-Delta ist kahl und ungeschützt. Die Schiffe mußten auf offenen Liegeplätzen ankern, die rumänischen Truppen lagen in unmittelbarer Nachbarschaft, mitunter nur dreihundert Meter von den sowjetischen Schiffen entfernt.

In einem Verteidigungskrieg saß die gesamte Donau-Flottille vom ersten Augenblick an in der Falle: Ein Rückzug aus dem Donaudelta war unmöglich – hinter ihr lag das Schwarze Meer. Die Flottille besaß keinen Raum, um zu manövrieren.« Daß diese Flottille auch keine Verteidigungsaufgaben übernehmen konnte, läßt sich auch daraus erkennen, daß dort Hunderte von Seen, undurchdringliche Sümpfe und Schilfwälder über Hunderte von Quadratkilometern sind. »Kein Gegner wird die Sowjetunion vom Donau-Delta her angreifen!«

Es gab nur einen einzigen Weg für diese Flottille, nämlich bei einem allgemeinen Angriff der Truppen der Roten Armee flußaufwärts zu operieren. Dies bedeutete aber »eine tödliche Gefahr für Deutschland: Sie brauchte sich nur 130 km flußaufwärts zu bewegen, und die strategisch wichtige Brücke bei Cernavoda läge in Reichweite ihrer Geschütze, und das wiederum hieße, daß die Erdölleitung von Ploiesti zum Hafen Constanta unterbrochen wäre. Noch weitere 200 km flußaufwärts – und die ganze deutsche Kriegsmaschinerie käme zum Stillstand, weil den deutschen Panzern, Flugzeugen und U-Booten der Treibstoff ausgegangen ist.«

Alles wurde für den Angriff vorbereitet

Und auch die Pinsker Kriegsflottille war ausschließlich offensiv ausgelegt. Ihre Schiffe waren in einem Nebenfluß des Dnjepr, dem Pripjet, so hoch vorgedrungen, daß sie nicht einmal mehr wenden konnten, weil die Flußbreite dort nur noch 50 Meter betrug. Dies wird nur dann verständlich, wenn man weiß, daß unmittelbar nach der »Befreiung« des westlichen Belorußlands von der Roten Armee begonnen wurde, von Pinsk bis Kobrin einen insgesamt 127 km langen Kanal zu bauen, der das Dnjepr-Becken mit dem Flußsystem des Bug verband.

»Die einzige Bestimmung des Kanals konnte nur darin bestehen, Schiffe in das Flußsystem der Weichsel und weiter in Richtung Westen passieren zu lassen.« In einem Verteidigungsfall hätte man dagegen die gesamte dort stationierte Flottille sprengen müssen, da ein Abzug nicht möglich gewesen wäre. Auch der erst vor wenigen Jahren gebaute Kanal hätte vernichtet werden müssen, da er sonst für deutsche Kriegsschiffe als Einmarschweg hätte dienen können.

Zum Abschluß sei noch auf die sowjetischen Gebirgsjägerdivisionen hingewiesen. Schukow interessierte sich persönlich für Gebirgspässe und deren Begehbarkeit. Aber nicht aus Verteidigungsgründen, denn dann hätte er die Pässe unpassierbar machen müssen, was aber nicht geschah, ganz im Gegenteil.

Zumal: »Wer würde auch die Sowjetunion über die Gebirgspässe angreifen, wenn sich ohnehin bereits eine Menge offener Räume in der Ebene anbieten? Doch für die sowjetische Führung besitzen diese Berge (die Karpaten, der Verfasser) einen unschätzbaren Wert: Deutschland und seine Haupterdölquellen sind durch eine doppelte Gebirgsbarriere in der Tschechoslowakei und Rumänien voneinander getrennt. Ein Vorstoß sowjetischer Truppen über das Gebirge wäre für Deutschland eine tödliche Gefahr. Über die eigenen Gebirgspässe vorzurücken und die Pässe in der Tschechoslowakei oder in Rumänien zu besetzen wäre gleichbedeutend mit dem Durchtrennen der Erdöl-Aorta.«

Im übrigen wurden diese Truppen bei Kriegsbeginn voller Panik aus den Karpaten zurückgezogen, fielen der deutschen Armee aber fast vollständig zum Opfer. Alleine dies kennzeichnet, daß diese dort nicht zu Verteidigungszwecken stationiert waren.

Heute wird vordergründig in der Sowjetunion Kritik an Stalin laut, daß er angeblich nämlich die Verteidigung vernachlässigt habe und zu blauäugig gegenüber Hitler gewesen sei. Aber die von Suworow vorgetragenen Fakten beweisen genau das Gegenteil. Und dies ist auch der Grund für die derzeitige sowjetische Propagandaoffensive. Die aufkeimende Diskussion über die von Suworow ans Licht der Öffentlichkeit gebrachten Fakten sollen im Keime erstickt werden.

Stalin wurde von der Invasion überrascht

Denn ein einziger Punkt wirft die ganze derzeitige von Gorbatschow angeleierte Diskussion über den Haufen: Es ist unbestritten, daß Stalin und die militärische Führung von der deutschen Invasion überrascht wurden, daß sie vielmehr an irgendwelche Provokationen seitens deutscher Truppen dachten. Der Generalstab versandte sogar eine Unmenge »eiserne Befehle«, nicht auf diese Provokationen zu reagieren. Erst nach mehreren Tagen, als deutsche Truppen schon weit auf sowjetisches Gebiet vorgedrungen waren, wurden ernsthafte Gegenmaßnahmen eingeleitet.

Wenn aber diese ganzen oben von Suworow dargestellten Maßnahmen wirklich nur rein der Verteidigung dienten, wie kann dann die oberste sowjetische Führung tagelang von dem deutschen Angriff überrascht gewesen sein? Dies allein ist doch ein ganz klarer Beweis, daß sich in der sowjetischen Führung niemand ernsthafte Gedanken an eine so früh stattfindende deutsche Invasion gemacht hatte.

Zumal durch Mussolinis blödsinnigen Angriff gegen Griechenland der Zeitpunkt für einen möglichen – dann auch erfolgten – deutschen Präventivangriff trotz der auch von den Sowjets beobachteten deutschen Aufrüstung an der Grenze sehr schlecht war. Auch waren die deutschen Truppen gar nicht für einen Krieg mit der Sowjetunion gerüstet. Die Unterlegenheit wurde dargestellt, doch muß auch noch folgendes berücksichtigt werden:

Stalin gilt nicht als Initiator des Krieges

Das deutsche Waffenöl wurde starr bei der extremen russischen Winterkälte, die Waffen funktionierten nicht mehr, die Kleidung der deutschen Soldaten, besonders das Schuhwerk, waren alles andere als geeignet. Doch Hitler wußte, was dem Deutschen Reich drohte, ihm blieb gar nichts anderes übrig, als einem sowjetischen Angriff zuvorzukommen. So schreibt Suworow dann auch: »Wenn die deutsche Industrie nur Waffen produzierte, die allein in Westeuropa und in Afrika zu verwenden waren, jedoch nicht in Rußland, wie kann man dann annehmen, Deutschland sei für diesen Krieg vorbereitet gewesen?«

Und auch was der Dolmetscher von Molotow derzeit im Fernsehen sagt, daß nämlich Stalin wirklich nicht an einen Angriff Hitlers glaubte, was sich auch daran zeigte, daß er bis zuletzt die Rohstofflieferungen Japans durch die UdSSR nach Deutschland gelangen ließ, paßt haargenau in Stalins obiges Konzept. Denn, wie bereits erwähnt, daß der Sowjetdiktator die bis zur Halskrause bewaffnete Rote Armee direkt an die deutsche Grenze marschieren ließ, ist unbestritten. Wenn dies aber aus Angst vor einem deutschen Angriff geschehen wäre, warum hätte er dann die japanischen Lieferungen an Deutschland durchgehen lassen und die Kampfkraft der Wehrmacht stärken sollen, wenn er nicht andere Strategien entwickelt hätte, nämlich den Angriff auf Deutschland.

Suworow stellt dann auch noch in einigen anderen Punkten die Geschichtsschreibung richtig: »Eine eigenartige Wissenschaft ist diese Historiographie: Deutschland hat Polen angegriffen, also ist Deutschland Initiator des Krieges und am europäischen Krieg, folglich auch am Weltkrieg beteiligt. Die Sowjetunion hat dasselbe getan und in demselben Monat – aber sie gilt nicht als Initiator des Krieges. Sogar unter die Kriegsteilnehmer fällt sie aus irgendeinem Grunde nicht in der Zeit von 1939 bis 1941 . . .

Wie lange noch ist Stalin das unschuldige Opfer?

Wenn wir schon die sowjetische Aggression gegen sechs neutrale Staaten mit dem Terminus ›Stärkung der Sicherheit unserer Grenzen‹ belegen, warum wenden wir den gleichen Terminus nicht bei Hitler an? Hat er etwa durch die Besetzung der Nachbarländer nicht die Sicherheit seiner eigenen Grenze gestärkt.

Man hält mir entgegen, die Sowjetunion habe in der ›Vorkriegsperiode‹ keinen permanenten Krieg geführt, es habe sich um eine Reihe von Einzelkriegen und Invasionen mit dazwischenliegenden Pausen gehandelt. Aber schließlich hat auch Hitler eine Reihe von Kriegen mit Pausen dazwischen geführt. Weshalb messen wir bei ihm mit einem anderen Maß? . . .

Polen war nicht in der Reichskanzlei aufgeteilt worden, sondern im Kreml. Hitler war nicht anwesend bei der Unterzeichnung, wohl aber Stalin! Dennoch ist Hitler schuld am Ausbruch des Krieges, nicht aber Stalin. Stalin ist das unschuldige Opfer. Stalin ist der Befreier Osteuropas.« □

Revisionismus

Shamir bot Hitler seine Dienste an

Naim Ghiladi

Der israelische Premierminister Yitzhak Shamir bot während des Zweiten Weltkrieges an, sich und die terroristische Bande unter seinem Kommando in die Dienste der nationalsozialistischen Regierung des Deutschen Reiches zu begeben.

Die Bestätigung der Verbindungen zwischen Shamir und Nazi-Deutschland, über die schon lange Gerüchte kursierten, habe ich in unterdrückten Dokumenten gefunden, die in deutschen Archiven aus der Kriegszeit ausgegraben wurden. Sie enthüllen, daß der israelische Premierminister seine Begeisterung für Hitlers Politik bekannte und sich anbot, diese im Nahen Osten mit terroristischen und Spionageeinsätzen gegen die alliierten Mächte – die Vereinigten Staaten und Großbritannien – zu unterstützen.

Enthüllungen über altgediente Terroristen

Ich habe mich vor kurzem entschlossen, das aufzudecken, was ich über diese unerwartete geschichtliche Episode herausgefunden habe, als ich in den sechziger und siebziger Jahren als Journalist und Historiker arbeitete. Ich befürchte, daß Shamir den Westen auf eine weitere unerwartete Allianz vorbereitet: eine neue »Beziehung« zwischen der Sowjetunion und Israel.

Die Dokumente aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges, die ich ausfindig gemacht habe, werden uns helfen, die israelische Kehrtwendung zu verstehen. Sie enthüllen, daß Shamir und sein innerer Kreis von altgedienten Terroristen Amerikas demokratisches System und seine Werte schon immer verachtet haben, trotz ihrer Behauptungen, ein »Verbündeter« der Vereinigten Staaten zu sein.

Im Herzen sind Shamir und seine Freunde immer Totalitäre der Gewalt gewesen, dem Betrug und der militärischen Expansion verschworen. In den dreißiger Jahren hatten es ihnen Benito Mussolini und sein faschistisches Regime in Italien besonders angetan.

Eine Reihe von Killern der Irgun- und später der Lehi-Bewegung erhielten vor dem Zweiten Weltkrieg in Italien ihre Grundausbildung. Sie machten das bei Mussolini wieder gut, indem sie sich an terroristischen Anschlägen gegen die Gegner des Faschismus beteiligten.

Dokumente mit peinlichen Einzelheiten

Nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges boten Shamir und seine Männer dem deutschen Oberkommando ihre Dienste an. Die Dokumente über die Einzelheiten dieser Kontakte wurden von britischen Truppen beschlagnahmt und 1945 zusammen mit Tonnen von anderem deutschen Archivmaterial nach London geschafft.

1955 erhielt Mosche Sharett, Israels seinerzeitiger Premierminister, die Erlaubnis, die erbeute-

Das deutsche Begleitdokument besagt, daß Shamirs geheime Denkschrift von einem Emissär in der Botschaft in Ankara abgegeben wurde.

Geh. [illegible]

Deutsche Botschaft Ankara
Der Marineattaché
(Dienststelle Istanbul)
B. Nr. 1520 geh.

Istanbul, den 11.1.41

Deutsche Botschaft in der Türkei
Eing.: 18 JAN. 1941
Anl.
J.-Nr. [illegible] 15/41

Sehr geehrter Herr Botschafter!

In der Anlage übersende ich Ihnen:

1.) einen Brief, den der Chef der Sureté Général in Syrien Colombani an den General Dentz gerichtet hat. Moser teilt mit, dass auf Grund dieses Briefes anscheinend eine weitere Unterredung zwischen Colombani und Dentz stattgefunden hat. C. ist der Ansicht, dass seine Zurückberufung durch die Zusammenarbeit von F. Conty (M.C.) und den Minister Peyrouton begründet ist.

2.) eine Verfügung betr. Demobilmachung, die von den französischen Militärbehörden in Syrien bei den Truppenteilen in Umlauf gesetzt worden ist.

3.) einen Vorschlag der nationalen Militärorganisation in Palästina zur Lösung der jüdischen Frage in Europa.

Mit einer Empfehlung
bin ich Ihr ergebener

3 Anlagen

E234152

This is the covering letter from the Naval Attaché in Istanbul.

Grundzüge des Vorschlages der Nationalen Militärischen Organisation in Palästina (Irgun Zewi Leumi) betreffend der Lösung der jüdischen Frage Europas und der aktiven Teilnahme der N.M.O. am Kriege an der Seite Deutschlands.

Es ist des Öfteren von den leitenden Staatsmännern des nationalsozialistischen Deutschlands in ihren Äusserungen und Reden hervorgehoben worden, dass eine Neuordnung Europas eine radikale Lösung der Judenfrage durch Evakuation voraussetzt ("Judenreines Europa").

Die Evakuierung der jüdischen Massen aus Europa ist eine Vorbedingung zur Lösung der jüdischen Frage, die aber nur einzig möglich und endgültig durch die Übersiedlung dieser Massen in die Heimat des jüdischen Volkes, nach Palästina, und durch die Errichtung des Judenstaates in seinen historischen Grenzen, sein kann.

Das jüdische Problem auf diese Weise zu lösen und damit das jüdische Volk endgültig und für immer zu befreien ist das Ziel der politischen Tätigkeit und des jahrelangen Kampfes der Israelitischen Freiheitsbewegung, der Nationalen Militärischen Organisation in Palästina (Irgun Zewi Leumi).

Die N.M.O., der die wohlwollende Einstellung der deutschen Reichsregierung und ihrer Behörden zu der zionistischen Tätigkeit innerhalb Deutschlands und zu den zionistischen Emigrationsplänen gut bekannt ist, ist der Ansicht, dass

1) eine Interessengemeinschaft zwischen den Belangen einer Neuordnung Europas nach deutscher Konzeption und den wahren nationalen Aspirationen des jüdischen Volkes, die von der N.M.O. verkörpert werden, bestehen könne,
2) eine Kooperation zwischen dem neuen Deutschland und einem erneuerten, völkisch-nationalen Hebräertum möglich wäre und
3) die Errichtung des historischen Judenstaates auf nationaler und totalitärer Grundlage, der in einem Vertragsverhältnis mit dem Deutschen Reiche [illegible], im Interesse der Wahrung und Stärkung der zukünftigen deutschen Machtpositionen im Nahen Orient sei.

E234155 -2-

- 2 -

Ausgehend aus diesen Erwägungen tritt die N.M.O. in Palästina, unter der Bedingung einer Anerkennung der oben erwähnten nationalen Aspirationen der Israelitischen Freiheitsbewegung seitens der Deutschen Reichsregierung, an dieselbe mit dem Angebote einer aktiven Teilnahme am Kriege an der Seite Deutschlands heran.

Dieses Angebot seitens der N.M.O., deren Tätigkeit auf das militärische, politische und informative Gebiet, in und nach bestimmten organisatorischen Vorbereitungen auch ausserhalb Palästinas, sich erstrecken könnte, wäre gebunden an die militärische Ausbildung und Organisierung der jüdischen Manneskraft Europas, unter Leitung und Führung der N.M.O., in militärische Einheiten und deren Teilnahme an Kampfhandlungen zum Zwecke der Eroberung Palästinas, falls eine entsprechende Front sich bilden sollte.

Die indirekte Teilnahme der Israelitischen Freiheitsbewegung an der Neuordnung Europas, schon in ihrem vorbereitenden Stadium, im Zusammenhange mit einer positiv-radikalen Lösung des europäischen Judenproblems im Sinne der erwähnten nationalen Aspirationen des jüdischen Volkes, würde in den Augen der gesamten Menschheit die moralischen Grundlagen dieser Neuordnung ungemein stärken.

Die Kooperation der Israelitischen Freiheitsbewegung würde auch in der Linie einer der letzten Reden des deutschen Reichskanzlers liegen, in der Herr Hitler betonte, dass er jede Kombination und Koalition benutzen werde, um England zu isolieren und zu schlagen.

E234156

Kopie der Denkschrift, die der heutige israelische Premierminister während des Zweiten Weltkrieges an Hitler-Deutschland richtete.

ten Dokumente einzusehen und einige davon abzulichten. Ein israelischer Forscher wurde nach London entsandt. Als er Monate später zurückkam, brachte er ein Dutzend Akten mit, die er in London kopiert hatte. Kurze Zeit später erhielt ich eine den Forschern zugestandene Erlaubnis, diese Aufzeichnungen zu überprüfen. Ich war erstaunt und erregt, als ich darunter Dokumente entdeckte, die Shamirs Affinität zum Faschismus und Nationalsozialismus beschrieben. Aber meine Erregung war nur von kurzer Dauer.

Shamir war zu dieser Zeit Einsatzleiter des Mossad, des israelischen Geheimdienstes, eine mächtige, undurchsichtige Person. Er erhielt bald darauf einen Tip, daß die in London vervielfältigten Dokumente peinliche Einzelheiten über seine vergangenen Tätigkeiten enthielten.

Begleitet von Mossad-Agenten mit Maschinenpistolen marschierte er in die Archive, wo ich die Kriegsaufzeichnungen studierte, und beschlagnahmte jede Akte, die einen Hinweis auf ihn enthielt. Diese Unterlagen wurden in Israel niemals wieder gesehen. Doch ich bekam sie noch einmal zu sehen.

Nach 1982 entschloß ich mich dazu, Israel zu verlassen, aus Protest gegen die von israelischen Truppen im Libanon begangenen unmenschlichen Greueltaten. Im Exil spürte ich die Originale dieser vielsagenden Papiere auf und es gelang mir, für mich Kopien von Schlüsseldokumenten zu bekommen.

Sie beweisen, daß Shamir 1941 als Leiter dessen, was er die Untergrund Jewish National Military Organization (NMO) nannte, der deutschen Reichsregierung eine geheime Denkschrift zusandte. Darin wurde erklärt: Shamir und die NMO teilten Nazi-Deutschlands Interessen und befürworteten die Politik des Aufbaus einer »Neuen Ordnung« unter deutscher Leitung.

Shamir tat sein Bestes, um Hitler zu gefallen

Shamirs Kämpfer waren bereit, Hitler den Krieg gewinnen zu helfen mit einem Untergrundfeldzug des Terrorismus und der Sabotage gegen Großbritannien und seine Kriegsverbündeten, das heißt die Vereinigten Staaten.

Als Gegenleistung verlangte Shamir, Deutschland möge in Erwägung ziehen, »das Judenproblem« durch Ausweisung europäischer Juden nach Palästina zu lösen und sie unter die Herrschaft seiner NMO zu stellen.

Wie ein deutsches Begleitdokument aus der Kriegszeit, das hier kopiert ist, besagt, wurde Shamirs geheime Denkschrift per Hand von seinem Emissär, Nathan Yelin-Mor, der deutschen Botschaft in Ankara überbracht. Es war an den Marine-Attaché, Fregattenkapitän Hantik, adressiert, der es mit einem amtlichen Umlaufzettel nach Berlin weiterleitete.

Die deutsche Regierung hatte Bedenken, sich mit einer Bande von jüdischen Terroristen im Nahen Osten zusammenzutun. Shamir tat sein Bestes, um Hitler von seiner Aufrichtigkeit zu überzeugen. Er startete einen Untergrundkrieg des Mordes und der Bombenlegung gegen britische und alliierte Soldaten und Anlagen, wo immer er sie erreichen konnte. Aber Deutschland zögerte trotzdem immer noch.

Shamirs Pläne für ein Großisrael, aufgebaut auf Terrorismus, militärische Macht und Betrug, mußten noch ein Jahrzehnt warten, um mit der Unterstützung einer anderen Großmacht verwirklicht zu werden: den Vereinigten Staaten. □

Banker-Journal

Die Folgen der Alaska-Katastrophe zahlen die Autofahrer

Steuerzahler und Autofahrer werden letztendlich den Löwenanteil an Exxons-Ölkatastrophe vor der Küste Valdez, Alaska, zahlen. Autofahrer stellen bereits fest, daß die Benzinpreise an den Tankstellen durchschnittlich um zehn Prozent erhöht wurden, wobei die schlimmsten Preisanstiege nicht durchgesetzt werden konnten.

Was aber noch schlimmer ist, auf Grund von Steuererlassen für Exxon werden den amerikanischen Steuerzahlern mindestens ein Drittel der Kosten für die umfangreiche Beseitigung des ausgelaufenen Öls aufgebrummt. Der Umweltschaden ist unberechenbar.

Das ausgelaufene Öl hat bereits ein Gebiet von mehr als 3000 Quadratmeilen Wasser im Golf von Alaska und im Prinz William Sund verseucht. Das giftige Rohöl bedeckt mehr als 1300 Meilen des Küstenstreifens von Alaska.

Die meisten Umweltexperten sind sich darüber einig, daß die Umweltkosten der größten Ölkatastrophe der USA niemals voll bekannt werden, da das Ausmaß der Schäden nicht zu übersehen ist und bestimmt noch das kommende Jahrzehnt darunter leiden wird.

Die Tragweite der Katastrophe für Exxon selbst wird nicht so furchtbar sein. Als größte amerikanische Ölgesellschaft hatte Exxon im vergangenen Jahr Einnahmen von 5,2 Milliarden Dollar. In jeder Stunde rund um die Uhr macht Exxon fast zehn Millionen Dollar und in jeder Sekunde, die vergeht, werden 150 Dollar Gewinn erzielt.

Früher unter dem Namen Standard Oil of New Jersey bekannt, ist Exxon die größte der 34 Einzelfirmen, die sich aus der Aufspältung von Rockefellers Firma Standard Oil durch das amerikanische Justizministerium unter US-Präsident Theodore Roosevelt im Jahr 1911 ergaben. Das oberste Gericht der USA erklärte damals das Rockefeller-Imperium zum Monopol und ordnete seine Aufspaltung an. 1972 wurde Standard Oil of New Jersey in Exxon umbenannt. In Deutschland firmiert das Unternehmen unter dem Namen Esso.

Weltweit verfügt Exxon über eine Flotte von 500 Schiffen, die aus 115 Häfen heraus verkehren und 270 Bestimmungsorte anlaufen, wobei Lasten von 160 Ölsorten in 65 Länder verschifft werden. Nur ein Dutzend der Staaten in der Welt haben ein höheres Bruttosozialprodukt wie Exxons jährliche Umsätze.

Etwa ein Drittel der Gesamtumsätze von Exxon werden in den Vereinigten Staaten getätigt.

Es ist geschätzt worden, daß die Kosten der Ölbeseitigung sich auf mindestens 500 Millionen Dollar belaufen werden, eine Rechnung, die zum Beispiel für jeden Amerikaner mehr als zwei Dollar ausmacht. Obwohl Exxon für die Reinigungskosten die Verantwortung übernommen hat, könnte jeder amerikanische Steuerzahler am Ende mit mehr als 1,20 Dollar belastet werden, um den Verlust an Steuereinnahmen wieder wettzumachen, da Exxon 34 Prozent der Reinigungskosten von dem versteuerbaren Einkommen absetzen kann, weil Umweltunfälle als »gewöhnliche Geschäftskosten« betrachtet werden.

Mit anderen Worten: Unter den geltenden Steuergesetzen der USA kann Exxon einen von drei Dollar, die man für die Reinigungkosten aufwendet, absetzen. □

Zusammenhang zwischen Kindersterblichkeit und IWF

Die Schuldenkrise der dritten Welt hat die Kindersterblichkeit erhöht, wie aus einer UNICEF-Studie »Crisis and Infancy in Brazil« (»Krise und Kindheit in Brasilien«) hervorgeht. Darin wird festgestellt, daß es direkte Zusammenhänge zwischen der Politik, die den Nationen durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) auferlegt wird, den Lebensbedingungen und der Kindersterblichkeit gibt.

Im verarmten Nordosten Brasiliens sank die Sterbeziffer von Kindern im Jahr 1982 auf einen Tiefstand von 91 herab. Aber sobald Brasilien sich dem Hunger-Sparprogramm des IWF mit Beginn des Jahres 1983 ausgesetzt hatte, sprang die Ziffer auf 101 und bis auf 114 im Jahr 1984. Professor Pedro Israel Cabral sagte, die Kindersterblichkeit sei 1985 und 1986 zurückgegangen, als der Finanzminister Dilson Funaro damit begann die Nahrungsmittel wieder auf den Tisch zu bringen und Gelder für die Sanierung und Impfungen bereit zu stellen.

Die Trends für Brasilien als Ganzes sind ähnlich, obwohl die Zahlen niedriger liegen. Insgesamt sind laut Angabe des Forschers an der autonomen Universität von Mexiko, José Luis Calva, 163 Millionen Ibero-Amerikaner unterernährt, was bei 15 Prozent von ihnen eine Verlangsamung ihrer Entwicklung hervorruft.

Die ehemalige Schauspielerin Audrey Hepburn, die jetzt bei der UNICEF ist, sagte, das durchschnittliche Familieneinkommen in der Region sei seit 1980 um 10 bis 25 Prozent gesunken, und die Regierungen hätten die Sozialausgaben zum Nachteil der Kinder reduziert. Sie meinte, die UNICEF habe errechnet, daß in der Region jährlich etwa 500 000 Kinder sterben.

Calva stellte fest, daß der Fleischverbrauch in Mexiko City in der Zeit von 1982 bis 1987 um 45,1 Prozent gesunken ist, und daß 1988 42 Prozent der iberoamerikanischen Exporteinkünfte zur Rückzahlung von Schulden verwendet wurden. Calva kommt zu der Schlußfolgerung: »Obwohl einige Technokraten dies nicht wahrhaben wollen, steht die Verschlimmerung des Hungers mit der Krise der Auslandsschulden in Zusammenhang.«

Aus der Statistik, die von der Economic Commission for Latinamerica (ECLA) herausgegeben wurde, geht hervor, daß mindestens 165 Millionen Ibero-Amerikaner in Armut leben, 55 Millionen mehr als 1970.

»Die Probleme der Armut und des An-den-Rand-Drückens, die in der Region schon vor zehn oder 20 Jahren sehr ernsthaft waren, sind jetzt noch schlimmer geworden«, sagte Gert Rosenthal, Vorstandssekretär der ECLA. Die 165 Millionen in Armut stellen 40 Prozent der gesamten Bevölkerung dar. □

Swiss Bankcorp bringt Nabisco vor Gericht

Ein Sprecher der Swiss Bankcorp in Basel hat zugegeben, daß rechtliche Schritte, die das Institut kürzlich gegen Kohlberg, Kravis, Roberts & Co. (KKR) und RJR Nabisco eingeleitet hat, das »hypothetische Potential« in sich berge, die gesamte 25-Milliarden-Dollar-Übernahme von Aktien durch RJR Nabisco, die größte Welle von durch Kredite finanzierten Firmenaufkäufen der letzten Zeit in den USA, zu entwirren.

Der Sprecher sagte, der Fall habe sich ergeben aus einem Ersuchen durch Swiss Bankcorp im Januar wegen der Ausgabe von Industrieobligationen in Höhe von 120 Millionen Dollar, die die Bank für die alte RJR Nabisco Corporation vermittelt habe. Nach den Ausgabebedingungen für diese Obligationen von 1986 war Swiss Bankcorp berechtigt, im Falle einer Firmenumgruppierung des Darlehensnehmers, RJR Nabisco, die Obligationen für unverzüglich fällig und zahlbar zu erklären, es sei denn, die Umgruppierung schlösse »ausreichenden Schutz für die Inhaber der Obligationen« ein.

Ein Ersuchen um solche Absicherungen an die Direktion der neuen KKR und RJR Nabisco wurde schließlich im März mit nein beantwortet, teilt die Swiss Bankcorp mit. KKR-Nabisco weigerten sich, ausreichende Sicherheiten für die alten Obligationsnehmer, das heißt Gläubiger, zu geben, bevor die Firma die Aktienschuld von 25 Milliarden Dollar übernahm.

Am darauffolgenden Tag ging die Bank in Basel vor Gericht, um ein »Feststellungsurteil« gegen Nabisco zu bekommen. Diese Herausforderung könnte eine grundlegende Offensive gegen Firmenübernahmen durch Aktienspekulationen darstellen. Durch Kredite finanzierte Aufkäufe von Firmen bergen das Potential für einen raschen Zusammenbruch nach dem Prinzip der »umgekehrten Hebelwirkung« in sich. □

Japans Finanzskandale mit US-Handelsgesprächen verknüpft

Masayuki Fujio, ehemaliger japanischer Erziehungsminister und einer der vier höchsten Beamten in der regierenden Liberaldemoraktischen Partei, teilte seinen Anhängern mit, daß der Recruit-Cosmos »Insider-Trading«-Skandal, der derzeit das Land erschüttert, eng mit Handelsgesprächen zwischen dem ehemaligen japanischen Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone und dem ehemaligen US-Präsidenten Ronald Reagan verknüpft ist.

Aber Nakasones leitender Sekretär Yasu Tsuiji verurteilte Fujios Behauptungen unverzüglich als »völlig unbegründet«. »Andere Parteiführer haben mir mitgeteilt, daß Herr Fujio ein kranker Mann ist, und wir brauchen daher seine Worte nicht ernstnehmen«, sagte Tsuiji.

Die Vereinigten Staaten hatten zur Zeit der Gespräche zwischen Reagan und Nakasone auf Japan Druck ausgeübt, amerikanische Supercomputer von Cray zu kaufen, um dazu beizutragen, daß amerikanische Handelsdefizit auszugleichen. 1986 bis 1987 kaufte Nippon Telegraph and Telephone zwei Cray-Computer und verkaufte sie an Recruit, die sie anschließend im Leasing-Verfahren an NTT verkaufte.

»Zunächst verkaufte Cray einen Supercomputer an NTT für 200 Millionen Dollar«, sagte Fujio. »Aber der zweite kostete 400 Millionen Dollar und der dritte 600 Millionen Dollar. Und als Recruit zwei davon von NTT kaufte, stieg der Preis auf je 800 Millionen Dollar. Diese Verdienstspanne mußte irgendwo zurückschlagen. Die Hauptperson, die diesen Handel in die Wege leitete, ist Nakasone. Daher ist die Vorladung Nakasones vor das Parlament der Schlüssel zur Lösung des Skandals.«

»Der Grund, warum Nakasone sich weigert, als Zeuge auszusagen, ist darin zu sehen, daß Reagans Name wahrscheinlich auftauchen wird, wenn Nakasone vorgeladen wird«, fuhr Fujio fort. »Wenn Nakasone gegen Reagan zurückschlagen würde, dann bedeutet das, daß Japans Premierminister Bestechungsgelder an den US-Präsidenten geleistet hat. Es ist nicht leicht für Nakasone so etwas zu sagen.»

Nakasone könnte aus dem Parlament zurücktreten, wenn er nicht aussagen will, meint Fujio.

Fujio war Vorsitzender des Forschungsrates für politische Angelegenheiten der LDP vom Dezember 1983 bis Juli 1986 und dadurch einer der vier Spitzenfunktionäre in der Partei. Er ist ein starker Verfechter der militärischen Verteidigung und hat sowohl Nord- als auch Südkorea verärgert, indem er versuchte, Japans Annektion Koreas im Jahre 1910 zu rechtfertigen. □

Japan und Korea streben nach Vereinbarungen mit den USA

Japan plädiert intensiv für dringende Gespräche mit den Vereinigten Staaten auf Ministerebene. Außenminister Sosuke Uno sagte, daß er sich sofort mit dem US-Außenminister James Baker treffen will, um eine Verschlimmerung der Reibungen auf dem Handelssektor zu verhindern.

Japans Handelsüberschuß gegenüber den USA belief sich allein im Monat März auf 4,13 Milliarden Dollar, im Vergleich zu 3,4 Milliarden Dollar vor einem Jahr. Das sind Nachrichten, die Furcht vor größeren Handelskonflikten zwischen Japan und den USA auslösen.

Indessen machte der südkoreanische Handelsminister Seung-Soo Han bei seinen Bemühungen, einen Angriff der USA gegen die koreanische Handelspolitik abzuwehren, wenig, wenn überhaupt einen Fortschritt. Han konferierte mit vier amerikanischen Kabinettsbeamten und zwei Kongreßmitgliedern. Das dürftige Ergebnis: Die USA ziehen in Erwägung, den Philippinen Sonderhilfe zu gewähren, um die dortige demokratische Regierung zu stärken. »Unsere Regierung ist viel labiler und jünger als die der Philippinen, und von daher gesehen gilt der Rat, das Liberalisierungsprogramm nicht zu destabilisieren«, meinte Han. □

New Zealand Steel gehört jetzt Rotchina

Die Volksrepublik China hat New Zealand Steel Ltd. übernommen. Durch eine staatseigene Handelsfirma überbot China sowohl neuseeländische als auch australische Firmen. Die Firma ist Neuseelands größter Stahlproduzent. Der Preis der Übernahme wird auf etwa 215 bis 245 Millionen Dollar geschätzt.

New Zealand Steel war Ende 1987 privatisiert worden, und die Holdinggesellschaft, Equicopr., ging im Januar in Konkurs, ein Problem für Neuseelands »ehrgeiziges« Privatisierungsprogramm.

Minmetal, die staatseigene chinesische Firma, die New Zealand Steel übernommen hat, teilte mit, daß mit dem Erwerb der Firma ein langfristiges Ziel verwirklicht wird. Sie beabsichtigt Lieferungen nach Neuseeland sowie Exporte, darunter auch an China, beizubehalten. Minmetal hofft auf Unterstützung durch die neuseeländische Regierung.

China ist eines der größten Stahlausfuhrländer. China mag die Anlage hauptsächlich wegen der Technologie erworben haben, sagte ein japanischer Stahlhändler in Beijing, weil New Zealand Steel eines der wenigen erfolgreichen Beispiele in der Welt für ein nach dem Verfahren der Direktreduktion arbeitendes Stahlwerk ist. □

IWF-Generaldirektor besuchte China

Der Generaldirektor des Internationalen Währungsfonds (IWF), Michel Camdessus, besuchte China, um auf höchster Ebene Gespräche in Beijing zu führen. Camdessus sagte über seinen Besuch, für China sei es »von wesentlicher Bedeutung« bei seinen »Markt orientierten Reformen« Erfolg zu haben.

In diesem »besonders brennenden kritischen Augenblick« in Chinas Reform-Vorstoß vertieft »der IWF seinen Dialog mit den chinesischen Behörden, um die Situation wieder in den Griff zu bekommen«, was bedeute, so Camdessus, daß die Inflation unter Kontrolle gebracht werden muß.

Camdessus Besuch war der erste eines hochrangigen IWF-Vertreters in China, obwohl China schon seit 1945 Mitglied des IWF ist. Chinas Probleme, so Camdessus, ist es, sich auf ein »System der offenen Preise« zuzubewegen ohne die »repressiven Hemmungen und Bilanzen einer Marktwirtschaft«.

Einer der Gründe, warum der IWF der chinesischen Situation soviel Bedeutung beimißt, fügte er hinzu, sei, daß »alle zentral geplanten Wirtschaften auf das chinesische Experiment schauen«, und nannte dabei Ungarn und Jugoslawien als zwei Beispiele dafür.

Der IWF veranlaßte vergeblich dazu, China eine Zeitlang dabei zu helfen, »die Schlüsselsektoren seiner Wirtschaft zu verbessern«. In diesen Tagen kam allerdings der ehemalige Chef des amerikanischen Federal Reserve Systems, Paul Volcker, zusammen mit führenden Zentralbankern nach Beijing, um an einem IWF-Seminar teilzunehmen, in dem sie den Chinesen die »Gunst« ihrer Erfahrung in der Geldpolitik angedeihen lassen. □

Deutsche Bank

Die Schuld am Girmes-Konkurs

Ludwig Bader

CODE hat in den vergangenen Ausgaben ausführlich die Mitschuld der Deutschen Bank am Konkurs des Grefrather Textilkonzerns Girmes beschrieben. Bekanntlich hatte der »Effecten-Spiegel«, der auf der seinerzeitigen außerordentlichen Hauptversammlung die Opposition angeführt hatte, danach eine Schadensersatzklage gegen das Girmes-Aufsichtsrats- und Deutsche Bank-Vorstandsmitglied Ulrich Cartellieri angestrengt. In diesem Zusammenhang hat jetzt einer der führenden Prozeß- und Aktienrechtler der Bundesrepublik, vielleicht sogar der führende, Professor Dr. Wolfgang Grunsky, ein Rechtsgutachten erstellt, das ganz klar das Mitverschulden des größten deutschen Bankhauses an dem Konkurs darlegt.

Um was war es am Anfang des Jahres gegangen? Durch Mißmanagement des Vorstandes, speziell des früheren Aufsichtsratsvorsitzenden und Deutsche Bank-Vorstandsmitglieds Andreas Kleffel war der renommierte Konzern in ernste Liquiditätsschwierigkeiten geraten, da Pensionsverpflichtungen in immenser Höhe nicht bilanziert wurden.

Nur 10 Millionen zur Sanierung

Eine außerordentliche Hauptversammlung sollte nun eine Herabsetzung des Grundkapitals im Verhältnis 5:2 von 50 auf 20 Millionen DM beschließen, das heißt, die Aktionäre, die schon jahrelang auf eine Dividende verzichtet hatten, sollten die Hauptlast tragen. Der Pensions-Sicherungs-Verein (PSV) sollte sich mit 44 Millionen DM beteiligen, Beschäftigte und Lieferanten sich mit 24 Millionen DM – und die Banken bei einem Gesamtkreditvolumen von etwa 100 Millionen DM wollten nur zehn Millionen DM zur Sanierung beitragen.

Dies sah der Herausgeber des »Effecten-Spiegels«, Bolko Hoffmann, nicht ein, stellte sich an die Spitze der Opposition und brachte weit mehr als 200 000 der insgesamt eine Million Stimmen hinter sich. Da der Beschluß der Kapitalherabsetzung mit mindestens 75prozentiger Mehrheit der auf der Hauptversammlung anwesenden Stimmen gefaßt werden muß, war bei einer Präsenz von rund 50 Prozent das Vorhaben von Vorstand und Banken zum Scheitern verurteilt.

Nachdem die Banken aber eingeschwenkt und sich bereiterklärt hatten, weitere zehn Millionen DM Forderungsverzicht zu leisten beziehungsweise eine Kapitalerhöhung in dieser Größenordnung zu garantieren, lenkte Hoffmann ein und wandelte seinen Ursprungs-Alternativ-Vorschlag einer Kapitalherabsetzung von 10:9 auf 5:3 um. Da durch die Kapitalerhöhung der Gesellschaft zehn Millionen DM neues Kapital zugeführt worden wäre, wurde damit eigentlich die Minderleistung der Aktionäre in gleicher Höhe ausgeglichen, so daß das Unternehmen eigentlich vor dem Konkurs hätte bewahrt werden können.

Zweimal eigentlich, denn die Rechnung hatte man ohne die Banken gemacht. Diese hatten nämlich, wenn man Hoffmann und entsprechenden Börsengerüchten Glauben schenken darf, die Absicht, das Unternehmen billig an einen anderen Vertreter des Großkapitals übergehen zu lassen – zu Lasten vieler Kleinaktionäre, und genau das geschah dann auch: Für einen Appel und ein Ei, nämlich für die lächerliche Summe von 153 Millionen DM, stiegen unter Führung des Hussel-Vorstandsvorsitzenden Jörn Kreke zwei Aktionärsgruppen in die neugegründete Auffanggesellschaft Girmes GmbH ein.

Die Dummen sind die Aktionäre

Angesichts des inneren Wertes des Unternehmens, speziell der, wie später auch von der Kreke-Gruppe bestätigt, sehr hohen stillen Reserven – warum diese nicht aufgelöst wurden, versteht bis heute niemand, denn auch damit hätte das Unternehmen vor dem Konkurs bewahrt werden können – sowie der im Markt eingeführten und zum Teil sehr erfolgreichen Marken – alleine der Teppichboden Girloon wird auf einen Marktwert von rund 100 Millionen DM geschätzt – ein im wahrsten Sinne des Wortes lächerlich geringer Betrag.

Die einzig Dummen waren die Aktionäre sowie der PSV, der sich nun statt der 44 Millionen DM mit mehr als 80 Millionen DM an dem Konkurs beteiligen mußte. Die Banken hatten im übrigen stets erklärt, der PSV sei zu keiner anderen Sanierung als der ursprünglich ausgehandelten, von der Hauptversammlung nicht genehmigten, Sanierung bereit gewesen, was sich heute aber als falsch und auch rechtlich gar nicht möglich erweist.

Dagegen war Hoffmann angegangen und hatte Cartellieri in seiner Eigenschaft als »hauptverantwortliches Aufsichtsratsmitglied« auf Schadenersatz in Höhe von mehr als fünf Millionen DM verklagt. Die Deutsche Bank stritt natürlich alle Mitschuld ab. Cartellieri habe niemals von sich aus vorgeschlagen, Hoffmanns Vorschlag abzulehnen, – obwohl er, wie aus gut informierter Quelle verlautete, in der Beratungspause der Hauptversammlung gedroht haben soll, alle Kredite umgehend fällig zu stellen, sollte Hoffmanns Vorschlag seitens des Vorstands unterstützt werden –, vielmehr sei diese Initiative von seiten des Vorstandsvorsitzenden Uwe Klimant ausgegangen. Allerdings sei er, Cartellieri, dagegen auch nicht eingeschritten. Eine Mitschuld sei aber nicht gegeben.

Professor Grunsky kommt aber zu einem ganz anderen Urteil: nämlich daß Cartellieri – von dem viele sagen, kälter als er sei nur Herrhausen und danach komme sofort eine Kühltruhe – sehr wohl an dem Konkurs der Girmes AG mitschuldig ist.

Denn das wichtigste für ein Aufsichtsratsmitglied müsse das Unternehmen sein. Bei einer möglichen Interessenskollision mit seinem Amt als Vorstand der Deutschen Bank müsse dies zurückstehen. Und seit der Entscheidung des Bundesgerichtshofs (BGH) vom 21. Dezember 1979 könne es als »Selbstverständlichkeit« gelten, »daß die Mitglieder des Aufsichtsrats nicht nur verpflichtet sind, Schädigungen des Unternehmens zu verhindern, die vom Vorstand drohen, sondern, daß ein Aufsichtsratsmitglied außerdem (und zwar ›erst recht‹) dem Vorstand keine pflichtwidrigen Maßnahmen anraten darf. Für die Beurteilung der Schadensersatzpflicht des Beklagten spielt es damit keine Rolle, ob er lediglich den Vorstellungen des Vorstands über das weitere Schicksal der Girmes AG nicht entgegengetreten ist, oder ob er durch seine Stellungnahme den Vorstand seinerseits dazu veranlaßt hat, das Sanierungskonzept von Herrn Hoffmann abzulehnen . . .

Urbild eines pflichtwidrigen Verhaltens

Andererseits muß festgehalten werden, daß Vorstand und Aufsichtsrat dann zur Erhaltung der Gesellschaft verpflichtet sind, wenn sich diese zwar in Schwierigkeiten befindet, diese ihrerseits aber behebbar sind. Wer die Flinte hier vorzeitig ins Korn wirft, handelt pflichtwidrig.

Die Befürwortung einer Ablehnung des Sanierungskonzepts von Herrn Hoffmann durch den Beklagten um den Preis eines Antrags auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens wäre – sofern die Sanierung nicht ohnehin aussichtslos gewesen wäre (Klimant hatte aber noch auf der Hauptversammlung betont, daß der Trend bei Girmes klar aufwärts zeige; der Verfasser) – eine Pflichtverletzung . . . Überdies war im konkreten Fall ohnehin nicht mit einem erfolgreichen Vergleichsverfahren zu rechnen: Wer die Girmes AG in den Ver-

gleich trieb, mußte wissen, daß dies den Anschlußkonkurs bedeutete . . . Ein vermeidbarer Untergang der Gesellschaft muß geradezu als das ›Urbild‹ eines pflichtwidrigen Verhaltens der Personen angesehen werden, die das Gesellschaftsinteresse wahrzunehmen haben.

Unter dem Punkt 2 c stellt Grunsky dann die Pflicht Cartellieris heraus; dem Sanierungskonzept Hoffmanns zustimmen zu müssen. Durch vorherigen Schriftwechsel und einem persönlichen Gespräch habe den Girmes-Verantwortlichen klar sein müssen, daß der Vorstands-Sanierungsplan wahrscheinlich scheitern würde. »In dieser Situation mußte die Verwaltung der Gesellschaft – und damit auch der Beklagte – darum bemüht sein, eine ›Auffangstellung‹ für den Fall der Ablehnung ihres Vorschlags aufzubauen. Dies gilt zumindest solange, als ein anderes Sanierungskonzept wirtschaftlich sinnvoll ist . . . In dieser Richtung ist jedoch nichts geschehen. Der Beklagte hat vielmehr von Anfang an ebenso wie der Vorstand die Linie, 5:2 oder Beantragung des Vergleichsverfahrens verfolgt. Schon darin liegt eine Verletzung seiner Pflichten als Mitglied des Aufsichtsrats.

Schwerer wiegt jedoch das Verhalten des Beklagten in der Hauptversammlung am 3. Februar 1989, und zwar konkret in dem Augenblick, als der Vorschlag der Verwaltung abgelehnt worden war und der von Herrn Hoffmann gestellte Antrag zur Abstimmung anstand. Unstreitig schlug der Vorstand der Hauptversammlung vor, diesen Antrag abzulehnen, was – wie allen Beteiligten klar war – nichts anderes bedeutete, als daß der Vorstand für ein Insolvenzverfahren, und damit für die Auflösung der Gesellschaft plädierte. Gegen diese Vorgehensweise des Vorstands ist der Beklagte nicht eingeschritten, sondern hat sich damit vielmehr vollinhaltlich solidarisiert. Ob er dabei maßgeblich auf eine Ablehnung des Vorschlags hinwirkte oder ob er – wie er selbst behauptet – lediglich dagegen nicht eingeschritten ist, weil allen Mitgliedern der Verwaltung klar gewesen sei, daß nur eine Kapitalherabsetzung im Verhältnis 5:2 weiterhelfe, ist für die Bejahung der Pflichtwidrigkeit unerheblich. Aus seiner Überwachungspflicht, § 111 Abs. 1 Aktiengesetz, folgt nämlich eine Pflicht zum Einschreiten gegen einen pflichtwidrig handelnden Vorstand.

Grunsky schreibt dann weiter, daß es gar nicht darauf ankomme, welches Modell, also 5:2 oder 5:3 besser gewesen wäre, denn »würde dies nichts daran ändern, daß nach der endgültigen Ablehnung des Vorschlags der Verwaltung auf die in den Augen der Verwaltung nur zweitbeste Lösung zurückgegriffen werden mußte und die Gesellschaft nicht einfach in den Abgrund getrieben werden durfte«.

Pflichtwidriges Verhalten von Cartellieri

Auch werde die Situation des PSV, der am 20. Januar dieses Jahres schrieb, daß »die Aktionäre durch den Kapitalschnitt im Verhältnis 5:2 einen wesentlichen Beitrag zur Sanierung ihres Unternehmens leisten« müßten, durch Cartellieri falsch dargestellt. Dieser Wortlaut sei nur auf die damaligen Verhältnisse abgestellt gewesen. Er könne »sinnvollerweise nicht dahingehend verstanden werden, daß der PSV jede andere Sanierungsmöglichkeit auch dann abblocken wollte, wenn als einzige Alternative ein Vergleichs- oder Konkursverfahren übrigblieb. Wenn die Einstandspflicht des PSV ohnehin unabwendbar war, konnte er an den Einzelheiten eines Sanierungskonzeptes kein nachvollziehbares Interesse haben.

Er mußte vielmehr einem Sanierungskonzept zustimmen, das eine realistische Chance bot, die Girmes AG am Leben zu erhalten. Die Verweigerung einer Zustimmung zu einem solchen Konzept würde den PSV seinerseits vielmehr zumindest dann Schadenersatzansprüchen aussetzen, wenn er wegen des damit unvermeidbar gewordenen Vergleichsverfahrens ohnehin einstandspflichtig wäre, die Verweigerung der Zustimmung also nur den Effekt hätte, die Gesellschaft in die Insolvenz zu treiben, ohne daß der PSV davon einen Vorteil hätte . . .

Der Beklagte behauptet allerdings weiter, daß die Bereitschaft der Banken zur Übernahme nicht gezeichneter Aktien aus der Kapitalerhöhung (was Grunsky als für das Unternehmen sogar besser erachtet als ein Forderungsverzicht in gleicher Höhe; der Verfasser) davon abhängig gemacht worden sei, daß die Kapitalherabsetzung im Verhältnis 5:2 erfolge, bei einer Kapitalherabsetzung im Verhältnis 5:3 also nicht gelten solle. Dieser Vortrag ist deswegen wenig glaubhaft, weil es für die Banken letztlich weitgehend gleichgültig sein mußte, in welchem Verhältnis die Kapitalherabsetzung erfolgte. Für sie konnte es nur darauf ankommen, den Fortbestand eines Unternehmens zu sichern, was nicht kurz vor dem Zusammenbruch steht . . . Letztlich leuchtet es damit nicht ein, daß die Banken ihre Zustimmung von einer Kapitalherabsetzung im Verhältnis 5:2 abhängig gemacht haben sollen . . .

Für die Banken hieß die Alternative ebenso wie für den Beklagten jetzt (nach der Ablehnung des Vorstandsvorschlags; der Verfasser) nicht mehr ›5:2 oder 5:3‹, sondern nur noch ›5:3 oder Anschlußkonkurs‹. In dieser Situation kann kein vernünftiger Zweifel daran bestehen, daß sie sich bei einer Unterstützung des Konzepts Hoffmann durch den Vorstand und Aufsichtsrat für dieses Konzept ausgesprochen hätten.«

Sanierung statt Konkurs

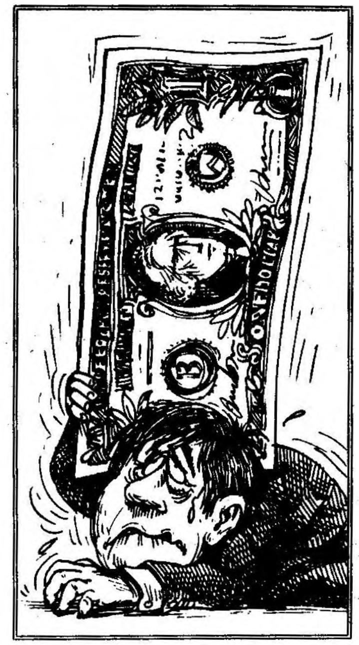
Grunsky kommt zu dem Ergebnis, »daß sich der Beklagte pflichtwidrig verhalten hat. Er hätte die Gesellschaft nicht in die Auflösung hineintreiben dürfen, sondern die auf der Basis einer Kapitalherabsetzung im Verhältnis 5:3 bestehende Sanierungsmöglichkeit wahrnehmen müssen . . .

Die wirtschaftlichen Folgen der vom Beklagten pflichtwidrig getroffenen Fehlentscheidung haben also ausschließlich die Aktionäre zu tragen.« Für den PSV gelte dies nicht, weil er so oder so hätte einspringen müssen, was bei den Aktionären erst jetzt durch das pflichtwidrige Verhalten Cartellieris der Fall gewesen sei.

Grunsky geht dann im weiteren Verlauf seines Rechtsgutachtens auf die Gründe ein, warum den Aktionären und aufgrund welcher Gesetze und Paragraphen ein Schadenersatzanspruch zusteht, worauf hier aber nicht mehr eingegangen werden soll. Die Aktionäre seien so zu stellen, als wenn das Hoffmannsche Konzept angenommen worden wäre. Also nicht der Differenzbetrag zwischen damaligem und heutigem Kurs, der gleich Null ist, sondern der hypothetische, vom Gericht festzusetzende Wert einer erfolgreich verlaufenen Sanierung. Und dieses Konzept war Grunsky zufolge »erfolgversprechend«.

Dies sind die wesentlichen hier zu interessierenden Teile des Rechtsgutachtens. Es ist auch deshalb so besonders brisant, weil es sich bei der von Hoffmann angestrengten Klage um einen Präzedenzfall handelt. Bislang konnten nämlich einzelne Aufsichtsratsmitglieder von Aktionären nicht für ihre Fehlentscheidungen haftbar gemacht werden, sondern konnte nur der Vorstand diesbezügliche gerichtliche Schritte einleiten. Da es aber nun nach dem Anschlußkonkurs keinen Vorstand mehr gibt, befürwortet Grunsky die Klagemöglichkeit der Aktionäre.

Von daher hat dieser Prozeß jetzt nicht nur für die Deutsche Bank Folgen (in Form eines von ihr zu zahlenden Schadenersatzes in Millionenhöhe), sondern würde dies bei positivem Entscheid auch eine ganz klare Stärkung der Stellung der Kleinaktionäre gegen das Großkapital bedeuten. □



Gold

Bei den Gold-Aktien tut sich etwas

C. Gordon Tether

Die Werte der südafrikanischen Goldaktien sind Anfang dieses Jahres steil nach oben gestiegen – trotz der lustlosen Darbietung seitens der Notierungen für Gold selbst.

Man könnte erwarten, daß normalerweise ein enges Verhältnis bestehen müßte zwischen den Bewegungen in den Preisen der südafrikanischen Goldminenaktien und denen des Metalls, mit dem sie weitgehend zu tun haben. Aber solch ein Zusammenhang glänzt mehr und mehr durch sein Nichtvorhandensein, da die Apartheid-Krise des Landes einen immer tiefer werdenden Schatten über das Wohlergehen der Industrie wirft.



P. W. Botha wird sich aus Gesundheitsgründen als Premierminister zurückziehen, kommt es dann zu einem Umdenken in der Regierung?

Angst vor Umwälzungen durch Rassenkrise

In den ersten Wochen des Jahres lagen die auf dem Londoner Markt – dem Haupthandelszentrum außerhalb Südafrikas selbst – für solche Aktien genannten Preise im Schnitt bei etwas mehr als 25 Prozent der Preise, die genannt wurden, als ihre Indexziffern Anfang 1983 den höchsten Stand aller Zeiten erreichten.

Die Erosion, die sie erlitten hatten, beläuft sich auf fast vier Fünftel, wenn der Kaufpreisverfall des Geldes, in dem ihre Werte in den gleichen sechs Jahren ausgedrückt werden, berücksichtigt wird. Und doch fiel über diesen Zeitraum hinweg der Dollar-Preis des Goldes um nur wenige Prozentpunkte von dem Stand, auf dem er sich am Beginn dieses Zeitraums befand.

Die Erklärung dieses Phänomens findet sich natürlich in der mehr und mehr bedeutenden Rolle, die äußere Faktoren bei der Formung der Goldpreise spielen; genauer gesagt, durch die wachsende Befürchtung, daß die Rassenkrise des Landes letztlich in politische Umwälzungen kulminieren könnte, die dann in der Lage wären, dem Schicksal der Goldminenindustrie und deren Investoren ernsthaften und dauerhaften Schaden zuzufügen.

Derartige Befürchtungen begannen Anfang der achtziger Jahre sehr stark auf die Aktienpreise einzuwirken.

Es ist ihre seitherige Tendenz, von Zeit zu Zeit zu fallen und zu steigen, die die massiven Preisschwünge der Aktien Jahr für Jahr verursacht hat.

Ein Umdenken in der südafrikanischen Regierung

Ein Schwung dieser Art – diesmal in Richtung aufwärts – begann etwa fünf bis sechs Wochen nach Beginn dieses Jahres Formen anzunehmen. Er erwies sich als einer von solcher Kraft, daß er im Zeitraum von ungefähr einem Monat die Werte der gängigen südafrikanischen Goldaktien um etwas über ein Viertel in die Höhe trieb.

Da sich der Weltmarkt für Goldbarren seinerzeit etwas schleppend verhielt, muß die Erklärung für dieses plötzliche Zurschaustellen von Lebenskraft in den Aktien anderswo gesucht werden. Und es kann in der Tat wenig Zweifel daran bestehen, daß diese in dem Gefühl des Marktes in der Umgebung der südafrikanischen Goldindustrie zu finden ist.

Bis kürzlich neigte man zu der Vermutung, daß das Gerangel um die Apartheid eine ernsthafte Bedrohung für das Wohlergehen der Industrie des Landes im allgemeinen – und des Goldminensektors im besonderen – auch unter den optimistischsten Annahmen für viele kommende Jahre eine ernsthafte Bedrohung sein könnte. Nun wird langsam vermutet, daß sich dies als eine unnötig pessimistische Weise, die Dinge zu betrachten, herausstellen könnte.

Meinungsänderung ist das Produkt der wachsenden Überzeugung, daß ein Umdenken in südafrikanischen Regierungskreisen den Weg für die schon lange benötigte Annäherung zwischen der weißen und den farbigen Rassen und von daher gesehen zum allmählichen Abflauen der Rassenkrise freimachen könnte.

Welche Beweise gibt es dafür, daß man sich in Pretoria im Innersten gewandelt hat? Ein Hinweis darauf sei, so wird argumentiert, in Südafrikas Bereitschaft zu sehen, die notwendigen Zugeständnisse zu machen, die erforderlich waren, um die kürzlich erfolgte, lange umstrittene Regelung der Namibia-(Südwestafrika-)Frage zustande zu bringen.

Ein weiterer und noch bedeutsamerer Hinweis wird in der vom südafrikanischen Kabinett manifestierten Entschlossenheit gesehen, sich die Krankheit des Premierministers P. W. Botha zunutze zu machen, um ihn von seinem Spitzenposten in der Regierung zu stürzen.

Gleichermaßen treffend, so wird behauptet, sei das, was geschah, nachdem Südafrikas Außenminister, Pik Botha, Gespräche mit dem britischen Premierminister, Margaret Thatcher, in London geführt hatte.

Mrs. Thatcher als Vermittler

So legte Mrs. Thatcher bei einer anschließenden Reise durch die sogenannten Frontstaaten längs der südafrikanischen Grenzen große Betonung auf Britanniens Bereitschaft, in einer erneuten Debatte über die Apartheid als Vermittler tätig werden zu wollen. Sie hätte das wohl nicht getan, so wird gesagt, wenn ihr südafrikanischer Besucher ihr nicht von einer neuentdeckten Bereitschaft in Pretoria, an solchen Gesprächen teilzunehmen, Mitteilung gemacht hätte.

Wo die Preise der südafrikanischen Goldaktien heute stünden, wenn sie sich nicht so viele Jahre lang unter einer riesigen politischen Wolke befunden hätten, ist schwer zu sagen.

Man kann aber mit Sicherheit sagen, daß sie weit näher bei ihren Höchstständen von 1983 stünden, als sie nach ihrer plötzlichen Erholung im ersten Viertel dieses Jahres standen. Woraus zu schließen ist, daß, falls Aussicht darauf besteht, bei der Beendigung des Alptraums der Apartheid-Krise solide Fortschritte gemacht werden, Spielraum für weitere merkliche Fortschritte der Preise auf diesem Sektor des Aktienmarktes vorhanden sein dürfte.

Man muß sorgfältig zu Werke gehen

Es ist jedoch von wesentlicher Bedeutung, wählerisch zu sein. Wie der »Lynch International Investment Survey«, ein renommierter, in New York erscheinender Investitionsbrief, kürzlich ausführte, bietet die derzeitige Lage dadurch, daß sich eine Wiederaufnahme von Käufen von Edelmetallaktien als Absicherung gegen Inflation empfiehlt, »eine Kaufgelegenheit für Hersteller von Qualitätsprodukten und für diejenigen, sich in der Entwicklung befindlichen Minen, die ein echtes Wachstumspotential aufweisen«. Kurz gesagt, man muß sorgfältig zu Werke gehen. □

Ausblick auf die Preis-entwicklung

C. Gordon Tether

Wie sind die Aussichten für den Goldpreis? Die Diskussion darüber ist seit Beginn dieses Jahres heftiger, oft sogar hitziger geworden.

Nachdem der Goldpreis sich fast das ganze Jahr 1988 hindurch in kurzem Abstand auf seinem Durchschnittsniveau für 1987 von 440 Dollar pro Unze gehalten hatte, begann der Goldpreis im letzten Monat des Jahres plötzlich dahinzuwelken. Die Abwärtsbewegung setzte sich über den Jahresanfang von 1989 fort, mit dem Ergebnis, daß die 440-Dollar-Grenze durchbrochen wurde und bald weit zurücklag.

Expansion in der Goldproduktion

Es sah so aus, als hätte es in dem Verhältnis Lieferung – Nachfrage einen grundlegenden Wandel gegeben, und dazu noch einen von ausreichend dramatischer Natur, um die Behauptungen einiger der Fachgelehrten zu rechtfertigen, daß ein Sturz unter die 300-Dollar-Marke nicht lange außer Frage stehe.

Um dies zu erklären, verweisen sie auf eine relativ neue Entwicklung auf dem Goldmarkt – die eindrucksvolle Expansion der achtziger Jahre in der Goldproduktion in Ländern, die traditionell nur zu einem relativ geringen Teil an dem Strom von neu abgebautem Gold auf dem Weltmarkt bis dahin beteiligt waren. Es sind Kanada, Australien und die Vereinigten Staaten.

Vor 1980 hatten Südafrika und die Sowjetunion den Hauptanteil an der Welt-Goldproduktion. Zusammen werden Kanada, Australien und die Vereinigten Staaten allen derzeitigen Anzeichen nach die südafrikanischen Zahlen einholen.



Immer mehr Gold drängt auf den Markt und beeinflußt international trotz Inflation die Preisentwicklung.

Wie wir alle wissen, wird Gold normalerweise nicht in gleicher Weise verbraucht als andere Güter, nachdem es auf den Markt gekommen ist, da viel von diesem Metall, das vor undenklichen Zeiten erzeugt wurde, immer noch in der einen oder anderen Form vorhanden ist. Daher haben Schwankungen in der Menge des aus den Minen geförderten Metalls nicht unbedingt den gleichen Einfluß auf das Preisverhalten, wie man in anderen Fällen mit Sicherheit erwarten könnte.

Dennoch wäre es nicht von der Hand zu weisen, daß eine Entwicklung auf der Angebotsseite von einer solchen Größenordnung wie der erste große Aufschwung in der weltweiten Produktion seit vielen Jahrzehnten auch einen Druck auf die Preise nach unten zur Folge haben könnte, der mehr als kurzfristige Bedeutung haben dürfte.

Wenn es jedoch die Hauptbeschäftigung der Marktführer zunächst mit der Rolle war, die wahrscheinlich von dem Produktionsfaktor gespielt wird, die den Goldpreis zum Jahreswechsel nach unten in Bewegung setzte, scheinen sie sich später im Kampf mit Kräften befunden zu haben, die in die entgegengesetzte Richtung ziehen. So ist der Goldpreis, nachdem er einen Tiefstand von 375 Dollar erreicht hatte, wieder im Steigen begriffen, und das so schnell, daß er in wenigen Wochen wieder in Rufweite der 400-Dollar-Marke sein wird.

Vieles hängt von Bush und dem Dollar ab

Einer der daran beteiligten Faktoren könnte sehr wohl Spekulation sein, die von dem Umdenken über die Art und Weise herrührt, wie der internationale Wert des Dollar sich jetzt bewegen wird, wo die Bush-Präsidentschaft sich entscheiden muß, wie das Problem der chronischen Defizite in der amerikanischen Zahlungsbilanz in Angriff genommen werden soll.

Aber es scheint fast sicher zu sein, daß das, was dem anfänglichen Abwärtstrend des Goldpreises am meisten im Wege steht, das Wiederaufleben der Befürchtungen wegen einer weltweiten Inflation ist. Im Augenblick schwirrt die Luft natürlich von dem Gerede über die Entschlossenheit der Regierungen der schrittmachenden Industrienationen, Himmel und Erde in Bewegung zu setzen, um sicherzustellen, daß die Tendenz der Verbrauchsgüterpreise, wieder nach oben zu klettern, ins Gegenteil verkehrt wird.

Aber die bloße Tatsache, daß sie sich über diese Angelegenheit so aufregen, kann sehr wohl bewirken, daß die breite Öffentlichkeit wegen des Ausmaßes der Bedrohung, die die neue Inflation für den Wert des Papiergeldes darstellt, in Alarmzustand versetzt wird.

Es wäre unter solchen Umständen kaum überraschend, wenn man zu der Schlußfolgerung kommen würde, daß die Lage sich möglicherweise verschlimmern wird, bevor sie merklich besser wird – kurz gesagt, daß die Zeit gekommen ist, alles Mögliche zu unternehmen, um in Papiergeld ausgedrückte Vermögenswerte durch Umwandlung in Gold zu schützen.

Wenn man im Auge behält, daß in vielen industrialisierten Ländern die Erosion des Geldwertes, die sich aus der Inflation ergibt, bereits die realen Zinssätze auf sehr niedrige Zahlen verringert, dann bedeutet eine solche Absicherung nicht länger einen größeren Verlust der Erwerbsfähigkeit in bezug auf das so umgewandelte Kapital.

Das Comeback der Inflation

Es erübrigt sich zu sagen, daß eine Umwandlung sich als ein teures Geschäft erweisen könnte, wenn der Marktpreis des Goldes, das das Papiergeld ersetzt, in wesentlichem Umfang fallen würde, nachdem man es erworben hat. Es hängt so viel von dem Ausgang des Gerangels unter den Kräften ab, die den Goldpreis in entgegengesetzte Richtungen ziehen.

Alles, was man sagen kann, ist, daß angemessene Aussicht besteht, daß in den unmittelbar vor uns liegenden Monaten die Besorgnis über die Inflation weiterhin an Kraft gewinnen wird, statt umgekehrt. Schließlich feierte die Inflation just in dem Augenblick ihr Comeback, als man anzunehmen begann, die in den achtziger Jahren ergriffenen Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung hätten so gut gegriffen, daß man sich noch auf unbestimmte Zeit darauf verlassen kann.

Daß diese Annahme sich jetzt als ohne Grundlage erwiesen hat, muß unweigerlich das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Fähigkeit der Behörden, die Inflation unter Kontrolle zu bekommen, unterminieren, solange sich diese dazu auf genau die gleichen Waffen verlassen – insbesondere auf die Manipulation der Zinssätze –, die nicht verhindert haben, daß die Inflation erneut ernsthaft in Erscheinung getreten ist. □

Drogen

Banken im Mittelpunkt der Skandale

Warren Hough und James Harrer

Die Geheimdienste sowohl der Vereinigten Staaten als auch des Sowjetblocks, einschließlich einer bulgarischen Agentur, die 1981 mit dem versuchten Mord an Papst Johannes Paul II. in Verbindung gebracht wurde, haben gemeinsam mit dem internationalen Drogenkartell jahrelang Geldwäscherei betrieben und geheim Bankeinrichtungen in Anspruch genommen.

Die Entdeckung, daß kommunistische Agenten in dem Multimilliarden schweren Dollar-Drogen-Banknetz, gegen das jetzt in Europa und in den Vereinigten Staaten ermittelt wird, verwikkelt sind, hat die lange Nachrichtensperre, die die Establishment-Medien über diesen brodelnden Skandal verhängt hatten, beendet.

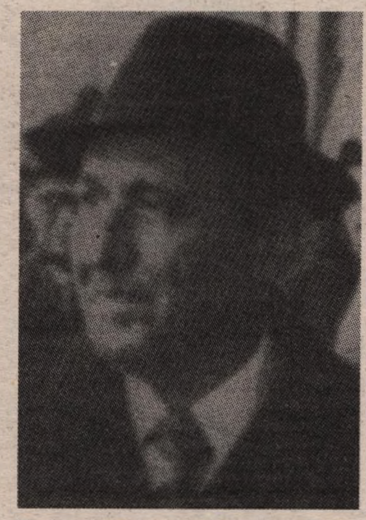
Die Spur führt zu über hundert Banken

Die Affäre, die mit dem Hinauswurf von Elisabeth Kopp, der Polizei- und Justizministerin der Schweiz, Anfang dieses Jahres begonnen hatte, breitete sich schnell aus und belastet jetzt einige der angesehensten Banken der Welt.

Untersuchungsbeamte in der Schweiz, den Vereinigten Staaten und aus mindestens vier weiteren Ländern haben eine interessante Milliarden-Dollar-Heißgeldspur aufgedeckt, die von der Chase Manhattan Bank in New York bis Crédit Suisse in der Schweiz und schließlich bis zu über hundert Finanzinstituten weltweit führte.

Chase Manhattan und Crédit Suisse sind Riesen – beide liegen an zweiter Stelle unter den Geldzentren ihrer jeweiligen Länder –, und leitende Medienchefs bekamen Angst, solche bedeutenden Bankhäuser »in Mißkredit« zu bringen.

Die Besorgnisse über diese Angelegenheit wurden durch Nachrichten verstärkt, aus denen ganz richtig hervorging, daß sowohl der CIA als auch der Mossad, Israels Geheimdienst, in den Skandal verwickelt sind.



Bulgarien ist unter dem Chef der Kommunistischen Partei, Todor Zhivkow, eine stalinistische Plantage alten Stils.

Erst als sich dem erlauchten Kreis von Verdächtigen einige kommunistische Agenten hinzugesellten, entschlossen sich die »New York Times« sowie »Time« und »Newsweek« dazu, ihren Lesern über die Entdeckung eines ausgedehnten Drogen-Banknetzes Mitteilung zu machen.

Täglich Millionen schmutziges Geld

Allerdings geht es bei diesem Fall um mehr als nur einen weiteren »kommunistischen Anschlag«. »Der CIA, der Mossad und eine Reihe von Großbankern sowie korrupten Bürokraten stecken mindestens genauso tief in diesem Schlamm wie der KGB und dessen bulgarische Vollstrecker«, sagt ein Schweizer Untersuchungsbeamter, der mit den Beweisen vertraut ist.

Seine Bewertung wurde von anderen Experten aus dem Gesetzesvollzug sowohl in Europa als auch in den USA bestätigt. Um ihre Untersuchungsergebnisse zusammenzufassen, ist es wichtig, sich die Hauptdarsteller in diesem Drehbuch der Unterwelt einmal näher anzusehen.

Das von den Straßendealern einkassierte Bargeld geht auf der Eintrittsebene durch die Hände einer Bande von Geldschiebern, als »Spallones« bekannt. Im blühenden Drogenhandel ist ein »Spallone«, der täglich Millionen an schmutzigem Bargeld bewältigt, wahrscheinlich selbst ein Millionär, der in einer Welt von Limousinen mit Chauffeur und das ganze Jahr hindurch gemieteten Luxushotel-Suites arbeitet.

»Aber nach Geschäftsbegriffen ist ein solcher Arbeiter eher ein Zweigstellenleiter als ein leitender Angestellter auf der Ebene, wo die Geschäftspolitik gemacht wird«, sagte Clay Markham, ein ehemaliger Drogenfahnder der amerikanischen Bundesbehörden.

Die eigentliche Arbeit der Geldwäscher auf breiter Basis wird gewöhnlich von Devisenhändlern geleistet, die für die Drogenmagnate als Kundenberater tätig sind. Eine große Geldmakleragentur dieser Art, die Shakarchi Trading Co., die in einem Dutzend Ländern vom Libanon bis New York City Währungs- und Goldhandelsgeschäfte unterhält, ist die angebliche Lünse (Achsnagel) in der laufenden Untersuchung.

In der Schweiz wurden die prächtigen Büros der Hauptgeschäftsstelle der Shakarchi Co. von einem der mächtigsten Schweizer Anwälte geleitet: Hans Kopp, dessen Ehefrau Elisabeth auf den Posten des höchsten Gesetzesbeamten und Vizepräsidenten der Schweiz gehievt wurde, die wegen ihrer großen und diskreten Finanzdienstleistungs-Industrie bekannt ist.

Nun ermittelt ein Sonderstaatsanwalt gegen beide Eheleute aufgrund von Aussagen, daß sie, indem sie Shakarchi beschützten und leiteten, ihre gemeinsam gegründete Anwaltspraxis in eine Fassade für das Drogenkartell verwandelt hätten.

Eine Fassade für das Drogenkartell

Um auf einfache Weise deutlich zu machen, wie solche verschwommenen Finanzgeschäfte funktionieren, haben Informanten die Route eines Betrags von 10 Millionen Dollar, der mit einer verdeckten gemeinsamen Tätigkeit des CIA und des Mossad zu tun hat, zurückverfolgt.

Das Verfahren begann im Februar 1986, als der saudi-arabische »wheeler-dealer« (einer der sich bei dem Zustandebringen von geschäftlichen oder politischen Abmachungen aggressiv und auffällig verhält) Adnan Khashoggi 10 Millionen Dollar auf sein Konto bei der Chase Manhattan Bank in New York einzahlte. Das Geld sollte als »Überbrückungsgeld« für einen geheimen Waffenverkauf an den Iran dienen. Zu diesem Zweck wurde es zunächst aus den Vereinigten Staaten an die Crédit Suisse in die Schweiz transferiert, auf Anordnung eines Kundensachbearbeiters von Shakarchi, der anschließend nachfolgende Variationen durchspielte, um das Bargeld zu sanieren:

Das Grundsystem der Geldwäsche

Die Gelder wurden anfangs auf das Konto einer israelischen Vertragsfirma des Verteidigungsministeriums überwiesen, die mit Khashoggi Geschäfte getätigt hatte, die aber im Grunde genommen als Finanzfassade für den Mossad diente. Von dort wurden sie auf das Konto einer Schweizer Firma überwiesen, die in der gleichen Bank ein Konto unterhielt, nämlich die Compagnie des Service Fiduciaries (CSF), die von dem sich im Ruhestand befindlichen General der US-Air Force, Richard Secord, ein Geheimagent des Weißen Hauses für Waffengeschäfte mit dem Iran und den nicaraguanischen »Contras«, kontrolliert wurde.

Als nächstes wurden sie – immer noch innerhalb von Crédit Suisse

– auf ein drittes von dem CIA kontrolliertes Konto bewegt. Sechs Millionen wurden dann auf ein vom US-Verteidigungsministerium kontrolliertes geheimes Konto in einer anderen Bank verbracht.

Die letzte Transaktion: Das US-Verteidigungsministerium begann mit der Übergabe von etwa 1000 TOW-Raketen an den CIA zwecks heimlicher Lieferung an den Iran.

»Das Grundsystem der Geldwäsche für ein Drogenkartell arbeitet auf ähnliche Weise«, sagt Markham. »Shakarchi richtete angeblich die notwendigen Bankkonten ein und arbeitete die Strategie aus, um das Geld zwischen diesen hin und her zu bewegen. Crédit Suisse stellte die Bankeinrichtungen und – äußerst wichtig – die Tarnung zur Verfügung.«

In dieser geschmeidig funktionierenden und verschwiegenen Organisation sollte der bulgarische Geheimdienst, – der in Kreisen des Nachrichtendienstes in Washington als eine der fadenscheinigsten und bösartigsten Filialen des KGB bezeichnet wird – eine einmalige eigene Rolle spielen.

Für Dienste als Geld-Eilboten

»Unter dem Chef der Kommunistischen Partei, Todor Zhivkov, wird Bulgarien wie eine stalinistische Plantage alten Stils regiert«, behauptet Journalist Theo Hagemann, der Osteuropa fast zwei Jahrzehnte lang bearbeitet hat. »Im Hundestall des KGB sind die bulgarischen Agenten die angreifenden Hunde – knurrende Dobermann-Pinscher, die in Europa umhergesandt werden, um Überfälle und andere Schlagring-Heldentaten zu vollbringen. In den frühen achtziger Jahren waren bulgarische Agenten die Hauptverdächtigen in dem düsteren Komplott hinter dem Attentatsversuch, bei dem der Papst beinahe getötet worden wäre.«

Nach dieser Gewalttat erhielt der bulgarische Geheimdienst anscheinend von den Sowjets die Sondererlaubnis, sich den internationalen Geldwäscherkreis zum eigenen Gewinn unter die Fittiche zu nehmen.

»Ungeachtet dessen, was die amerikanischen Medien jetzt vermuten, haben die Bulgaren bei der Wäsche des ersten Drogen-Bargelds niemals eine bedeutende Rolle gespielt. Das Drogensyndikat und die Schweizer Banken brauchen keine Vermittler aus dem Balkan«, sagt Markham.

»Die Bulgaren verdienen ihr Geld – wie berichtet wird, zwischen 15 und 20 Millionen Dollar pro Jahr – durch Dienstleistungen als Geld-Eilboten und Goldbarrenschmuggler für den umfangreichen Handel mit Schleichhandels-Gold, mit dem die Türkei überflutet wurde.«

Die türkischen Behörden sind wütend über Hunderte von Millionen Dollar an Steuern und Verbrauchsgüterabgaben, die sie angeblich jedes Jahr an Gold- und Antiquitätenschmuggler verlieren.

Seltsame Bettgenossen im Drogengeschäft

Dieser blühende Unterwelthandel mit geschmuggelten Goldbarren und Kunstgegenständen ist in den letzten Jahren weitgehend mit Drogengewinnen finanziert worden. Weil die Türken sie zornig verfolgen, tätigen viele der Finanziers, die mit geschmuggeltem Gold und anderen illegalen Wertartikeln handeln, ihre Geldgeschäfte über Kintex, eine sich in Staatsbesitz befindliche bulgarische Firma und deren Außenhandelsniederlassung Globus Ltd.

Beide Firmen traten in den letzten Jahren wiederholt auf der Liste der Verdächtigen der US-Drug Enforcement Administration (Drogengesetz-Vollzugsbehörde) in Erscheinung.

»Die Entdeckung, daß die Ex-Ministerin Kopp und ihr Ehemann, die Milliardenfirma Shakarchi Trading, der CIA, die Chase Manhattan, Crédit Suisee und die Israelis zusammen mit den kommunistischen Agenten, die anscheinend versuchten, den Papst zu ermorden, alle in diesem Unterwelt-Finanzimperium verwickelt sind, sagt einiges darüber aus, welche seltsamen Bettgenossen durch den blühenden Drogenhandel zusammenkommen«, schloß Markham seine Beobachtungen. □

Banken

Schweigen über Drogen-Machenschaften

James Harrer

In der letzten Zeit herrscht Schweigen über eine Flut von Ereignissen in der Drogenszene, in der Spionage-Agenturen und Großbanken verwickelt sind, und wobei es um viel Geld geht. Der Grund: Die schwer bedrängten Finanzinstitute könnten durch noch mehr Schlagzeilen, in denen sie als »riesige Geldwäschereien für Drogenmillionäre« dargestellt werden, noch mehr in »Mißkredit« geraten.

Zu dieser Schlußfolgerung kamen Mitarbeiter der Associated Press in Florida und amerikanische Vollzugsbeamte. Die interviewten Personen teilten auch mit, daß sich die Eigenzensur der Medien als so wirksam erwiesen hätte, daß amerikanische Bundesbeamte und Drogenspezialisten schließlich damit begannen auf französische und deutsche Nachrichtenagenturen zurückzugreifen, die über Untersuchungen zur Aufdeckung der großen Geldwäscheskandale seit dem Zweiten Weltkrieg berichteten.



Yasar Musulullu, Eigentümer von Transportfirmen, wurde vom FBI fotografiert, wie er mit Drogenhändlern konferiert.

Warum die Medien schweigen?

»Es ist nicht schwer zu erkennen, warum die großen Medien die Story von der Öffentlichkeit ferngehalten haben«, sagte Terell Bayliss, ehemaliger Rechnungsprüfer des US-Handelsministeriums, der jetzt die Finanzprüfstelle einer Drogenfahndungs-Einsatzgruppe der amerikanischen Bundesbehörden in Südflorida leitet. »Sehen Sie sich dies einmal an!«

Bayliss zeigte auf eine Ausgabe von »Newsweek«, ein von der Washington Post Company herausgebrachtes führendes Nachrichtenmagazin. In diesem Heft befand sich ein kurzer Bericht über den lange unterdrückten euro-amerikanischen Drogenskandal – der erste Bericht dieser Art, der in einem überregionalen Blatt des Establishments, erschien.

Drogenfahnder »verfolgten eine gewundene Spur«, um diesen Fall aufzuklären, »von Drogendealers in einer Pizza-Imbißstube in Philadelphia über ein Labor in Palermo bis zu Drogenlords in der Türkei«, berichtete das Magazin.

»›Newsweek‹ hat diese Drogenspur für seine Leser aufgedeckt«, spottete Bayliss. »In Wirklichkeit verlief die von den Fahndern verfolgte Spur von den Drogenhändlern an der amerikanischen Ostküste direkt zu Chase Manhattan Plaza 1, von dort zu anderen führenden Banken. Aber offensichtlich haben diese Nachrichtenmagazine Angst, der amerikanischen Öffentlichkeit diese Informationen anzuvertrauen.«

Andere amerikanische Vollstreckungsbeamte und ein Schweizer Untersuchungsbeamter, der mit der europäischen Seite der Untersuchung vertraut ist, haben die von dem altgedienten Rechnungsprüfer der Vollstreckungsbehörde geäußerte Kritik erläutert und untermauert.

»In dem Jargon der Mafia ist ein Unterweltfinanzier oder Geldschieber als ›Spallone‹ bekannt«, berichtete ein ehemaliger FBI-Agent, der jetzt den Sicherheitsdienst eines Vertragspartners des US-Verteidigungsministeriums in Florida leitet.

»In den frühen achtziger Jahren erkannten und verfolgten wir eine Reihe solcher ›Spallones‹, deren Aufgabe es war, die Einkünfte des Drogensyndikats an der Ostküste auf die Bank und damit wieder in den Umlauf zu bringen. Einige von ihnen wie Salvatore Amendolito, ein zwielichtiger italienischer Finanzier, und Yasar Musulullu, ein türkischer Reeder, waren Multimillionäre, die ihre Beute in Limousinen mit Chauffeur herumkutschierten.«

Bargeld in Schnapskisten

Wie aus den Original-Überwachungsfotos, die von FBI-Agenten gemacht wurden, als sie Musulullu und Amendolito auf der Spur waren, hervorgeht, begannen diese Drogen-Banker ihren Geschäftstag damit, Ballen von Bargeld, gewöhnlich in Schnapskisten verpackt, zusammenzuraffen. Wenn der Kofferraum der Limousine mit solchen Lattenkisten voller Geld beladen war, fuhren Amendolito und Musulullu zur Landesgeschäftsstelle der Chase Manhattan Bank, dem Finanz-Flaggschiff der Rockefeller-Dynastie im Herzen des Finanzviertels von New York.

Bei der Chase wurden Kisten mit 10-, 20- und 50-Dollar-Noten, die man den Drogensüchtigen abgenommen hatte, sortiert, gestapelt und elektronisch gezählt. Von dort ging das Geld über sorgsam ausgearbeitete Geldtransfer-Routen zur Swiss Credit Bank, Swiss Bank Corp. und andere Finanzzentren in der ganzen Welt, wo sie von Drogenfinanziers wieder in den Kreislauf zurückgeführt und investiert wurden.

Warum wollen die riesigen amerikanischen Nachrichtenmedien so eine Story nicht der Öffentlichkeit mitteilen? Im Washingtoner Büro von »Newsweek« sagte ein stellvertretender Chefredakteur: »Bankstories sind für Finanzschreiber reserviert, die dazu neigen, schützend zu reagieren, wenn ein Skandal das gesamte System zu bedrohen scheint. Andere Berichterstatter werden fast nie zu solchen Fällen herangezogen.«

Es geht um die Integrität der Banken

Liegt die Sicherstellung der »Integrität« der Banken an der Wall Street im »nationalen Interesse«?

Im Büro der »New York Times« in Washington meinte eine mürrische Stimme am Schreibtisch des Nachrichtenredakteurs nur: »Wir brauchen die Bewertung unserer Nachrichten nicht erklären«, und legte den Hörer auf mit den Worten: »Es tut mir leid, aber wir haben hier Termine.«

Im CQM Center in Miami, der größten spanischsprachigen Rundfunkgesellschaft in den Vereinigten Staaten, bemerkte der Chefredakteur Agustin Alles lakonisch: »Ich bin seit über zwanzig Jahren Journalist in dieser Stadt und habe das Drogen-Bankengeschäft in die führende Finanzindustrie des Bundesstaates hineinwachsen sehen. Aber ich kann mich keines Falles erinnern, wo irgendein Blatt des Establishments einen genauen Untersuchungsbericht über das Auswuchern solcher kriminellen Geldmanipulationen veröffentlicht hätte.« □

Trilaterale Kommission

Mein Ruhm dauerte 15 Minuten

James P. Tucker

Es ist ein berauschendes Erlebnis, von Mitarbeitern der Trilateralen Kommission aus drei Ländern umschmeichelt zu werden. Es begann damit, daß mir ein Namensschild mit den für Mitglieder verwendeten Farben, die sich von denen unterscheiden, die für die Mitarbeiter der Trilateralen Kommission und die dienerische Presse verwendet werden, bei dem Andrang und Durcheinander der vielen Menschen in dem riesigen Büro, das die Trilateralen im Hotel Intercontinental eingerichtet hatten, irgendwie in die Hände fiel.

Es stand kein Name auf der Karte, deshalb schrieb ich meinen darauf, wenn auch die Lesbarkeit Anlaß zur Kritik gab. Meine Trilateralen-Kollegen waren bereits zusammengetreten, daher entschuldigte ich mich bei den Wachen am Eingang zu einem langen, geschmückten Korridor, der zu der Versammlung führte. Die Wachen lächelten und verbeugten sich und sprachen Französisch. Da ich die Notwendigkeit spürte zu antworten, sagte ich: »Senator Robb.«

Keiner berichtet über die Tatsachen

Ich sagte nicht, ich sei Senator Charles Robb, ich nannte einfach seinen Namen und die Wachen kamen schnell zu ihrer eigenen Schlußfolgerung. Ein Kollege sprach etwas auf Französisch in sein Walkie-talkie. Eine hübsche Französin begleitete mich zur Versammlungshalle.

Ich fühlte mich wie David Rokkefeller, abgesehen davon, daß ich Steuern zahle und versuche ein sozialer Wohltäter statt ein Parasit zu sein.

Als die französische Dame auf einen Sitzplan schaute, von dem sie mir ein Exemplar aushändigte, kam mir der Gedanke, daß Robb es vielleicht nicht so gerne sehen würde, wenn ich mich auf seinen Schoß setze, und so erklärte ich, einen Sitz für Mitarbeiter einnehmen zu wollen, um nicht noch mehr zu stören.

Fünfzehn Minuten lang hörte ich zusammen mit meinen Kollegen in der Trilateralen Kommission jemandem zu, der deutsch sprach. Ich verstand zwar kein einziges Wort, aber es machte Spaß.

Veröffentlicht wird nur das, was erlaubt ist

Dann wurde ich von Peter Witte, Chef des nordamerikanischen Mitarbeiterstabs der Trilateralen in New York, aufgefordert, zurück in den Korridor zu gehen. Er war sehr aufgeregt und sagte mir, ich hätte ein Namensschild für Mitglieder und nicht eines für die Presse.

Ich erklärte ihm, dies sei das Namensschild, das mir von seinen eigenen Mitarbeitern »zur Verfügung gestellt« worden sei. Nach meiner Auslegung ist alles, worauf ich meine Finger legen kann und trotzdem in Freiheit bleibe, von der Trilateralen Kommission »zur Verfügung gestellt« worden.

Ich mußte auf der Stelle die Trilaterale Kommission verlassen, würde zum Pressebüro begleitet, wo ich das »richtige« Namensschild bekam.

Die liebe Presse kam in voller Stärke heraus, mit Stories darüber, wie gut der Menschheit durch die Trilaterale Kommission gedient werde. Aber was von ihr veröffentlicht wird, sei es in der »New York Times«, »Washington Post«, »United Press International« oder wo auch immer, ist nur die von den Trilateralen ausgegebene Kost. Es gibt keinerlei Bemühungen seitens der Establishment-Presse, hinter die verschlossenen, bewachten Tore der Versammlung vorzudringen.

Es ist möglich, ein guter patriotischer Amerikaner und Randmitglied der Trilateralen zu sein und zu denken, daß sie nicht so schlecht ist – obwohl es nur hilft, wenn man nicht gerade schlau ist. Dieser Gedanke drängt sich einem angesichts der Rückkehr des Generals Alexander Haig zur Sitzung der Trilateralen in Paris auf.

Ich befragte Haig einmal über die Trilaterale Kommission und er sagte, sie sei für ihn »zu liberal«. Sehr viel von dem, was bei den Zusammenkünften gesagt wird, geht über seinen Horizont, und die Bedeutung des Nörgelns über »Provinzialismus« und »Nationalismus« in einer »von einander abhängigen Welt« geht an den Haigs vorbei.

Die Feigenblätter der Unschuld

Da sie nicht zu den wirklichen Maklern der Macht gehören, dienen die Haigs den Trilateralen zu einem nützlichen Zweck, indem sie Außenstehenden nachdrücklich klarmachen, daß nichts Bedeutendes vor sich geht.

Als Richard Nixons Stabschef und Ronald Reagans erster Außenminister tragen Haig und Leute seiner Art die behauptete Unschuld der Trilateralen Kommission in hohe Kreise hinein.

Die richtige Gelegenheit zu finden, einen Blick auf die verbotenen Dokumente der Trilateralen zu werfen, ist eine unsichere Sache. Man muß sich solche Gelegenheiten selbst schaffen. An zahlreichen Stellen im Verfolg dieser Geschichte wurde ich von den vielen Wachleuten, die im ganzen Hotel stationiert waren, argwöhnisch beobachtet, als ob ich einer möglichen Diebestat verdächtigt würde.

Da ich selbst weder reich noch besonders mächtig bin, fühlte ich mich nichtsdestoweniger ebenso als Teil der Vorgänge wie ein Rockefeller oder ein Kissinger. Letzten Endes war ich ebensogut mit den Machenschaften der Trilateralen vertraut wie irgendeiner der alten Hasen und wahrscheinlich besser als viele der neueren Mitglieder, da ich die Tätigkeiten dieser Gruppe schon seit vielen Jahren verfolge und ebensolange ihren Sitzungen beiwohne.

So wurde mir meine Aufgabe in den letzten Jahren erleichtert, bewaffnet mit dem Wissen darüber, welche Art von Dingen zu tun ist, welche Art von Dokument zu prüfen ist und welche Art von Sitzung zu beobachten ist. Vielleicht werde ich eines Tages zum Ehrenmitglied ernannt, aber das läßt mich nicht den Atem anhalten. Ich muß mich nur auf meine gelegentliche fünfzehnminütige Mitgliedschaft einstellen.

Wiedersehen 1990 in Washington

Einmal kam ich nur mit knapper Not davon. Am Abend vor Eröffnung der Trilateralen-Sitzung hatte ich eine Dame begrüßt, die der Damentoilette außerhalb eines der offiziellen Büros zusteuerte. Sie hatte meinen Gruß erwidert und damit, so hoffte ich, angedeutet, daß wir zusammengehörten, so daß es folgerichtig war, wenn ich vor der Tür auf sie warten würde.

Der einzige Trilateralen-Funktionär in dem betreffenden Büro ging in das Büro nebenan, und ich sprang schnell hinein, um Dokumente durchzusehen. Das Thema der Papiere war: »Ost-West-Beziehungen«, stellte ich fest. Zwei Funktionäre erschienen plötzlich und verlangten eine Erklärung.

Die Kommission hat Gott sei Dank eine große und weit zerstreute Belegschaft. Ich glaube, sie waren zu der Schlußfolgerung gekommen, ich sei tatsächlich ein etwas verwirrter Unschuldiger, denn es wurde wegen mir kein Alarm ausgelöst.

In den kommenden neun Monaten wird die Trilaterale Kommission behaupten, ihre Sitzung von 1990 sei noch nicht festgelegt. Glauben Sie das nicht: Eines der von mir erworbenen Dokumente enthüllt, daß die Trilateralen vom 21. bis 23. April 1990 in Washington zusammentreten werden. □

Trilaterale Kommission

Unvollständige Pariser Gästeliste

Nachstehend veröffentlichen wir eine »öffentliche Liste« von Teilnehmern an der hiesigen Zusammenkunft der Trilateralen Kommission. Aus geheimen Dokumenten der Trilateralen geht jedoch hervor, daß noch weitere Personen an der Pariser Tagung teilnahmen, deren Anwesenheit jedoch aus welchen Gründen auch immer geheim bleiben sollte: Manfred Wörner, Generalsekretär der NATO, und Horst Schulmann, Direktor des Institute of Internationale Finance in Washington, waren zwei Teilnehmer, deren Namen nicht auf der offiziellen Liste verzeichnet waren, die der Presse übergeben wurde.

Otto Graf Lambsdorff, FDP-Bundesvorstandsmitglied und ehemaliger Bonner Wirtschaftsminister nahm am Treffen der Trilateralen teil.

Nachstehend die offizielle, doch unvollständige Liste der Trilateralen Kommission:

Europa

Georges Berthoin, Präsident der Europäischen Trilateralen Kommission und Präsident der Internationalen Europäischen Ehrenbewegung; Garrett Fitzgerald, Vizepräsident der Europäischen Trilateralen Kommission und ehemaliger Premierminister von Irland; Egidio Ortona, Vizepräsident der Europäischen Trilateralen Kommission und Botschafter Italiens.

Japan

Isamu Yamashita, Präsident der japanischen Trilateralen Kommission und Präsident von Mitsui Engineering; Yoshio Okaware, Vizepräsident der japanischen Trilateralen und ehemaliger Botschafter.

Frankreich

Paul Delouvrier, Ehrenpräsident; Harve de Carmoy, Präsident der französischen Sektion.

USA und Kanada

David Rockefeller, Präsident der Trilateralen Nord-Amerika und ehemaliger Vorsitzender der Chase Manhattan Bank; J.H. Warren, Vizepräsident der Trilateralen Nord-Amerika (Kanada), Rechtsberater der Regierung von Quebec.

Dwayne O. Andreas, Präsident, Archer Daniels Midland; Fred C. Bergsten, Direktor, International Economic Institute; Conrad M. Black, Kanada, Präsident, Argus Corp.; Gerald Bouey, Kanada, ehemaliger Gouverneur, Bank of Canada; Zbigniew Brzezinski, ehemaliger Assistent Präsident Carters; James Burke, Präsident, Textilarbeiter-Gewerkschaft; Bill Clintin, Gouverneur von Arkansas; William T. Coleman, ehemaliger Transportminister; Richard N. Cooper, Professor, Harvard University.

Ebenfalls: Gerald E. Corrigan, Präsident, Federal Reserve Bank of New York; Lynn Davis, Kings College, University of London; Robert W. Decherd, Präsident, A.H. Belo Corp.; Peter C. Dobell, Kanada, Direktor, Parliamentary Center for Foreign Affairs; Dianne Feinstein, ehemaliger Bürgermeister, San Francisco; Martin Feldstein, ehemaliger Wirtschaftsberater für Präsident Reagan; Allan Gottlieb, ehemaliger Botschafter Kanadas für die Vereinigten Staaten; Katharine Graham, Vorsitzende und Verlegerin der »Washington Post«.

Auch: Robert Haas, Präsident, Levi Strauss & Co.; Alexander Haig, ehemaliger US-Außenminister; David Hennigar, Kanada, Direktor, Burns Fry; (Rev) Theodore M. Hesburgh, Präsident emeritus, Notre Dame University; Richard Holbrooke, ehemaliger stellvertretender Außenminister; Robert Hormats, ehemaliger stellvertretender Außenminister; William Hyland, Redakteur der Zeitschrift »Foreign Affairs«; Robert Ingersoll, ehemaliger stellvertretender Außenminister; Bobby Ray Inman, Präsident, Westmark Systems; ehemaliger stellvertretender Direktor der CIA.

Auch: Thomas Johnson, Publizist, »Los Angeles Times«; Thomas V. Jones, Präsident, Northrop Corp.; Donald Kendall, Präsident, PepsiCo Inc.; Henry Kissinger, ehemaliger US-Außenminister; Thomas Labrecque, Präsident, Chase Manhattan Bank; Flora Lewis, Kolumnistin, »New York Times«; Bruce MacLaury, Präsident, Brookings Institution; Robert D. McNamara, ehemaliger Präsident, Weltbank.

Und: Joseph S. Nye, Professor, Harvard University und Berater Gouverneurs Michael Dukakis; Charles Rangel; Senator Charles Robb; Charles Robinson, ehemaliger stellvertretender US-Außenminister; Duff Roblin, Kanada, PM, Manitoba; Henry Rosovsky, Professor, Harvard; Senator William Roth; William Scranton, ehemaliger Gouverneur von Pennsylvania; Albert Shanker, American Federation of Teachers; Gerard Smith, ehemaliger Vermittler, SALT I; Frederick Starr, Präsident, Oberlin College.

Auch: Fritz Stern, Professor, Columbia University; David Stockman, ehemaliger Direktor, OMB; Robert Strauss, ehemaliger Vorsitzender, Democratic Party; Strobe Talbott, Chef des Washingtoner Büros »Time« Magazine; Lester Thurow, Professor, Massachusetts Institute of Technology; William Turner, Kanada, Präsident, Consolidated-Bathurst; G.A. Van Wielingen, Kanada, Präsident, NuGas Ltd.: Paul Volcker, ehemaliger Vorsitzender, Federal Reserve System: Russell Phillips, Vizepräsident, Rockefeller Brothers Fund.

Auch: Charles Heck, Direktor, Nord-Amerika Trilateral Commission.

Weitere Mitglieder aus Europa

Gianni Agnelli; Umberto Colombo; Francesco Cingano; Samuel Brittan, Raymond Barre; Volker Rühe; David Owen; Andrew Knigt; Arrigo Levi; Otto Graf Lambsdorff; Walter Leisler Kiep; Lord Roll of Ipsden; Cesare Romiti; Karl-Heinz Narjes; Michael Palliser; Edmond de Rothschild; Gaston Thorn; Otto Wolff von Amerongen, Philip de Zulueta und Simone Veil. □

Trilaterale Kommission

Liberalisierung der Bindungen mit Moskau

Peter Blackwood

Abrüstung, Ost-West-Beziehungen, internationale Geld- und Schuldenprobleme und Frankreichs Status quo in Europa und der Welt waren die drei Fragen, die auf der Jahresversammlung der Trilateralen Kommission im Hotel Intercontinental in Paris diskutiert wurden.

Die Rollenverteilung ist stets die gleiche: Man sah Gianni Agnelli, elegant und parfümiert, wie er auf dem Plüschteppich des Hotels hin und her ging; ein ziemlich verlassener Robert McNamara, der einen mürrischen und ziemlich erregten Eindruck machte, hockte zusammengesunken in einer Ecke des Raumes; Henry Kissinger, immer noch ein bißchen übergewichtig wie ein alternder Filmstar; der Neuankömmling Valéry Giscard d'Estaing, sichtbar glücklich darüber, wieder einmal mit »les grands de ce monde« beeinander zu sein; Raymond Barre, der aus dem Anzug herausplatzte, der ihm oder seinem Ego niemals zu passen schien; der gewaltige Paul Volcker, der mit einer Zigarre im Mund geboren wurde.

Man sollte die Damen der Erhabenen nicht vergessen

Der übliche Rest der Rollenverteilung war ebenfalls anwesend: Katharine Graham; David Rokkefeller, der jetzt seine Zeit damit verbringt, sich über die mangelnde Moral an Boeskys Wall Street zu beklagen; Umberto Colombo; Zbigniew Brzezinski; Alexander Haig; Pater Theodore Hesburg von der Universität Notre Dame; Flora Lewis von der »New York Times«; Simone Veil; Volker Rühe; Otto Graf Lambsdorff; Otto Wolf von Amerongen und die Gruppe der gut gekleideten, sehr gepflegten hübschen und affektierten Jungen und Mädchen, aus denen das Sekretariat der Trilateralen besteht.

Man sollte die Damen, die Gattinnen der Erhabenen, nicht vergessen, die zu Rundreisen, Kaffee und Kuchen und anderen Freuden eingeladen wurden, während ihre Männer über das Schicksal der Welt debattierten.

Das Ereignis war leider kein bloßes Theater. Anders als in den ersten Jahren der Reagan-Regierung, die in Macht und Einfluß der Trilateralen in Washington einen Tiefstand verzeichneten, gingen die ersten Schritte der Bush-Regierung mit einer erneuten Vitalität des »permanenten Establishments« einher, das, wenn es nicht die Politik diktiert, bei der Formierung der Gedanken und der Politik für George Bush eine bedeutende Rolle gespielt hat und spielen wird.

Das Treffen der Trilateralen spiegelt die Rückkehr »der Besten und Klügsten«, der permanenten Regierung, der WASP-Elite nach Washington, wider. Nach den Worten von Brzezinski ist die Bush-Regierung die »beste seit 50 Jahren«. Für David Ignatius von der »Washington Post« ist sie die moderne Verkörperung des »wahren Establishments«, die Rückkehr der »Weisen« zur Macht.

Konzept der abschreckenden Abrüstung

Aber, wie die Vorgänge auf der Pariser Konferenz verdeutlichen, bedeutet die Rückkehr der Trilateralen Kommission zur Prominenz eine Festigung der Politik des »Neuen Jalta«-Handels mit der Sowjetunion. Nichts könnte dies mehr verdeutlichen als die von Henry Kissinger gespielte Rolle als Sprecher für das neue Konzept der »abschreckenden Abrüstung« der Trilateralen.

Obwohl auf der Konferenz Meinungsverschiedenheiten über die Methoden, mit denen die Ost-West-Détente vonstatten gehen soll, bemerkbar waren, war die Prämisse der Hauptredner, daß es in den Ost-West-Beziehungen ein »Fenster der Gelegenheiten« gibt, das den Weg zu einer neuen »Liberalisierung« ebnen sollte.

In ihrem öffentlichen Bericht: »East-West Relations, a Draft Report to the Trilateral Commission« stimmen Henry Kissinger, Valéry Giscard d'Estaing und Yasuhiro Nakasone (der auf Grund von persönlichen rechtlichen Problemen in Japan nicht anwesend war) darüber überein, daß »die Entspannung gegen Ende der achtziger Jahre sich qualitativ von den früheren Perioden der Détente unterscheidet«.

Sie rufen zu einer Arbeitsteilung für den Westen und Japan im Umgang mit der Sowjetunion auf. »Westeuropa sollte im Augenblick die politische Initiative ergreifen«, während die Vereinigten Staaten »die Initiative zur Beschränkung der strategischen Waffen ergreifen sollten«.

Osteuropa und Brüssel

Der Bericht legt den Schwerpunkt auf das Potential für ein neues Arrangement oder auf das, was Kissinger in seiner Pressekonferenz »die Wiedervereinigung des historischen Europas« nennt. Giscard schlägt vor, daß sich »die europäischen Wirtschaftsgemeinschaften mit einer Formel für eine Übereinstimmung über die Assoziierung Osteuropas befassen sollten«.

Der grundlegende Gedanke dabei sei, »eine Kategorie der Assoziierung mit der Europäischen Gemeinschaft auf der Basis des Artikels 238 des Vertrags von Rom zu entwerfen. Diese Art von Assoziierung sollte als neues, an die besonderen Umstände der betroffenen Länder angepaßtes Verhältnis betrachtet werden. Das Verhältnis werde für die vorausschaubare Zukunft keine politische oder Sicherheitsdimension beinhalten.«

Der Bericht bekräftigt auch die Realisierung von Joint-ventures (Arbeitsgemeinschaften) in der UdSSR, schlägt die Schaffung einer Finanzeinrichtung zur Finanzierung der Joint-ventures vor, fordert die Länder des Comecon dazu auf, sich an den internationalen Geld- und Handelsinstitutionen zu beteiligen, wenn auch nicht ihnen beizutreten, kommt aber zu der Schlußfolgerung, daß »es keine weltweite Finanzhilfe an die UdSSR geben darf, die die Reformen unterhöhlt«.

Der Bericht schließt damit, daß »die Gelegenheit, die Ost-West-Beziehungen auf ein neues Fundament zu stellen, unseren Ländern zu Füßen liege. Um diese Gelegenheit zu ergreifen, müssen unsere Länder auf der Grundlage einer sorgfältigen Analyse, nicht auf Wunschdenken handeln.«

In einem internen Bericht an die Konferenz: »Können wir den kalten Krieg beenden? Sollten wir es versuchen?« kommt Robert McNamara schließlich zu noch radikaleren und weitgehend globalistischen Schlußfolgerungen.

»Wir stehen vor einer Gelegenheit, der größten seit 40 Jahren, das Ende des kalten Krieges herbeizuführen. Sie nicht zu ergreifen kommt auf unbestimmte Zeit der Vergrößerung des Risikos gleich, daß ein unbeabsichtigter Konflikt zwischen Ost und West das bloße Überleben unserer Zivilisation in Gefahr bringt«, schreibt McNamara. Er schlägt ein gemeinsames Management der Weltangelegenheiten durch die Supermächte vor. □

Trilaterale Kommission

Die Tagung in Paris

James P. Tucker

Das Programm der diesjährigen Tagung der Trilateralen Kommission im Pariser Intercontinental, das durch geheime Dokumente und aus Quellen innerhalb der geschlossenen Sitzung bekannt wurde, bestand aus einem kunstvollen Jonglieren.

Es muß genug Bewegung hin zum Frieden geben, damit die Amerikaner die massiven Transfusionen ihrer Steuergelder in kommunistische Länder dulden, um den Internationalisten zu helfen, das Land hinter dem Eisernen Vorhang wirtschaftlich zu stützen. Auf der anderen Seite muß genügend Kriegsfurcht vorhanden sein, damit der militärisch-industrielle Komplex, vor allem die Strategische Verteidigungs-Initiative (SDI), weiterhin ungeheuer lukrativ bleibt.



Alexander Haig, ehemaliger US-Außenminister und Kissinger-Vertrauter, nahm nach langer Zeit wieder einmal am Treffen der Trilateralen teil.

Moskau soll Vollpartner der Weltwirtschaft werden

Die nächsten Monate werden dramatische Fortschritte im »Friedensprozeß« in Europa bringen; es hat bereits in Polen begonnen, und die Welt-Schattenregierung trägt dabei die Lorbeeren davon.

Es ist das Ziel der Trilateralen, die Sowjetunion und die kommunistischen Ostblockländer zu »Vollpartnern der Weltwirtschaft« zu machen, mit gleichzeitiger Mitgliedschaft in der Weltbank und im Internationalen Währungsfonds (IWF), beides Hauptleitungen für westliche Dollar in Länder der dritten Welt.

Als Belohnung für die Lockerung ihrer Bande mit Moskau sollen die westlichen Industriestaaten den Fluß ihrer Steuergelder dorthin unterstützen, so daß die Kommunisten es sich besser leisten können, die Materialien zu kaufen, wenn die Internationalisten die Fabriken bauen, um sie zu verarbeiten.

In direkten Stellungnahmen oder die anderer Trilateraler beanspruchte David Rockefeller das Lob für die »Friedensinitiative« des sowjetischen Parteichefs Michail Gorbatschow und für das historische Abkommen der polnischen Regierung mit »Solidarnosc«.

Rockefeller führte im Januar eine Delegation nach Moskau an und hatte eine ausgedehnte Zusammenkunft mit Gorbatschow. Dort drang er darauf, daß die Sowjetregierung »Vollpartner in der Weltwirtschaft« werde, und bot die Mitgliedschaft in der Weltbank und im IWF an.

Die Ausbeutung des Ostens beginnt

Im Februar führte Rockefeller eine Delegation des Council on Foreign Relations (CFR) nach Warschau, wo Polen ähnliche Versprechen gemacht wurden.

In Warschau drängte Rockefeller das kommunistische Land dahin, noch vor der Sitzung der Trilateralen in Paris am 8. April zu einem Abkommen mit »Solidarnosc« zu kommen, so daß Strategien zur Erlangung der »globalen Unabhängigkeit« ausgearbeitet werden können.

Polen hielt Rockefellers Stichtag auf drei Tage genau ein und kam am 5. April zu einer Vereinbarung. Ein polnischer Beamter hatte vorher bestätigt, die Regierung sei entschlossen, den Termin »um jeden Preis« einzuhalten.

Wenn auch die Vereinbarungen ein bemerkenswertes Ausmaß an Freiheit gewähren, darunter einige freie Wahlen, wird der Kommunistischen Partei die Kontrolle über das neue Abgeordnetenhaus garantiert und der neue Senat kann keine Gesetzgebung verabschieden. Dadurch behält der Kreml Polen weiterhin in festem Griff. Die Trilaterale Kommission wiegt sich jedoch in der Hoffnung, daß die Veränderung drastisch genug ist, um es politisch zu ermöglichen, Washingtons Geldbörse für die kommunistische Regierung zu öffnen.



Die Ausbeutung der hinter dem Eisernen Vorhang liegenden Volkswirtschaften wird für die internationalen Banker und politischen Führer von ungeheurem Nutzen sein, aber zum Nachteil für den Westen. Sechs amerikanische Firmen haben bereits für eine Reihe von Arbeitsgemeinschaften (Joint-ventures) im Werte von 16 Milliarden Dollar eine Vereinbarung mit Moskau unterzeichnet.

Gefragt ist eine neue Welt-Finanzstruktur

Es sind: Chevron Corp., Eastman Kodak, Johnson & Johnson, RJR Nabisco, Archer Daniels Midland Co. und Mercator Corp. Sie werden sowjetische Arbeitsplätze schaffen, keine amerikanischen. Ford hatte geplant, Autos in der Sowjetunion zu produzieren, führte jedoch Schwierigkeiten beim Rücktransfer von genügend Profiten an.

Bei der geschlossenen Sitzung gab es viele Gespräche über die Notwendigkeit für eine Weltfinanzstruktur, die die Weltbank und den IWF durch ein stärkeres globales System ersetzen soll.

Zbigniew Brzezinski, Berater für nationale Sicherheit des ehemaligen US-Präsidenten Jimmy Carter, wurde dazu um Stellungnahme gebeten, als er im Hotel einen Flur durchschritt, nachdem er aus einer der bewachten Türen herausgekommen war.

»Ich weiß nicht«, sagte er, schien erregt zu sein und beschleunigte seinen gemütlichen Gang zu einem Laufschritt.

»Haben Sie nicht zugehört, Dr. Brzezinski?« – »Ich weiß nicht«, wiederholte dieser und verschwand hinter einer anderen bewachten Tür.

Die Bedeutung des Plans, das Sowjetreich in die westliche Welt hineinzubringen, zeigt sich an der formellen Straffung der Führung der Schattenregierung.

Es gab immer eine ineinandergreifende Führung unter der Trilateralen Kommission, dem CFR und der älteren Bilderberg-Gruppe, die in diesen Wochen ebenfalls zu einer Geheimsitzung zusammentritt.

Rockefeller ist schon seit langem eine Macht im CFR (einer amerikanischen Gruppe), in der Trilateralen Kommission (mit Mitgliedern aus Europa, Nordamerika und Japan) und bei den Bilderbergern (in Europa und Nordamerika), wo er die Macht mit den Rothschilds teilt. Aber gewisse andere wichtige Elitisten haben sich, bis jetzt, auf einen Flügel der internationalen Verschwörungsbewegung konzentriert.

Programm für eine Weltregierung

Die Rothschilds zum Beispiel – eine Hauptkraft in der Weltverschwörung seit Jahrhunderten – waren schon eine Macht in der Bilderberg-Gruppe, bevor sie

sich 1957 den Namen »Bilderberg« gab. Doch zu keinem Zeitpunkt hatten die Rothschilds direkt etwas mit der Trilateralen Kommission zu tun.

Jedoch auf dieser Sitzung trat Baron Edmund de Rothschild, soweit bekannt ist zum ersten Mal, auf einer Sitzung der Trilateralen in Erscheinung.

In ähnlicher Weise war Henry Kissinger ein Bilderberg-Führer. Jetzt ist er auch ein Führer der Trilateralen Kommission. Von Rockefeller hatte man kaum, wenn überhaupt, in der Öffentlichkeit etwas über seine Rolle beim CFR gehört, obwohl er dessen Mitglied war. Mit William Hyland und anderen reiste er aber nach Warschau und befahl der polnischen Regierung, sich mit »Solidarnosc« zu einigen.

Die Trilateralen und damit zusammenhängende Gruppen beschleunigen auch ihr Programm für eine Weltregierung. Sie reden über neue weltweite Finanzstrukturen und sogar über eine Weltwährung. Viel Aufhebens wird damit gemacht, wie Europa 1992 praktisch »ein Staat« werden soll.

Wenn auch die Trilaterale Kommission schon immer Europa, Japan und Nordamerika eingeschlossen hat, so unternimmt sie derzeit Schritte, um auch Südamerika hinzuzubekommen, so daß sie praktisch den ganzen Erdball umspannt.

»Der Vorsitzende kam im vergangenen Herbst zu der Schlußfolgerung, daß wir eine Gruppe von Mitgliedern nach Mexiko bringen sollten zu Gesprächen mit mexikanischen Führungspersönlichkeiten, um die Zeit der Sitzung von 1990 in Washington herum«, heißt es in einem Geheimdokument der Bilderberger. Der Lateinamerika-Bericht für das Washingtoner Treffen wird einigen Sprengstoff enthalten.

Das nächste Treffen 1990 in Washington

Wie stellt man die Delegation der Trilateralen und das Programm für diesen Besuch am besten zusammen? David Rockefeller hatte im vergangenen Herbst ein Vorgespräch über den Besuch mit dem gewählten Präsidenten Carlos Salinas de Cortari, der sehr hellhörig war. Im Dokument wird festgestellt, daß sich darin ein »Lateinamerika-Projekt« für das Treffen im Jahre 1990 befindet.

Auf der Tagesordnung der Pariser Sitzung standen auch folgende Themen: »Was sollte in unserer Arbeit bezüglich der Sowjetunion und der Ost-West-Beziehungen der nächste Schritt sein? Gibt es spezifische Möglichkeiten, nach dem vorliegenden Bericht vorzugehen? Gibt es einen besonderen Punkt, auf den wir weitere Einsatzgruppen ansetzen sollten?

Sollten wir uns auf das Gespräch innerhalb der Trilateralen Kommission beschränken oder sollten die Kontakte mit den Sowjets oder den einzelnen Europäern, entweder im Zusammenhang mit einem neuen Einsatzgruppen-Projekt oder während einer zukünftigen Sonderreise nach Moskau, weitergehen? Welche Art von Zusammenkunft wäre wohl die beste für das Treffen in Washington im April 1990? Gibt es einen sowjetischen oder osteuropäischen Redner, der sich für diese Sitzung eignen würde?«

In einem anderen Geheimdokument sorgt man sich um die »Behandlung von Nakasones Abwesenheit«.

Yasuhiro Nakasone, ehemaliger Premierminister von Japan, ist ein regelmäßiger Besucher von den Sitzungen der Trilateralen und hatte der Sitzung in Moskau im Januar beigewohnt. Mitglieder der Trilateralen lehnten es ab zu erklären, warum die »Behandlung« seiner Abwesenheit ein Problem darstellt, oder zu sagen, ob es irgendwie mit dem derzeitigen Skandal in Japan zusammenhängt.

Auf Japans derzeitigen Premierminister, Noburo Takeshita, wird gegenwärtig Druck ausgeübt zurückzutreten, weil herausgekommen ist, daß er von einer Firma, die bereits in einen Bestechungsskandal mit Aktien verwickelt ist, Geld angenommen hat. □



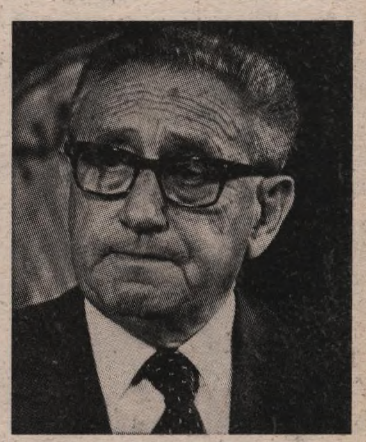
George Bush

Die geheime Tagesordnung

Peter Blackwood

Seit der Ernennung von George Bush zum neuen amerikanischen Präsidenten vertreten die Experten und Auguren des Weißen Hauses die Auffassung, daß die neue Regierung jede wichtige Entscheidung über Fragen der strategischen Politik absichtlich hinauszögere und sich statt dessen für eine »Go-Slow«-Annäherung entschieden habe, zumindest so lange, bis der Berater für nationale Sicherheit der USA, Brent Scowcroft, einen vom US-Präsidenten angeordneten umfassenden Überblick beendet hat. Der Überblick könnte noch drei Monate, aber auch bis zu einem Jahr dauern, bevor er beendet ist. Bis dahin, so wird gesagt, wird der amerikanische Präsident keine größeren Initiativen ergreifen.

Die Öffentlichkeit soll den Eindruck bekommen, daß nichts von großer Bedeutung stattfindet. Das ist also nicht der Wahrheit entsprechend. Der laut hinausposaunte Überblick über die künftige Strategie der USA ist als Tarnung für eine geheime Tagesordnung, die die Bush-Mannschaft bereits angenommen hat und schnell verwirklicht, gedacht. Der Inhalt dieser geheimen Tagesordnung kann mit zwei Worten zusammengefaßt werden: Henry Kissinger.



Henry Kissinger ist die treibende politische Kraft hinter der neuen amerikanischen Regierung unter George Bush.

Kissinger als treibende Kraft

In der Tat ist Henry Kissinger zurückgekehrt, und zwar mit einem Racheakt. Der Mann, der die Vereinigten Staaten an die SALT-I- und ABM-Verträge band; der die große Getreide-Schenkung an die Sowjets vermittelte; der die eskalierende Abkoppelung der Nato in die Wege leitete; der die Länder der dritten Welt einem qualvollen Tod durch Armut, Krankheit und niederschmetternde Schuldenlasten auslieferte; der persönlich den Tod führender internationaler Personen befahl, die seiner Politik widersprachen – Kissinger ist als treibende Kraft hinter der neuen Regierung der USA aufgetaucht.

Das erste offizielle Anzeichen dieser Entwicklung kam während des Präsidentschaftswahlkampfs, als Bush ihn in sein zwölfköpfiges Berater-Kollegium für strategische Politik berief.

Aber das war nur der Anfang. Trotz seiner persönlichen Abneigung gegen diesen Mann hat Bush über den Zeitraum der letzten Monate hinweg einen Kreis von hochstehenden Kissinger-Agenten in Schlüsselstellungen der Politik gehievt: Brent Scowcroft, ein Kissinger-Verbündeter aus den frühen siebziger Jahren und bis kürzlich Leiter des Washingtoner Büros von Kissinger Associates, hat es sich im National Security Council be-

George Bush

Die geheime Tagesordnung

quem gemacht, wo er eine Umorganisation durchführen wird, die fast die ganze strategische Politik in seiner Hand zentralisieren wird. Lawrence Eagleburger, ein weiterer Kissinger-Schützling und Mitarbeiter von Kissinger Associates; erhielt den zweithöchsten Posten im amerikanischen Außenministerium. Den Kissingerleuten Paul Wolfowitz und John Negroponte wurden auch bedeutende Positionen zugeteilt.

Eine Katastrophe für die USA

Was noch bedeutsamer ist: Bush sprach Kissinger an, damit dieser als sein persönlicher Botschafter zu Michail Gorbatschow diene und vertraute ihm einen Brief an den Sowjetführer an, als Kissinger Mitte Januar mit einer Delegation von Mitgliedern der Trilateralen Kommission, darunter sein persönlicher Förderer, David Rockefeller, zusammen mit Valéry Giscard d'Estaing und Yasuhiro Nakasone nach Moskau reiste.

Kissingers Aufstieg bedeutet eine totale Katastrophe für die Vereinigten Staaten und deren Verbündete. Wie Kissinger in einem Interview mit Mexikos Fernseh-Netz zugab, wäre er vor zwei Jahren in die Reagan-Regierung, vermutlich als Außenminister, eingetreten, doch »es gab Widerstand dagegen, weil man glaubte, ich sei zu sehr darauf bedacht, mit der Sowjetunion zu verhandeln. Im Grunde genommen waren sie gegen mich, weil ich ein Freund von Nelson Rockefeller war, der mit dem gemäßigten Flügel der Republikanischen Partei identifiziert wird.« In der Bush-Regierung sind diese Ansichten anscheinend kein Hindernis, sondern qualifizieren Kissinger sogar dazu, als De-facto-Außenminister zu dienen.

Obwohl die Bush-Mannschaft es zweifellos vorziehen würde, die von Kissinger verfaßte geheime Tagesordnung geheim zu halten, enthalten die öffentlichen Aufzeichnungen mehr als genug Beweise darüber, was die Tagesordnung enthält. Hier einige dieser Beweise, die im Grunde eine Neuzeichnung der Weltkarte bedeuten:

Obwohl politische Zweckmäßigkeit Kissinger in den letzten Jahren dazu zwang, der Sowjetunion gegenüber einen strengeren Kurs einzuschlagen, gab es keine grundlegende Änderung in seinen Einstellungen zu dieser entscheidenden Frage. Das Hauptziel der »Sowjet-Politik« Kissingers besteht darin, ein umfassendes globales Machtteilungsabkommen mit Moskau zu treffen.

Eine direkte Folge davon wäre das Ende der amerikanischen militärischen Präsenz in Westeuropa, das dann in die sowjetische Einflußsphäre hineingezogen würde.

S.G. Warburg
Chase Manhattan Bank
$
KISSINGER ASSOCIATES
founded 1982
Henry Kissinger
William D. Rogers
Lord Roll
William Simon
Lawrence Eagleburger
Brent Scowcroft
world government
Council on Foreign Relations
Trilateral Commission
Royal Institute of International Affairs (Chatham House)
U.S.-U.S.S.R. Trade and Economic Council
Aspen Institute
Selected clients
Shearson Amex
Atlantic Richfield
Fiat, Italy
Volvo, Sweden
Midland Bank, U.K.
Daewoo Group, R.O.K.
Global Motors, Yugoslavia
Coca Cola
Montedison
Chevron
Arnold & Porter
Selected clients
Institute for Policy Studies
Venezuela
Israel
Switzerland
Nicaraguan Sandinistas
Brazil
World Bank
Bush administration

Kissinger Associates ist die Keimzelle für die »Eine-Welt-Regierung«, die immer mehr Einfluß auf die Politik der Großmächte ausübt.

Österreich-Lösung für Europa

Andere Hauptbestandteile dieses Teufelshandels – den die Sowjets nicht beabsichtigen zu honorieren – sind: ein überstürzter Verfall der amerikanischen Verteidigungsverpflichtungen in Asien; eine neue Hervorhebung der Betonung auf die in Mißkredit geratene »China-Karte«; die Integration der Ost- und Westwirtschaften in ein malthusianisches Eine-Welt-Regime; »regionale Abkommen« über so heiße Eisen wie Afghanistan, Mittelamerika und Afrika.

Der neue US-Präsident George Bush hat Kissinger als Berater für eine langfristige politische Strategie geholt.

Kissinger hat wiederholt seine europäische Abkupplung angeboten, was bis auf das Jahr 1965 zurückgeht, als er eine »österreichische Lösung für Mitteleuropa« vorschlug. Als US-Außenminister argumentierte er wiederholt dahingehend, daß West- und Osteuropa als »organische Einheit« betrachtet werden sollten.

In einer Rede Anfang der achtziger Jahre stellte Kissinger fest, daß die Vereinigten Staaten sich darauf einstellen sollten, als Teil eines Handels mit der Sowjetunion 25 Prozent ihrer weltweiten Macht zu opfern.

Das Aus für die Nato

Im März 1984, zum gleichen Zeitpunkt, als er in das President's Foreign Intelligence Advisory Board (PFRAB) berufen wurde, spielte Kissinger eine Schlüsselrolle bei der Ankurbelung des Drehbuchs zur Abkupplung der Nato, als er im »Time«-Magazine einen Vorschlag zur »Umorganisation« veröffentlichte, der das europäisch-amerikanische Verteidigungsverhältnis praktisch zerschnitten hätte.

Die Neuzeichnung der Weltkarte zugunsten der Sowjetunion ist weiterhin der wichtigste Punkt im strategischen Spielplan Kissingers. Kissinger war der hauptsächliche Gestalter des Iklé-Wohlstetter-Berichts (offiziel der Bericht der Commisson on Integrated Long-Term Strategy = Kommisson für integrierte langfristige Strategie), der im Januar 1988 im US-Verteidigungsministerium freigegeben wurde. Der Bericht, der jetzt die amerikanische strategische Politik dominiert, besagte im wesentlichen, daß die Verbündeten der Vereinigten Staaten nicht mehr mit einem Schutz unter dem amerikanischen Atomschirm rechnen können.

Dann, im vergangenen Sommer, während des Höhepunkts seiner angeblich falkenartigen Veränderung, schrieb Kissinger zusammen mit Carters Außenminister Cyrus Vance eine Artikel für das Blatt des Council on Foreign Relations »Foreign Affairs«, in dem mitgeteilt wurde, daß das Establishment zu einem endgültigen Konsensus gekommen sei, die Nato aufzugeben.

Unter dem Titel: »Bipartisan Objectives on Foreign Policy« (»Zwei-Parteien-Ziele zur Außenpolitik«) wird in dem Artikel festgestellt, daß die Vereinigten Staaten die Tatsache akzeptieren müssen, daß sie nicht mehr die führende Macht der Welt sind und ihre internationalen Verpflichtungen dementsprechend zurückschneiden sollten.

»Trotz unserer riesigen Militärmacht wird unsere Fähigkeit, die Welt einseitig zu formen, mehr und mehr begrenzt . . . Wir können es uns finanziell nicht mehr leisten, international so viel zu tun . . . Wir erwarten, daß die amerikanische Rolle in einigen Gebieten vielleicht weniger auffällig sein wird.«

Der langsame Abzug der USA aus Europa

Es ist nichts zu befürchten wegen eines derartigen Rückgangs des amerikanischen Einflusses, betonten Kissinger und Vance nachdrücklich, weil »heute das Auftauchen einer verjüngten sowjetischen Führung neue Hoff-

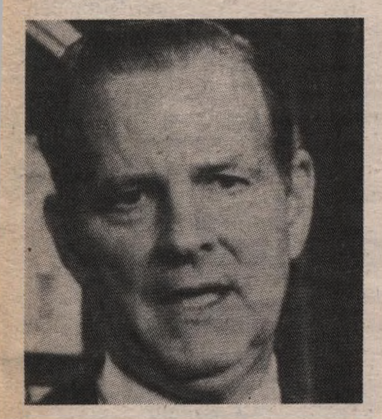
nungen für die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen geweckt hat. Wir sind beide mehrmals mit Generalsekretär Gorbatschow zusammengetroffen«, berichteten sie und fanden ihn »höchst intelligent und entschlossen, die Fehlschläge der sowjetischen Wirtschaft wettzumachen . . Er ist redegewandt, wenn er dahingehend argumentiert, daß er lieber mit dem Westen im Frieden lebt, und daß er die sowjetischen Verteidigungsausgaben verringern will, um Ressourcen für die Zivilwirtschaft freizumachen.

Wir schließen daraus insgesamt, daß eine strategische Gelegenheit zu einer bemerkenswerten Verbesserung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen vorhanden ist.«

Zu den Schritten, die der neue Präsident nach der Empfehlung von Kissinger und Vance unternehmen sollte, gehören:

Die Nato ist zu veranlassen, »ihre Ziele neu zu definieren und sich neuen Aufgaben zu widmen« angesichts der Tatsache, daß »die relative Rolle der Vereinigten Staaten« in der Verteidigung Westeuropas »sich wahrscheinlich verkleinern wird«.

Schwerpunkt der nächsten Phase der Abrüstung liegt bei »den konventionellen Streitkräften und Waffen in Europa«, wodurch sich das Ende der amerikanischen Präsenz dort beschleunigen wird.

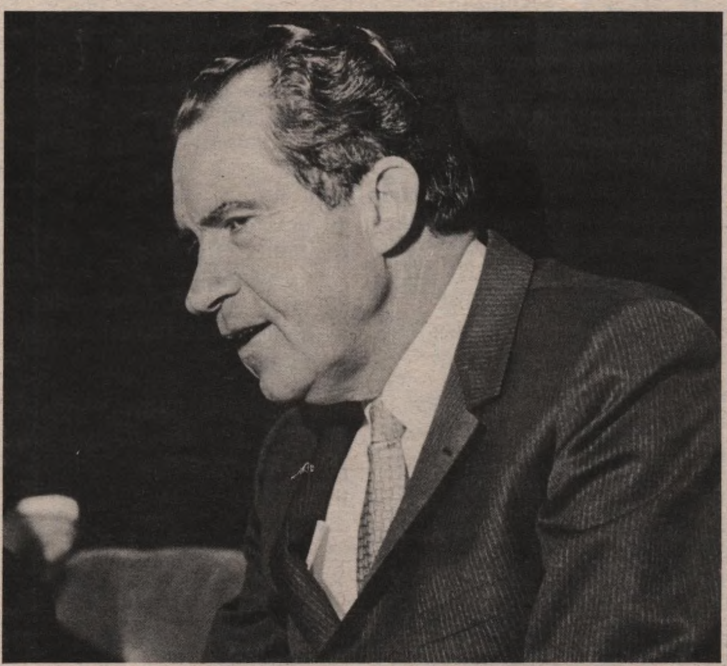


US-Außenminister James Baker ist ein gelehriger Schüler des ehemaligen US-Außenministers Henry Kissinger.

Weiterverfolgung der »China-Karte«. »Es besteht ein starker Zwei-Parteien-Konsensus darüber, das Verhältnis weiter zu entwickeln . . . Wir sind zuversichtlich, daß die chinesischen Führer jetzt und in der Zukunft für Chinas geopolitische Interessen, die wir als mit den unsrigen übereinstimmend erachten, ein wachsames Auge haben werden.«

Geheime Absprachen mit Gorbatschow

Dies ist das Paket, das Kissinger Bush im wesentlichen verkauft hat. Die Bedeutung von Bushs Wahl von Kissinger, der als rückwärtiger Kanal zu Gorbatschow dienen soll, kann nicht überbewertet werden, besonders im Hinblick auf den Inhalt dieser Kontaktaufnahme.



Als Richard Nixon amerikanischer Präsident war, erledigte Kissinger die Dreckarbeiten auf internationalem Parkett.

Nach verschiedenen Berichten über Kissingers Treffen mit Gorbatschow Mitte Januar, darunter ein durchgesickerter Bericht der »Washington Post«, war das Hauptthema des Treffens zwischen Kissinger und Gorbatschow der Vorschlag des ersteren zu einer politischen Ost-West-Einigung in Mitteleuropa, die ein »unabhängiges«, neutralisiertes Mitteleuropa nach dem österreichischen Modell vorsieht. Laut »Post« informierte Kissinger sowohl Bush als auch US-Außenminister James Baker über Gorbatschows Reaktion auf diesen Vorschlag sowie auf Bushs Brief, dessen Inhalt nicht bekannt wurde.

Wie verlautet, teilte Kissinger Bush und Baker mit, daß er ein Nachlassen der sowjetischen Kontrollen über Osteuropa voraussehe, was eine drastische Verringerung der westlichen Streitkräfte in Europa möglich machen würde.

Die Bush-Regierung hat deutliche Hinweise darauf gegeben – von denen Bakers absichtlich provokative Reise durch Westeuropa und die Erklärung des designierten Verteidigungsministers John Tower auf dem Wehrkunde-Treffen in München, in der er den Rückzug amerikanischer Streitkräfte aus Europa andeutete, nicht die unbedeutendsten waren –, daß sie tatsächlich nach Kissingers Abkopplungsplan vorgeht.

Der zweite Punkt ist, Gorbatschow durch Sicherheitsleistungen aus dem Schneider herauszubringen.

Eingliederung Moskaus in die Weltwirtschaft

Kissinger spielte in der »Détente I«-Periode eine Angelpunktrolle bei der Überführung von Technologien, Nahrungsmitteln und anderer Wirtschaftshilfe in die Sowjetunion, so daß es kaum überraschend sein dürfte, daß er trotz seiner kürzlichen Warnungen, der Westen solle Gorbatschow nicht durch Sicherheitsleistungen aus seinen Schwierigkeiten herausbringen, eine Politik betreibt, die darauf abzielt, genau das zu tun.

Die Gespräche zwischen den Trilateralen und Gorbatschow Mitte Janur befaßten sich mit den Aussichten für riesige Erhöhungen der Finanzhilfe an die zusammenbrechende sowjetische Wirtschaft. Nach einer TASS-Reportage über das Treffen bezog sich die grundlegende Frage der Delegation der Trilateralen Kommission auf »seine Ansichten über die Möglichkeiten der Perestroika und wie lange es dauern wird, bis seine Ideen so verwirklicht werden, daß es möglich sein wird, die Frage der organischen Eingliederung der Sowjetunion in die Weltwirtschaft anzuschneiden.«

In dem oben zitierten Artikel in »Foreign Affairs« stellten Kissinger und Vance lapidar fest: »Wir sind nicht darüber beunruhigt, daß erweiterte wirtschaftliche Bindungen an die UdSSR zur Herbeiführung einer ernsthaften wirtschaftlichen Bedrohung beitragen könnten.«

Lawrence Eagleburger, dessen unzählige finanzielle und politische Bindungen an Jugoslawien durch Kissingers Associates bekannt sind, half mit, eine Studie für das Institute for East-West Security Studies zu entwerfen, in der dazu aufgerufen wird, die Beschränkungen in den amerikanisch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen einzustellen. Die Studie, die im Herbst 1987 herauskam, lobt Gorbatschows Reformen und empfiehlt den Vereinigten Staten, die meisten Beschränkungen auf dem sowjetisch-amerikanischen Handel abzubauen und der Sowjetunion sowohl den Handelsstatus der Meistbegünstigung wie auch den IWF-Beobachterstatus zuzuerkennen.

Lippenbekenntnisse für SDI

Eagleburger sprach die gleiche Frage in dem Kapitel an, die er zu dem »American Agenda«-Bericht beitrug, der von den ehemaligen US-Präsidenten Ford und Carter unmittelbar nach der Präsidentschaftswahl als Blaupause für die neue Regierung herausgebracht wurde.

Eagleburger schrieb, eine der wesentlichen Fragen in den ame-

George Bush

Die geheime Tagesordnung

rikanisch-sowjetischen Beziehungen sei: »Welche Schritte sollten unternommen werden, um die Sowjetunion und die Ostblockländer in die Weltwirtschaft einzugliedern, und welche Bedingungen daran geknüpft werden müssen, wie zum Beispiel das Fallenlassen solcher Praktiken wie Dumping und beträchtliche Subventionen?«

Bei der Strategic Defense Initiative (SDI) stellt Kissingers politische Ränkeschmiederei die größte einzelne Bedrohung dar. Er und seine Mitarbeiter haben von Anfang an versucht, das Programm zu zerstören, seitdem Reagan es im März 1983 bekanntgab, weil sie wissen, daß die Entwicklung und Aufstellung eines umfassenden strategischen Verteidigungssystems dem Balance-of-Power-Regime, von dem ihre Neues-Jalta-Pläne abhängen, ein schnelles Ende bereiten würden.

Obwohl Kissinger kürzlich gegenüber SDI Lippendienste geleistet hat, haben er und seine Mitarbeiter klar zum Ausdruck gebracht, daß sie das SDI-Programm nur insoweit zulassen werden, wie es als Handelsobjekt verwendet werden kann oder höchstens zur Aufstellung einer begrenzten Raketenabwehr führt.

Wie Brent Scowcroft in einem im vergangenen Jahr herausgebrachten Bericht des Atlantic Council schrieb, müssen die Vereinigten Staaten, um das strategische Gleichgewicht zu gewährleisten, »während sie den Frieden und die Freiheit verteidigen .. erkennen, daß eine gewisse Art von Druckausübung auf die Sowjetunion sowjetische Reaktionen auslösen könnten, die für den Frieden, die demokratischen Werte und die Sicherheit des Westens höchst gefährlich sein könnten«; dazu gehöre ein volles Engagement für die SDI.

Glücksspiele mit der Rüstung

Scowcroft hat wiederholt für die Kissinger-Lobby gegen SDI Stellung bezogen. Er erklärte öffentlich Reagans Vision der SDI als Schutzsystem für die Bevölkerung für »unmöglich« und nannte eine frühe Aufstellung der SDI ein »Glücksspiel«, das um jeden Preis vermieden werden sollte.

Kurz vor den Präsidentschaftswahlen sagte Scowcroft, der seinerzeit zusammen mit Kissinger in der Bush-Wahlkampfmannschaft im Beratungsausschuß für strategische Politik tätig war, zur »Washington Post«, Bush sei sich »völlig darüber im klaren«, daß SDI nicht weiter einen immer größer werdenden Anteil an einem knappen Verteidigungshaushalt haben kann. »Es besteht absolut kein Zweifel darüber, daß SDI nicht mehr nach den Richtlinien weiterbestehen kann, wie Ronald Reagan dies wollte.«



Alexander Haig »betreute« als General der US-Army für Kissinger eine Reihe von fehlgeschlagenen Putschversuchen.

Scowcroft sprach sich auch für eine »enge Auslegung« des ABM-Vertrags aus – wie es Moskau tut –, wodurch der Weiterentwicklung der SDI Tötungsbeschränkungen auferlegt werden. In seiner Erklärung vor dem House Democratic Caucus on SDI im Jahre 1987 vertrat er die Auffassung, daß »eine zehnjährige Einhaltung der ›engen‹ oder traditionellen Auslegung des ABM-Vertrags die Dinge nicht ernsthaft behindern würde, die wir in der SDI tun müssen . . «, was nach Scowcrofts Ansicht sehr wenig ist.

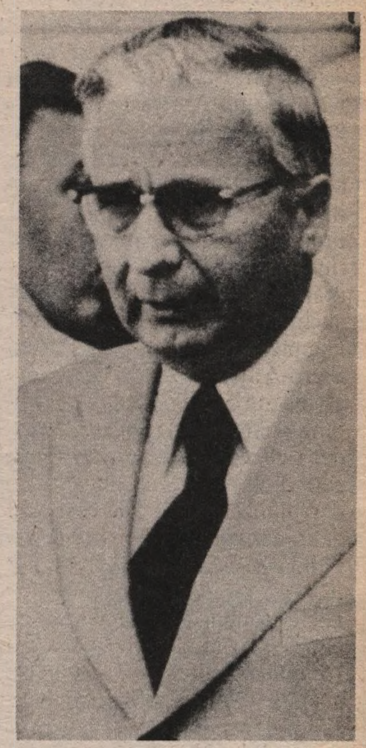
Im vergangenen Herbst half Scowcroft mit, unter der Leitung des Center for Strategic and International Studies (CSIS) in Washington Empfehlungen für die neue Regierung auszuarbeiten. In dem Bericht wird versichert, daß »es gegen das nationale Interesse verstößt, sich zu diesem Zeitpunkt die Aufstellung von SDI zum Ziel zu setzen . . . Eine Entscheidung über die Aufstellung sollte bis frühestens in die neunziger Jahre verschoben werden.«

Scowcroft sprach wohlwollend über Senator Sam Nunns ALPS- (»Accidental Launch Protection System«)-Vorschlag (System zum Schutz gegen unbeabsichtigten Abschuß), der darauf abzielt, die SDI schwach und veraltet zu halten; und in einem Kapitel, das er für den »American Agenda«-Bericht schrieb, wird empfohlen, die SDI auf eine »vertragsgemäße Aufstellung von 100 bis 200 am Boden stationierter ABM-Abschußrampen« zu beschränken, wodurch nur amerikanische Bomber geschützt würden.

Schuldenprobleme der dritten Welt

Kissingers Name ist in der dritten Welt zum Inbegriff der völkermörderischen Kampagne des Internationalen Währungs-Fonds (IWF) und der internationalen Banken geworden, Rückzahlung von Schuldenlasten zu erzwingen, auch wenn dies die völlige Zerstörung der betroffenen Länder bedeutet. Zu verschiedenen Zeitpunkten über die letzten 15 Jahre hinweg hat er persönlich diejenigen politischen Kräfte terrorisiert, eingeschüchtert und erpreßt, die versuchten, die Grundsätze der staatlichen Souveränität und der Heiligkeit des menschlichen Lebens gegen diesen Ansturm zu verteidigen.

Zum Beispiel, als der mexikanische Präsident José López 1982 eine Reihe von wirtschaftlichen Notmaßnahmen ergriff, um die mörderischen Konditionalitäten des IWF zu umgehen, bezeichnete Kissinger dessen Handlungen als gefährlich und radikal und machte sich anschließend daran, den Baker-Plan zu entwerfen, der dem ausdrücklichen Zweck diente, das auszuhöhlen, was er als »populistischen« Widerstand gegen den IWF bezeichnete.



Licio Gelli, Kopf der Loge P-2, erhielt von Kissinger über das Comité Monte Carlo »Krokodilgelder«.

Auf dem Weg zum gemeinsamen amerikanischen Markt

Die Bush-Regierung hat jeden Hinweis darauf gegeben – von der Schimpfrede des Vizepräsidenten Dan Quayle gegen das »Schuldner-Kartell« während seiner jüngsten Reise nach Ibero-Amerika bis zu Bushs Feststellung, es sei kein Spielraum vorhanden für Schuldenerlasse in irgendeinem amerikanischen Schuldenplan, und Bakers Betonung auf Schuld-für-Billigkeit-Vertrauensspiele –, daß sie beabsichtigt, Kissingers Rat auch auf diesem entscheidenden Gebiet zu befolgen.

Es hat den Anschein, daß Eagleburger der Hauptvollstrecker der Regierung in Schuldenangelegenheiten sein wird. Und dies trotz der Tatsache, daß er in den Vorständen verschiedener größerer Gläubigerbanken sitzt, darunter Midland Bank, während Kissinger Associates Chase Manhattan, Citybank und Midland repräsentiert, was eine Si-

tuation des Interessenkonflikts heraufbeschwört, wogegen die jüngsten Enthüllungen bezüglich James Bakers Beteiligungen bei der Chemical Bank vergleichsweise verblassen.

Eagleburger behandelte die Schuldenkrise kurz in seinem Kapitel zur »American Agenda« über Ford – Carter, worin er sie »ein großes schwelendes Problem«, ein Problem, das so ernst ist, daß es nicht »einfach eine Frage für das Finanzministerium« sein kann, nannte. Er drängte die neue Regierung auch darauf, Mexiko zum Hauptgebiet ihrer Sorgen um Ibero-Amerika zu erklären und als ersten Schritt in diese Richtung »einen ›Zar‹ zu ernennen, der sich mit mexikanischen Fragen befassen soll und Sondervollmacht hat, alle Aspekte der amerikanisch-mexikanischen Politik zu behandeln«.

Die Betonung auf Mexiko ist ein Hinweis auf einen weiteren Hauptbestandteil von Kissingers geheimer Tagesordnung: die Eingliederung Mexikos, Kanadas und der Vereinigten Staaten in einen Nordamerikanischen gemeinsamen Markt, in dem Mexiko die Rolle zugeteilt werden soll, seinen »Partnern« billige Arbeitskräfte und billige Rohmaterialien zu liefern.

Beobachter glauben, daß Kissingers und Eagleburgers Fingerabdrücke deutlich sichtbar waren bei der starken Rückendeckung, die Bush dem mexikanischen Präsidenten Carlos Salinas de Gortari zuteil werden ließ, als dieser im Januar die mexikanische Ölarbeiter-Gewerkschaft herunterputzte, ein Schritt, der darauf abgezielt war, jede unabhängige Opposition zum Spielplan des gemeinsamen Marktes auszuschalten.

Die blutige Hand eines geopolitischen Gangsters

Während Kissingers letzter Amtszeit in der amerikanischen Regierung geriet er in den Verdacht, die Ermordung von mindestens drei ausländischen Führungspersönlichkeiten in die Wege geleitet zu haben. Die Akte umfaßt:

Aldo Moro, der Vorsitzende der regierenden Christlich Demokratischen Partei und ehemalige Premierminister Italiens, wurde von den italienischen Roten Brigaden entführt, und seine Leiche wurde am 9. Mai 1978 aufgefunden. Anschließende Ermittlungen durch italienische Behörden – erhärtet durch die Aussagen von Moros Ehefrau, seiner Tochter Agnese und seines Sohnes Giovanni – führten von den Roten Brigaden zunächst zur Freimaurerischen Loge Propaganda-2 des Licio Gelli, die eine jahrzehntelange Kampagne von Staatsstreichversuchen und »rotem« und »schwarzem« Terrorismus in ganz Italien führte, von dort zu solch hochstehenden Persönlichkeiten in der Loge P-2 wie Henry Kissinger und Alexander Haig.

Frau Moro und ihre Kinder sagten während des Moro-Prozesses aus, daß, um die internationale Verschwörung hinter der Entführung und Ermordung ihres Gatten zu verstehen, es notwendig sei, bis zu den Drohungen zurückzugehen, die dieser 1975 von Kissinger erhielt, als Moro mit seiner Politik begann, die Italienische Kommunistische Partei (PCI) dafür zu gewinnen, lieber den italienischen Staat, anstatt die mit den Terroristen verbundenen Radikalen zu unterstützen.

Nach den Aussagen von Aldo Moros Familie warnte Kissinger Moro, daß, falls er nicht damit aufhöre, »den Gedanken daß alle politischen Kräfte zusammenarbeiten und direkt am Leben des Landes teilnehmen sollten, weiter zu verfolgen, er teuer dafür bezahlen müsse«. Mehrere andere Politiker, die bei Treffen zwischen Kissinger und Moro zugegen waren, bestätigten diese Zusammenhänge.

Kissingers Unterstützung für die P-2

1982 legte Celso Elio Ciolini, eine dem Kopf der Loge P-2, Licio Gelli, sehr nahestehende Person, der Presse Beweise für das Vorhandensein eines Comité Monte Carlo vor, das die Elite-Körperschaft war, von der die Loge regiert wird. Ciolini nannte Henry Kissinger als prominenten Namen auf der Liste von 400 Personen, die zum Comité Monte Carlo gehören.

Zu einem früheren Zeitpunkt hatten britische Pressequellen festgestellt, daß Kissinger, als er US-Präsident Nixons Berater für Nationale Sicherheit war, assistiert von General Alexander Haig, für eine Reihe von fehlgeschlagenen Putschversuchen »Krokodilgelder« an Gellis Loge P-2 geleitet hat. Ciolini ließ sich in einer Zeugenaussage vor einem Gericht in Bologna des längeren darüber aus, daß Gelli durch das Comité Monte Carlo, auf einer Sitzung im Hotel de Paris in Monaco am 11. April 1980, die Bombardierung des Bahnhofs von Bologna geplant habe.

So bedrohte Kissinger nach unbezweifelbaren Informationsquellen nicht nur Moro direkt, sondern unterstützte auch die Loge P-2, die Moro ermordete und in Italien Terrorismus und Putschversuche praktizierte, mit Geldmitteln.

Der Mord an Ali Bhutto

Zulfiqar Ali Bhutto, der Premierminister von Pakistan, wurde am 5. Juli 1977 durch einen Staatsstreich gestürzt, ins Gefängnis gesperrt und dann Anfang 1979 gehängt. 1977 schrieb Bhutto aus dem Gefängnis heraus eine Antwort zu einem von der Regierung ausgeheckten Weißbuch.

Darin erhob Bhutto die Beschuldigung, daß er wegen seiner Auseinandersetzung mit Henry Kissinger gestürzt worden sei, der »ein Todesurteil gegen seine Person« unterzeichnet habe. Der Grund, warum Kissinger Bhutto bedrohte, war laut Bhutto, daß er sich geweigert habe, den Drohungen und Pressionen Kissingers dahingehend nachzugeben, daß er die Entwicklung von »Uranium verarbeitenden Anlagen zu Befriedigung von Pakistans Energiebedarf« einstellen müsse.

Zweifellos erinnert sich Bhuttos Tochter Benazir, die jetzige Premierministerin von Pakistan, lebhaft an die Beschuldigungen ihres Vaters, daß es Henry Kissinger war, der die Verantwortung für seinen Justizmord auf seine Schultern geladen habe.

Luis Carrero Blanco, der spanische Premierminister, war wie Moro gegen die Übertragung von Militärstützpunkten, wie während des arabisch-israelischen Krieges im Oktober wiederholt verlangt worden war. Kissinger reiste nach Spanien, um Carrero Blanco direkt gegenüberzutreten, um mit ihm am 18. und 19. Dezember über diesen Punkt Gespräche zu führen. Carrero Blanco blieb standhaft. Am darauffolgenden Tag, dem 20. Dezember, wurde Carrero Blanco ermordet, als eine gewaltige, unter der Straßenoberfläche gelegte Bombe explodierte und den Wagen mit Carrero Blanco darin auf das Dach einer nahegelegenen Kirche schleuderte.

Lange Liste von Staatsstreichen und Morden

Die Aufzeichnung endet hier nicht. Henry Kissingers Rolle in dem Staatsstreich und Mord an dem Präsidenten von Chile, Salvador Allende, ist von anderen weitgehend dokumentiert worden, darunter von dem ehemaligen amerikanischen Botschafter für Chile, der selbst in Kissingers »zweispuriger« Diplomatie, die den Staatsstreich vorbereitete, völlig übergangen wurde.

In gleicher Weise glauben informierte Kreise daran, daß Kissinger bei dem Mord an dem König von Saudi-Arabien, Faisal, dessen Mörder zu diesem Zweck in den Vereinigten Staaten systematisch durch Gehirnwäsche vorbereitet wurde, seine Hand im Spiel hatte.

Schließlich sind da noch die Verbrechen, die sich, wie aus vielen Quellen berichtet wird, aus Kissingers Vorliebe für sodomitische, homosexuelle Vergewaltigung ergeben. Unter denen, die Kissinger angeblich unter solchen Umständen getötet haben soll, so berichten Augenzeugen, befand sich ein rumänischer Kellnergehilfe in Acapulco, Mexico. □



Henry Kissinger

Finnlandisierung Europas

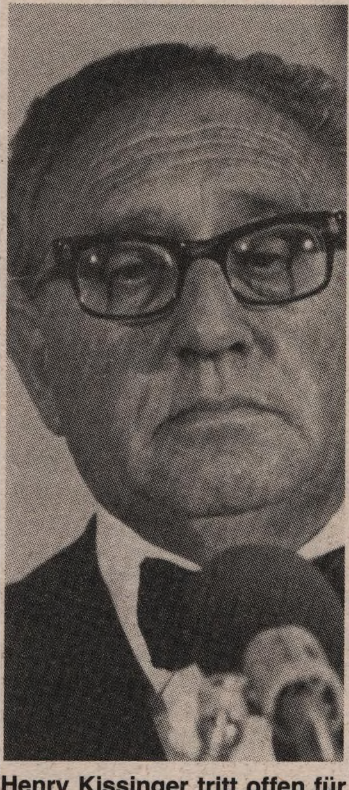
Peter Blackwood

Henry Kissingers Rede vor der National Governors Association ist eine Formel für die Übergabe Europas an die Sowjets. Er bestätigte, daß er eine dauerhafte von den Sowjets kontrollierte »Finnlandisierung« Osteuropas will. Weiter schlug er eine Vereinbarung zwischen den Vereinigten Staaten und den Sowjets vor, die den osteuropäischen Ländern freie Wahl im Austausch gegen Beschränkungen ihrer Streitkräfte bietet.

»Jene, die gegen diese Gedanken sind, wollen nur, daß die gegenwärtige Situation weiter besteht«, argumentierte Henry Kissinger. »Was würden Sie vorziehen, sowjetische Truppen in diesen Ländern oder freie Wahlen?«

Außenpolitik ist keine Psychiatrie oder Theologie

Als Kissinger von Journalisten gefragt wurde, warum dies die beiden einzigen Möglichkeiten seien, da doch die westliche Allianz das Recht dieser Nationen auf volle Souveränität bekräftigt hat, meinte er: »Wenn Sie die Menschen dieser Länder fragen, ob sie sowjetische Truppen oder freie Wahlen wünschen, glauben Sie mir, dann werden sie sich für das Letzere entscheiden.«



Henry Kissinger tritt offen für eine Finnlandisierung Westeuropas ein.

In seiner Ansprache an die Gouverneure sprach Kissinger sich für die Notwendigkeit einer »Balance-of-power«-Einstellung zur amerikanischen Außenpolitik auf der Grundlage des Wiener Vertrages von 1815 aus. Er sagte, die Vereinigten Staaten hätten Außenpolitik als Parzelle entweder der Psychiatrie oder der Theologie behandelt – basierend im ersten Fall auf gute persönliche Beziehungen und in letzterem Fall auf einer Gut-gegen-Böse-Weltanschauung. Beide behandeln internationale Streitigkeiten ähnlich wie persönliche Streitigkeiten, die von Einzelpersonen durch Umwandlung gelöst werden.

Im Gegensatz dazu trachte die Problemlösung nach dem Motto »Balance-of-Power« nicht nach »vollkommener Befriedigung« der vorgefaßten Ziele beider Seiten und bringe daher einen relativen Ausgleich zwischen widersprüchlichen Vorstellungen von dem, was für richtig befunden wird mit sich, sagte Kissinger. Ihr Erfolg liege jedoch in der Sicherstellung, daß unvermeidliche Unzufriedenheiten auf der einen oder anderen Seite nicht dazu ausreichen, um eine der beiden Seiten zum Kriege zu zwingen.

Kissinger sagte, es bestünde jetzt eine einmalige Gelegenheit zur »Wiederherstellung des historischen Europas« mit Sicherheitsgarantien für die Sowjets, und das müsse die Grundlage für die nächste Gesprächsrunde über konventionale Waffen mit den Sowjets sein. Er sei sicher, daß die Entwicklung eines solchen Planungsrahmens für die amerikanische Außenpolitik der Bush-Regierung »absoluten Vorrang« hat.

Die Schuldenpolitik muß ein Ende haben

Kissinger setzte hinzu, das dringendste Problem auf der Tagesordnung der Vereinigten Staaten seien die Schulden der dritten Welt, angesichts der Tatsache, daß in Brasilien und Argentinien in diesem Jahre Wahlen anstehen und Mexikos neuer Präsident die letzten sechs Jahre des Sparprogramms nicht durchhalten könne, ohne daß es zu einer Explosion kommt.

»Diese Länder können ihren Fortschritt in Richtung auf mehr Demokratie und freie Märkte nicht durchhalten, ohne dabei ein wirkliches Wachstum zu genießen in einer Weise, die die Vereinigten Staaten einbezieht«, sagte er.

»Es liegt nicht in unserem nationalen Interesse, unsere derzeitigen Schuldenpolitik fortzusetzen. Was wir bei der Schuldenrückzahlung gewinnen, büßen wir bei den Ausfuhren wieder ein. Es gibt 50 technische Lösungen für das Problem, wenn wir uns erst einmal dazu entschließen, überhaupt etwas zu tun.«

Wiederherstellung des historischen Europas

Abgesehen von diesem verschwommenen Hinweis auf eine »Wiederherstellung des historischen Europas« ging Kissinger nicht näher darauf ein, was er wirklich in seiner Rede meinte – eine Eigenschaft, die bei ihm nichts Ungewöhnliches ist. Aber dies schien niemanden der dort anwesenden Gouverneure zu stören, die um eine halbe Stunde Fragen und Antworten baten, ohne ihn festzunageln.

Darum trat am Schluß der Fragestunde ein Freund, der unter dem Publikum gesessen hatte, um Kissinger zuzuhören, auf mich zu und sagte: »Nun, das klang nicht so schlecht. Ich könnte wohl damit leben.«

Ich erinnerte ihn daran, daß Kissinger nichts Genaues gesagt hatte. »Nun, ich glaube, er spricht über so etwas wie das schwedische Modell für Osteuropa«, meinte der Freund.

»Ich glaube, es handelt sich um eine Finnlandisierung, was bedeuten würde, ganz Osteuropa im Prinzip für immer an die sowjetische Einflußsphäre auszuliefern«, sagte ich. »Finnlandisierung« beschreibt das Statthalterschaftsverhältnis Finnlands zum Sowjetblock. Obwohl Finnland nominale Unabhängigkeit genießt, besitzt es keine militärische Macht, um den wirtschaftlichen und politischen Fesseln an Moskau zu widerstehen.«

Das ist genau das, was Gorbatschow will

Solch eine »Finnlandisierung« für Osteuropa wäre eine Katastrophe, weil sie ein Trugbild des Friedens schaffen würde und zu einem Fallenlassen der amerikanischen Verpflichtungen gegenüber der NATO führen könnte. Daher würde dies schnell zu einer Finnlandisierung ganz Europas führen.

»Nun, ich muß jetzt gehen, um Kissinger zu begrüßen, bevor er abreist«, sagte der Freund.

»Aber fordern Sie ihn auf, deutlicher zu werden, wenn Sie mit ihm sprechen. Er soll Ihnen sagen, was er eigentlich für Osteuropa vorschlägt«, regte ich an.

Nachdem ein paar Minuten vergangen waren, ging ich zum Foyer des Hörsaals und sah, wie mein Freund mit Kissinger sprach. Ich überhörte, wie Kissinger zu ihm sagte: »Nein, was mir vor Augen schwebt, ist mehr so etwas wie Finnlandisierung.« Das öffnete die Tür für Fragen von Journalisten über die wahren Absichten Kissingers.

»Die Sowjets brauchen die Sicherheit zu wissen, daß sie nicht von osteuropäischen Ländern bedroht werden«, sagte Kissinger. Im Austausch für den permanenten Statthalterstatus, den ihnen ihre Verteidigungslosigkeit auferlegen würde, könnten diese Nationen ›freie‹ Wahlen haben. Das ist genau das, was Gorbatschow will.« □

Michail Gorbatschow

Mit dem Zeichen des Antichristen

John Springfield

Der theosophische Lucis Trust fließt über vor Lob für den sowjetischen Partei- und Staatschef Michail Gorbatschow, der als einer aus der verborgenen »Hierarchie« betrachtet wird, die dabei ist, eine »neue Weltordnung« aufzubauen.

Die dem Lucis-Trust – früher nannte man diese Gruppierung Luzifers Trust – nahestehende deutschsprachige Zeitschrift »2000 – Magazin für neues Bewußtsein« nennt Gorbatschow »den Pfadfinder für das neue Bewußtsein«. Im gleichen Artikel wird ausführlich über eine neue Prophezeiung durch den geheimnisvollen Edgar Cayce berichtet: »Aus Rußland kommt die Hoffnung der Welt.«

Sein Leben ist ein Geschenk für uns

In ähnlicher Weise wird der amerikanische Guru des »neuen Zeitalters«, Chris Griscom, nach seiner Rückkehr aus Rußland in der Zeitschrift zitiert: »Gorbatschow ist der Mann, der die Zukunft repräsentiert. Sein Leben ist ein Geschenk für uns.«

Die Zeitschrift fährt fort mit der Feststellung, daß die bolschewistische Revolution von 1917 in Wirklichkeit ein Ausdruck der Narodniki (»Wille des Volkes«, die Bomben werfenden Anarchisten, die zu der Zurück-zum-Land-Bewegung jener Tage gehörten) und der Raskolnike (Altgläubige der russisch-orthodoxen Kirche) gewesen sei.

Die Zeitschrift stellt fest: »Die russische Revolution war, was oft nicht gesagt wird, ein Produkt der Politik des Geistes. Ihr Hauptexponent waren die Narodniki, die Freunde des Volkes, die mit einer mystischen Verehrung predigten, Mutter Rußland, heiliges Rußland. Dadurch erweckten sie die archaische Naturreligion zu neuem Leben. Sie traten für die ›Mir‹, die kommunistische Gesellschaft, ein. Die Narodniki dachten, daß in der Mir das Erbe eines ehemaligen goldenen Zeitalters, das Erbe des Mystischen verborgen sei.«

Die Zeitschrift berichtet anschließend, daß Wladimir Lenin Teile des Satanisten-Projekts in Ascona entwickelt habe, wo er unter anderem für seine extasischen Tänze berühmt gewesen sei. Ascona, wo ein Astarte-Kult herrschte, war das geistige Zentrum für C. J. Jung, der in seinen gnostischen Unterrichtsklassen in den zwanziger und dreißiger Jahren Alice Bailey, die von Madame Blavatsky ausgebildete Theosophin, zu seinen Jüngern zählte.

1920, als sie mit der Theosophie brach, gründete sie den Lucis Trust unter dem Namen Luzifer Trust. Es ist auch bemerkenswert, daß Lenin sich zusammen mit Lunarcharsky und Maxim Gorki auf der Insel Capri in den Mithra-Kult des Kaises Tiberius stürzten, und im Nymphenbad der kaiserlichen Villa die Bedeutung des Heidentums und des Römischen Reiches für den Bolschewismus studierten.

Es war Kaiser Tiberius, in dessen Namen Christus gekreuzigt wurde, und wenn man unter der Oberfläche kratzt, entdeckt man, daß der Bolschewismus nicht der »gottlose Kommunismus«, sondern ein weiterer Ausdruck des biblischen Kultismus »Große Hure von Babylon« ist.

Die gegenwärtige Liebesaffäre zwischen dem Lucis Trust und verschiedenen Unternehmen des »neuen Zeitalters« im Westen und Michail Gorbatschow ist lediglich eine gesetzmäßige Fortsetzung dieser uralten Beziehungen.

Satanismus im Ost-West-Verkehr

Es gibt mehrere Gruppen und Einzelpersonen des »neuen Zeitalters«, die in dem Ost-West-Verkehr des Satanismus verwikkelt sind, der durch Michail Gorbatschows Glasnost ermöglicht wurde.

Im April 1988 wirkte der Tempel des Verständnisses an der Einberufung einer weltweiten Konferenz geistiger und parlamentarischer Führer über das Überleben des Menschen in Oxford mit, die von angesehenen Persönlichkeiten wie dem Tempel-Präsident, James Park Morton, Mit-Vorsitzender des weiterbestehende Global Forum, besucht wurde. Anwesend war Yevgeni Velikhov, stellvertretender Vorsitzender der sowjetischen Akademie der Wissenschaften, zusammen mit drei weiteren Mitgliedern des sowjetischen Zentralausschusses.

Die nächste Konferenz findet 1990 in Moskau statt und wird vom Obersten Sowjet, der Russisch-Orthodoxen Kirche und der Akademie der Wissenschaften veranstaltet. Der Leitungsausschuß des Global Forum hielt im Oktober 1988 im Verlagshaus des Moskauer Partriarchats der Russisch-Orthodoxen Kirche eine Sitzung ab, wo dieses Ereignis vorbereitet wurde.

Im Februar 1988 war der Tempel des Verständnisses Gastgeber eines zweiwöchigen February-Fling (Februar-Freudenfest) in der Cathedral St. John the Divine in New York, wo Dutzende von Sowjets vom amerikanischen liberalen Establishment gefeiert wurden.

Pater Louis Dolan, ein katholischer Priester, der im Vorstand des Tempels sitzt, organisierte das Februar-Freudenfest. Pater Dolan reist etwa alle sechs Wochen in die UdSSR und sitzt auch im Vorstand des Wainwright House, des ältesten Projektes für Geistesentwicklung in den Vereinigten Staaten, das auch ausgedehnte Ost-West-Projekte unterhielt.

Im Wainwright House ist Pater Dolan Koordinator des Institute on Global Issues Citizen Diplomacy Missions to the Soviet Union (»Institut für Reisen der Bürgerdiplomatie für allgemeine Fragen in die Sowjetunion«). Wainwright organisierte 1988–89 über ein Dutzend Einzelreisen in die Sowjetunion im Stile des »neuen Zeitalters«.

Die Machenschaften des Lucis Trust

Pater Dolan ist auch im Vorstand des Center for Soviet-American Dialogue (CSAD), das zusammen mit anderen ein Bürger-Gipfeltreffen organisierte, das zuletzt im Wainwright House abgehalten wurde. Das nächste Gipfeltreffen, das vom 19. bis 22. Oktober 1989 in Moskau stattfinden soll, wird von dem sowjetischen Friedensausschuß, eine offizielle Fassade für die mit dem KGB verknüpfte Internationale Abteilung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, veranstaltet.

Im Vorstand des CSAD mit Pater Dolan sitzen auch solche Persönlichkeiten des »neuen Zeitalters« für den Umgang mit den Sowjets wie Barbara Marx Hubbard, Mitglied des Soviet-American Council for Joint Projects and Win-Win-World; Willis Harman, dessen Institute for Noetic Studies am Global Forum in Moskau teilnehmen wird und der Mitglied von Hubbard's Soviet-American Council for Joint Projects ist; James A. Garrison, leitender Direktor des Soviet-American Exchange Program am Esalen Institute, von dem eine Spur bis zur Durchdringung amerikanischer geheimdienstlicher und militärischer Schichten durch die KGB-Spionage unter Einsatz sowjetischer »spoonbenders« (Löffelverbieger) führt.

Der Lucis-Trust entsendet im Laufe des Jahres 1989 seine eigene »fact-finding Mission« (»Tatsachenerforschungs-Mission«) in die Sowjetunion. Der Lucis Trust steht nicht nur in Verbindung mit der »Russischen Geistigkeit« der Okhrana-Agentin Madame Blavatsky, sondern er operiert bereits im Ostblock durch seine versteckte »Triangels«-Front, die Sternenbetrachtungen durchführt. □

Europa-Journal

Nach den Robbenbabys die Luchse, Fischotter und Biber

Nachdem das Abschlachten von Robbenbabys fast völlig aufgehört hat, werden heute noch andere Pelztiere wie Luchse, Biber oder Fischotter auf besonders grausame Weise getötet, und dies in Kanada, in den USA und in der UdSSR. Da diese Länder die Schlageisen und andere barbarische Gerätschaften nicht untersagt haben, schlägt die EG-Kommission den zwölf ein Importverbot in die Gemeinschaft von acht Pelzarten – Biber, Fischotter, Koyote, Wolf, Luchs, Zobel und Waschbär – aus Ländern vor, die die internationalen Normen auf diesem Gebiet nicht anerkannt haben.

Das Schlageisen ist eine Metallvorrichtung, meist aus Stahl, in der das Tier durch Bügel festgehalten wird, die sich über eines seiner Gliedmaßen krallen und ihm das Fell aufreißen und manchmal die Knochen brechen. Diese Vorrichtung wurde schon in fünf Ländern der Gemeinschaft – Dänemark, Deutschland, Griechenland, Irland und Großbritannien – sowie in sechzig anderen Ländern der Welt verboten.

Die meisten EG-Länder, die diese Fallenart noch nicht verboten haben, haben ihre Verwendung stark begrenzt. Außerdem hat die EG 1982 ein internationales Abkommen zum Schutz der Wildtiere in Europa verabschiedet, das die Verwendung von Fallen für das Fangen und Töten von verschiedenen Tierarten untersagt. Doch damit ist noch nicht alles geregelt.

Letztes Jahr hat die EG-Kommission den Mitgliedstaaten vorgeschlagen, in der gesamten Gemeinschaft die Herstellung, den Verkauf und die Verwendung von Schlageisen zu untersagen. Der Vorschlag liegt immer noch zur Prüfung beim EG-Ministerrat und dem Europäischen Parlament.

Gegenwärtig sind Wissenschaftler und Ingenieure aus mehreren europäischen und anderen Ländern dabei, Fangmethoden für Wildtiere zu entwickeln, die ihnen Leiden ersparen sollen und mit denen sie entweder lebendig gefangen oder getötet werden. Diese Forschungen werden noch einige Jahre in Anspruch nehmen, bis Ergebnisse vorliegen. Aus diesem Grund schlägt die EG-Kommission ein ziemlich fernes Datum für das Inkrafttreten eines Importverbotes von Pelzen vor, den 1. Januar 1996. Bis dahin haben die »Herstellerländer« Zeit, sich an neue Techniken anzupassen. □

Fünf Prozent der Europäer sind Analphabeten

Das Europäische Parlament hat kürzlich einen Bericht vorgelegt, in dem konkrete Maßnahmen zugunsten all derjenigen getroffen werden sollen, die weder lesen noch schreiben können.

In Belgien haben 60 Prozent aller Arbeitslosengeld beziehenden Personen gerade einen Grundschulabschluß. Diese Lage ist besonders besorgniserregend, denn diese geringe Schulbildung geht meistens Hand in Hand mit einer geringen beruflichen Qualifikation, wodurch jeder Versuch einer Weiterbildung sehr kompliziert wird und die beruflichen Auswahlmöglichkeiten – sofern diese Art von Arbeit überhaupt angeboten wird – sich auf eine monotone Tätigkeit als ungelernter Arbeiter beschränken.

In Belgien und Frankreich, wo während des Militärdienstes Tests durchgeführt werden, wird der Prozentsatz von Analphabeten unter den Rekruten auf fünf Prozent geschätzt. Wenn man diesen Prozentsatz – der nur Männer, Erwachsene und eigene Staatsangehörige betrifft – auf die Gesamtbevölkerung umrechnet, so liegt man wahrscheinlich noch weit unter der Realität.

Mangels zuverlässiger Statistiken schätzt man, daß fünf Prozent der Europäer funktionelle Analphabeten sind, das heißt sie haben zwar Lesen und Schreiben gelernt, diese Fähigkeit aber nach und nach verloren. Es geht dabei also um ein ernstzunehmendes soziales Problem, das einen großen Teil der Beschäftigten betrifft. □

Mountbatten war nicht wirklich königlich

Der verstorbene Lord Louis Mountbatten, Onkel von Prinz Charles, »war ein pathologischer Lügner. Er log beharrlich über seine eigene Geschichte und Herkunft. Er war nicht wirklich königlich, beharrte jedoch darauf, es zu sein. Er war ein kompletter Snob. Er übte einen schlechten Einfluß auf Prinz Charles, einen links-lastigen Einfluß, aus.« Das behauptete Lord Lambton, ehemaliges Tory-Parlamentsmitglied und britischer Verteidigungsminister sowie Verfasser eines neuen Buches über Mountbatten, das in Kürze vom Verlag Constable Publishers herausgebracht wird.

Lampton sagte, die Königin habe ihm geholfen, Zugang zum Archiv des House of Windsor zu bekommen. Nach einem Bericht in der »Mail on Sunday« versichert Lambton, daß der Titel Battenberg, später zu Mountbatten anglisiert, verliehen wurde, um die Tatsache zu verschleiern, daß Mountbattens Großvater, Prinz Alexander von Rußland, eine schwangere Bürgerliche heiratete, wodurch ihren Kindern das Recht auf irgendeinen anderen Titel verwehrt wurde. Der Skandal führte dazu, daß Alexander aus Rußland verbannt wurde. Lambton behauptet, Prinz Alexander sei selbst unehelich gewesen; statt der Sohn des Großherzogs Ludwigs von Hessen zu sein, war er das Kind der Herzogin und ihres Liebhabers.

Lampton sagt, Mountbatten habe diese Tatsachen unterdrückt, weil er über seine eigene Behandlung sowie über den erzwungenen Rücktritt seines Vaters als Erster Seelord zu Beginn des Ersten Weltkrieges wegen seiner engen Bindung zu Deutschland tief verletzt gewesen sei. Mountbatten, klagt Lampton an, war entschlossen, sich in die königliche Familie einzuschleichen durch Befürwortung der Annahme seines Namens durch Prinz Philip und später durch Prinz Charles, indem er Prinzessin Anne und Prinz Andrew dazu veranlaßte, den Familiennamen Mountbatten-Windsor anzunehmen. □

Paris liefert Waffen nach Libyen

Aus Geheimdienstquellen ist zu erfahren, daß Paris Tripolis mit Kampfflugzeugen des Typs »Mirage 2000« ausrüstet. Dabei ist den französischen Regierungsstellen klar, daß der kurze Luftkampf über der Großen Syrte, bei der zwei libysche Maschinen sowjetischen Fabrikats von der US Air Force abgeschossen wurden, vielleicht anders verlaufen wäre, wenn die Libyer schon damals über einsatzbereite Mirage-2000-Flugzeuge verfügt hätten.

Libyen hatte Rom im vergangenen Herbst angeboten, seine Italien-Schulden in Form von Öllieferungen zu begleichen. Zugleich sollte aber Italien alle Flugzeuge und Motoren, Waffensysteme und Ersatzteile zurückgeben, die vor zwei Jahren im Zuge von anti-libyschen EG-Sanktionen in italienischen Wartungs- und Servicefirmen beschlagnahmt worden waren. Da sich Italien viel Geld davon versprach, ließ es sich heimlich auf diesen Handel ein. Gaddafi zahlte Anfang Dezember eine erste Rate: Öllieferungen in Höhe von 75 Millionen Dollar.

In Washington fiel man aus allen Wolken als die Zentrale des CIA von der Rückgabe des instandgesetzten libyschen Rüstungsgeräts erfuhr. □

Glasnost: Größte Täuschung der Geschichte

Michail Gorbatschows Glasnost ist eine der größten »Täuschungen« der Geschichte, ein »spitzfindiger Schwindel«, der eigentlich schon »der sechste Glas-

nost« in der Geschichte der Sowjetunion ist, schrieb Ian Ball im »Daily Telegraph«. Er berichtete über ein neues Buch des amerikanischen Autors Edward Jay Epstein mit dem Titel »Deception« (»Täuschung«).

In Epsteins Augen zieht Gorbatschow derzeit das »dreisteste Täuschungsmanöver und Taschenspielertricks« seit dem uralten Theoretiker des Krieges und der psychologischen Kriegsführung Sun-Tzu ab. Was Sun-Tzu »falsche Botschaften« nannte, ist in der Methode mit den sowjetischen Täuschungsmanövern identisch. Nach Balls Bericht ist Epstein der Ansicht, daß man den Vergleichen des verstorbenen James Jesus Angleton zwischen der sowjetischen Strategie und der des Sun-Tzu größere Aufmerksamkeit widmen sollte.

Sun-Tzu schrieb einst: »Wenn du fähig zum Angriff bist, scheine unfähig zu sein; wenn aktiv, scheine inaktiv zu sein; wenn du in der Nähe bist, rede dem Feind ein, daß du weit weg bist; wenn organisiert, täusche Unordnung vor; wenn schwach, gib vor, stark zu sein und veranlasse den Feind auf diese Weise, dir auszuweichen; wenn stark, gib vor schwach zu sein, so daß der Feind immer arroganter wird.«

Laut Epstein war Glasnost Marke »Lenins Neue Wirtschaftspolitik«, bei der damals wie heute Armand Hammer, Sohn eines hochstehenden Führers der amerikanischen Kommunistischen Partei, Beihilfe leistete. Dieser politische Trend setzte 1921 ein und dauerte bis 1929, als er durch Stalins Zwangskollektivierung ersetzt wurde.

Interessanterweise wurde der Begriff »Perestroika« oder »Umstrukturierung« von 1929 an benutzt und zwar als Begriff der Kommunistischen Partei, mit dem die Zwangsfusionen der Privatbauern in Staatskollektive (Kolchosen) erklärt werden sollte.

Zu den vier anderen Vor-Gorbatschow-Glasnosts gehören die Bemühungen in den Jahren 1936 und 1937, eine Verfassung ins Leben zu rufen; die »Onkel-Joe-Partnerschaft mit dem Westen« von 1941 bis 1945; die Breschnew-Nixon-Entspannungspolitik der Jahre 1970 bis 1975. □

Rapider Anstieg des Meeresspiegels

Angesichts der Tatsache, daß fast ein Drittel der Menschheit weniger als 60 km von einer Küste entfernt lebt, könnte eine Anhebung des Meeresspiegels um einen Meter katastrophale Folgen für die Bevölkerung haben, womöglich die zwangsweise Umsiedlung von Hunderten von Millionen Menschen bedeuten. Allein in Europa wären ganze Länder bedroht. Man braucht nur an die Niederlande, Dänemark, Norddeutschland und einen kleinen Teil Belgiens zu denken oder an die Gironde-Mündung sowie an Venedig.

Daher macht sich das Europäische Parlament zu Recht Sorgen, wenn sein Berichterstatter, der Belgier Roelants du Vivier, kürzlich den Hauptverantwortlichen für dieses Phänomen nannte, nämlich die Klimaerwärmung durch den sogenanten Treibhauseffekt.

Aber was soll man tun? Eine erste politische Richtung wird deutlich, die Verringerung der CO_2-Emissionen und anderer Gase mit Treibhauseffekt. Der Bericht zitiert in dieser Hinsicht unter anderen Vorbeugungsmaßnahmen wie Energiesparmaßnahmen durch rationelleren Brennstoffeinsatz, die Verwendung von möglichst wenig umweltverschmutzenden fossilen Brennstoffen, den Ersatz von fossilen Brennstoffen durch alternative Energiequellen, die Umkehrung der gegenwärtigen Tendenz zur Abholzung der Wälder, doch vor allem die Änderung einer Reihe von menschlichen Aktivitäten. □

Kissinger bremst seinen »Neuen Jalta-Plan«

Da ihm offenbar sein »Neuer Jalta-Plan« zur Sicherstellung der sowjetischen Vormachtstellung in Europa zu heiß zu werden scheint, versuchte Henry Kissinger in einem Kommentar in der »Washington Post« unter der Überschrift »Reversing Yalta« zu erklären, warum sein Plan vermutlich im Interesse des Westens liegt.

Kissingers Strategie zur Umkehrung von Jalta besteht darin, den Großteil der amerikanischen Streitkräfte aus Europa abzuziehen und die wirtschaftliche Integration Westeuropas und des Sowjetblocks zu betreiben. Der Westen sollte »die Länder Osteuropas in die Lage versetzen, sich von Fall zu Fall mit der Europäischen Gemeinschaft zu vereinigen, während die NATO und der Warschauer Pakt weiterhin mit verringerter Stärke in Mitteleuropa bestehen bleiben«.

Kissinger meint, daß Fortschritte in Richtung auf ein vereinigtes Europa nur dann gemacht werden können, »wenn die politische Freiheit Osteuropas irgendwie mit der Berücksichtigung legitimer Besorgnisse der Sowjets wegen ihrer Sicherheit in Zusammenhang gebracht wird«.

Um dies zu bewerkstelligen, besteht Kissinger auf drei Bedingungen: Erstens, den Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten aller Teilnehmerstaaten; zweitens, amerikanische und sowjetische Truppen sollten auf ihre Stützpunkte beschränkt werden, abgesehen von einer vorher angekündigten Zahl von Manövern; und drittens, Truppen, die aus Gebieten mit beschränkter Rüstung abzogen werden, dürfen nicht wieder stationiert werden.

Kissinger behauptet, daß »ein vertraulicher Dialog zwischen Washington und Moskau letztlich nicht nur unvermeidlich, sondern wünschenswert sei. Sein Zweck sollte es sein, Begriffe festzulegen, die Ziele und Methoden des Prozesses der Einigung Europas abzuklären.« □

Irland wendet sich wegen Öl an die Sowjets

Unmittelbar nach dem Ausfluß von Öl aus dem Riesentanker vor der Küste Alaskas ließ Irland in der Befürchtung, daß die Ölgesellschaften bald die Preise erhöhen würden, die Benzinpreise einfrieren. Shell und Exxon übten sofort Vergeltung, indem sie Einfuhren nach Irland vorläufig einstellten. British Petroleum (BP) und andere Lieferanten warnten, daß sie bald das Gleiche tun würden, es sei denn, die Regierung gestatte ihnen, die Preise über den Rotterdamer Kassamarkt anzuheben. Aber Irland wandte sich an die Sowjetunion.

Irland führt etwa zwei Drittel seines Ölbedarfs ein und verfügt nur über eine zwei- bis dreiwöchige Reserve. Die Ölfirmen sagten, sie rechneten damit, daß fast sofort Panikkäufe einsetzen würden. Die irische Regierung vereinbarte eine Zusammenkunft mit den Ölgesellschaften, auf der sie versuchen wollten, zu einer Einigung zu kommen.

Die langwierigen Auseinandersetzungen mit Shell und Exxon gerieten in eine Krise als die Regierung sich dazu entschloß, mit einer geplanten »Fair trade commission« (»Kommission zur Förderung eines fairen Handelns«) zur Untersuchung von Beschuldigungen, daß die großen Öl-Multis Irland vorsätzlich übervorteilen, fortzufahren.

Aber inzwischen ließ die Regierung wissen, daß sie vorhat, Gespräche mit Moskau über einen Tauschhandel zu führen, um der Erpressung seitens der »Sieben Schwestern« entgegenzuwirken. Premierminister Haughey erörterte bei seinem Gespräch mit Michail Gorbatschow in Shannon den Tausch von sowjetischem Öl gegen irisches Rindfleisch und andere Nahrungsmittel. Minister des irischen Kabinetts sollen bald nach Moskau reisen, um die Gespräche zu forcieren.

Irland hat bereits ein einmaliges Arrangement mit Moskaus Aeroflot getroffen, wonach sowjetisches Öl in Spezialtanks auf dem Flughafen Shannon gelagert wird, so daß sowjetische Maschinen auf dem Weg nach Havanna auftanken können, ohne in harter Währung für den Treibstoff bezahlen zu müssen. □



Sowjetunion

Gorbatschow ein humaner Stalin

Heinz Dierke

Was bisher nicht gelang, nämlich Deutschland und danach das restliche Europa dem Sowjetsystem einzuverleiben, hat sich nun Michail Gorbatschow zum Ziel gesetzt. Nur daß er, im Gegensatz zu Stalin, dies auf diffizilere Weise erreichen will: nämlich mit einer Einschläferungsstaktik. Und der Westen und auch viele Deutsche fallen darauf herein.

Von besonderem Interesse sind dabei die Erkenntnisse, die der neue US-Verteidigungsminister Richard Cheney im April der Nuklearen Planungskommission der NATO in Brüssel vortrug: Während der sowjetische Staats- und Parteichef Gorbatschow seine Propaganda-Offensive der Abrüstungs-Offerten vortrug, führte er gleichzeitig eine Modernisierung und Aufstockung seines auf Europa gerichteten Raketen-Arsenals im Kurzstreckenbereich durch.

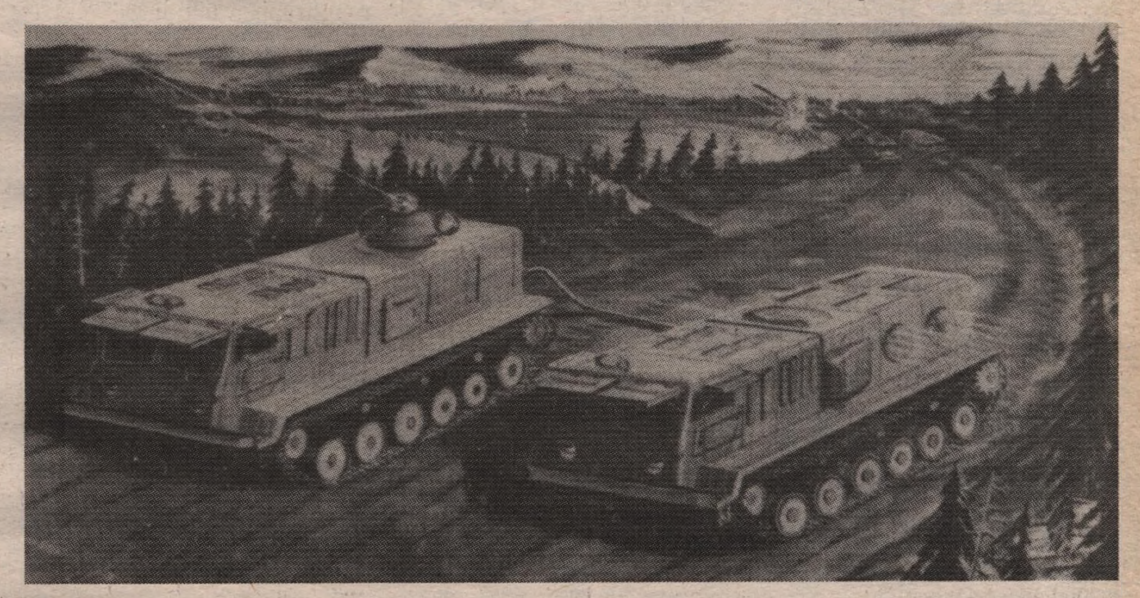
Gorbatschow läßt aufrüsten

Demzufolge beläuft sich das Verhältnis bei den Kurzstreckenraketen auf 18:1 zugunsten der UdSSR. Den 88 Lance-Abschußrampen, die von der NATO seit 1972 nach Art und Anzahl nicht verändert worden seien, stünden jetzt 1608 modernisierte russische Kurzstrecken-Systeme gegenüber.

Gorbatschow ließ aufrüsten ungeachtet der Tatsache, daß die NATO ihr nukleares Potential in Europa seit Anfang der achtziger Jahre um 2400 Waffen reduzierte.

Er hat nicht nur mehr, sondern auch wirkungsvollere Atomraketen gegen den Westen in Stellung gebracht:

Die veralteten FROG-Raketen (Reichweite 90 Kilometer) wurden fast vollständig durch die hochmoderne SS 21 (Reichweite 120 Kilometer) ersetzt. Auch in der DDR, in der CSSR und in Polen sind einige SS-21-Raketen eingeführt worden. Insgesamt wird heute das NATO-Gebiet von mehr als 180 Startrampen dieser Waffensysteme bedroht.



Dieses sowjetische Lasergeschütz wird in keinem Abrüstungsvertrag bis heute erwähnt.

Die SS 21 hat nicht nur eine größere Reichweite als die FROG, sie ist auch erheblich treffgenauer, zuverlässiger und reaktionsschneller.

Auch die 650 SCUD-B-Raketen (Reichweite 300 Kilometer) sind in ihrer Treffgenauigkeit verbessert worden.

Insgesamt ließ Gorbatschow die Reichweiten der modernen SS-21-Raketen sowie der älteren SCUD-B-Raketen steigern, ihre Treffgenauigkeit verbessern (auf wenige Meter zielgenau) und die Verwendungsfähigkeit dieser Raketenstreitmacht vervielfältigen: Sämtliche Raketen können nunmehr sowohl mit nuklearen, mit konventionellen und mit chemischen Gefechtsköpfen besetzt werden.

Sowjets installieren neue strategische Systeme

Ferner hat der Warschauer Pakt die Nuklearwaffen kürzerer Reichweite, die nukleare Rohr-Artillerie, in den letzten Jahren modernisiert und von 900 auf 3800 Geschütze drastisch erhöht.

Auf der gleichen Sitzung wurde von Cheney vorgetragen, daß die Sowjetunion auch ihr strategisches Potential (Reichweiten über 5000 Kilometer) modernisiert hat: Danach hat sie auf Basen, von denen die SS 20 im Rahmen des INF-Vertrages zurückgezogen wurden, neue strategische Systeme vom Typ SS 25 installiert. Da es sich dabei um mobile Systeme handelt, sind sie weniger verwundbar. Rußland bedroht mit ihnen sowohl die USA als auch Europa.

Besonders deutlich werden die Intentionen Gorbatschows auch, wenn man die Fakten berücksichtigt, die Vier-Sterne-General Eberhard Eimler, einer der beiden ranghöchsten deutschen Offiziere bei der NATO, Ende April bei einem Empfang des Präsidenten der Wehrbereichsverwaltung Nordrhein-Westfalen, Meyer-Truelsen, anläßlich des vierzigjährigen Bestehens der Bundesrepublik bekanntgab.

Eimler teilte mit, daß die geplante Verringerung der Sowjetarmee bis 1991 um 500 000 Mann für Europa lediglich die Verminderung der sowjetischen Divisionen von 156 auf 150 bedeute. Noch im letzten Jahr habe die Sowjetunion 700 modernste Kampfflugzeuge produziert; das entspreche der Kapazität von 20 Geschwader. Die Bundesluftwaffe verfüge aber nur über 15 Geschwader. Das gesamte, sehr umstrittene Projekt neuer Jagdflugzeuge für die Bundesluftwaffe, das über 15 Jahre lang gestreckt werden solle, entspricht laut Eimler der sowjetischen Produktion von lediglich viereinhalb Monaten.

Milliarden Rubel für neue Schlachtschiffe

Wer kann da noch davon reden, daß Gorbatschow wirklich der »Friedensengel« ist, als der er sich immer darstellt. Auch aus folgendem werden die Absichten des sowjetischen Staatschefs deutlich:

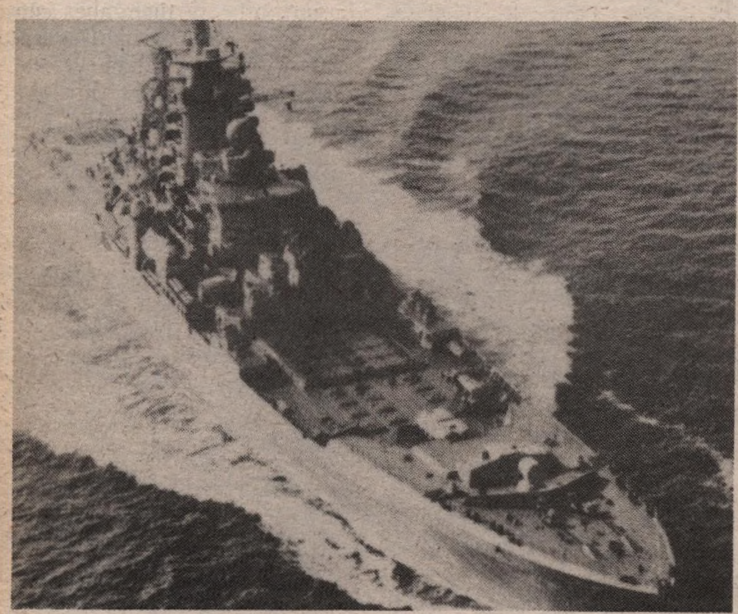
Einem Ende des vergangenen Jahres veröffentlichten Streitkräftevergleich stehen den rund 22 200 Panzern der NATO etwa 51 500 Panzer des Waschauer Pakts gegenüber. Bei den Artilleriegeschützen beläuft sich das Verhältnis auf rund 43 400:17 300 zugunsten der Sowjetunion. Während die NATO etwa 4500 Kampfflugzeuge hat,

nennt der Warschauer Pakt 8250 sein eigen.

Anläßlich der vielen Abrüstungsvorschläge Gorbatschows, die angeblich das Ziel hätten, das wirtschaftliche Defizit in der UdSSR zu verringern, schrieb die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« bereits Anfang dieses Jahres unter der Überschrift »Viele Milliarden Rubel für neue Schlachtschiffe« folgendes:

»Um so mehr fällt Fachleuten im Westen auf, daß die sowjetische sonders, die Marineplanung zu überprüfen. Das ist nach allem, was man im Westen bisher beobachten konnte, in den vier Jahren, in denen Gorbatschow die Sowjetunion führt, nicht geschehen. Alle großen Schiffbauprogramme laufen weiter . . .

Die beiden spektakulärsten Neubauten sind die Flugzeugträger, die in Nikolajewsk am Schwarzen Meer vorangetrieben werden. Es dürften die ersten ›richtigen‹ Angriffsträger der sowjetischen Marine werden,



Ein mit Atomwaffen ausgestatteter sowjetischer Schlachtkreuzer der Kirow-Klasse.

Marinerüstung von Gorbatschows Entscheidung unberührt geblieben ist. Dabei böte sich eine Einschränkung hier besonders an, wenn man Kapitel und Industriekapazitäten für die zivile Wirtschaft freimachen will.« Zwar seien die Kosten nur bedingt vergleichbar, doch koste beispielsweise ein amerikanisches Atom-U-Boot der »Ohio«-Klasse, das mit denen der sowjetischen »Delta-IV«-Booten vergleichbar sei, 1,7 Milliarden Dollar, ein Flugzeugträger der »Nimitz«-Klasse 3,1 Milliarden Dollar, ein moderner Kreuzer eine Milliarde Dollar und selbst ein vergleichsweise kleines Kriegsschiff noch 720 Millionen Dollar.

Das Rüsten geht weiter

»Wenn man sparen und Kapazitäten freisetzen will,« so die »FAZ« weiter, »lohnt es also be-

das heißt Flugzeugträger, die nicht nur Hubschrauber und Senkrechtstarter einsetzen können, sondern auch Düsenmaschinen, die mit Katapulten gestartet werden . . . Auch im Zerstörerbau geht die Marinerüstung unverändert weiter . . .

Zu diesem viele Milliarden Rubel verschlingenden Programm zum Bau neuer Überwasserschiffe kommt ein weiteres zum Ausbau der sowjetischen U-Boot-Flotte. Derzeit sind sieben verschiedene U-Boot-Typen im Bau; von den riesigen, 25 000 Tonnen verdrängenden Unterwasserschiffen der ›Typhoon‹-Klasse bis zu den konventionellen U-Booten der ›Kilo‹-Klasse. Derzeit umfaßt die sowjetische Flotte an atomgetriebenen U-Booten 63 Einheiten. Zur Beurteilung der sowjetischen Marinerüstung ist aber die Beobachtung des Zeittaktes, in dem die neuen Einheiten zulaufen, noch wichtiger als die Zahl der in Dienst stehenden Schiffe. Er verlangsamt sich nach allem, was im Westen erkennbar ist, nicht.«

Wem jetzt aber noch immer nicht klar ist, in welche Richtung der Hase läuft, der sollte sich den kürzlich in der »New York Times« veröffentlichten Artikel mit dem Titel »Ganze Dörfer in Vergessenheit gebombt« zu Gemüte führen. Dort schildert John F. Burns, wie mehr als 50 Dörfer nahe den Hindukusch-Bergen von der sowjetischen Armee dem Erdboden gleichgemacht wurden:

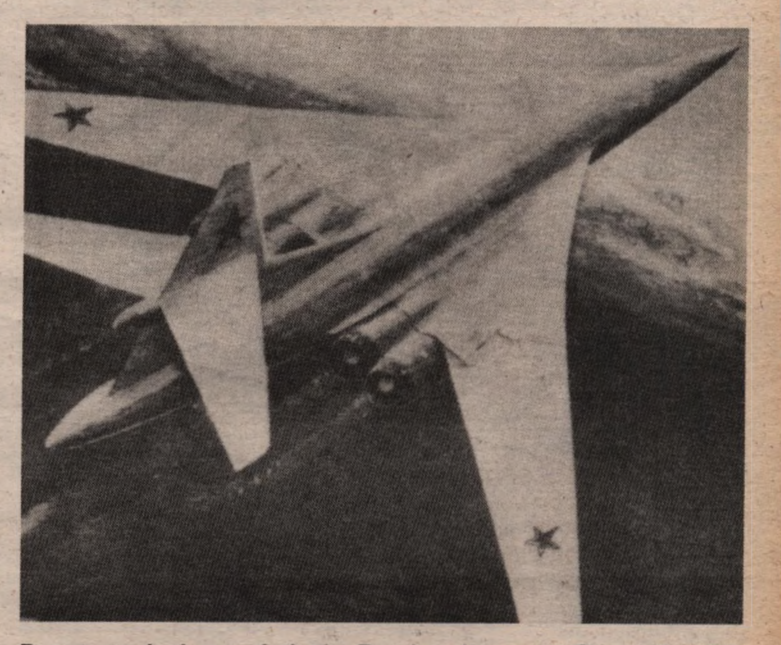
»Brigadegeneral Mohammed Shali, 41, Kommandeur der 41. Infanteriedivision in Jabalus-Saraj sagt, daß die Dörfer in dem zehnjährigen Kampf der Regierungstruppen und ihrer sowjetischen Verbündeten gegen die Rebellen deshalb verwüstet wurden, weil Rebellen sie besetzt gehalten hätten.

Der Beginn eines neuen Terrorsystems

Aber Soldaten sagen etwas anderers: die meisten Zerstörungen seien in den letzten Wochen vor dem 15. Februar angerichtet worden. Vor jenem Tag, da sich die letzten sowjetischen Truppen offiziell aus Afghanistan zurückzogen. Wegen möglicher Angriffe von in den Dörfern versteckten Rebellen auf die abziehenden Einheiten hätten sowjetische Kommandeure Luft- und Artillerie-Bombardements gegen die Dörfer und andere Schlupfwinkel der Rebellen befohlen.«

Und man kann davon ausgehen, daß Gorbatschow dies genehmigt hat. Derjenige Gorbatschow, der von einer zunehmenden Zahl Deutscher, Europäer und Amerikaner als friedensliebend bezeichnet wird. Genau derjenige, der sich auch nicht scheute, zur Niederwerfung von Unruhen in Tiflis Anfang April dieses Jahres Giftgas einsetzen zu lassen, was zu vielen Toten führte. Die Presse schrieb darüber: »Sowjetische Ärzte sind immer noch nicht in der Lage, 230 Opfer der April-Unruhen in Georgien richtig zu behandeln. Die Behörden halten weiterhin die Zusammensetzung des Gases geheim, mit dem Soldaten die Demonstranten auseinandergetrieben hatten.«

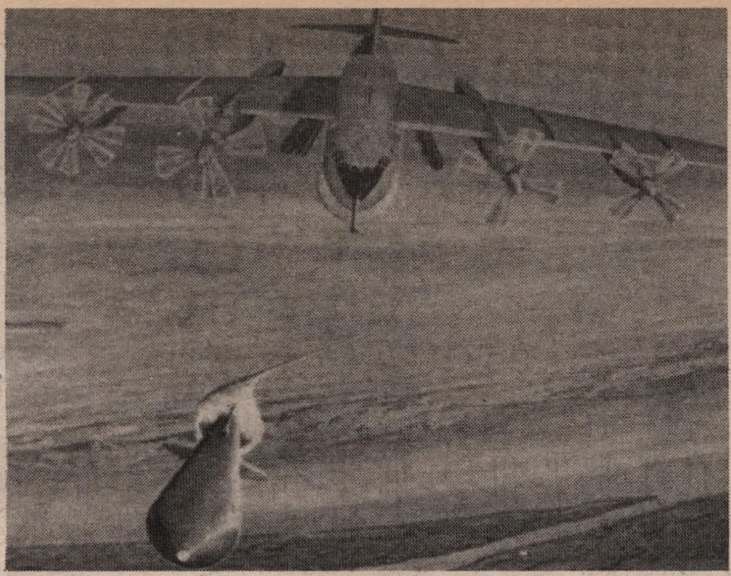
Wie es wirklich in der UdSSR in der Frage der Bürgerrechte aussieht, schilderte die »FAZ« wie folgt: »Aus der Sowjetunion liegen neue Berichte über Repressalien gegen Bürgerrechtler vor.« Der Herausgeber der Samisdat-Zeitschrift »Expreß-Chronik«, Jurij Gorfunow, sei ohne Grund zu 15 Tagen Arrest verurteilt worden. Während der Bürgerrechtler Alexander Prodrabinek fünf Tage Arrest erhalten habe, sei Frau Jewgenija Debrjanskaja zu 1000 Rubel Geldstrafe verurteilt worden. Wahrscheinlicher Grund: Teilnahme an einem »Samisdat-Fest« in Moskau.



Der strategische sowjetische Bomber der neuen Generation mit dem Spitznamen »Blackjack«.

Sowjetunion

Gorbatschow ein humaner Stalin



Bear-H, eine aktualisierte Version des Tu-95, gehört zur jüngsten Generation sowjetischer Bomber, die mit den neuen AS-15-Marschflugkörpern bestückt sind.



Michail Gorbatschow will zwar die Rüstungskosten kürzen, aber die Kriegsindustrie läuft wie nie zuvor auf Hochtouren.

»Auch in Leningrad geht die Behörde gegen die dortige IGFM-Gruppe vor (IGFM = Internationale Gesellschaft für Menschenrechte). So wage es deren Sprecher, der frühere politische Häftling Rostislaw Jewdokimow, seit einiger Zeit nicht mehr, sich in seiner Wohnung aufzuhalten, weil er befürchte, festgenommen zu werden. Im April habe das die Miliz zweimal versucht.«

Die »Privat-Depesche« berichtete von einer Verordnung, die nach den schweren Unruhen im April in Tiflis erlassen wurde und die die »Perestrojka zurücknehmen scheint«: »Die Sorge der Sowjetbürger ist, daß die Demokratisierung der Sowjetgesellschaft langsm, aber zielstrebig abgebaut und in ein ›umgestaltetes‹ Terrorsystem münden wird. Denn: Schon im Juli des vergangenen Jahres erließ das Präsidium des Obersten Sowjet eine Verordnung zur Schaffung einer Sondereinheit (Innere Truppen), die speziell gegen Demonstranten eingesetzt wird.«

Angesichts all des vorstehend Geschilderten ist der Ansicht von Generalinspekteur Dieter Wellershoff, dem ranghöchsten Soldaten der Bundeswehr, nur zuzustimmen. So schrieb Wellershoff:

»Es zeichnet sich bisher keine grundlegende Wende in der sowjetischen Außenpolitik ab. Geändert haben sich vor allem Stil, Taktik und Klima der politischen Auseinandersetzungen.« Für die Sowjetunion seien die Abrüstungsverhandlungen »lediglich eine Phase, die zur Schwächung des Gegners genutzt werden soll.«

Wie weiter berichtet wird, habe Wellershoff die Ansicht vertreten, »daß sich auch unter dem sowjetischen Parteichef Gorbatschow an dem seit Gründung der Sowjetunion 1917 verfolgten Ziel der kommunistischen Weltherrschaft nichts geändert habe . . . Doch weder der Rückzug aus Afghanistan noch die friedliche Tonart neuerer sowjetischer Außenpolitik dürften darüber hinwegtäuschen, daß die sowjetische Strategie weiterhin auf Kriegsführung angelegt sei.«

Blauäugigkeit der Bonner Politik

Wie war nun aber die Reaktion auf die angesichts der Fakten eindeutig gerechtfertigten Warnung Wellershoffs? Nicht nur alle Parteien reagierten (von Ausnahmen einiger Politiker abgesehen) negativ, auch die Bundesregierung wandte sich gegen ihn. FDP-Abrüstungsexperte Olaf Feldmann hierzu: »Diese Wellershoff-Thesen entsprechen nicht der Außenpolitik der Bundesregierung.«

Diese läßt sich noch immer durch Gorbatschows Abrüstungsgerede einlullen. So kündigte dieser im Januar dieses Jahres an, die Verteidigungsausgaben um genau 14,2 Prozent kürzen zu wollen. Auch würden von den 10 000 Panzern, die verschrottet werden sollen, 5300 hochmoderne sein. 5000 davon sollen völlig ausrangiert werden und die anderen 5000 in Zugmaschinen für zivile Zwecke umgebaut oder als Simulatoren Verwendung finden.

Ein anderes Beispiel ist der von Honecker angekündigte Abbau von 600 Panzern (bei einem Gesamtbestand von 3140 Panzern). Hierzu wurde unter Berufung auf Oberstleutnant Uwe Hempel von der Presseabteilung des Ost-Berliner Verteidigungsministeriums bekannt: Dieser Truppenabbau betrifft etwa ein Fünftel des Bestandes beziehungsweise ein Drittel der bei der Truppe verwendeten Kampfpanzer, und zwar wohl ausschließlich die älteren Typen T 54 und T 55, während die mit dem modernen T 72 ausgestatteten Regimenter bestehen bleiben.



Das sowjetische U-Boot Typ »Oscar« kann Marschflugkörper abfeuern.

Raketendiskussion mit anderem Tenor

Auffällig ist auch, daß von den 10 000 Panzern, die Gorbatschow abbauen will, genau 5000 verschrottet werden sollen. Man kann mit Sicherheit davon ausgehen, daß darunter der Großteil der 4700 alten Panzer sein wird, die sowieso nicht mehr gefechtsfähig sind. Um dem Westen seine »Ehrlich- und Vertrauenswürdigkeit« zu beweisen, werden dann mediengerecht einige neue Panzer vernichtet, einige alte für »zivile Zwecke oder als Simulatoren« (Originalton Gorbatschow) umgebaut – und schon jubelt die ganze Welt. Dabei können Simulatoren oder für zivile Zwecke umgebaute Panzer binnen kürzester Zeit wieder gefechtsfähig gemacht werden.

Eine Diskussion über die atomaren Kurzstreckenraketen oder über die gesamten westlichen Atomwaffen ist seitens der Bundesrepublik zwar richtig, doch müßte sie unter einem anderen Aspekt stehen. Und zwar dürfte nicht die Frage vorrangig sein, ob diese modernisiert werden müssen oder nicht, vielmehr müßte die Bundesregierung darauf drängen, daß sie für die auf deutschem Boden stationierten Atomwaffen auch ein Mitspracherecht eingeräumt bekommt und daß nicht irgendein viele tausend Kilometer von Deutschland entfernter Präsident eines anderen Staates darüber bestimmt, ob Deutschland mit diesen Waffensystemen verteidigt

oder ob es aus tatktischen Gründen geopfert wird; wie es seinerzeit der damalige Staatssekretär im US-Verteidigungsministerium, Fred Ikle, ankündigte.

Und Gorbatschow hat auch bereits – wahrscheinlich viel früher als von ihm selber erwartet – ein anderes Ziel erreicht. US-Präsident Bush kündigte jetzt an, bei einem anhaltenden »Nein« der Bundesregierung zur Modernisierung der Kurzstrecken-Atom-Raketen amerikanische Soldaten aus Europa und speziell aus der Bundesrepublik abzuziehen. Auch hiergegen wäre im Prinzip nichts einzuwenden, mittelfristig muß dies auch Ziel einer jeden deutschen Politik sein, doch darf darunter nicht die deutsche Verteidigungsfähigkeit leiden.

Der neue Rattenfänger von Hameln

Aber diese Fragen stellen sich derzeit in der Bundesrepublik und den meisten anderen Staaten gar nicht. Abrüsten, abrüsten und nochmals abrüsten lautet die Devise. Der Prozentsatz derer, die Gorbatschow wie dem Rattenfänger von Hameln hinterherlaufen und ihm zujubeln, wird nahezu täglich größer. Eine Sympathiewelle, die fast ihresgleichen sucht, geht durch die Bundesrepublik.

Zu welchen Übertreibungen das führt, zeigte sich erst kürzlich nach dem furchtbaren Erdbeben in Armenien.

Alleine auf den vom Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger eingerichteten Sonderkonten für die Erdbebenopfer in Armenien gingen (Stand Mitte April) rund 8,7 Millionen DM ein. Mehr als drei Millionen DM wurden zusätzlich von einigen Zeitungen in Einzelinitiativen aufgebracht. Weitere Abermillionen wurden auf Sonderkonten der Kirchen und zahlreicher Wohlfahrtsverbände einbezahlt. Alles in allem kann man wohl ruhig von einer Summe, die um die 20 Millionen DM liegen dürfte, ausgehen.

Richtig ist natürlich, daß den von diesem Unglück betroffenen Leuten, meist armen Arbeitern, geholfen werden muß. Doch darf nicht vergessen werden, daß diese Leute Einwohner eines Staates sind, dessen gesamte Haushaltsausgaben im vergangenen Jahr bei rund 1500 Milliarden DM lagen und dessen gesamte Verteidigungsausgaben über 300 Milliarden DM (zirka 15 Prozent des gesamten Bruttosozialprodukts von etwa 2,300 Milliarden DM; zum Vergleich, die Bundesrepublik gibt etwa drei Prozent des knapp 1,300 Milliarden DM hohen BSP für Verteidigung aus und die USA rund sieben Prozent des knapp 7,600 Milliarden DM hohen BSP, wobei noch nicht einmal die in der UdSSR viel niedrigeren Arbeitskosten berücksichtigt sind) ausmachten!

Kann man, ja muß man nicht von so einem Staat verlangen, daß er seinen von einer derartigen Naturkatastrophe betroffenen Leuten nicht erst einmal selber hilft? Nur wenige Kilometer Luftlinie von der UdSSR entfernt, starben in Bangla-Desh, das mit einem BSP von rund 15 Milliarden Dollar (etwa 150 Dollar je Einwohner) zu den ärmsten Ländern der Welt gehört, Tausende an einer Überschwemmungskatastrophe, Hungersnöten und Seuchen. Das gleiche gilt für den Sudan (BSP etwa 7,5 Milliarden Dollar, rund 330 Dollar je Einwohner), wo auch heute noch aufgrund einer langen Dürreperiode Tausende sterben und auch noch Abertausende Flüchtlinge in das Land drängen. Bei den Hilfeersuchen für diese Länder kamen aber jeweils nur mehrere hunderttausend Mark in die Kassen. Die Frage stellen, ob finanzielle westliche Hilfe für diese Länder nicht eher angesagt wäre statt Hilfe für eines der noch immer reichsten Länder der Erde, heißt sie ganz eindeutig zu bejahen.

Quintessenz: Gorbatschow will die Weltrevolution und arbeitet zielstrebig darauf hin. Darum hält er auch an der Resolution des 7. außerordentlichen Parteikongresses vom März 1918 fest, in der es heißt: »Der Kongreß betont insbesondere, daß das Zentralkomitee ermächtigt ist, zu jedem Zeitpunkt sämtliche Bündnisse und Friedensverträge mit den imperialistischen und bürgerlichen Staaten aufzukünden, und ebenso, ihnen den Krieg zu erklären.«

Gorbatschow hat diesen Parteibeschluß bis heute nicht aufgehoben. Die Welt sollte doch fragen warum und ihn daran messen, und nicht an irgendwelchen vordergründigen Versprechen. □

Rumänien

In der Gewalt der Banker

Martin Burns

In Osteuropa kursiert ein Witz, der öffentlich von dem ungarischen Präsidenten Karoly Grosz erzählt wird: »Wissen Sie, womit das rumänische Volk seine Häuser beleuchtete, bevor es Kerzen gab?« Die Antwort, falls Sie es nicht erraten haben: »Mit elektrischem Strom«.

Rumänien ist ein Land von etwas mehr als 23 Millionen Menschen im Herzen des Balkans. Es grenzt an Bulgarien, Jugoslawien, Ungarn, die Sowjetunion und an das Schwarze Meer. Rumänien erzeugt Eisen und Stahl, Textilien, Schuhe, Erdölprodukte, Getreide und Grundnahrungsmittel – aber nicht genug, um den Bedarf seiner eigenen Bevölkerung zu decken.



Karoly Grosz, der ungarische Ministerpräsident, kritisiert die rumänische Diktatur.

Brillantester Sohn der rumänischen Nation

Die kommunistische Regierung, an der Spitze der kommunistische Diktator Nicolae Ceausescu, 71, exportiert das meiste davon, intensiv bemüht, seine Gesamtverschuldung gegenüber den internationalen Banken drastisch zu verringern. Das Ergebnis ist der niedrigste Lebensstandard in Europa – abgesehen von Albanien.

Ceausescu ist seit März 1965 Kopf der rumänischen Kommunistischen Partei. Zunächst wurde er als so etwas wie ein Liberaler betrachtet. Er lehnte es ab, daß sowjetische Truppen in Rumänien stationiert werden.

Er kritisierte die sowjetische Invasion der Tschechoslowakei im Jahr 1968 und von Afghanistan 1979. Sein System war die einzige Ostblock-Regierung, die nach dem arabisch-israelischen Krieg im Jahr 1967 die diplomatischen Beziehungen mit Israel nicht abgebrochen hat und das in den Jahren der chinesisch-sowjetischen Spaltung freundschaftliche Beziehungen zu Rot-China unterhielt.

Ceausescu hat offiziell den »Persönlichkeitskult« im Ostblock gefördert, zumindest für die jetzige Zeit. Er wird als »conducator« oder Führer bezeichnet. Er ist der »brillanteste Sohn der rumänischen Nation« und »der höchste Berg des Balkans«.

Schulden durch Fehler im Management

»Wir leben im Zeitalter Ceausescus«, liest das verarmte rumänische Volk auf den Spruchbändern.

Rumänische Staatsbürger müssen alle Kontakte mit Ausländern innerhalb von 24 Stunden der Polizei melden, und es ist ihnen nicht gestattet, ihnen ein Nachtquartier anzubieten. Besucher werden zum Flughafen begleitet und in die nächste Maschine gesetzt, nur weil sie gewöhnlichen Rumänen die falschen Fragen gestellt hatten.

Rumänien

In der Gewalt der Banker



In der Öffentlichkeit zeigte sich Gorbatschow mit Ceausescu (rechts) mit lächelndem Gesicht, hinter verschlossenen Türen hieß es, Moskau wünscht, daß die Dinge in Ordnung kommen.

Rumäniens Verarmung begann ernsthaft im Jahre 1981, als Präsident Ceausescu sich dafür entschied, die Auslandsschulden seines Landes – die auf irgendwo zwischen zehn und 15 Milliarden Dollar geschätzt werden – so bald wie möglich zurückzuzahlen. Er war »erfolgreich« – die Schulden werden jetzt auf 4,5 bis sechs Milliarden Dollar geschätzt. Aber er mußte seinen Erfolg teuer bezahlen.

Die »Washington Post« berichtet, daß Rumäniens Schuld »weitgehend auf Ceausescus eigene Fehler und das überzentralisierte System des Wirtschaftsmanagements zurückzuführen ist«.

Die Schulden wurden zum größten Teil in den siebziger Jahren gemacht, als Rumänien die höchste Wirtschaftswachstumsrate in der Welt genoß.

Jetzt muß das rumänische Volk an den Musikanten bezahlen, genauer gesagt an die Banken.

Am 5. September 1988 berichtete das Magazin »Time«: »Ein rücksichtsloser Export hat die Regale der Lebensmittelhändler leergefegt; jetzt ist Rumänien das einzige Land in Europa, wo Hunger weit verbreitet und Unterernährung im Anstieg begriffen ist.« – »Time« zitiert einen ungenannten westlichen Diplomaten, der gesagt haben soll: »Die Situation vorher war schrecklich, aber nun ist sie surrealistisch. Ceausescu nimmt die Kurve und nimmt sein Land mit.«

Rationierung ist in Rumänien weit verbreitet. Zu den offiziellen Rationen gehören ein halber Liter Salatöl und weniger als zwei Pfund Fleisch pro Person pro Monat. Besucher berichten, daß Betteln in ländlichen Gebieten und auf den Dörfern weit verbreitet ist, und die »Washington Post« berichtet, daß es fünfjährige Kinder gibt, die »niemals Schokolade oder frisches Gemüse gekostet haben«.

Dieses »Sparprogramm« hat einen bizarren Schwarzmarkt – ausgerechnet in Kent-Zigaretten – entstehen lassen. Die rumänische Regierung bekämpft sehr hart den Schwarzmarkt mit Devisen, scheint aber den Umlauf von Packungen und Kartons von Kent-Zigaretten als Parallelwährung zu dulden, schreibt das »Wall Street Journal«.

Kent-Zigaretten als Ersatzwährung

Kent-Zigaretten, die sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in Großbritannien hergestellt werden, werden durch amtliche Kanäle eingeführt und nur in Spezialläden verkauft, die nur fremde Währung annehmen. Diese Läden befinden sich in Luxushotels für ausländische Besucher und am internationalen Flughafen Bukarest. Wissende Touristen, Geschäftsreisende und Diplomaten bringen einen ständigen Nachschub an Kents mit. Diese Zigaretten laufen dutzendmal, ja sogar mehrere hundertmal um, bevor sie schließlich geraucht werden.

Kents werden laut »Wall Street Journal« für 25 Lei oder 2,20 Dollar pro Packung mit 20 Stück verkauft. Die britischen und amerikanischen Lieferanten von Kents wollten keine Stellung nehmen zu deren Gebrauch als »De-facto«-Währung in Rumänien. Es wird darüber spekuliert, daß Kents – und nur Kents – diese Funktion erfüllen, weil sie in den Jahren unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg zur Wahl-Import-Zigarette wurde und weil in jener Zeit für Rumänen nur Kents, auf Kredit, erhältlich waren.

Dies klingt natürlich alles so, als stamme es aus einem schlechten Film über den Zweiten Weltkrieg. Bukarest, Rumäniens Hauptstadt, mit seinen zwei Millionen Einwohnern war in den zwanziger und dreißiger Jahren als das Paris Osteuropas bekannt. Jetzt werden in einer weiteren von Ceausescus Exzeßhandlungen in dieser ehemals so stolzen Stadt viele der historischen Gebäude und Stadtviertel dem Erdboden gleichgemacht, um Platz zu schaffen für neue Büro- und Wohnhäuser der stalinistischen Schule der Baukunst.

Rumäniens Beziehungen zu seinem nördlichen Nachbarn Ungarn sind gespannt, da sich Volks-Ungarn bitter über Verfolgungen beklagen. Seit Ende 1988 haben etwa 20 000 Rumänen ungarischer Abstammung um Asyl in Ungarn ersucht und auch bekommen.

Schuldentilgung, aber keine neuen Kredite

Ceausescu ist sogar von Michail Gorbatschow kritisiert worden. Bei einem Staatsbesuch in Moskau wurde ihm am 5. Oktober vergangenen Jahres vom sowjetischen Staatspräsidenten mitgeteilt, daß »der Ruf des Sozialismus entsprechend der gemeinsamen Erfahrung der sowjetischen Völker steigen oder fallen wird«, und Gorbatschow fügte hinzu: »Der Erfolg eines jeden Volkes wird eine gemeinsame ideologische Errungenschaft sein; aber das Versagen eines von ihnen kann einen gemeinsamen Rückschlag bedeuten.«

Ceausescu antwortete: »Man sollte stets die Tatsache im Auge behalten, daß sich der revolutionäre Prozeß in jedem Land unter verschiedenen Bedingungen entfaltet.«

Während Rumänien mit Ungarn in Fehde liegt und von der UdSSR abgekanzelt wird, scheinen die internationalistischen Freunde, die Banker, sich weitgehend über das Thema Rumänien und seine Politik der Schuldenrückzahlung in Schweigen zu hüllen. Sie bejammern die Tatsache, daß andere überzogene souveräne Schuldner sich im Zahlungsrückstand befinden und vor der Nichterfüllung stehen, sich aber nicht um ihre Hartwährungsschulden zu kümmern scheinen.

Zum Beispiel enthält der Jahresbericht des Internationalen Währungsfonds (IWF) überhaupt keinen Bericht über Rumänien. Das glücklose Land wird mit anderen Mitgliedern des Internationalen Währungsfonds in drei statistischen Tabellen erwähnt.

Aus diesen Tabellen erfahren wir, daß der amtliche Wert des Lei an einen Korb von konvertierbaren Währungen gekoppelt ist, daß Rumänien in dem am 30. April 1988 endenden Finanzjahr harte Devisen zu einem Special-Drawing-Right-(SDR)-Wert von 248,4 Millionen Dollar dem IWF zurückgezahlt hat.

Rumänien hat von dem ihm gewährten Betrag von 1037 Millionen Dollar aus SDR nur 75,95 Millionen seit April 1988 abgerufen. Die Banker und der IWF hätten natürlich lieber, daß ein Schuldner seine Schulden zurückzahlt als Nichterfüllung. Aber noch besser ist es, wenn fällige Schulden überrollt und zusätzliche Kredite geborgt werden, solange der Geldleiher »kreditwürdig« ist.

Auf diese Weise wird schließlich Geld geboren. Trotzdem ist den Bankern ein Land wie Rumänien lieber, das seine Kredite bedient und zurückzahlt, als ein Argentinien, das seine Verpflichtungen nicht erfüllt. □

Frankreich

Die Politik der B'nai B'rith-Loge

Beat Christoph Baeschlin

Eigentlich ist es verboten, dieses Thema überhaupt zu stellen, und es ist noch viel verbotener, darüber zu sprechen. Die heutigen politischen Verhältnisse kann man aber nur verstehen, wenn man in Betracht zieht, daß es eine weltweite zionistische Geheimorganisation gibt, die von einer Wolke von Geheimorganisationen umgeben ist: die zionistische B'nai B'rith-Loge. Diese spielt zudem die Rolle eines ideologischen Vorreiters für die weltweite Freimaurerei.

Es ist nicht übertrieben zu sagen, B'nai B'rith sei in mancher Hinsicht so einflußreich wie die kommunistische Internationale oder die katholische Hierarchie, die zwar beide heute in einer zermürbenden Krise stecken.

Verpflichtungen gegenüber B'nai B'rith

Rolle und Einfluß der B'nai B'rith lassen sich am besten an der französischen Situation ablesen. Die weltumspannende zionistische Freimaurerloge hat am 26. März 1986 in der offiziösen Tageszeitung »Le Monde« bekanntgeben lassen, daß die führenden Politiker der Liberalen – die Gaullisten unter Chirac und die Zentrums-Partei unter Giscard d'Estaing – der Loge B'nai B'rith gegenüber die feierliche Verpflichtung übernommen hätten, niemals die wachsende Kriminalität zu verurteilen und zudem nie mit der Nationalen Front gemeinsame Sache zu machen.



Giscard d'Estaing (auf dem Bild mit dem damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt) verpflichtete sich, nie mit der Nationalen Front gemeinsame Sache zu machen.

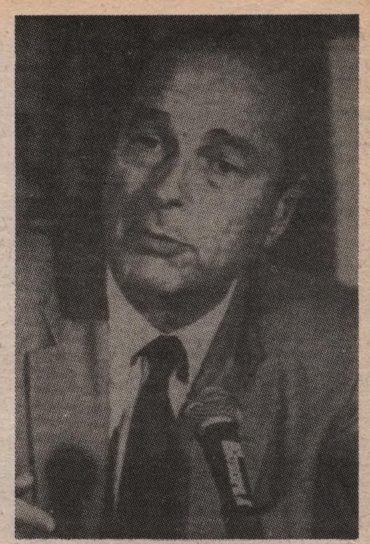
Man beachte die Reihenfolge der Verpflichtungen: In erster Linie darf auf die wachsende Kriminalität nicht hingewiesen werden, und erst in zweiter Linie darf nicht mit der Le-Pen-Partei zusammengearbeitet werden.

Welche Gegenleistung erwirkte Chirac? Offensichtlich keine. Und doch hat der vor versammelter B'nai B'rith-Loge abgelegte Schwur für die französische Innenpolitik entscheidende Bedeutung erlangt. Chirac hat während seiner Amtszeit als Ministerpräsident – 1986 bis 1988 – alles getan, um die Nationale Front zu verärgern und zu demütigen. Vorerst hat er ein neues Wahlgesetz eingeführt, das mit mathematischer Genauigkeit darauf zugeschnitten ist, die Wahl der vormals 40 Abgeordneten der Le-Pen-Partei zu verhindern. Chirac glaubte, daß er damit die Nationalgesinnten nötigen könnte, für ihn zu stimmen.

Aber diese Rechnung ging nicht auf. Denn die Le-Pen-Anhänger hatten es satt, angeblichen Rechtsparteien die Stimmen zu geben, worauf diese dann verkappte Linkspolitik betrieben.

Eine der mächtigsten Organisationen

So hat Chirac seine Unterwerfung unter das Diktat der zionistischen B'nai B'rith-Loge teuer bezahlt. Er hat nicht nur das Rennen um die Staatspräsidentschaft eindeutig verloren, sondern er hat auch schwere Rückschläge bei den Parlaments- und Gemeindewahlen einstecken müssen. All das, weil sich eine wachsende Wählerschaft um Le Pen schart, und die Wählerschaft läßt sich durch Chiracs Gerede nicht mehr betören.



Chirac änderte während seiner Amtszeit als Ministerpräsident das französische Wahlgesetz.

Zwar ist Chirac weiterhin Oberbürgermeister von Paris. Doch das war er schon vor 1986. Er hat also nichts eingehandelt durch seine Unterwerfung unter das Diktat der B'nai B'rith-Loge.

B'nai B'rith rühmt sich, mehr als eine halbe Million Mitglieder in 49 Ländern zu haben. Als Mitglieder werden nur Zionisten aufgenommen. Das verleiht der Organisation einen ganz besonderen Zusammenhalt und ungewöhnliche Durchschlagskraft. Da es sich bei diesen 500 000 Mitgliedern zum großen Teil um finanziell oder gesellschaftlich einflußreiche Leute handelt, müßte man eigentlich annehmen, die weltweite zionistische Politik sei darauf ausgerichtet, die bestehenden Gesellschafts- und Wirtschaftsstrukturen zu erhalten.

Sonderbarerweise trifft dies gar nicht zu. Weltweit fördert B'nai B'rith eine entschiedene Linkspolitik und ermuntert Bestrebungen, die den Abbau sittlicher und christlich-religiöser Überlieferungen betreiben.

Die gesellschafts-verändernden Bestrebungen segeln vorwiegend unter dem Markenzeichen »Kampf gegen den Rassismus«. Die Vokabel wird unmerklich auf immer weitere Begriffe und herkömmliche Vorstellungen ausgedehnt. Ausgehend vom Grundsatz der Gleichberechtigung aller Menschen ist der Begriff »Rassismus« ausgeweitet worden auf Nationalismus, Vaterlandstreue, Heimatliebe, ja auf die Pflege des überlieferten Geschichtsbildes und sogar auf den Familienzusammenhalt. Nach und nach wird jedes Gefühl für Überlieferung und für Hergebrachtes kurzerhand als »rassistisch« bezeichnet und soll dadurch verächtlich gemacht werden.

Ein wichtiges Kennzeichen der Bestrebungen, wie sie B'nai

Frankeich

Die Politik der B'nai B'rith-Loge

B'rith und die mit ihr engstens verknüpfte »Anti-Defamation League« (ADL) verkörpert, ist der kompromißlose Einsatz für die sogenannten »Civil Rights«, das heißt für die Aufwertung der Schwarzen in den USA. Dieses missionarische Wirken ist bewußt oder unbewußt gegen die in den USA führenden und staats-erhaltenden Kräfte des angelsächsischen und protestantischen Volksteils gerichtet. Diese Haltung erklärt sich weitgehend dadurch, daß die Zionisten sich unentwegt als »bedrängte Minderheit« vorkommen und deshalb anderen bedrängten Minderheiten beistehen wollen.

Zionistische Politik in den USA

Der rückhaltlose Einsatz zugunsten der Schwarzen und der Farbigen ergibt sich für B'nai B'rith jedoch vorwiegend aus dem Dogma von der »Einen Welt« (»One World«), womit eine weltweite Gleichschaltung aller Menschen in einem weltweiten Einheitsstaat angestrebt wird.

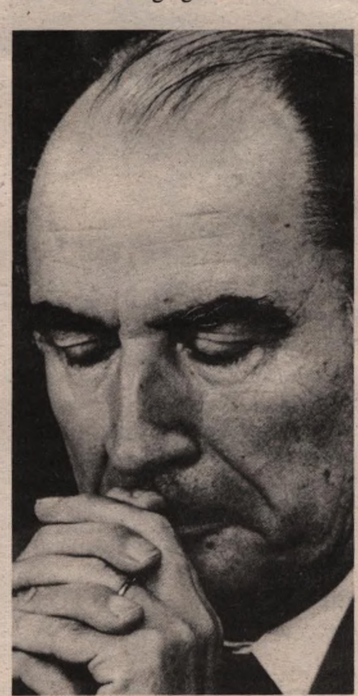
Aus diesem Blickwinkel betrachtet, erscheinen die USA als der große Schmelztiegel, worin angeblich eine neue Menschenrasse entstehen soll durch Vermischung aller in den USA lebenden Völkerschaften.

Das aus der amerikanischen Situation sich ableitende Denken wurde im Verlauf des Zweiten Weltkrieges auch auf Europa projiziert. Ziemlich unverhohlen wird nun Rassenvermischung und Bastardisierung der westeuropäischen Völker als heilbringende Zukunftsvision angepriesen zur Lösung der Probleme der »unterdrückten Minderheiten«, insbesondere der Schwarzen in den USA und der schwarz-afrikanischen und arabischen Einwanderer in Europa. Das ist aber ein hochbrisantes gesellschafts-veränderndes Fernziel.

Daß die B'nai B'rith und die mit ihr zusammenarbeitenden zionistischen Kampforganisationen sich zu derart abenteuerlichen Bestrebungen hinreißen lassen, ist auf die unterschwellige Angst vor dem Antisemitismus zurückzuführen. Denn sowohl in den USA wie in Europa müssen alle Bestrebungen, wie die oben skizzierten, zu schweren politischen Erschütterungen führen und höchst bedenkliche Unruhe erzeugen. Denn weder Schwarze noch Araber sind und können jemals Stützen dauerhafter staatlicher Einrichtungen und sicherer Rechtsverhältnisse sein. Die 40 selbständigen Staaten Afrikas geben dazu eindrücklichen Anschauungsunterricht.

Angst vor einem Antisemitismus

Die Angst vor dem Antisemitismus verleitet die zionistischen Kampforganisationen nicht nur zu radikalen Stellungnahmen, sondern ebenfalls zu oberflächlichen politischen Analysen. Darum die fast krankhafte Feindschaft allen konservativen und vaterländischen Tendenzen gegenüber. Seit 1963 führen die jüdischen Kampforganisationen in den USA ihren kompromißlosen Feldzug gegen die konservativen Denkstrukturen und gegen den Antikommunismus. Seit 1966 ist dieser Feldzug auch in der Bundesrepublik Deutschland machtvoll in Gang gesetzt worden.



François Mitterrand weiß um die Verpflichtungen der französischen Regierung gegenüber B'nai B'rith und duldet sie.

Diese Strategie ist verkörpert in der Person von Heinz Galinski.

Wo der Kampf gegen die Konservativen mit der Bekämpfung des Antikommunismus gepaart ist, entsteht der Eindruck, B'nai B'rith und ihre Verbündeten seien Freunde und Parteigänger der Kommunisten. Gerade diese wahre oder scheinbare Parteinahme und Partnerschaft war einst und ist heute wieder ein gefährliches Reizmittel, womit Antisemitismus erzeugt wird. B'nai B'rith müßte sich dessen bewußt sein.

Die antinationale Verkrampftheit

Die Furcht vor einem Antisemitismus erzeugt Zwangsneurosen, die zum Teil krankhafte Abwehrreflexe hervorrufen. Dazu gehört vor allem die falsche Einstufung des Nationalsozialismus als angeblich konservative politische Formation der Rechten. Dieser Irrtum dient als Rechtfertigung für den heute von den zionistischen Kampforganisationen eingeschlagenen sturen Linkskurs. Diese oberflächliche politische Diagnose kann für die zionistische Sache eines Tages sehr verhängisvolle Folgen haben. Denn dadurch werden alle auf Recht und Ordnung ausgerichteten Volkskreise unnötig herausgefordert.

Diese unausgereifte Analyse übersieht, daß der Nationalsozialismus eine durchaus revolutionäre Bewegung war, die sich ganz in die gleichmacherischen Bestrebungen der Jakobiner und Marxisten einfügte. Indem aber die Vergottung des Proletariats durch den Kult von »Blut und Boden« ersetzt wurde, übertölpelten die Nationalsozialisten die Konservativen; denn Hitler verbarg seine wahren Absichten hinter einer Nebelwand von militaristischem Überschwang und hinter doppelzüngigen Schlagworten wie etwa »Wir stehen auf dem Boden des praktischen Christentums«. Das hat einst weite christliche Kreise zu täuschen vermocht.

In der nationalsozialistischen Methodik jedoch galt der Leninismus als das nachzuahmende Vorbild. Freudig wurde Lenins Hauptgrundsatz übernommen, wonach das Regime sich notfalls mit Terror durchsetzen müsse.

Die Fehleinschätzung der soziopolitischen Gegebenheiten führte dazu, daß die zionistischen Kampforganisationen heute in den entscheidenden Ländern ihre eigenen Interessen grob mißachten. In Frankreich zum Beispiel wird von konservativen Kreisen mit Nachdruck die Frage aufgeworfen, weshalb die Zionisten in der Invasion fremdrassiger Elemente das allein brauchbare Heilmittel für die Zukunft zu erblicken glauben. Was versprechen sich die zionistischen Kreise davon, daß Frankreich heute bereits mehrere Millionen mohammedanischer Einwanderer zählt?

Die afro-asiatische Invasion Europas

Aber die B'nai B'rith und ihre Hilfskräfte tun alles in ihrer Macht Stehende, damit sämtliche westeuropäischen Länder mit islamischen Einwanderern überflutet werden. Dabei verschließt man sich die Augen vor der Tatsache, daß diese Fremdlinge früher oder später eine antisemitische Haltung einnehmen werden. Die aufgenötigte Türken-Invasion Westdeutschlands gehört wohl mit in dieses Kapitel.

Seit den sechziger Jahren gerät der ins Radikale abgleitende Linkskurs der weltweiten zionistischen Politik in Kollision mit den staats- und gesellschafts-erhaltenden konservativen Elementen in Westeuropa und in den USA.

Die Frage ist, ob dadurch willentlich auf die Schaffung chaotischer Zustände hingearbeitet wird. Das hieße, daß die zionistischen Kampforganisationen darauf hintendieren, die Völker weißer Rasse zu neutralisieren und möglichst handlungsunfähig zu machen. Das ließe vermuten, daß unterschwellig die Absicht bestünde, die Völker zu möglichst willenlosen und unpersönlichen Massen abzuwerten, um sie durch Manipulation in eine Art Knechtschaft zu führen.

Sofern sich gewisse geheime Führungskräfte mit derartigen gefährlichen Spekulationen herumtrügen, würde das bedeuten, man müsse annehmen, die »Protokolle der Weisen von Zion« seien halt vielleicht doch keine Fälschung. □

Frankreich

Le Pens Partei lebt

Patrick Plunkett

In den letzten zwölf Monaten hat das internationalistische Establishment ständig wiederholt, die populistische Partei Frankreichs, die Front National, sei in der französischen und europäischen Politik keine Kraft mehr.

Das »Le Pen-Phänomen« sei eine Verirrung gewesen, die der gesunde Menschenverstand der französischen Wähler schließlich begraben hat, heißt es in der Grabinschrift, die von den Medien des Establishments auf den politischen Grabstein der Front National gesetzt wurde.

Was in Wirklichkeit geschah, war genau das Gegenteil. Immer mehr Franzosen wählen Le Pen, wie aus den Siegen seiner Partei bei den kürzlich abgehaltenen Gemeindewahlen hervorgeht.

Bei den französischen Präsidentschaftswahlen im Jahr 1988 wurden 15,5 Prozent der nationalen Wähler durch ein Manöver entrechtet, das in letzter Minute von der gaullistisch-kommunistisch-sozialistischen Koalition, die Frankreich in den letzten 45 Jahren regiert hat, ausgeheckt wurde.

Einen Monat vor der Wahl nutzten Jacques Chirac, der Gaullist, Georges Marchais, der Kommunist, und Françoise Mitterrand ihre Mehrheit in der Nationalversammlung, um das Verhältniswahlsystem abzuschaffen, damit der Front National jede Vertretung in der Nationalversammlung verwehrt werden würde.

Alle Hinterstuben-Abmachungen wurden mit den Kommunisten getroffen. Gaullisten und Sozialisten leiteten Schlüssel-Wählergruppen durch Manipulation in die Irre, um die Kommunisten für ihre Zusammenarbeit gegen Le Pen zu belohnen.

Bürokraten des Establishments, die zur Stimmenzählung in den Wahllokalen eingesetzt waren, nahmen dazu auch noch eine weitgehende Entwertung der Stimmzettel der Front National vor: Stimmen für Le Pen wurden mit unter den Nägeln der Stimmenzähler verborgenem Graphit angekratzt. Das französische Gesetz schreibt vor, daß jede Markierung auf einem Stimmzettel diesen ungültig macht.



Jean-Marie Le Pen will Frankreich aus dem Würgegriff der Plutokraten und ihrer sozialistisch-kommunistischen Unterdrücker befreien.

Es gab auch fehlende Wahlurnen, Tote, die wählten und Einschüchterungen von Wählern der Front National. Politiker und Bürokraten des Establishments bedrohten gewohnheitsmäßig Wähler, die man als Anhänger der Front National ansah, mit Entzug der Pension, Steuerfahndung und alle Arten von Verfolgung auf sozialem Gebiet.

Dies und der massive Wahlbetrug führten zu einer Kette von Gerichtsverfahren, die jetzt in allen Teilen Frankreichs ausgefochten werden.

Als sich der von den Wahlen aufgewirbelte Staub gesetzt hatte, bekamen die Gaullisten, die 31 Prozent der Stimmen gewannen, 237 Sitze. Die Sozialisten mit 37 Prozent der Stimmen, erhielten 274 Sitze. Die Kommunisten mit sechs Prozent, erhielten 32 Sitze und die Front National – mit 15 Prozent – erhielt gerade einen Sitz. Das ist also der Egalité-Stil des Establishments.

Wahlbetrug aus politischer Angst

Wenn man die 25 Prozent der Wähler berücksichtigt, die wegen ihrer Abneigung gegen das Hose-wie-Jacke-System des Establishments, den massiven Wahlbetrug und wegen des ungerechten Wahlsystems nicht zur Wahl gingen, dann bedeuten die Ergebnisse, daß mehr als 50 Prozent der Wählerschaft um ihre politische Vertretung betrogen wurde.

Politische Analytiker haben geschätzt, daß in einer sauberen Verhältniswahl – einschließlich eines Verbots des Einsatzes der von der Regierung gelenkten Fernseh- und Rundfunkstationen durch die Establishment-Parteien zur Förderung ihrer Wahlkämpfe und der Zwangserhebung von Umsatzsteuern auf solche Dinge wie elektrische Energie, um die superreiche kommunistische Gewerkschaft CGT zu unterstützen –, hätten die Sozialisten Glück gehabt, wenn sie zehn Prozent der Stimmen, die Gaullisten acht Prozent und die Kommunisten zwei Prozent bekommen hätten.

Die Front National hätte, würde man ihr den gleichen Zugang zu den Ätherwellen zugestehen, über 60 Prozent der Stimmen erringen können.

Die CGT erhält übrigens 76 Millionen Dollar aus Steuergeldern, die auf öffentliche Einrichtungen erhoben werden. Mit dem Geld werden der hohe Lebensstil der aufgeblasenen kommunistischen Funktionäre und verschiedene politische Bestechungen bezahlt.

Es sind diese Zahlen, die dem Establishment so viel Angst bereiten. Sie fahren darum fort, die Front National zu betrügen und zu beerdigen, aber sie haben dabei keinen Erfolg.

In Frankreich werden alle sechs Jahre Gemeindewahlen abgehalten. Die örtlichen Politiker spielen eine wichtige Rolle in der Entwicklung von Machtbasen für die höheren Regierungsämter.

Wieder einmal wurde bei dieser Wahl der Front National der Zugang zu den von der Regierung beherrschten Medien des Establishments verwehrt. Es wurde eine mächtige Anti-Le-Pen-Koalition gebildet, um die Front National ein für allemal auszuschalten.

Sogar von der Kanzel wurde gehetzt

Beispiellos in anderen Ländern, warnte die marxistisch-katholische Hierarchie Frankreichs die Katholiken, daß sie »eine Sünde begehen«, wenn sie der Front National ihre Stimme geben.

Desgleichen drohte der freimaurerische Groß-Orient mit »Höchstvergeltung« gegen einen gaullistischen Kandidaten, der mit Kandidaten der Front »Begünstigungen austauschen« würde.

Unter dem französischen Wahlsystem können Wähler angeben, welcher Partei sie vorzugsweise ihre Stimme geben würden, falls die Partei, für die sie gestimmt haben, verliert. Es ist bemerkenswert, daß jedes einzele Mitglied der Mitterrand-Regierung auch Mitglied des Groß-Orients ist, ebenso die gaullistische Führung.

Der Groß-Orient ist eine fanatische Geheimsekte, deren größter Anspruch auf Ruhm auf der Enthauptung von mehr als einer Million unschuldiger Menschen beruht, nachdem er 1789 die Macht in Frankreich übernommen hatte. Dieser Völkermord wird in jeder Loge des Groß-Orients dreimal im Jahr mit blutigem Pomp und Ritualhandlungen gefeiert.

»Jeder haßt Le Pen, nur das Volk nicht«

Die Kommunisten, die Bürokratie, das Big Business, die Medien und alle möglichen Gruppierungen, die das Establishment zusammentrommeln konnte, hatten sich ebenfalls der »Stop Le Pen«-Kabale angeschlossen.

Frankreich

Le Pens Partei lebt

Die Medien brachten die »Nachrichten« in Schlagzeilen: »Jeder haßt Le Pen«.

Seine Anhänger antworteten mit einem volkstümlichen Lied: »Jeder haßt Le Pen, nur das Volk nicht«.

So mußte Le Pen seinen Wahlkampf unter einem allgemeinen Haß, dem Totschweigen und den Nachrufen der Medien für die Front National führen. Er scharte seine Anhänger in jeder Stadt und jedem Dorf in Versammlungen um sich.

Da er nicht über die verschwenderischen Gelder verfügt, die seine Gegner den Steuerzahlern abgezwungen haben, erhob Le Pen Eintrittsgelder von jedem, der an seinen Versammlungen teilnahm.

Die Versammlungen der National Front waren stets brechend voll, und viele Menschen zahlten gerne fünfmal den Preis, um der Partei zu helfen.

Dank der außergewöhnlichen Großzügigkeit des Volkes konnte Le Pen einen aktiven Wahlkampf finanzieren. Seine Zeitung »National Hebdo« konnte direkte Verbindungen mit der Wählerschaft und seinen Anhängern herstellen.

Eingeschüchtert durch die Lobby des Groß-Orients und der zionistischen Lobby, die behaupteten, eine Stimme für die Front National sei eine Stimme für die »Gaskammer«, wurden die knieweichen gaullistischen Kandidaten gezwungen, der Front National Begünstigungen zu verweigern. Das Ergebnis war, daß gaullistische Parteien in jeder Stadtgemeinde empfindliche Verluste erlitten.

Um das Gesicht zu wahren, verkündeten die Medien des Establishments, daß die Sozialisten einen »bedeutenden Sieg« errungen hätten, eine Lesart, die von der amerikanischen Presse aufgegriffen wurde. Die »Los Angeles Times« trompetete zum Beispiel in einer Schlagzeile: »Sozialisten große Gewinner in französischer Gemeindewahl«.

Tatsache ist, daß die Sozialisten dort hineinkamen wo die Gaullisten den Kürzeren gezogen hatten. Die Gesamtstimmen waren niedriger für die Sozialisten, die Gaullisten und ihre kommunistischen Verbündeten. Die Gewinner waren die Front National und die Protestwähler der Grünen – eine ökologische orientierte Partei.

Insgesamt wurden 850 Kandidaten der Front National direkt in ein kommunales Amt gewählt. Der direkte Nachkomme des Generals Lafayette, Charles de Chambrun, der in der ehemaligen gaullistischen Pompidou-Regierung Außenminister war, war eine große liberale Kraft in der gaullistischen Hierarchie, bis ihn nach seinen eigenen Worten sein Gewissen dazu zwang, sich mit dem Patrioten Le Pen zu vereinigen. Er wurde zum Bürgermeister der Front National in der wichtigen Stadt im Süden Frankreichs, St. Gilles, gewählt. Die Medien kanzeln diesen ehrlichen politisch Liberalen seitdem als »Extremisten des rechten Flügels« ab.

Ein weiterer ehemaliger gaullistischer Liberaler, der sich schon früh am Wahlkampf der Front National beteiligte, war Jean-Marie Le Chevallier, der in der Großstadt Toulon zum Bürgermeister gewählt wurde.

Die Front National erhielt bis zu 35,74 der Stimmen im Süden in Städten wie Cagnes, und fast 30 Prozent in Städten wie Perpignan, Marignane, St. Raphael und Sevran.

1983 erzielten die Gaullisten 450 000 Stimmen in Paris; diesmal bekamen sie 300 000 und wurden im ganzen übrigen Land geprügelt. So war der in der Presse hinausposaunte »große sozialistische Sieg« lediglich auf die Entscheidung der Gaullisten, Selbstmord zu begehen, zurückzuführen.

Zum ersten Mal in 45 Jahren ist der Populismus jetzt eine Tatsache des täglichen Lebens in Frankreich geworden. Vertreter der Populisten sind in jeder Großstadt und Stadt für die kommenden sechs Jahre gewählt worden. Sie werden das Volk vertreten und gleichzeitig Frankreich aus dem Würgegriff der Plutokraten des Establishments und ihrer sozialistisch-kommunistischen Unterdrücker befreien. □

Südafrika

Kooperation zwischen Marxisten und Terroristen

Ivor Benson

Winnie Mandela, Ehefrau des inhaftierten Führers des African National Congress (ANC) Nelson Mandela, ist in großen Schwierigkeiten ebenso eine große Anzahl von linken Intellektuellen in der ganzen Welt, für die sie ein lebendes Symbol ihres Glaubens geworden war.

Die sogenannte Mutter der Schwarzen in Südafrika wurde weiterhin als charismatische revolutionäre Aktivistin in der Tradition von Martin Luther King und Che Guevara dargestellt.

Vorwürfe wegen schwerer Verbrechen

Aber Südafrika scheint jetzt am Rand eines spektakulären und sensationellen Prozesses zu stehen: Winnie Mandela muß sich als Komplizin bei Entführung, Gewalttätigkeit und Mord verantworten. Vier Mitglieder des »Mandela United Football Club«, eines Aufgebots von mehr als 30 stämmigen jungen Männern mit phantasievollen Namen, die in Mrs. Mandelas riesigem Haus im schwarzen Stadtteil von Soweto bei Johannesburg wohnten und für sie eine beachtliche Leibwache und eindrucksvolles Entourage darstellten, stehen heute bereits vor Gericht.

Wiederholte Beschwerden darüber außer acht lassend, daß ihre Leibwachen, in Jogginganzügen, auf denen die Farben der verbotenen ANC zur Schau getragen wurden, gekleidet, eine Schreckensherrschaft mit Gewalttaten, Raub und Vergewaltigung ausübten, weigerte sich Mrs. Mandela sogar die Gruppe in Zaum zu halten, geschweige denn sie aufzulösen.

Als jedoch die Polizei damit begann, die Vorwürfe schwerer Verbrechen gegen den »United Football Club« zu untersuchen, waren sich die Führer der schwarzen Gemeinde sowie die gesamte Bewegung »Schwarze Befreiung« darin einig, Winnie Mandela zu verurteilen und den Anwohnern zu befehlen, sie völlig zu ächten.

Dies war ein Urteil, das noch strenger war als das, welches nach den Soweto-Unruhen im Jahre 1976 gegen sie verhängt wurde, als die südafrikanischen Behörden sie in die kleine Stadt Brandfort in der Provinz Orange Freistaat, wo sie aufgewachsen war, in die Verbannung schickten.

Zeugen werden einfach ermordet

Zwei der Mandela-Rowdies, John Sitole und Jerry Richardson, der als »Trainer-Manager« des Fußballclubs bezeichnet wird, sind des Mordes an Stompie Mokhetsi, einem 14jährigen Jungen angeklagt, der mit drei anderen Jugendlichen aus einer Einrichtung der Methodistischen Kirche in Soweto entführt worden sein soll.

Zwei andere Mitglieder von Mrs. Mandelas Leibwache erschienen vor einem anderen Gericht, wo sie sich in dem Mordfall eines sehr bekannten asiatischen Anti-Apartheid-Aktivisten, Dr. Abu-Bakr Asvat, verantworten müssen. Der Arzt sollte in dem Mordfall Stompie Mokhetsi aussagen, wurde jedoch im Januar in seiner Klinik in Soweto erschossen aufgefunden.

Es gab noch andere Tötungen und verschwundene Personen, die in der einen oder anderen Weise mit den Tätigkeiten der Leibwache von Winnie Mandela in Zusammenhang stehen. Der jüngste dieser Vorfälle ereignete sich am 22. Februar, als Männer, die mit Sturmgewehren AK-47 sowjetischer Bauart bewaffnet waren, einen Molotow-Cocktail in eine Wohnung im Orlando-Viertel von Soweto warfen und das Feuer eröffneten, wobei ein Mädchen getötet und mehrere andere Menschen verletzt wurden.

Eine große Volksmenge marschiert im Trauerzug des ermordeten Stompie Mokhetsi mit.

Mokhetsi und drei andere Jungen wurden angeblich zu Mrs. Mandelas Haus gebracht, nachdem sie entführt worden waren. Ein Junge konnte jedoch entkommen, und die beiden anderen wurden schließlich freigelassen, nachdem die Führer der örtlichen Gemeinden Druck auf Mrs. Mandela ausgeübt hatten.

Der Aufenthaltsort von Mokhetsi blieb ein Geheimnis, bis die Behörden sich der Fingerabdruck-Kataloge bedienten und eine stark verweste Leiche mit starken Stichwunden in der Leichenhalle von Soweto als die des Jungen identifizieren konnten.

Mord, Verschleppung und flammende Reden

Die Polizei erhielt eidesstattliche Erklärungen von den drei anderen Jungen dahingehend, daß sie entführt und körperlich angegriffen worden seien. Ihr Anwalt, Geof Budlender, soll gesagt haben: »Sie sagen, Mrs. Mandela hat auch etwas damit zu tun«, lehnte es jedoch ab, näher darauf einzugehen.

Laut Polizei kann es überhaupt keinen Zweifel darüber geben, daß der Angriff darauf abzielte, einen möglichen Zeugen in Prozessen auszuschalten, die jetzt vor südafrikanischen Gerichten anhängig sind.

Das »Winnie-Problem«, wie es in Soweto genannt wird, nahm vor drei Jahren seinen Anfang als Mrs. Mandela bei Beerdigungen von Opfern der Gewalt flammende Reden hielt und die Jugendlichen aufforderte »mit ihren Streichhölzern und Halsbändern« zu kämpfen.

Dies war ein offensichtlicher Hinweis auf eine grausame Praxis schwarzer Guerillas, die verdächtige Informanten hinrichten, indem sie ihnen einen mit Benzin getränkten Autoreifen um den Hals legen und anzünden.

Das »necklacing« (Töten mit Halsbändern) war deutlich im Einklang mit der terroristischen Politik des ACN, es wurde jedoch als schwerer Fehler erachtet, es öffentlich als solche zu bezeichnen. Die Folgerungen der Unehre und der sich daraus ergebenden Verbannung Winnie Mandelas sind für diejenigen, die mitgeholfen hatten, ihren weltweiten Ruhm aufzubauen, bestürzend. Sie hat zahlreiche »Menschenrechts«-Auszeichnungen bekommen und wurde sogar zum Rektor der Universität Glasgow in Schottland ernannt.

Amerikanische Kongreßmitglieder und europäische Politiker wollten alle mit Winnie fotografiert werden und in ihrem Ruhm als Ikone – als Figur der Befreiung, Freiheit und Gerechtigkeit – baden.

Die Bücher werden eingestampft

Trotz der öffentlichen Aufrufe Winnie Mandelas nach weiterem »necklacing«, gelang es der liberalen Gemeinde in der ganzen Welt ihren Schock zu unterdrükken und so zu tun, als sei nichts geschehen. Aber jetzt sagen sogar linksstehende Journalisten, die Verstoßung Winnie Mandelas sei vielleicht zu spät gekommen, um die Anti-Apartheid-Bewegung davor zu bewahren, arg befleckt zu werden.

Das könnte zum Beispiel den eiligen Einzug von Millionen von Büchern nach sich ziehen, die rund um die Welt zum Verkauf stehen und in denen Mrs. Mandela als öffentliche Figur dargestellt wird, die kaum weniger heilig ist als Mutter Theresa.

Die Aufdeckung der von Winnie Mandelas kleiner Privatarmee von Raubmördern ausgeübten Terrorherrschaft, kann nicht von dem fast völligen Zusammenbruch der Macht und des Einflusses der United Democratic Front und anderer sogenannter Befreiungsgruppen in den schwarzen Städten Südafrikas getrennt werden.

Die vielen nichtweißen Bevölkerungsgruppen des Landes hatten ihre Schwierigkeiten bei dem Versuch, sich modernen, marktorientierten Bedingungen anzupassen, aber es scheint ihnen endlich aufgegangen zu sein, daß es ihnen weit besser geht als den Schwarzen in den vielen angeblich demokratischen Staaten anderswo auf dem afrikanischen Kontinent.

Es ist kaum möglich, daß Südafrikas Schwarze nicht beeindruckt worden sind von den Erzählungen über Bürgerunruhen und Hungersnot, der Flüchtlingsströme aus vielen dieser Länder sowie der Männer, die sich in Gruppen einschreiben lassen, um als Vertragsarbeiter in den Bergwerken des Landes nach Südafrika einreisen zu können. Es bestehen daher gute Gründe zu glauben, daß sich in den Köpfen der Bürger in den schwarzen Städten ein radikaler Wandel vollzogen hat, der die Position von Mrs. Mandela und ihrer Bande von Raubmördern unhaltbar macht.

Eine heilsame Ernüchterung für die Linken

In dieser neuen Situation wird die Polizei mehr und mehr als Schützer, nicht als Unterdrücker gesehen. Dies würde der jüngsten Welle von Tötungen und des Verschwindens von Personen als Versuche erklären, diejenigen zu beseitigen, die jetzt bereit sind, vor Gericht auszusagen.

Es hat daher den Anschein, daß dies Zeiten der Ernüchterung sind, auch für Liberale, Progressive und Linke und wie sie sich sonst nennen mögen, in der ganzen Welt.

In früheren Zeiten dieses Jahrhunderts identifizierten, sich die Liberalen begierig mit dem imaginären politischen Zauber des Sozialismus, sogar in dessen radikalster Form des Marxismus-Lenismus, nur um durch die schrecklichen Folgen überall dort, wo dieser Sozialismus auf die Erfahrungsprobe gestellt wurde, erschüttert und enttäuscht zu sein.

Auf genau die gleiche Weise stehen Liberale heute vor der möglichen Enttäuschung und Demoralisierung, nachdem sie das gesamte Kapitel ihrer Hoffnungen in etwas investiert haben, was von Anfang an nur eine weitere monströse, betrügerische Übung war – ein hoch zentralisierter, politisch motivierter Neokolonialismus oder Imperialismus, der sich wieder einmal als Kreuzzug für »Freiheit und Gerechtigkeit« maskiert. □

Kuba

Der Kommunismus stirbt

Warren Hough

Die kürzliche Reise des sowjetischen Staats- und Parteichefs Michail Gorbatschow nach Kuba machte einen Punkt sehr deutlich: Der Kommunismus ist ein sterbendes System, das schnell seine ideologische Zugkraft wie auch seinen Druck auf Nationen, die sich derzeit unter seinem Joch abmühen, verliert.

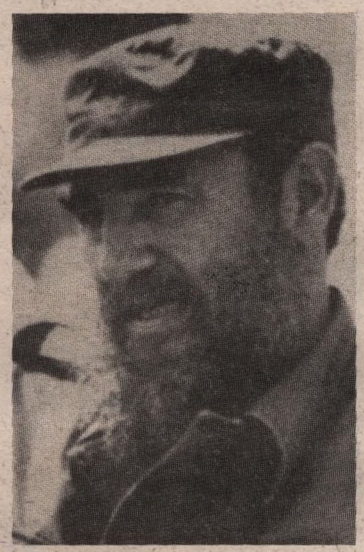
Trotz seiner lächelnden Schau »sozialistischer Bruderschaft« bei ihrem kürzlichen Gipfeltreffen, befinden sich der sowjetische Parteichef und der kubanische Diktator in der düsteren Welt der kommunistischen Machtpolitik auf tödlichem Kollisionskurs.

Ein paar heruntergekommene Desperados

Das ist die Einschätzung erfahrener Experten, die den sowjetischen Führer auf seiner Reise nach Kuba begleiteten. »Castro und Gorbatschow sind Meister in der Darbietung einer eindrucksvollen Schau für die Fernsehkameras«, kommentiert Allan Oxley, ein langjähriger britischer Fernsehkorrespondent, der lange Zeit in Kuba lebte.

»Aber im arbeitstäglichen Licht der Realität gesehen, sind sie ein paar heruntergekommene Desperados. Gorbatschow ist pleite und gierig auf westliche Darlehen und Verbrauchsgüter-Einfuhren, um seine Position zu verbessern. Castro, bis über beide Ohren verchuldet, lebt von der Hand in den Mund von kurzfristigen Krediten seiner europäischen Lieferanten.«

Politisch gehören beide Diktatoren zu dem, was sie »das sozialistische Lager« nennen, das heißt dem Sowjetblock. Aber ideologisch vertreten sie rivalisierende Partei-Richtungen – das entgegengesetzte Extrem der gängigen kommunistischen Doktrin.



Fidel Castro verspottete das von Gorbatschow daheim geförderte Reformprogramm als »verrückt«. Er will weiter die bewaffnete Revolution gegen die USA vorantreiben.

Castro ist ein unruhestiftender Prediger jener veralteten roten Religion: Er ruft zum Klassenkampf, zur bewaffneten Unterwerfung Amerikas und im Inland zu einer streng von Parteibürokraten kontrollierten Wirtschaft auf.

Gorbatschow muß seine Zeit abwarten

Auf der anderen Seite tritt der Sowjetführer für genau die entgegengesetzte Linie ein, zumindest in der Öffentlichkeit. Er drängt auf mehr Demokratie, weniger Bürokratie, und auf ein Ende des bewaffneten Konflikts auf der ganzen Linie.

Trotz dieser weit auseinanderklaffenden Unterschiede in Sachfragen wird die strauchelnde kubanische Wirtschaft mit kräftigen sowjetischen Hilfslieferungen, darunter große Mengen an Öl, die Kuba mit Gewinn auf dem Weltmarkt verkauft, in Gang gehalten.

Der CIA schätzt den Jahreswert der sowjetischen Subventionen an Kuba auf 6,8 Milliarden Dollar. Westeuropäische Experten glauben, daß der Gesamtbetrag niedriger, bei etwa 4,9 Milliarden für 1988 liegt.

Es ist auf jeden Fall eine beträchtliche Summe, fünfmal so hoch wie der gesamte amerikanische Wirtschaftshilfen-Haushalt für ganz Mittelamerika, einschließlich El Salvador, wo Washington einen Krieg zur Niederschlagung eines Aufstands gegen kommunistische Guerillas subventioniert hat.

»Wenn Sie sich die internen Realitäten ihrer Nationen betrachten, dann sehen Sie, warum Castro und Gorbatschow trotz ihrer scharfen Unterschiede sich jetzt gegenseitig brauchen«, sagt Peter Hall, der für den Londoner »Economist« und andere europäische Finanzblätter aus der Karibik berichtet.

Moskaus Subventionen werden gekürzt

»Castro muß sichergehen, daß sein sowjetisches Rettungsseil nicht zerschnitten wird«, erklärte Hall. »Wenn das geschähe oder wenn es auch nur danach aussähe, dann könnte er von seinen eigenen Anhängern von seinem Posten verjagt werden. Auf der anderen Seite kann Gorbatschow, der den schwierigen Castro gerne fallenlassen möchte, sich dies jetzt nicht leisten.

Ein derartiger Bruch könnte den alten Kämpfern der Sowjet-Partei wie Verrat vorkommen – wie ein Ausverkauf eines alten Revolutionären an die ›Imperialisten‹. Gorbatschow muß seine Zeit abwarten.«

Von solchen inländischen Zwängen getrieben, veranstalteten die beiden Stars des sowjetischen Umlaufkreises ihr Palaver in Havanna, mit dem Höhepunkt der Unterzeichnung eines neuen Freundschaftsvertrages zwischen den beiden Regierungen.

Wie jedoch aus Kreisen der sowjetischen Delegation durchsikkerte, waren die Gespräche der beiden Führer hinter verschlossenen Türen »gespannt« und »beißend«, ein Spiegelbild der tiefen Spaltungen in der kommunistischen Sphäre in den Tagen ihres Untergangs.

»Ganz gleich, was Gorbatschow in der Öffentlichkeit über seine Bewunderung für Castro als ›legendäre Figur‹ gesagt hat, in privaten Gesprächen machte er deutlich, daß die sowjetischen Subventionen in den nächsten zwei Jahren gekürzt werden, wahrscheinlich um die Hälfte«, erklärte Hall.

Castro will Revolution vorantreiben

»Castro seinerseits verspottete das von Gorbatschow daheim geförderte Reformprogramm als ›verrückt‹. Er machte klar, daß er die bewaffnete Revolution gegen die ›Yanguis‹ in Mittelamerika weiter vorwärtstreiben wird, ganz gleich, welche besänftigenden Botschaften auch immer aus ihrem Zusammentreffen verlauteten.«

Das Ergebnis für die Vereinigten Staaten ist »Aufwärmung der Beziehungen im Norden, aber fortgesetzter kalter Krieg im Süden«, sagte Oxley. »Die Bush-Regierung, die friedlich zugestimmt hat, daß UN-Streitkräfte in Mittelamerika Polizeidienste leisten dürfen, wird jetzt herausfinden, wie gut Eine-Welt-Streifen gegen die Art von rücksichtsloser kommunistischer Unterwerfung sind, die von Castro praktiziert wird.«

Die Frage bleibt jedoch bestehen, wie lange Castro es mit seinen angespannten Subventionen von der Sowjetunion und bei dem Trend weg von der harten Linie der stalinistischen Regierungsform in den kommunistischen Ländern noch durchhalten wird. □



Das Ende der Monroe-Doktrin

G. Russell Evans

Kaum von der Weltöffentlichkeit bemerkt, hat sich der Kreis der Monroe-Doktrin jetzt geschlossen. 1823 warf Amerikas Präsident, der hitzköpfige James Monroe, mit seiner kühn verkündeten Monroe-Doktrin, Amerika für Amerikaner, die fremden Kolonisatoren praktisch aus der westlichen Hemisphäre hinaus. Aber 1989, 166 Jahre später, schweigt Amerikas 41. Präsident, George Bush, praktisch in einer Zeit, in der die ausländischen Kolonisatoren, einschließlich die Sowjets, zurückkommen und die Vereinigten Staaten aufgefordert werden, bitte zur Seite zu treten.

James Monroe führte eine kleine Weltmacht, Bush führt eine Supermacht. Erinnern wir uns: Die Monroe-Doktrin war ursprünglich gegen die Russen gerichtet, als 1823 die Streitkräfte des Zaren Alexander I. zur Bucht von San Francisco drängten. Am 2. Dezember erklärte Monroe: »Die amerikanischen Kontinente werden von nun an nicht mehr als Gegenstand für weitere Kolonialisierung betrachtet.«

US-Hegemonie über die Region ist beendet

Die Doktrin bestand weiter und später wurden Ableitungen hinzugefügt, zum Beispiel: Keine Gebietsabtretungen und keine Grenzverschiebungen durch europäische Systeme.

Ist diese erfolgreiche Außenpolitik nun zu den Akten gelegt worden? Bewaffnete Truppenkontingente aus Spanien, der Bundesrepublik Deutschland und den Niederlanden werden wahrscheinlich bald unter der Flagge der Vereinten Nationen nach Mittelamerika kommen, um »die US-Hegemonie über die Region zu beenden« und dem Frieden und der Demokratie eine Chance zu geben.

Dies alles wird behauptet auf die Vermutung hin, daß die kommunistischen Sandinistas, die wirklich destabilisierenden Elemente in Mittelamerika, vor allem in Nicaragua, freie Wahlen zulassen und die Macht übergeben, wenn sie bei künftigen Wahlen verlieren.

Das zehnjährige Doppelspiel der Sandinistas beweist die Nichtigkeit eines solchen Plans, ganz von der historischen Wahrheit abgesehen, daß Kommunisten niemals die Macht friedlich übergeben. Unzweifelhaft macht die Drohung der Sandinistas mit der »Revolution ohne Grenzen« die Nachbarstaaten äußerst nervös.

Trotzdem, wie oft müssen die Präsidenten von Costa Rica, El Salvador, Honduras und Guatemala noch von Daniel Ortega zum Narren gehalten werden, bevor sie lernen, ihm nicht zu trauen? Oder werden sie in den Zustand einer Art lateinamerikanischen Finnlandisierung versetzt?

Sieben Jahre lang waren die Präsidenten in dem marktschreierisch propagierten Spiel der Contadoras, das Nicaragua demokratisieren sollte, die Bauern auf dem Schachbrett. Und zehnmal lief Ortega davon, als der Ausbruch des Friedens unmittelbar bevorstand.

Aber die Präsidenten versuchten es immer wieder, noch achtmal. Sie hatten 1986 ein Gipfeltreffen: Versprechungen, keine Ergebnisse. Die zweite Gipfelkonferenz im August 1987 brachte den Oscar-Arias-Friedensplan hervor mit Versprechungen von freien Wahlen und Demokratie für Nicaragua innerhalb gewisser Zeitspannen, die fallengelassen wurden, wie es Ortega paßte, und zu Zeitpunkten, als er dabei war, etwas Macht zu verlieren.

Entwaffnung der Freiheitskämpfer

Nichtsdestoweniger brachte er dem Präsidenten von Costa Rica den Friedensnobelpreis ein.

Auf dem dritten Gipfeltreffen im Januar 1988 wurde ein viertes Gipfeltreffen für August 1988 vereinbart. Nach fünf Vertagungen fand das vierte Gipfeltreffen Mitte Februar 1989 statt, und es wurde eine gemeinsame Erklärung abgegeben, die für Februar 1990 freie Wahlen in Nicaragua, Entwaffnung und Rückführung der Freiheitskämpfer nach Nicaragua oder in Drittländer sowie UN-Hilfe zur Durchführung dieser Ziele vorsieht.

Der Ausblick für diese Freiheitskämpfer ist trübe. Daniel Ortega wird Präsidentschaftskandidat sein. Und die Skepsis überwiegt: Der amerikanische Vizepräsident Daniel Quayle rief nach »Taten, nicht Worten«.

Der US-Außenminister James Baker warnte vor »Versprechen, die Nicaragua schon einmal gemacht habe«, während Adolfo Calero, der Führer der Widerstandskämpfer, auf Zeichen wartete, daß Ortega »es mit der Demokratie ernst meint«.

Nicaraguas Armee, die größer ist als die Armeen aller anderen mittelamerikanischen Staaten zusammen, wird intakt bleiben. Und Außenminister Miguel D'Escoto erklärte, daß die Freiheitskämpfer »sich damit abfinden sollten, mit einer Sandinista-Regierung zu leben«. Wie ist es unter diesen Umständen möglich zu glauben, daß freie Wahlen, Menschenrechte und Demokratie jemals nach Nicaragua kommen werden?

Welch eine Ironie, daß die Vereinigten Staaten in den Hintergrund treten, um der buchstäblichen Verschrottung ihrer größten außenpolitischen Initiative – der Monroe-Doktrin – zuzuschauen.

Die Präsidenten der fünf mittelamerikanischen Staaten wollen eine »Befriedigungsstreitmacht«, die in ihren Gemeinden Polizeidienste leisten und mithelfen soll, die nicaraguanischen Freiheitskämpfer zu entwaffnen und sie aus ihren Lagern in Honduras zu vertreiben – insgesamt gesehen eine Katastrophe für die Freiheitskämpfer, die danach streben, ihr Land aus der kommunistischen Versklavung zu befreien.

Diese Niederlage für die USA wird noch verschlimmert durch die aus 12 Nationen bestehende Europäische Gemeinschaft und deren »unzweideutige Unterstützung« für Arias' Friedensplan – alles festgelegt auf der kürzlich stattgefundenen Konferenz von San Pedro Sula, Honduras. Die Europäer schlagen einen Mittelamerikanischen Gemeinsamen Markt vor, ähnlich ihrem Europäischen Gemeinsamen Markt.

Niemandem gefällt diese »Vertreibung der Yanquis besser als Manuel Antonio Noriega, Panamas Diktator, ein in den USA unter Anklage stehender illegaler Drogenhändler und angehender Lord des Panama-Kanals, der die globale Strategie lobte.

Die Medien schweigen über die Entwicklung

Während die Bush-Regierung mit der Ernennung eines stellvertretenden Außenministers für inneramerikanische Angelegenheiten zögert, ist eine feste amerikanische Mittelamerikapolitik überhaupt nicht vorhanden, und die Europäer sind dabei, den Leerraum auszufüllen.

Tim Coone von der britischen »Financial Times« schrieb: »Das Beste, was die Bush-Regierung jetzt tun kann, ist, den Europäern eine Chance zu geben, die Krise der Region zu lösen.«

Diese schändliche Verschrottung der Monroe-Doktrin, der Vorstoß ehemaliger Kolonisatoren nach Mittelamerika und die Bedrohung für den Panama-Kanal, den größten strategischen Wasserweg der Welt, wurden der Weltöffentlichkeit verschwiegen. Die Medien haben ihre eigenen Gründe für ihr Stillschweigen, aber was ist mit Bush? Die Erfahrung lehrt, daß die Monroe-Doktrin die beste Politik für Amerika ist. □

Peru

Öl regiert die Welt

Martin Mann

Lateinamerikanische Politiker, die sich lange und intensiv in Washington um amerikanische Hilfe bemühen, um damit die Drogengeißel zu bekämpfen oder die erdrückenden Auslandsschulden etwas zu lindern, haben meist keinen Erfolg. Wollen sie jedoch in den Vereinigten Staaten Erfolg haben und gehört werden, dann gibt es ein Zauberwort: Öl.

US-Präsident George Bush, der lange damit zufrieden war, einen »Krieg gegen die Drogen« zu führen, der meistens rhetorisch war, trifft in aller Stille Vorkehrungen, um Mannschaften einer Sondereinheit (Special Forces) nach Peru, einem Hauptschauplatz der Drogenszene, zu beordern.

Sprudelnde Ölquellen können alles verändern

Aber dieser Schritt wurde keineswegs ausgelöst durch den steigenden Mißbrauch von ungesetzlichen chemischen Substanzen oder durch die Welle des Verbrechens, die diese hervorrufen. Die verborgene Substanz hinter der Entscheidung, militärische Kräfte zu mobilisieren, ist weder Kokain noch Marihuana noch Heroin: Es ist Öl.

»Wie schnell sprudelnde Ölquellen alles verändern können«, stellte Patricio Aguirre Vargas, ein ehemaliger peruanischer Konsulatsbeamter fest, der heute leitender Export-Import-Angestellter in New York ist. »Wir wissen schon seit 20 Jahren, daß Peru reiche Vermögenswerte an Erdöl besitzt. Die Schwierigkeit bestand darin, daß wir sie nicht finden konnten.«

Die Probleme verstärkten sich im Jahre 1973, als ein linkslastiges Militärregime sich dazu entschloß, alle Mineralvorkommen Perus zu enteignen und die amerikanischen Ölgesellschaften hinauszuwerfen. In den darauffolgenden Jahren, sagt Hinton Wellman, ein Wall Street-Experte, der Ölaktien beobachtet, ging das Bohren zurück. Es wurde keines von Perus vielversprechenden Ölfeldern ausgemacht.



Alan Garcia stellt nur noch zehn Prozent der Einnahmen seines Landes für den Schuldendienst bereit.

Ein Goldrausch ist ausgebrochen

Aber im vergangenen Jahre stießen Bohrmannschaften, die für die Occidental Petroleum Corporation arbeiten, die von dem listigen internationalen Milliardär Armand Hammer geleitet wird, auf reiche Ölquellen im Amazonengebiet Perus. Sowohl Hammer (der unter einer vorläufigen Lizenz nach Öl suchte) als auch der peruanische Präsident Alan Garcia schwiegen über die Entdeckung.

Aber innerhalb von Monaten schickten Shell, Exxon und BP Vorausmannschaften und Lobbyisten nach Peru, um dort für Bohraufträge zu werben.

»Der ›Flüssiggold-Rausch‹ ist ausgebrochen«, sagte Wellman, »und er schafft eine völlig neue Situation. Die Vereinigten Staaten und Peru tanzen plötzlich beide nach einer gemeinsamen Melodie.«

Garcia, ein kampferprobter Reformer, der häufig die amerikanische Schuldenpolitik verurteilte und die Zinszahlungen seines Landes an die Großbanken einstellte, sendet einen Strom von Botschaftern nach Washington, die sich dort einschmeicheln sollen. Ihnen wird im Weißen Haus ein wärmerer Empfang zuteil als irgend welchen anderen lateinamerikanischen Emissären, verlautet aus gut unterrichteten Kreisen.

Die Banken an der Wall Street und ihr weltweiter Vollstrecker, der Internationale Währungs-Fonds (IWF), die von Anfang an, seitdem Garcia das Finanzwesen seines Landes verstaatlichte, Peru boykottiert und seine taumelnde Wirtschaft sabotiert haben, pfeifen nun eine andere Melodie.

Liebesbotschaften von den Bankern

»Uns werden herzliche Fühler von der Wall Street entgegengestreckt, und der IWF sendet uns Liebesbotschaften«, berichtet Aguirre. »Das US-Verteidigungsministerium, das unsere wachsende Guerilla- und Drogenkrise seit Jahren ignoriert, redet darüber, uns eine reale Hilfeleistung zukommen zu lassen.«

Und das nicht zu früh, versicherten diese Kenner der Szene. Zermürbendes Elend, sich ausbreitende Arbeitslosigkeit und eine Volkswirtschaft, die statt zu wachsen (wie die Gläubigerbanken vorauszusagen pflegten) jetzt um erschreckende zehn Prozent pro Jahr schrumpft, riefen eine mächtige marxistisch-leninistische Guerilla-Bewegung in Peru ins Leben. Den »Kühlschrank-Kommunismus« sowjetischen Stils verachtend, nehmen sich diese Rebellen, die als Sendero Luminoso (Leuchtender Pfad) bekannt sind, Mao Tsetung und seine radikalsten Anhänger zum Vorbild.

Und was noch bedeutsamer ist, die Guerilla-Streitkräfte haben eine funktionierende Allianz mit mehrere Millionen schweren Drogenpflanzern geschlossen, die die Weite des oberen Huallaga-Tals Perus in die reichste Kokain-Quelle der Welt verwandelt haben.

»Peru geht den gleichen Weg wie Kolumbien: Wo immer die Guerillas sich mit den Drogenlords vereinigen, sind sie die oberste Macht im Lande«, sagt Aguirre.

Um die weitgehend trägen – und, wie aus Geheimdienstkreisen verlautet, äußerst korrupten – peruanischen Streitkräfte dazu zu bewegen, gegen diese Bedrohung aus der Doppelflinte vorzugehen, stellt das US-Verteidigungsministerium eine Spezialtruppe zur militärischen Hilfeleistung zusammen, die in Peru ausschwärmen soll.

Mit dem Segen des US-Kongresses

Eine kleine amerikanische Militärmission, die nach solchen Richtlinien arbeitet, ist bereits in Bolivien aktiv, wo sie eine paramilitärische Drogenbekämpfungs-Streitmacht, bekannt als UMOPAR, zusammengestellt und ausgebildet hat. Im vergangenen Februar empfahl ein Bericht des House Committee on Foreign Affairs (Ausschuß des Repräsentantenhauses für Auswärtige Angelegenheiten) eine Kampfrolle für diese Green Berets, und es wurde angeregt, daß »ihnen gestattet werden sollte, UMOPAR-Einheiten bei ihren Einsätzen gegen Drogenbanden zu begleiten und sie zu unterstützen«.

Diese militärischen Schritte werden darüber hinaus keinen Widerstand im US-Kongreß finden und nicht so etwas wie die verhängnisvolle Boland-Gesetzesänderung hervorrufen, die den Widerstand in Nicaragua zum Scheitern verurteilte.

»Der Kongreß wird unseren peruanischen Einsatzgruppen nichts anderes als seinen Segen nachsenden«, sagt Clement. »Der Unterschied liegt darin, daß, während der Feldzug sich vorgeblich gegen Drogen und Terrorismus richtet, er in Wirklichkeit eine von der Zeit geheiligte Art von Expedition ist: die Eroberung des Öls.« □

Israel

Der Preis des Friedens

Mark Lane

Die Grundfrage, bei der alle Parteien, die an dem israelisch-palästinensischen Konflikt beteiligt sind, sich die erdenklichste Mühe geben, nicht darüber zu sprechen, ist die der finanziellen Kosten einer vorgeschlagenen Friedensregelung.

Schließlich ist der Frieden nicht billig, zumindest soweit dies Israel und seine Nachbarn betrifft – wie die Abkommen von Camp David gezeigt haben. Seitdem Israel und Ägypten den jetzt bereits historischen Friedensvertrag vor zehn Jahren unterzeichneten, haben die amerikanischen Steuerzahler mehr als 60 Milliarden Dollar an Militär- und Wirtschaftshilfe an die beiden Länder abgezahlt, um den von US-Präsident Jimmy Carter im Namen des Friedens im Nahen Osten eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen.

Die PLO konzentriert sich auf die Amerikaner

Sollte eine neue Friedensregelung zur Gründung eines unabhängigen oder scheinbar unabhängigen Palästinenserstaates führen, dann werden dessen wirtschaftliche Bedürfnisse der erste Punkt auf der Tagesordnung seiner neuen Führung sein. Auch Israel selbst wird sich neuen wirtschaftlichen Herausforderungen gegenübersehen, die sich aus Änderungen seiner Verteidigungsstrategie sowie aus dem Verlust seines Zwangsmarktes für Palästinenser in den besetzten Gebieten und seiner Hauptquelle billiger Arbeitskräfte ergeben.

Trotz des kürzlich erfolgten Eindringens der Sowjets in das Hoheitsgebiet der Nahost-Friedensstiftung spielen die Vereinigten Staaten immer noch weit und breit die Hauptrolle in der Region. Während der jüngsten Gespräche in Washington mit dem amerikanischen Außenminister James Baker erhielt der israelische Außenminister Mosche Arens von Baker und US-Präsident George Bush die Zustimmung, daß beide Länder sich bemühen sollten, alle Vorstöße zum Frieden in der Region zu koordinieren. Der israelische Premierminister Yitzhak Shamir wird hoffentlich bald seine Pläne für eine Friedensinitiative bekanntgeben.

Die PLO ihrerseits betrachtet die USA als beherrschende Macht in der Region. Khaled al-Hassan, einer von Arafats engsten Mitarbeitern, sagte im Januar dieses Jahres zu einer ägyptischen Zeitung, daß »Israel nicht die Hauptseite in dem Konflikt ist . . . Wir konzentrieren uns mehr auf die Amerikaner als auf die Israelis.«

Bei seinem jüngsten Zusammentreffen mit Arens bestätigte Baker noch einmal die amerikanische Verpflichtung Israel gegenüber und meinte, die amerikanische Regierung sei »verpflichtet, die historische amerikanisch-israelische Partnerschaft fortzusetzen und alles zu tun, um Israels Sicherheit und wirtschaftliches Wohlergehen zu gewährleisten«.

Die Abkommen von Camp David, die von dem damaligen israelischen Premierminister Menachem Begin und dem ägyptischen Präsidenten Anwar Sadat unterzeichnet wurden, waren für beide Länder von immensem Vorteil, wenn sie auch weniger vorteilhaft waren für die politische Zukunft Sadats, der für seine Friedensbemühungen von Attentätern aus seiner eigenen Armee ermordet wurde.

Beiden Ländern wurden riesige Aufstockungen der Hilfeleistungen aus den Vereinigten Staaten und Israel der Segen einer neutralisierten Grenze zuteil, wodurch sich die Zahl der Fronten verringerte, an denen ein zukünftiger Endkrieg mit den Arabern geführt wird. Die Abkommen befreiten Begin auch von seiner Invasion in den Libanon, die die ganze Zeit hindurch sein Ziel gewesen zu sein scheint. Es waren die chaotischen Zustände im Libanon, hervorgerufen durch das Hineinströmen palästinensischer Flüchtlinge aus Jordanien, und die wachsende Stärke der PLO, die seinerzeit für Israel die schwerste Bedrohung darstellten.

Camp-David-Abkommen als Vorbild

Daß Camp David als Modell für eine zukünftige Friedensvereinbarung zwischen Israelis und Palästinensern sein könnte, machen Anzeichen deutlich, daß mindestens ein Aspekt jener Abkommen wieder eine Rolle spielen wird – nämlich die Zahlungen aus der amerikanischen Staatskasse an die kriegerischen Parteien.

Man achte auf Stimmungen innerhalb des amerikanischen Kongresses. Stets sklavisch in seiner Hingabe zum Wohlergehen Israels – die so lächerlich weit geht, daß er dessen Wünsche voraussieht und schon erfüllt, bevor sie von den Israelis selbst artikuliert werden – wird der Kongreß bestimmt jedem Friedensplan zustimmen, der in irgendeiner Weise Israels Sicherheitsbedürfnissen oder seiner Wirtschaft dient.

Da ist auch noch die Tatsache, daß Israels Wirtschaft jetzt am Boden liegt. Israel ist abhängig von amerikanischer Hilfe, die jetzt zwölf Prozent von Israels Bruttosozialprodukt in Höhe von 33 Milliarden Dollar ausmacht. Diese Ziffer von zwölf Prozent schließt den Wert der indirekten Hilfe, wie Schuldenerlasse, Militärverträge mit dem amerikanischen Verteidigungsministerium und Finanzhilfe von der amerikanisch-jüdischen Gemeinde, ein.

Gründung einer Nahost-Entwicklungsbank

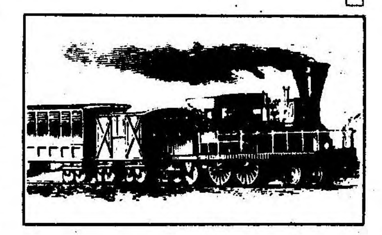
Großartige »Reformmaßnahmen« werden täglich von israelischen Beamten losgelassen und besprochen; einige davon wurden sogar in die Tat umgesetzt, darunter das scharfe Vorgehen gegen Anpassungen an die Lebenshaltungskosten und Preisauftriebe, bei dem Versuch die Inflationsspirale in Grenzen zu halten. Aber es ist klar, daß bald was getan werden muß, um die Katastrophe abzuwehren, und die beste Gelegenheit, verstärkte Hilfeleistungen herauszuschinden, die sich irgendwann in naher Zukunft bieten wird, ist natürlich eine Friedensregelung mit den Palästinensern.

In der Tat, der Grundstein für einen amerikanischen Marshall-Plan im Nahen Osten ist bereits gelegt worden. Der Abgeordnete Wayne Owens hat einen Gesetzentwurf zur Gründung einer Middle East Development Bank (Nahost-Entwicklungsbank) eingebracht. Der Zweck dieser Bank wäre es, die wirtschaftliche Zusammenarbeit unter den Nationen des Nahen Ostens zu pflegen, und dies könnte durch die Finanzierung von Joint-venture-Projekten durch diese Bank geschehen. Die Bank würde auch als Leitung für amerikanische Hilfe dienen, die von allen Mitgliederländern der Bank verwendet wird.

Obwohl Owens ein Neuer in der Nahost-Szene ist, ist sein Plan eigentlich das Input von mehreren Mitgliedern des US-Kongresses.

Das Modell für seinen Plan sind die Joint-venture-Projekte zwischen Israel und Ägypten, die sich aus den Abkommen von Camp David ergeben. Die beiden Nationen haben in den zehn Jahren, seitdem die Abkommen in Kraft sind, fast 30 bilaterale Vereinbarungen unterzeichnet, die sich vom wissenschaftlichen bis zum kulturellen Verkehr erstrecken und auch eine Reihe von wirtschaftlichen Abmachungen umfassen.

Es gibt keine Möglichkeit abzuschätzen, was es die amerikanischen Steuerzahler kosten wird, im Nahen Osten eine Friedesregelung zustande zu bringen, sicher ist aber, daß es sehr, sehr viel kosten wird, da für beide Seiten viel auf dem Spiel steht. □



Mossad-Chef tritt in den Ruhestand

Nahum Admoni trat vor wenigen Wochen auf einer stillen Feier, der auch Premierminister Yitzhak Shamir beiwohnte, von seinem Posten als Chef des Mossad, des israelischen Geheimdienstes, zurück. Admoni, dessen Identität bei dieser Rücktrittzeremonie bekannt wurde, war Berufsoffizier, studierte in den fünfziger Jahren an der University of California und in Berkeley, diente in den sechziger Jahren und wieder in den siebziger Jahren in Washington als Verbindungsoffizier zum CIA. Er arbeitete unter drei israelischen Premierministern: Menachem Begin, Shimon Peres und Shamir. □

Weniger Geld für neue Siedlungen auf der West Bank

So seltsam es auch zu sein scheint, es gab kürzlich mehrere Hinweise darauf, daß die Vertreter der harten Linie der israelischen Politik in den besetzten Gebieten, vor allem in der West Bank, gegenüber den rebellischen Palästinensern eine weniger konfrontative Haltung einnehmen. Ob die neue Annäherung ein echter Versuch, die Spannungen zu lösen oder lediglich ein zeitweiliger Schritt ist, die amerikanische Bush-Regierung zu besänftigen, ist noch nicht klar.

Jedenfalls hat der israelische Verteidigungsminister Yitzhak Rabin bestätigt, daß die Armee in den letzten Wochen davon Abstand genommen habe, Stützpunkte des Fatah-Flügels der PLO im südlichen Libanon anzugreifen. Fatah ist der Hauptbestandteil der PLO und wird im Gegensatz zu anderen Teilen, die unter dem Kommando von radikaleren PLO-Führern stehen, vom PLO-Vorsitzenden Yasser Arafat geleitet. Letztere Gruppen werden weiterhin von israelischen Streitkräften angegriffen, sagte Rubin, weil sie für Guerilla-Übergriffe gegen Israel verantwortlich sind.

Außerdem sagte der israelische Kommandeur in der West Bank, Generalmajor Amram Mitzna, daß sich seine Truppen unter einer neuen Politik, die darauf ausgerichtet sei, Konfrontationen zu vermeiden, aus vielen Dörfern heraushalte. Ein Beweis dafür, daß diese Politik funktioniert, sagte er, ist die Tatsache, daß sich die Verluste der palästinensischen Zivilbevölkerung in den letzten Wochen verringert haben.

Mittlerweile sind die Pläne zur Errichtung neuer Siedlungen in der West Bank verlangsamt worden. Shamirs ursprüngliche Forderung nach 60 Millionen Dollar in diesem Jahr für Siedlungsentwicklung wurde von Finanzminister Shimon Peres um die Hälfte gekürzt. Einige dieser Gelder werden verwendet, um die bestehenden Siedlungen zu verstärken, wodurch der für neue Siedlungen zur Verfügung stehende Betrag weiter verringert wird. □

Nicht alle Juden werden Doktoren

Eine kürzliche Ausgabe der »Los Angeles Times« brachte eine Anzeige, die eine große Zahl von Mitgliedern der dortigen jüdischen Gemeinde schockierte. In der Anzeige mit dem reißerisch aufgemachten Foto eines verwahrlosten heimatlosen Mannes, der auf einem Kissen zusammengeknüllter Zeitungen schläft, heißt es in fetten Buchstaben: »Nicht alle Juden wachsen auf, um Doktoren zu werden.«

Erstaunlicherweise wurde die halbseitige Anzeige vom Jewish Federation Council of Greater Los Angeles (Rat des Jüdischen Bundes von Groß-Los Angeles) aufgegeben und war der Anstoß zu der jährlichen Geldsammlungs-Kampagne des Bundes zugunsten des United Jewisch Appeal (UJA). Als erster in einer Serie von acht Anzeigen ist sie Teil einer gewagten und kontroversen Kampagne, die das herkömmlich Israel-orientierte Vorgehen des UJA bei Geldeintreibungen auf den Kopf stellt.

Die Anzeigen sind über einen längeren Zeitraum geplant und heben die Bedürfnisse der örtlichen Gemeinde hervor, wie Fürsorge für die Armen und Alten, die Beschaffung von Wohnungen für Menschen mit niedrigem Einkommen und billige Kinderhorte, sowie von Geldern für die Absorbierung sowjet-jüdischer Einwanderer.

Eine der gewagteren Anzeigen zeigt eine böse zugerichtete und geschundene Frau, die ein verängstigtes Kind mit weit aufgerissenen Augen in die Höhe hält. Die Unterschrift lautet: »Nicht alle jüdischen Frauen werden wie Prinzessinnen behandelt!«

Nur eine der Anzeigen legt den Schwerpunkt auf Israel und trägt eine nicht ganz positive Botschaft: »Amerikanische Juden sind verschiedener Meinung über Israels Politik, nicht über seine Existenz!«

Bis zu diesem Jahr beruhte die herkömmliche Weisheit des Jüdischen Bundes in den USA auf der Annahme, daß Juden ihren Beitrag zum UJA weitgehend zur Unterstützung Israels leisten. So wurden Bedürfnisse der Gemeinden stillschweigend im Huckepackverfahren mit Aufrufen zur Finanzierung des Judenstaates verbunden.

Aber diese Denkweise ändert sich langsam, vor allem im Gebiet von Los Angeles. Aus Informationen des Jüdischen Bundes ist zu erfahren, daß mindestens 70 Prozent der fast 600 000 Juden, die im Bereich der Metropole leben, keiner Synagoge oder jüdischen Organisation angehören. Um die Aufmerksamkeit dieser ungebundenen Juden zu erwecken, glaubt der Vorstand des Jüdischen Bundes, daß sie örtliche und dringende Fragen hervorheben müssen, mit denen sich die weniger Israel-orientierten Juden bereitwilliger identifizieren können.

»Wir versuchen schon seit vielen Jahren, ungebundene Juden anzusprechen und sie in die Gemeinde hineinzuziehen«, sagte der dortige Präsident des Jüdischen Bundes George Caplan zum »Los Angeles Jewish Journal«. »Wir wollen eine wirksame Werbung leisten, keck sein und Aufmerksamkeit auf uns lenken.«

Der Anzeigenredakteur Gary Wexler meinte, daß die Kampagne auf junge Professionelle abgezielt sein wird, die normalerweise lieber für »Rettet die Wale« oder für die Einschränkung des Waffenbesitzes spenden als für den UJA.

In dem neuen Werbefeldzug, der etwa 300 000 Dollar kosten wird, sind Anzeigen im »Wall Street Journal«, »U. S. News & World Report« und »Sport Illustrated« wie auch in Lokalzeitungen vorgesehen. Die Anzeigen sollen auch an schätzungsweise 55 Bushaltestellen in Los Angeles angeschlagen werden, und in der Passah-Woche wurden Rundfunkversionen des Anzeigentextes ausgestrahlt. □

Rabbi Meir Kahane und die Kach-Partei

Der ehemalige amerikanische Rabbi Meir Kahane und seine radikale Kach-Partei, obwohl in Israel verboten, ziehen weiterhin Anhänger aus der jüdischen Gemeinde in den Vereinigten Staaten an. Sol Margolis, ein Rechtsanwalt aus Maryland und ehemaliger Schatzmeister der United Jewish Appeal Federation von Groß-Washington, wurde zum ersten Vorsitzenden des amerikanischen Zweiges der Kach-Partei gewählt. Margolis sagt, er wird im Land umherreisen, um in Universitäten Vorträge zu halten, Studentengruppen zu organisieren und Gelder für die Israel-Aktivitäten aufzutreiben.

»Ich habe Kahanes Buch ›Why Be Jewish‹ gelesen, und es war so gezielt, daß es wehtat«, sagt Margolis, der vor drei Jahren zum Anhänger des radikalen Rabbiners wurde. »Als ich ihn traf, war ich sehr beeindruckt, und er war von redegewandten und klugen Leuten umgeben.«

Zu den Dingen, über die Margolis während seiner Reisen durch die USA sprechen will, gehört die Frage, was es bedeutet, Jude zu sein, und warum Israel die

Araber ausweisen muß, um ein Judenstaat zu bleiben.

»Kahana spricht schmerzhafte Themen an, von denen die Menschen nichts wissen wollen, weil er ihnen einen Spiegel vorhält«, sagt Margolis. »Aber jeder, der ihm aufmerksam zuhört, wird von dem Vorgang angeregt.« □

Wiederherstellung des arabischen Image in den USA

Unter den pro-israelischen Aktivisten in Washington wächst das Gefühl, daß die Bush-Regierung die Karten gegenüber Israel anders mischt, wobei man letztendlich hofft, den jüdischen Staat zu Verhandlungen mit der PLO zu zwingen, die zu einem Land-für-Frieden-Abkommen mit den Palästinensern führen werden.

»Während jeder versucht, die beste Miene zu Shamirs kürzlichen Besuch zu machen«, verlautet aus Regierungskreisen, »kann man diesen in keiner Weise als einen Erfolg betrachten.

Die Bush-Regierung hat völlig klar zum Ausdruck gebracht, daß sie nicht beabsichtigt, den bestehenden Zustand auf unbestimmte Zeit zu halten.«

Außerdem, so argwöhnen einige, trachtet die Bush-Regierung danach, die amerikanisch-jüdische Unterstützung für Israel durch die Ermutigung einer verstärkten Einwanderung von sowjetischen Juden zu unterlaufen. Dies, so glaubt man, ist ein Versuch, amerikanisch-jüdische Anstrengungen für die Pro-Israel-Lobby zu schwächen oder zumindest mit anderen Dingen zu mischen.

Andere Experten glauben darüber hinaus, daß die Regierung auf einer Vielfalt von kunstvollen Wegen die palästinensische Unabhängigkeitsbewegung ermutigt. Sie verweisen auf die »Wiederherstellung« des arabischen Image in Washington und besonders auf die »Legitimierung« der PLO zu Lasten Israels.

Die amerikanische Weigerung, den Shamir-Plan für Gemeindewahlen, ohne Beteiligung der PLO, in der West Bank und im Gazastreifen uneingeschränkt zu unterzeichnen, wird als Anzeichen wachsender amerikanischer Ungeduld mit Israel gewertet. Dies, begleitet von der fortgesetzten und stillschweigenden Förderung der europäischen und arabischen Bemühungen, Unterstützung für eine internationale Friedenskonferenz durch die Amerikaner zu finden, beunruhigt die Freunde Israels in höchsten Maße.

»Es scheint als sagten Bush und Baker zu Shamir: ›O. K., Sie haben einen Plan. Wir wollen einmal sehen, ob Sie ihn in die Tat umsetzen können. Wenn er nicht funktioniert, dann werden wir eine internationale Friedenskonferenz haben. In der Zwischenzeit beobachten wir die Situation aus dem Hintergrund.‹ Das ist auch bei ausgedehnter Vorstellungskraft kein Vertrauensvotum« sagt ein langjähriger Beobachter der Nahostszene.

Diese Kreise glauben auch, daß die Bush-Regierung insgeheim auf mehreren Wegen mit der Sowjetunion verhandelt, um Israel unter Druck zu setzen, mit den Palästinensern ein Land-für-Frieden-Abkommen zu schließen. Sie sehen die Flut sowjetjüdischer Einwanderer als Teil dieser Zusammenarbeit an.

»Zu sagen, daß das Weiße Haus die Karten unehrlich gegen Israel mischt, ist wahrscheinlich eine Übertreibung«, sagt ein Insider. »Die Israelis haben sich selbst in diese Zwangslage gebracht und sie wissen nicht, wie sie ohne unsere Hilfe wieder herauskommen sollen. Ihre Unnachgiebigkeit hat nicht nur dazu beigetragen, die Intifada zu institutionalisieren, sie hat auch jedermanns Geduld in der Völkergemeinde verschlissen.

Es hat darüber hinaus in den Augen der Welt ein Rollentausch stattgefunden. Die Israelis sind nicht mehr die tapferen Helden, die gegen schmutzige kleine palästinensische Terroristen kämpfen. Sie werden nun als Bösewichter, als grausame militärische Besatzungsmacht, angesehen, und die Palästinenser sind die Helden, die Friedenskämpfer.«

So wird es jetzt, wo Israels internationale Politik dahinschwindet, für die Shamir-Regierung immer schwieriger werden, ihren Standpunkt über palästinensische Unabhängigkeit aufrecht zu erhalten. Und die Vereinigten Staaten werden es immer unbequemer finden, die israelische Position zu verteidigen. □

Appelle der PLO an die US-Juden

Salah Khalaf, einer der Gründer der PLO, ist der zweithöchste Offizier der Al Fatah, der PLO-Gruppierung, die unmittelbar von Jassir Arafat geführt wird. Er gab kürzlich der Washingtoner »Jewish News« ein langes Interview, in dem er an amerikanische Juden appellierte, sich mit Vertretern der PLO zu treffen, um eine »Brücke« zu den Israelis zu bauen.

Die beiden speziell von Khalaf erwähnten Gruppen waren das American Jewish Committee und der American Jewish Congress. Das American Jewish Committee erklärte über seinen Sprecher Ira Silvermann, leitender Vizepräsident: »Wir brauchen nicht mit den Folgen an Ort und Stelle zu leben. Daher haben wir keine Rolle in einem quasi-diplomatischen Zusammenhang übernommen.«

Aber er ließ die Tür eine Spaltbreite offen und sagte, daß »formlose Gespräche«, um »herauszufinden, ob sie real oder nicht möglich sind«. Und er fügte hinzu, daß solche Gespräche bereits mit mindestens einem PLO-Beamten und einem anderen PLO-Führer an der West Bank stattgefunden haben, aber man verfolgt sorgfältig die feine Linie zwischen einem lediglich interessierten Beobachter und dem tatsächlichen Handeln als Vermittler.

Nichtsdestoweniger wiesen beide Gruppen jede formelle Rolle, als »Brücke« zwischen den Palästinensern und den Israelis zu dienen, kategorisch zurück. Die Wahrheit ist jedoch, daß dies eine ideale Rolle für die amerikanisch-jüdische Gemeinde wäre. Es gibt einfach keinen Sinn, daß sie bereit sein sollten, das Wasser für Israel auf andere Weise zu tragen – Geldeintreibung, Anwendung von entschiedenem Druck auf den amerikanischen Kongreß, um Dollar für Israel aus dem amerikanischen Steuerzahler herauszuquetschen – und dann so zu handeln, als hätten sie kein »Recht«, weil sie nicht mit den »Folgen an Ort und Stelle« zu leben brauchen, eine Friedensregelung mit Israel zu vermitteln, indem sie mit der PLO reden.

Schließlich bestand der prinzipielle Einwand gegen die Ausübung dieser Funktion, vorgetragen durch amerikanisch-jüdische Führungspersönlichkeiten, darin, daß man der PLO nicht trauen könne, weil ihre Charter immer noch die Zerstörung des Staates Israel verlange. Die Grundlage dieses Einwandes ist jedoch durch Arafats klug formulierte Einklärung in Frankreich, während der Zusammenkunft mit dem französischen Staatspräsidenten François Mitterrand, geschwächt worden, mit der er andeutete, daß die PLO-Charter von 1974 »unwirksam« sei.

Obwohl Arafat wegen dieser Erklärung von Führern militanterer Gruppierungen innerhalb der Position Kritik erhalten hat, ist jetzt offenbar der richtige Zeitpunkt für amerikanisch-jüdische Führer gekommen – wenn dies wirklich ihr Hauptanliegen ist – hier hineinzutauchen und Arafat in seinem Angebot, auf die Charter zu verzichten, zu unterstützen. Aber dann müßten amerikanische Juden die Frage beantworten, ob sie wirklich wollen, daß ihr felsenfester Widerstand gegen Verhandlungen mit den Palästinensern selbst wirklich unwirksam wird.

Fest steht, daß die israelische Regierung jeden Versuch, mit der PLO am Konferenztisch zusammenzutreffen, abblockt. Die PLO vollzieht daneben allerdings einen Endlauf um die israelische Regierung herum, indem sie direkt bei den amerikanischen Juden um Verständnis wirbt. Dies kann für die amerikanisch-jüdische Gemeinde peinlich werden, zumal sie bereits heute zerrissen ist durch ihre eigene interne Uneinigkeit darüber, welche Haltung sie einnehmen soll – die der israelischen Regierung oder diejenige, die zum Frieden führt. □

Israel

Die Tragödie der West Bank

Victor Marchetti

In diesen Tagen läuft nicht alles gut bei den zionistischen Eiferern, die sich in Judäa und Samaria, besser bekannt als die West Bank, niedergelassen haben und danach streben, Eretz Yisrael, Großisrael, aufzubauen. Die Siedler werden weiterhin umgeben und zahlenmäßig übertroffen von feindlichen Palästinensern, den rechtmäßigen Eigentümern des Landes. Inzwischen fühlen die jüdischen Pioniere auch, daß sie von der israelischen Regierung außer acht, ja sogar im Stich gelassen werden.

Dina Shalit erinnert sich wehmütig daran, wie andere Israelis darauf zu reagieren pflegten, als sie erfuhren, daß sie in Ariel, einer großen Siedlung im Shomrontal von Samaria, wohnt, schreibt der Journalist Larry Cohler, der für die »Jewish Post« in der West Bank tätig ist.

Ein Gefühl der Entfremdung

»Die Leute schauten einen irgendwie beeindruckt an und sagten: ›Tolle Sache, Sie wohnen dort?‹«, erinnerte sie sich wehmütig, aber heute, sagt sie, »ist die Reaktion ganz anders. Die Leute sagen: ›Oh, Sie mit Ihrem Shomron. Ich habe die Schnauze davon voll. Das ist alles, worüber wir jeden Tag am Fernsehen hören. Ihretwegen muß mein Mann zusätzlichen Reservedienst ableisten.«

Shalit, Hilfskraft des Bürgermeisters von Ariel, war nur eine von vielen israelischen Siedlern, die den verschwundenen Mythos der ersten Tage der Pionierabenteuer, vor gerade zwanzig Jahren nach dem Sechs-Tage-Krieg, bejammerten.

Der Ausbruch der Intifada, des Palästinenseraufstandes, vor eineinhalb Jahren, erweckte ihr Gefühl der Entfremdung vom übrigen Israel. In den Augen ihrer Mitbürger, sagen sie, haben sie sich in ihrem Einfluß auf das Image, die Wirtschaft und die Chancen der Nation, zu einer Verständigung mit den Palästinensern zu kommen, vom Segen zur Last verwandelt.

Die Siedler verweisen auf scheinbar geringfügige Dinge, wie ihr Ausschluß aus dem kürzlichen Gemeindewahltag, als das übrige Land einen arbeitsfreien Tag genoß. Die Entscheidung, für die jüdischen Städte an der West Bank einen anderen Wahltag festzulegen, wurde als Botschaft gesehen, die besagt: »Ihr seid anders. Ihr seid kein Teil des Landes«, beklagte sich Shalits Ehemann.



Ein Haus in Nablus, West Bank, wurde von israelischen Soldaten als Vergeltung angezündet.

Im weiteren Sinne verweisen sie auf die kalte Schulter, die ihnen sogar von ehemaligen Unterstützern, wie Premierminister Shamir, dargeboten wird. Obwohl er nach außen hin scheinbar immer noch die Entschlossenheit der Siedler teilt, an dem Land festzuhalten, legt sich Shamir neuerdings seine Position selbst zurecht, vorgeblich, um die amerikanische und Weltmeinung zu besänftigen, und um sich die Kooperation der Arbeiter-Partei in der Koalition der nationalen Einheit warmzuhalten. Dies hat ihn immer mehr mit den Siedlern und deren Forderungen in Konflikt gebracht.

Die Siedler fühlen sich verraten

Ehud Olmert, ein Likud-Kabinettsmitglied und einer von Shamirs engsten Mitarbeitern, sagt jedoch: »Sie müssen immer . . . kämpferischer sein. So kommen ihnen alle möglichen extremen Gedanken, und sie versuchen, sich selbst davon zu überzeugen, daß diese realistisch sind.«

Diese Art Feindschaft wird von den Siedlern mit gleicher Münze heimgezahlt. Erstaunlicherweise betrachten jetzt viele von ihnen die Likud-Partei und die Regierung als Feinde. Sie haben kein Vertrauen zu Shamir, daß er in seinen Verhandlungen mit der neuen Regierung von Präsident Bush die Stellung an der West Bank halten wird.

»Über Yitzhak Shamir bin ich stärker beunruhigt als über Shimon Peres (Chef der Arbeiter-Partei)«, sagte Chaim Gidovsky, eine Art Schriftgelehrter, Mitbegründer von Beit Chagai, einer Gush-Emunim-Siedlung in Hebron im Jahre 1984.

»Begin warf Siedler aus Yamit heraus«, warnte Gidovsky und bezog sich dabei auf eine Siedlung im Sinai, die der seinerzeitige Ministerpräsident Menachem Begin als Teil seiner Vereinbarung mit Ägypten, die aus dem Abkommen von Camp David erwuchs, räumen ließ.

»Peres käme mit so etwas nicht davon. Niemals. Aber ich befürchte, Shamir könnte uns aus Judäa und Samaria hinauswerfen.«

Rückzug, wenn man genug Geld bietet

Siedler wie Gidovsky glauben, daß es eine Verschwörung seitens der Likud-Partei mit stillschweigender Zustimmung der Arbeiter-Partei gibt, sie aus der West Bank zu verdrängen, als Teil eines Plans, mit den Palästinensern Frieden zu schließen. Sie glauben, daß die israelische Armee den Aufstand der Palästinenser schnell, wenn auch brutal und blutig, hätte niederschlagen können, wenn sie den Befehl dazu bekommen hätte. Trotz der fast 500 Toten unter den Palästinensern und Tausenden von Wunden und Verletzungen, die ihnen die Armee beibrachte, sind die Siedler davon überzeugt, daß die Reaktion der Regierung auf die Intifada gefährlich schwach und unentschlossen war.

Die Folge davon war, daß die Siedler damit beognnen haben, ihre eigenen »Milizen« oder Wacheinheiten zusammenzustellen und diejenigen Palästinenser zu bestrafen, die sie für die Gewaltsamkeit des Aufstands verantwortlich machen. Ironischerweise legte die Gush-Emunim, die sich vor Jahren unter Israelis den Ruf einer terroristischen Bewegung erworben hatte, angesichts der Intifada eine bemerkenswerte Geduld an den Tag. In diesen Tagen sind es die weltlichen Siedler, auf die man mit als Anstifter der Wacheinheiten mit dem Finger zeigt. □

Israel

Neue Einschätzung der Palästinenser

Mark Lane

Es vollzieht sich derzeit eine Böses verkündende neue Entwicklung im Denken vieler Israelis und auch unter der amerikanisch-jüdischen israel-freundlichen Gemeinde. Es ist, einfach ausgedrückt, die wachsende Erkenntnis, daß der Palästinenseraufstand die Kundgebung einer wirklich echten nationalen Befreiungsbewegung – nicht einfach nur ein Tumult von Unzufriedenen – ist, der dem jüdischen Kampf um einen israelischen Staat in den Jahren bis zum Unabhängigkeitskrieg von 1948 sehr ähnlich ist.

Dieser neue Gedankengang ist natürlich Böses verkündend für die israelische Likud-Koalition, die die harte Linie vertritt, und für die amerikanischen Israel-Anhänger. Er ist andererseits eine willkommene Entwicklung für die Palästinenser selbst und für viele amerikanische Juden, die über die brutale Handlungsweise der israelischen Regierung bei der Niederschlagung des Aufstandes beunruhigt sind.

Veränderung im Denken der Israelis

Diese tiefgreifende Verschiebung in der Denkungsart ist mehr als nur eine neue Einschätzung der Palästinenser. Denn, sollte eine neue Auslegung des palästinensischen Kampfes durch eine Mehrheit von Israelis und amerikanischen Juden akzeptiert werden, würde dies ein für allemal das israelische Argument gegenstandslos machen, der Aufstand sei eine reine interne Angelegenheit, die nur von Israel allein und so wie Israel es für richtig befindet, frei von irgendwelcher Kritik oder Einmischung durch die amerikanisch-jüdische Gemeinde – oder durch einen anderen Außenseiter – behandelt werden kann.

Von größerer Bedeutung ist die Tatsache, daß eine solche Veränderung im Denken vieler Israelis alle Versuche der Starrköpfe in der israelischen Regierung, die Palästinenser lediglich als Frontsoldaten einer großangelegten arabischen Anstrengung, Israel ins Meer zu treiben, darzustellen, ernsthaft unterminiert. Sie verleiht auch den Palästinensern ein gewisses Maß an Menschlichkeit gemeinsam mit den Israelis und läßt sie paradoxerweise als noch unerbittlichere Feinde erscheinen.

Schließlich waren die legendären Bemühungen des jüdischen Untergrunds, die Araber aus dem eigentlichen Israel zu vertreiben, von Nationalismus motiviert und gegen alle überwältigenden Chancen erfolgreich. Warum sollten also die Palästinenser weniger motiviert und letztendlich weniger erfolgreich sein als Israels Gründungsväter?

Auch ein Volk mit Geschichte

Aber dies stellt auch einige bislang heilige Annahmen über den Zustand der nationalen Einheit der Israelis in Frage; zum Beispiel, daß die Nation Israel die Kulmination von Gottes Vertrag mit dem jüdischen Volk und das unvermeidliche Ergebnis einer tausendjährigen Geschichte sei. Denn die Palästinenser sind auch ein Volk mit Geschichte, einer Geschichte, die sich sehr von der Israels unterscheidet, die aber zeitgleich ist und geografisch das gleiche Stück Land umfaßt wie das moderne Israel.

Hinweise auf diese aufkommende Erkenntnis seitens der Israelis gibt es in Hülle und Fülle in den jüngsten Presseberichten aus Israel über den Aufstand



Yitzhak Shamir wird keinen Kompromiß gegenüber den Palästinensern machen, noch ihnen irgendwelche Konzessionen einräumen.

und in den Berichten über die israelische Reaktion auf die kürzlich erfolgten Friedensangebote seitens des Vorsitzenden der PLO Yasser Arafat. Begriffe wie »nationaler Befreiungskampf«, »Palästinenserstaat« (nicht »PLO-Staat«) und »palästinensische Ermächtigung« werden mit steigender Häufigkeit gebraucht.

Dieser Punkt wurde tatsächlich in einem kürzlich in der »Jerusalem Post« erschienenen Artikel von Meron Benvenisti, einem liberalen Autoren und Direktor eines Datenarchivs an der West Bank, ausführlich behandelt. »Ironischerweise«, schreibt er, »sind es die Jahrbücher der zionistischen Bewegung, die die historische Perspektive bieten, mit der sich Entwicklungen in gegnerischen nationalen Bewegungen abschätzen lassen. Die alte Fehde hat eine derart intime Feindschaft erzeugt, daß Palästinenser und Israelis für einander zum anderen Ich geworden sind.

Die gemeinsame Geschichte ist ein riesiger Steinbruch

Taktiken, Positionen und Symbole werden imitiert, widerrechtlich angeeignet und ausgebeutet. Ihre gemeinsame blutige Geschichte ist ein riesiger Steinbruch, aus dem sie Steine herausbrechen, um sie aufeinander zu schleudern.«

Benvenisti führt dann eine Reihe von Zwischenfällen und Entwicklungen im palästinensischen Kampf auf, die mit ähnlichen Ereignissen aus den frühen Tagen der zionistischen Bewegung eng parallel laufen. Eingebaut in die Palästinensische Unabhängigkeitserklärung waren zum Beispiel Abschnitte, die wortwörtlich der israelischen Unabhängigkeitsproklamation entnommen wurden.

Die Legitimität des Zustands der nationalen Einheit der Palästinenser beruhte auf dem UN-Teilungsplan von 1947, der die israelische Legitimität festlegte. Auf dem Höhepunkt der Intifada sandten Palästinenser in der ganzen Welt ein Schiff nach Israel mit dem Namen »Exodus II«, in Nachahmung des berühmten Flüchtlingsschiffes von 1946.

Wenn man den israelisch-palästinensischen Konflikt in diesen Zusammenhang stellt, das heißt, von zwei nationalistischen Bewegungen, die um das gleiche Stück Land wetteifern, dann werden die Israelis ihres Anspruchs auf historische Einmaligkeit beraubt, die so viel dazu beigetragen hat, internationale Sympathie und Unterstützung aufzuspeichern.

Es gibt nicht viel, was die Israelis tun können, um die Vergleiche in Frage zu stellen oder zu zerstreuen, denn es war nur noch eine Frage der Zeit, bis alle diejenigen darauf kamen, die nicht selbst in den Kampf verwickelt waren. Fast die ganze übrige Welt hat die Ähnlichkeiten bereits zur Kenntnis genommen. □

Israel

Der wirkliche Yitzhak Shamir

Victor Marchetti

Der nachfolgende Artikel beruht auf einer Analyse der politischen Ansichten des israelischen Premierministers Yitzhak Shamir durch Arye Naor, der zur Zeit der Abkommen von Camp David Kabinettsekretär in der Regierung des Premierministers Menachem Begin war. Die Analyse erschien in der Zeitung »The Jerusalem Post«. Nachdem Shamir sich mit dem neuen amerikanischen Präsidenten George Bush, US-Außenminister George Baker und anderen führenden Beamten der amerikanischen Regierung getroffen hat, um über Frieden in Palästina und im Nahen Osten zu diskutieren, ist Naors Analyse besonders relevant für die Überlegungen, ob der israelische Premierminister jemals seine zähe Haltung in bezug auf die arabisch-israelischen Beziehungen ändern könnte.

»Für den Frieden«, sagte Yitzhak Shamir in einem Interview anläßlich des zehnten Jahrestages des Friedensvertrages mit Ägypten, »kann und sollte man Risiken eingehen«.

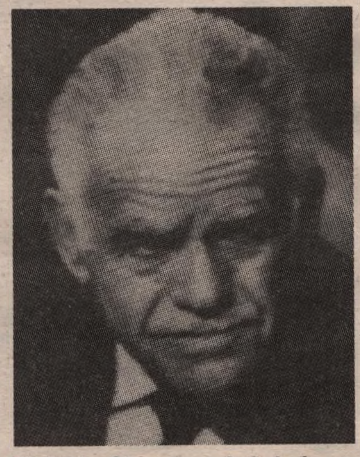
»Alle wissen, was meine Politik ist«

Vor seiner Reise in die Vereinigten Staaten, auf der Shamir mit dem neuen amerikanischen Präsidenten zusammentraf, sagte der israelische Premier, er könne dort »Dinge sagen, die ich niemals zuvor gesagt habe«.

Wörtlich genommen waren dies aussichtsreiche Versprechen. Was sonst könnte man von dem israelischen Premierminister wohl erwarten, was er sagen will, außer die Möglichkeit anzudeuten, daß er etwas Bedeutungsvolles in die Wege leiten und dabei keine Risiken eingehen will?

Doch wenn man um den Friedensprozeß besorgt ist, dann sind es nicht die Worte, die Shamir benutzt, sondern die Bedeutung, die er ihnen zumißt, die Anlaß zur Besorgnis geben.

Die Bedeutung hinter diesen freundlichen Worten, aus der die verborgenen Absichten des Premierministers hervorgehen, kann man seinen Ansprachen an seine eigene Wählerschaft – die Aktivisten der Likud-Partei – entnehmen.



Yitzhak Shamir wird keinen Kompromiß gegenüber den Palästinensern machen, noch ihnen irgendwelche Konzessionen einräumen.

Sie hörten ihn immer wieder sagen, daß es keine Verhandlungen mit der PLO, keinen Palästinenserstaat, keine Teilung des Landes westlich des Jordans, keinen Rückzug aus Judäa und Samaria, der West Bank, geben werde.

»Ihr wißt alle, was meine Politik ist«, sagte er vor noch nicht so langer Zeit vor einer Versammlung von Likud-Getreuen. Sie reagierten mit stürmischem Applaus.

Keine Konzessionen an die Araber

Ja, sie wissen es in der Tat. Sie erinnern sich daran, wie ihr Führer noch vor einem Monat als Wahlkämpfer für die Kandidaten der Likud-Partei kreuz und quer durch Israel reiste, im Namen der politischen Ideologie Eretz Yisrael – das Land Großisrael –, und dabei erklärte, daß das israelische Volk durch Wahl seiner Partei seine Ablehnung irgendwelcher Konzessionen an die Palästinenser Ausdruck verleihen will.

Sie erinnern sich auch daran, wie Shamir 1987 die Friedensinitiative des Führers der Arbeiter-Partei Shimon Peres und die des damaligen amerikanischen Außenministers George Shultz ein Jahr später torpedierte. Sie kennen seinen Widerstand gegen den Austausch von Land gegen Frieden und sie bejubeln seine innige Zuneigung zum territorialen Status quo.

Selbst, wenn Shamir wirklich den derzeitigen Zustand ändern wollte, – und es gibt keinen Beweis dafür, daß er das jemals zu tun in Erwägung gezogen hat – dann ist zweifelhaft, ob er seine eigene Partei dazu überreden könnte, ihm zuzustimmen. Starrköpfige Minister wie General Ariel Scharon, David Levy und Yitzhak Moda'i würden das nicht akzeptieren. Auch Außenminister Mosche Arens nicht.

Nicht einen Zoll preisgeben

Aber es wäre unfair gegenüber Shamir, seine völlige Ablehnung des Vorschlags Land für Fieden der Parteipolitik zuzuschreiben. Er glaubt wirklich, daß im historischen Konflikt mit den Arabern die Zeit auf Israels Seite steht. Er glaubt wirklich, daß die Araber mit Israel Frieden machen werden, sobald sie keine militärische Auswahlmöglichkeit mehr haben, und daß Israel dann als Gegenleistung für den Frieden nichts zurückzahlen muß.

Der Premierminister hat immer wieder gesagt, er sei bereit, den Arabern Frieden anzubieten – als Gegenleistung für Frieden.

Shamirs feste Überzeugung rührt von einem tiefen, echten ideologischen Glauben her. Im Alter von 73 Jahren neigen die Menschen nicht dazu die Überzeugungen zu ändern, denen sie ihr ganzes Leben gewidmet haben. Nur wenn man ihn davon überzeugen könnte, daß die bloße Existenz des Staates Israel in wirklicher, unmittelbarer Gefahr ist, würde eine Person mit Shamirs Hartnäckigkeit darüber nachdenken, ob er seine Überzeugungen ändern soll oder nicht.

Leider ist er nicht davon überzeugt. In der Tat, er ist sogar vom Gegenteil überzeugt, nämlich, daß die bloße Existenz Israels in Gefahr wäre, wenn die Regierung einem Abzug aus der West Bank zustimmen würde. Shamir ist kein Mann, der auch nur einen Zoll preiszugeben gedenkt. Er ist auch nicht der Mann, der einen Verhandlungsprozeß in die Wege leiten wird, der zu Gebietsabtretungen führt.

Wenn Shamir davon spricht Risiken einzugehen, dann meint er damit, daß die Palästinenserfrage durch Festlegung jener Art von Autonomie geregelt werden kann und sollte, die in Camp David zwischen Israel, Ägypten und den USA vereinbart wurde. Dies betrachtet er als gut einkalkuliertes Risiko, ein verhältnismäßig gefahrloses Risiko.

Unter dem Druck der neuen US-Regierung

Aber er hat dennoch seine Vorbehalte. Er ist sich darüber im klaren, daß eine palästinensische Autonomie zur Unabhängigkeit führen könnte. Aus diesem Grunde hat er niemals zuvor eine derartige Initiative vorgeschlagen.

Jetzt, wo er durch die internationale und die neue amerikanische Regierung unter Druck steht, etwas zu tun, ist Shamir jedoch bereit, dieses kleine Risiko einzugehen, wobei er sich dessen fast sicher ist, daß es sich hier um ein Zu-spät-zu-wenig-Angebot handelt, das die Palästinenser und andere Araber zurückweisen werden. □

ADL

Neue Gesetze zur Einschüchterung der Bürger

Ted Pike

Im Jahr 1988 schlug ein evangelischer Pastor in Schweden seine Bibel bei der Geschichte von Sodom und Gomorrah auf. Er verkündete seiner Gemeinde – zu der Homosexuelle gehörten –, Gott sei immer noch böse über die sexuelle Perversion und werde jene richten, die sie praktizieren.

Einige Wochen später saß dieser Pastor eine vierwöchige Haftstrafe im Gefängnis ab. Er hatte gegen Schwedens »Anti-Haß-Status« verstoßen, ein Gesetz, das Gruppen wie Homosexuelle vor »verbaler Gewalt« – öffentlichen Äußerungen, die ihnen wegen ihrer sexuellen Orientierung peinlich sein könnten – schützt. Bekanntlich ist das sozialistische Schweden richtungweisend für den Umgang mit Menschen.

Ein Schritt zum Verbot von Vorurteilen

Was dort geschieht, wird wahrscheinlich zehn oder 15 Jahre später in vielen Teilen der Welt als selbstverständlich hingenommen werden. Aber Gesetze in den Vereinigten Staaten, die Kritik an andere verbieten, das kann eigentlich nicht passieren, werden die meisten antworten. Nicht bei der von der amerikanischen Verfassung garantierten Meinungsfreiheit.

Aber es kann doch geschehen. Eine verborgene Initiative, mit der letztlich die Meinungsfreiheit eingeschränkt werden soll, taucht bereits unter den Gesetzen auf, die in diesem Jahr in den US-Kongreß eingebracht werden. Eine »Haß-Verbrechens«-Gesetzgebung wird als erster Schritt zum Verbot von »Vorurteilen« vorgeschlagen.



James Keegstra wurde in Kanada angeklagt und strafrechtlich verfolgt, weil er Juden seelische Qual bereitet hätte.

Aber wenn sie verabschiedet wird, könnte eine solche Gesetzgebung die Grundlage für eine »Anti-Haß«-Bürokratie ähnlich wie die in Schweden sein – eine Bürokratie, die den Begriff »Vorurteil« so auslegt, daß ein Christ zum Gesetzesbrecher wird.

1988 half der Hauptarchitekt der »Anti-Haß«-Gesetzgebung, die Anti-Defamation League (ADL) der B'nai B'rith-Loge, mit, einen landesweiten Wettbewerb für die Formulierung eines Modell-»Anti-Haß«-Gesetzes für Amerika zu entwerfen. Dieses Gesetz würde nicht nur körperliche Handlungen rassischer Gewalttat, sondern Aussagen, die zu Gewalttaten führen könnten, unter Strafe stellen.



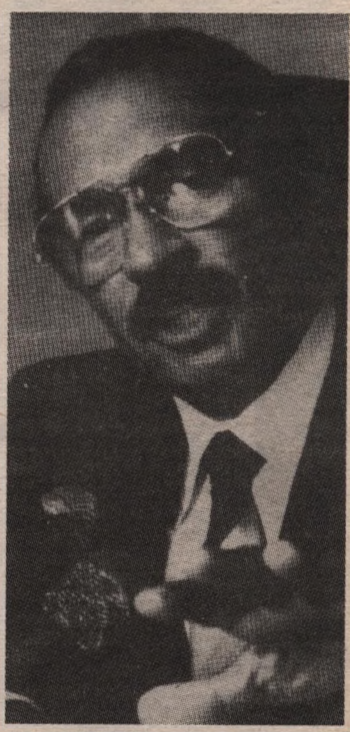
Im April 1988 half die ADL mit, an der achtbaren Hofstra-Universität in New York eine Konferenz unter dem Titel »Defamation and Freedom of Speech: the Relationship Between Language and Violence« (»Diffamierung und Redefreiheit: das Verhältnis zwischen Sprache und Gewalt«) in die Wege zu leiten. Der Abgeordnete John Conyers, Verfasser der Gesetzgebung bezüglich Haßdelikte, die jetzt dem amerikanischen Kongreß vorliegt, war der Hauptredner. Als der Gewinner des Haßdelikte-Wettbewerbs wurde Joseph Ribakoff, Jurastudent am Whittier College in Kalifornien, bekanntgegeben.

Befürwortung einer strengen Zensur

In seinem Vorschlag, mit dem er den Preis gewann, versicherte Ribakoff, daß es bei dem starken Anstieg von »Haßdelikten« in Amerika nicht mehr genüge, daß die Regierung lediglich Handlungen von körperlicher Gewalt unter Strafe stellt; sie muß auch alle Formen der verbalen Kommunikation, die Haß, Argwohn und mögliche Gewalttaten gegen Menschengruppen verursachen, verbieten. Ribakoff empfiehlt, daß auf Bundesebene und auf staatlicher Ebene Zensurstellen eingerichtet werden, um alle Filme und Videobänder zu prüfen, bevor sie in der Öffentlichkeit gezeigt werden, wobei festgestellt werden soll, ob sie Aussagen enthalten, die Haß oder Verachtung für eine Menschengruppe schüren könnten. Wenn das der Fall ist, soll der Film auf einen sofortigen Gerichtsbeschluß hin in Amerika verboten werden.

Ribakoff: »Eine Person, Personen oder Organisationen, die öffentlich ein Videoband oder Film vorführen, bevor dieser bei der zuständigen Stelle überprüft worden ist, machen sich eines Vergehens schuldig.«

Weiterhin, wenn jemand Mitglied einer Organisation ist, die öffentlich einen solchen Film gezeigt hat, Mitglied bleiben will und die Ziele dieser Organisation weiterhin unterstützt, macht er sich ebenfalls eines Vergehens schuldig.



John Conyers, Verfasser der amerikanischen Gesetzgebung bezüglich Haßdelikte, die jetzt dem US-Kongreß vorliegt.

Bundes-Datenbank für Verstöße

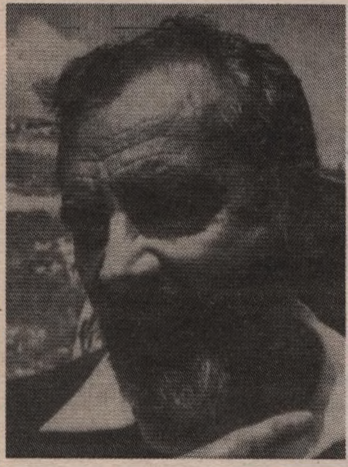
Ribakoffs preisgewinnendes »Gruppenverleumdungs-Statut« beschränkt sich nicht auf verbale Kritik an Schwarzen, Juden, Hispaniern sowie anderen Minderheiten, sondern stellt jeden unter Anklage, der Homosexuelle als Gruppe kritisiert und Zuge-

ADL

Neue Gesetze zur Einschüchterung der Bürger

hörigen zu jener Minderheit »Seelenqualen« bereitet.

Obwohl die Teilnehmer an der Hofstra-Konferenz in ihren Meinungen bezüglich der Zweckmäßigkeit solch einer strengen Zensur auseinandergingen, beschloß die ADL, daß eine Art Anti-Haß-Gesetzgebung Gesetzeskraft erlangen sollte – auch wenn dieses Gesetz nur rudimentär sei.



Rabbi Meir Kahana predigt offen Haß gegen die Christen und ihre Religion, was aber nicht verfolgt wird.

Der Hate Crimes Statistics Act würde verlangen, daß die staatlichen Behörden bestimmen sollen, ob unter dieser Rechtsprechung begangene Straftaten von Vorurteilen motiviert wurden. Dazu würden schwere Straftaten, aber auch relativ geringe Vergehen wie »Wandalismus, unbefugtes Betreten und Bedrohungen« gehören. Den staatlichen Behörden würde es obliegen, solche Informationen an eine Bundes-Anti-Haß-Datenbank weiterzuleiten, die mit Vollstreckungsbehörden im ganzen Land gemeinsam betrieben wird.

Wenn also ein Homosexueller Opfer eines so geringen Vergehens wie Wandalismus, unbefugten Betretens oder Bedrohungen wäre, dann wären die Behörden zunächst gezwungen festzustellen, ob das Vergehen durch Vorurteil motiviert war – eine beschwerliche Aufgabe. Wenn das der Fall ist, könnten Einzelheiten des Falles des Homosexuellen bei staatlichen und örtlichen Behörden dazu beitragen, solche Personen festzunehmen.

Das zweite Gesetz würde eine Kommission für rassisch motivierte Gewalttaten ins Leben rufen, ein Gremium mit blauem Bändchen, bestehend aus zwölf Mitgliedern, die von den staatlichen Behörden Statistiken erhalten, festlegen, was »Gewalttat« und Vorurteil darstellt, und ihre Ermittlungen dem Präsidenten vorlegen. Dieses Gremium würde auf landesweiter Ebene das Problem der Gewalttätigkeit gegen Schwule (Homosexuelle) und andere Minderheiten dramatisieren.

Der Begriff des »Haß-Deliktes«

Während sie als Erzverteidiger der Redefreiheit sich gibt, ist es eine verbürgte Tatsache, daß die ADL hinterhältig darauf hinarbeitet, sie zu begrenzen. Letztendlich könnte die ADL die Comission on Racially Motivated Violence unter Druck setzen, den Begriff »Haß-Delikt« zu erweitern und »verletzende Worte« gegen eine Minderheit hinzunehmen. Jeder, der einem Marschierer in einem Homosexuellen-Umzug störende Fragen stellt, hätte damit eine strafbare Handlung begangen.

Jeder, der Juden »heftige Qualen« bereitet, indem er ihre Vorväter der »Kreuzigung Gottes« beschuldigt, könnte strafrechtlich verfolgt werden.

Wenige Amerikaner sind sich darüber im klaren, daß bereits in Ländern wie Schweden, der Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Israel und Kanada Gesetze bestehen, mit denen »verletzende Worte« gegen Menschengruppen bestraft werden.

Die kanadische ADL hat sich seit vielen Jahren unermüdlich als Lobby für eine »Gruppenverleumdungs«-Gesetzgebung eingesetzt. Schließlich unterzeichnete der kanadische Premierminister eine Verordnung, mit der alle schriftlich niedergelegten oder verbreiteten Aussagen, die einer identifizierbaren Gruppe »Peinlichkeiten« bereiten, verboten werden.

Unter diesem neuen Gesetz wurden kanadische evangelische Christen wie James Keegstra und Malcolm Ross unter Anklage gestellt und strafrechtlich verfolgt wegen Beschwerden, daß sie Juden dadurch »seelische Qualen« bereitet hätten, daß sie in Frage stellten, ob volle sechs Millionen Juden im »Holocaust« gestorben sind.

Ross schreibt, daß, wenn die Anklage der Krone gegen ihn aufrechterhalten wird, derartige »Gruppenverleumdungs«-Gesetze »alle anderen Gesetze außer Kraft setzen werden und jede Beschwerde, ganz gleich wie verschwommen sie auch sein mag, wenn sie nur in Begriffen wie ›Diskriminierung‹ oder ›Rassismus‹ eingebettet ist, wird die Maschinerie der Menschenrechtskommission in Gang setzen«.

Dr. Paul Cameron, landesweit anerkannter Gegner der Schwulenrechte, traf kürzlich Vorbereitungen für eine öffentliche Vorlesung in Kanada, auf der der homosexuelle Lebensstil kritisiert werden sollte. Als er an der Grenze eintraf, wurden die Kisten mit Büchern und Literatur, die er mitgebracht hatte, beschlagnahmt. Ihm wurde mitgeteilt, es sei in Kanada gesetzwidrig, Homosexuelle öffentlich zu demütigen.

Das Christentum als »schädliches Saatbett«

Jetzt, wo die »Anti-Haß«-Gesetzgebung vor den amerikanischen Kongreß geht, legen die Medien wie nie zuvor ihren Schwerpunkt auf rassisch bedingte Gewalttaten, wobei die Aryan Nations, der Klan und die Skinheads als Beispiele dessen angeführt werden, was die Gesellschaft ächten sollte. Und dennoch sind es alle Bürger, denkende Christen einer konservativen Gedankenrichtung, die Gefahr laufen, zum Stillschweigen verurteilt zu werden.

Während Schwule, Kommunisten, Abtreiber und radikale Feministen nicht als Menschen angesehen werden, die »hassen«, wird jede Art von »Anhängern des rechten Flügels« als Quelle von »verletzenden Worten« angesehen.

Tatsächlich wird das Christentum selbst unter die Lupe genommen. Ein weitverbreitetes neues Buch von James Coates mit dem Titel »Armed and Dangerous: The Rise of the Survivalist Right« beschuldigt das fundamentalistische Christentum, ein schädliches Saatbett zu sein, aus dem die Unduldsamkeit hervorgeht.

Das Buch spiegelt den weitverbreiteten Glauben wider, daß das Christentum durch seine Anklage, die Juden und deren Führer hätten hinter der Kreuzigung Christis gestanden, den Juden mehr »geistige Seelenqualen« bereitet als irgend etwas anderes in der Weltgeschichte. Obwohl er ein Extremist in der israelischen Politik ist, ist die Ansicht des Rabbis Meir Kahane ähnlich wie die von Coates:

»Ich habe nicht die geringste Sympathie für das Christentum oder Jesus. Als gläubiger Jude bin ich der Meinung, daß Jesus nicht nur nicht ›Gott‹, sondern daß er weder Messias noch Prophet ist. Für die Juden war er ein Gotteslästerer, einer, der die Thora als unveränderliches Gottesgesetz angriff und ein falscher Prophet und Ketzer war.

Eine Hölle im Namen Jesu

Was das Christentum betrifft, so ist dies ein Glaube, der im Namen Jesu 19 Jahrhunderte lang dem jüdischen Volk das Leben zur Hölle gemacht hat. In seinem Namen und im Namen Jesu wurden Millionen von Juden abgeschlachtet und die Qual des Lebens unter Christen kann mit all seinen Schrecken nicht ausreichend beschrieben werden.«

Coates behauptet, daß eine wörtliche Auslegung des Neuen Testaments die fundamentalistischen Christen den Juden feindlich gegenüberstelle. Daher hätte die Behauptung, daß die Kirche Israel »segnen« wolle, keine wirkliche Substanz.

Coates: »Der sich daraus ergebende ›Philosemitismus‹, der von vielen der religiösen Rechten zum Ausdruck gebracht wird, ist nicht viel beruhigender als der Antisemitismus, der sich

aus den Mäulern der survivalistischen Rechten erbricht ... Rabbi Alexander Schindler, Präsident der Union of American Hebrew Congegrations, sagte vor einer Versammlung in San Francisco Ende 1980, es sei ›kein Zufall, daß der Zulauf des christlichen Fundamentalismus des rechten Flügels mit dem schlimmsten Ausbruch von Antisemitismus seit Ausbruch des Zweiten Weltkrieges einhergegangen ist‹.«

Zu diesem Zeitpunkt sagt uns die ADL, daß wir Anti-Haß-Gesetze brauchen, um die Schwarzen vor den Weißen, die Schwulen vor den Normalen, die Juden vor den Nazis zu beschützen. Viele befürchten, daß das, was diese Leute in Wirklichkeit wollen, ein Gesetz ist, mit dem die historische Behauptung der Christen, die Juden hätten hinter der Kreuzigung Christis gestanden und die Juden müßten ihn jetzt als Retter anerkennen, um der Verdammnis zu entgehen, für immer zum Schweigen gebracht werden soll.

Wenn erst einmal eine breite Anti-Haß-Gesetzgebung, die jede Kritik an »identifizierbaren Gruppen« verbietet, unter Dach und Fach ist, dann wird es nur noch eine geringfügige Angelegenheit sein, die Menschheit und besonders den amerikanischen Kongreß davon zu überzeugen, daß diese elementare »Gruppenverleumdung« verboten werden sollte.

Die ADL als Schiedsstelle

Ein Hauptgrund, warum diese Gesetzgebung so gefährlich ist, muß darin gesehen werden, daß »Vorurteile«, der Zustand, gegen den sie sich zu wenden vorgibt, ein äußerst zweideutiger Begriff ist. Zum Beispiel würde ein Pfarrer nicht denken, es sei eine Form von Vorurteil, einen Homosexuellen vor seinem außenseiterischen Lebensstil zu warnen. Und doch würden Gruppen, die für die Rechte der Schwulen eintreten, und die ADL das tun.

Wessen Auslegung des Begriffs Vorurteil würde die Regierung folgen, wenn diese Gesetzesvorschläge rechtskräftig würden?

Die Erklärung der ADL vor dem US-Kongreß macht deutlich, daß diese die landesweite Akzeptanz ihrer Auslegungen stark vorantreibt. Die ADL hätte gerne, daß bundesgesetzliche Definitionen des Begriffs »Vorurteile« sich nach dem Standpunkt der ADL richten; das Vollstreckungspersonal sollte bei der Abfassung von Berichten über strafrechtliche Ermittlungen die Auslegung von Vorurteilen der ADL überlassen; das Vollstreckungspersonal sollte sich der von der ADL geleiteten Ausbildung zur Förderung der Empfindungsfähigkeit unterziehen, so daß sie den Auslegungen von Vorurteilen seitens der ADL folgen können.

Ermittlungsbeamten sollte gestattet werden, vor der Verhandlung zu bestimmen, ob der Beschuldigte von Vorurteilen motiviert wird. Diese würde die örtliche Polizei, unterstützt durch die ADL, zu einer Art vorläufiger Jury machen, unterstützt durch die Richtlinien der ADL, die ihre Meinung zu Angelegenheiten erteilt, die sonst Psychologen zugewiesen werden.

Polizeistaatliches System der Ausspionierung

Diese Gesetzgebung ist eindeutig eine willkommene Gelegenheit für die ADL, amerikanische Staatsbürger einzuschüchtern und zu manipulieren. Wie schon gesagt, hat die ADL auf die kanadische Regierung einen unablässigen Druck ausgeübt, um »Gruppen-Verleumdung« außerhalb des Gesetzes zu stellen. Sie hatten damit Erfolg, und nun ist es in Kanada ungesetzlich, die Homosexualität öffentlich zu rügen.

In Amerika arbeitet die ADL sogar noch intensiver an dieser Sache. Ihre Absicht ist es anfangs nicht, die freie Meinungsäußerung völlig zu beseitigen, sondern die Bürger davon zu überzeugen, daß gewisse Redeformen strafrechtlich geahndet werden können, ohne der Freiheit der Meinungsäußerung im allgemeinen Gewalt anzutun.

Unglaublich, trotz ihrer orwellianischen Überspitzung wurde dieser Gesetzgebung wenig nennenswerter Widerstand entgegengesetzt. Wenige erkennen sie als das Fundament, auf dem ein polizeistaatliches System der Ausspionierung und der Zensur aufgebaut werden kann. □



Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

CHEFREDAKTEUR: Ekkehard Franke-Gricksch.

DEUTSCHE REDAKTION: Gunther Burkhardt, Nicole Franke-Gricksch (Medizin), Heinz H. Schwan.

INTERNATIONALE REDAKTION: Afrika: Ivor Benson; Argentinien: Dr. Walter Beveraggi Allende; Europäische Gemeinschaft: Oscar Boline; Freies China: Joseph Yu-jui Ku; Großbritannien: C. Gordon Tether; Kanada: Patrick Walsh; Mexiko: Arturo Ramirez; USA: Charles Cooper, George Nicholas, Alec de Montmorency; Zentralamerika: Moises D. J. Ulloa Durate.
Die Mitarbeiter der internationalen Redaktion gehören dem Redaktionsteam der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight«, Washington, an.

NAHOST-REDAKTION: Victor Marchetti, Mark Lane.

Die Mitarbeiter der Nahost-Redaktion sind Herausgeber des Informationsdienstes »New American View«, Washington.

LAYOUT: Grafik Design Team, Reutlingen.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight«, einer wöchentlich erscheinenden populistischen Zeitschrift aus Washington. »The Spotlight« wird herausgegeben von der Cordite Fidelity Inc., 300 Independence Ave. SE, Washington, D. C. 20003, USA.

CODE hat eine weitere Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Newsletter »New American View«, einem Informations- und Nachrichtendienst. »New American View« wird herausgegeben von Victor Marchetti und Mark Lane, 132 Third St. SE, Washington, D. C., 20003, USA.

CODE kostet als Einzelheft DM 7,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 72,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementspreis für das Ausland beträgt jährlich DM 72,– zuzüglich DM 15,– Versandkosten für den einfachen Postweg.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

CODE erscheint monatlich jeweils am letzten Mittwoch des Vormonats.
Vertrieb Handel im In- und Ausland; Verlagsunion, Friedrich-Bergius-Straße 20, Postfach 5707, D-6200 Wiesbaden, Telefon (0 61 21) 2 66-0, Telex 4 186 116.

Gesamtherstellung: Greiserdruck, Karlsruher Straße 22, D-7550 Rastatt.

Verlag Diagnosen GdbR, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11.

ISSN 0932-3473

Die nächste Ausgabe der Zeitschrift CODE erhalten Sie am 26. Juli 1989 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler. Sollte er CODE nicht führen, dann fragen Sie Ihren Zeitschriftenhändler danach und bitten Sie ihn, daß er Ihnen die Zeitschrift besorgt.

Zionismus

Ein trauriger Fehlschlag

Mark Lane

In einem Artikel in der Zeitschrift »Congress Monthly«, einem Organ des American Jewish Congress, schreibt Richard Webster, Professor für Geschichte an der University of California in Berkeley: »Der Zionismus ist als nationale Sache der Juden dahingeschwunden und damit einhergehend hat Israel aufgehört, die jungen jüdischen Pioniere anzulocken.«

Richard Webster fragt in seinem Artikel: »Warum nicht hier und in Israel anerkennen, daß wir alle in einem nach-zionistischen Zeitalter leben?« Laut Webster »hat der endgültige Test des Zionismus, als Programm, bereits stattgefunden, ohne daß wir uns dessen völlig bewußt geworden sind« – und es war ein trauriger Fehlschlag.

Solche Ideen scheinen veraltet und irreal

Webster glaubt, daß der Test unmittelbar nach dem Zeitpunkt stattfand, als Israel siegreich aus dem Sechs-Tage-Krieg vom Juni 1967 hervorging, als die israelischen Zionisten zur Annektion und Besiedlung des Gazastreifens und der West Bank aufriefen. Die führenden Verfechter dieser Politik, Gush Emunim – die Land-Israel-Bewegung – seien sich sehr wohl über die demographischen Probleme, die solch ein Unternehmen aufwerfen würde, im klaren gewesen. Aber sie wußten, daß, falls »der Staat, das Land und das Volk nicht mit einem dreifachen Faden zusammengebunden würden«, die großartigen Ziele des Zionismus niemals erreicht werden könnten.

Ohne eine massive Einwanderung von Juden nach Israel würden die Kämpfe und Ansprüche, ja das eigentliche Wesen des Zionismus, wie ein grausamer Witz aussehen, schreibt Webster. Aber das erhoffte Hineinströmen von Juden fand niemals statt, und jetzt, eine Generation später, bemerkt er, »erscheinen solche Ideen veraltet und irreal«. Es ist Zeit, sich mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß der zionistische Gedanke tot ist.



Unter den Teilnehmern des 6. Zionistenkongresses 1903 sitzt Theodor Herzl (zweite Reihe mit gekreuzten Armen), Begründer des politischen Zionismus.

Das ist harter Tobak. Hätte dies ein Nichtjude geschrieben und in einer nichtjüdischen Zeitung veröffentlicht, dann wäre diese Aussage wahrscheinlich als israel-feindlich und antisemitisch verdammt worden. Aber dieser Artikel hat die Druckerlaubnis des makellosen American Jewish Congress, und die Arbeit des Verfassers beruht ausschließlich auf den Werken jüdischer Gelehrter und Historiker.

Webster beruft sich stark auf Boaz Evrons hebräisches Werk von 1988 »A National Reckoning«, das noch auf Englisch herausgebracht werden muß – entweder in Israel oder anderswo.

Ein Abweichen von der jüdischen Geschichte

Angesichts dessen, was Evron zu sagen hat, wird sein Schlüsselwerk in der englischsprechenden Welt vielleicht nie das Tageslicht erblicken.

Laut Webster greift Evron die zionistische Doktrin an ihrer schwächsten Stelle an. Er argumentiere dahingehend, daß die jüdische Weltgemeinde, von der Zeit der Zerstörung des Zweiten Tempels an bis zum 19. Jahrhundert, keine Nation im Exil darstelle, wie die Zionisten behaupten. Die jüdische rabbinische Tradition sei entweder unnational oder gegen die nationale politische Aktion gewesen, die rabbinische Herrschaft über die jüdischen Gemeinden in der ganzen Welt sei kein Ersatz für einen jüdischen Staat, sondern vielmehr der Weg, eine selbstabgesonderte sektiererische Existenz aufrechtzuerhalten, die gewollt, aber auch notwendigerweise unpolitisch war.

Evron versichert, daß der Zionismus nur wegen der Erfahrung der Juden in Osteuropa aufsteigen konnte, wo die jüdische Gemeinde vom 18. bis ins 20. Jahrhundert eine einzigartige nationale Form entwickelte. Dort wurden die Juden zu einer demographischen Masse, zu einer regionalen Zusammenballung und zu einer kulturell charakteristischen Eigentümlichkeit, die in embryonaler Form die Anfänge einer echten modernen Nation in sich bargen. Dies sei in der Tat ein Abweichen von der jüdischen Geschichte gewesen und habe schmerzvoll, durch die zionistische Idee, zum Aufstieg einer modernen hebräisch sprechenden Nation im arabischen Palästina geführt.

Aber, so argumentiert Evron, die Gründung eines jüdischen territorialen Volksstaates in Palästina erfordere eine neue Identität. Er müsse nicht nur mit der weltweiten jüdischen Gemeinde brechen, sondern auch die zu klein gewordene zionistische Schale abwerfen.

Abhängig von den Geldbörsen der USA

Der Staat Israel könne nicht seinen eigenen Bürgern dienen und gleichzeitig für die psychischen und religiösen Bedürfnisse einer weit zerstreuten jüdischen Weltgemeinde verantwortlich sein.

Evron macht die starke Einwanderungswelle von Juden aus der moslemischen Welt dafür verantwortlich, das Wachstum eines echten modernen israelischen Bewußtseins in fataler Weise zu verzögern. Da diese Einwanderer die Konzeption eines modernen Volksstaats nicht verstehen konnten, fiel die junge israelische Regierung auf den groben religiösen Traditionalismus zurück, um die Loyalität der Einwanderer zu bewahren.

Ein weiterer Verzögerungsfaktor sei Israels fast völlige Abhängigkeit von den USA und der westlichen Welt wegen finanzieller und militärischer Unterstützung. Um die Geldbörsen des westlichen Judentums offenzuhalten, betonte die neue Regierung ihre jüdische Identität zu einem Zeitpunkt, als sie versuchte, eine wachsende arabische Bevölkerung zu absorbieren. Und all dies wurde dem ursprünglichen Zionismus des emporkommenden Staates aufgeladen.

Das Reinergebnis aller dieser Dinge sei ein verwirrter, ja sogar schizophrener Staat, der die Bedürfnisse oder Wünsche keiner der teilnehmenden Volksgruppen wirklich befriedigt. Darüber hinaus, meint Evron, habe der Zionismus oder das, was von ihm übrig blieb, denen nichts zu bieten, die von der jungen Nation am dringendsten benötigt werden – westliche Juden, die aber ganz gut in ihre gegenwärtigen Gesellschaften hineinpassen. □

Zitate

Deutschland

Zbigniew Brzezinski, früherer Sicherheitsberater des US-Präsidenten Jimmy Carter und Vorstandsmitglied der Trilateralen Kommission: »Wie viele Amerikaner bewundere ich Deutsche so sehr, daß ich lieber zwei deutsche Staaten als einen hätte. Natürlich ist meine Ansicht etwas durch meine polnische Herkunft beeinflußt. Das leugne ich nicht. Ich glaube allerdings, daß in dieser Frage eine weitgehende Annäherung zwischen den Ansichten in Polen und denen in Frankreich, Amerika und anderswo besteht.«

Viertes Reich

Richard W. Judi, Europa-Experte des Hudson-Instituts: »Im Zuge der schwindenden Konfrontation zwischen Nato und Ostblock werden die wirtschaftlichen Verflechtungen in Europa an Bedeutung gewinnen. Dabei wird die Bundesrepublik ihre wirtschaftliche Vormachtstellung zweifellos ausbauen – auf einer westeuropäischen Schiene und auf einer osteuropäischen.«

Politik

Roger Peyrefitte, französischer Schriftsteller: »In der Politik wird Ratlosigkeit oft mit Geduld verwechselt.«

Bonn

Helmut Kohl, Bundeskanzler: »Daß sich in den Büschen der eine oder andere regt und denkt, die Zeit sei gekommen, das gehört zur Politik. Ich habe Sterne kommen und gehen sehen in großer Zahl.«

Liberalismus

Ernst Jünger, Schriftsteller: »Der Liberalismus, auf seine äußersten Grenzen getrieben, öffnet dem Mörder die Tür. Das ist ein Gesetz.«

Ehe

Elisabeth Motschmann, evangelische Theologin: »Düstere Prognosen bestimmen das Bild von der Ehe in der Bundesrepublik Deutschland. Es gibt mehr zerbrochene als heile Ehen, wenn man die statistisch nicht erfaßten Trennungen zur Scheidungsrate hinzurechnet. Heute geht man davon aus, daß jede dritte Ehe geschieden wird, im Jahr 2000 werden es nach wissenschaftlichen Studien rund 85 Prozent sein.«

Fernsehen

Ulrich Kienzle, Chefredakteur Fernsehen von Radio Bremen: »Wenn die damals schon die Möglichkeit gehabt hätten, dann wäre auch die Kreuzigung Jesu live übertragen worden.«

Zukunft

Peter Scholl-Latour, Journalist: »Das 21. Jahrhundert wird entweder religiös oder es wird überhaupt nicht stattfinden. Schon jetzt leben wir in einem Jahrhundert des Mythos.«

Multikulturell

Wolfgang Schäuble, Bundesinnenminister: »Wir sollten die Unterschiede zwischen den Nationen nicht verwischen. So, wie ein Franzose seine nationale Zugehörigkeit nicht ablegen will, können wir Deutsche es auch nicht. Manche möchten auf diese Weise die Verantwortung für unsere Vergangenheit loswerden. Es ist nicht legitim, unsere Vergangenheit für tagespolitische Auseinandersetzungen zu instrumentalisieren. Das hat freilich nichts damit zu tun, daß wir mit Menschen anderer Nationalität zusammenleben. Wir sind ausländerfreundlich. Damit das so bleibt, müssen wir das Notwendige behutsam, aber rechtzeitig tun, um nicht Kräfte zu stärken, die eine andere Entwicklung einleiten wollen.«

Polen

Lech Walesa, Führer der Gewerkschaft Solidarität: »Ich denke, daß wir hier in Polen gar nicht genau wissen, was Kommunismus eigentlich heißt. Wir haben Kommunismus lange Zeit mit Stalin identifiziert. Dann stellte sich heraus, daß Stalin der größte Bandit aller Zeiten war und sein Kommunismus kein Modell sein konnte. Später haben wir dann Kommunismus mit Chruschtschow und Breschnew identifiziert, und auch dies stellte sich als Reinfall heraus. Jetzt identifizieren wir Kommunismus mit Gorbatschow. Doch wer weiß, was in zwanzig Jahren sein wird. Ich wünsche, Gorbatschow und seinen Reformen das Beste. Aber immer noch wissen wir nicht genau, was Kommunismus in letzter Konsequenz beinhaltet. Hingegen wissen wir sehr genau, welche politischen und wirtschaftlichen Modelle sich in Europa, in der Welt bewährt haben, und auf sie müssen wir zurückgreifen anstatt abgewirtschaftete Ideologien und Konzeptionen zu ›reformieren‹ versuchen. Darin liegt hier in Polen unsere Chance.«

Verfassungsschutz

Peter Frisch, Vizepräsident des Bundesverfassungsschutzamtes: »Wenn man die Zahl der Beschäftigten nimmt, die bei uns mit der Aufklärung des Rechtsextremismus beauftragt sind, und setzt sie ins Verhältnis zu der Zahl der Beschäftigten, die sich mit dem Linksextremismus befassen, und vergleicht das mit der Stärke der entsprechenden Bestrebungen, so wenden wir im rechtsextremistischen Bereich weitaus mehr Personal auf. Ich halte das allerdings aufgrund unserer Geschichte nicht nur für berechtigt, sondern für geboten.«

Wahlen

Vladimir Bukowski, sowjetischer Emigrant: »Wahlen, die sich in El Salvador unter den gleichen Umständen abgespielt hätten, würden einen internationalen Skandal ausgelöst haben. Tatsächlich wurde alles unternommen, damit der Ausdruck des Willens des Volkes die Struktur der Macht nicht beeinflussen konnte, ob es um die Vorauswahl der Kandidaten oder um deren Registrierung ging . . . In dem Maße, in dem es dem Volk vorenthalten wird, auf parlamentarischem Weg am Entscheidungsprozeß teilzunehmen . . . muß man darauf gefaßt sein, daß es sich auf außerparlamentarische Weise artikulieren wird . . . Es ist eine finstere Aussicht, die von der sowjetischen Regierung sehr wohl vorausgesehen wurde, da diese im letzten Sommer eine Reihe gesetzgeberischer Maßnahmen ergriff, die eine Einführung des Notstandes vorbereiten . . . Der Notstand reduziert sich nicht einfach auf die chilenische Form mit Panzern auf den Straßen und Plätzen. Er bedeutet gleichermaßen die Aktivierung des KGB . . . Indem man die Basis der gegenwärtigen Oppositionsbewegung auf etwa zehn Millionen veranschlagt – alle Formen: nationale Bewegung und informelle Gruppen –, wäre es erstaunlich, wenn es 1990 und 1991 nicht ungefähr 50 000 Häftlinge oder 50 000 Leichen geben würde.«

Bittsteller

Sir Geoffrey Howe, britischer Außenminister: »Präsident Gorbatschow muß sich auf eine gewaltige Herausforderung gefaßt machen, wenn er die sowjetische Wirtschaft wieder in Gang bringen und Regale der Geschäfte mit Waren füllen will, die die Bevölkerung haben möchte. Die Sowjetunion ist der Bittsteller in den Ost-West-Beziehungen, wohingegen der Westen aus seiner Stärke heraus die Agenda bestimmen kann. Das wirtschaftliche und politische System des Westens wirkt wie ein Magnet auf die Länder Osteuropas und verstärkt für sie den Druck, unseren Errungenschaften nachzueifern und zu versuchen, einen Wettbewerb nach unseren Bedingungen zu führen. Angesichts des Jahres 1992 ist den Russen zudem bewußt, daß eine Brücke zu Europa geschlagen werden muß, wenn die Sowjetunion nicht noch weiter gegenüber dem wirtschaftlichen und technischen Fortschritt Westeuropas abfallen soll.« □



Gegen das Flachdenken der Lernmedizin

Günter Carl Stahlkopf

Seit Hippokrates ist Krankheit nicht mehr Laune oder Strafe erzürnter Götter, sondern Naturgeschehen. Die Medizin gilt als zu erlernende Heilkunde. Dennoch findet sich nicht selten der Ausdruck Heilkunst. Kunst kann man nicht ganz erlernen. Der Nachteil unserer heutigen naturwissenschaftlichen Medizin ist, daß sie alle Krankheiten nur symptomatisch und nie ursächlich therapieren kann. Es ist das Verdienst von Günter Carl Stahlkopf, daß er dieses Grundfundament für eine kausale Regenerations-Ganzheits-Therapie nach seinen Erkenntnissen aufgebaut hat, weil man nur so zu echten schädigungsfreien Kausal-Ausheilungen kommen kann.

Als Biologe glaube ich, für die Zelltätigkeit im allgemeinen ein besonderes Verständnis zu haben. Nach Professor Eppinger ist nämlich jede Zelle eine kleine Batterie, die nur bioelektrisch begriffen werden kann, und damit ist nicht nur die Biochemie zur Erforschung derselben aufgerufen, sondern auch die Biophysik.

Nicht Erreger sind die Ursachen

Danach ist das Leben vitalistisch aufzufassen, bioelektrisch, und der Biotonus dürfte nicht nur die Ausstrahlung der Zellsumme zustande bringen, sondern vom individuellen Ich, von der Seele aus kommen.

Chirurg A. Bier sagte, das Wesen der Seele sei die Belebung, und von dort kommen auch alle den Körper verändernden Ursachen. Das übliche akausale »Flachdenken« der Schulmedizin bringt hier nichts. Nicht die verschiedenen Erreger sind die Ursachen der Krankheiten. Diese sind nur der Nährboden, auf denen die »Keime« wohl als Indikatoren, aber nicht als Initiatoren wirken können.

Die Ordnungsgesetze der Immunität hängen nicht von den Bakterien ab, sondern diese umgekehrt von der Immunlage. Krankheit ist daher nicht ein Mangel an Immunität, sondern diese selbst, sie ist kein Feind, sondern ein Freund, der zeigt, was »fehlt«.

Der Biologe Günter Carl Stahlkopf hat nach seinen Erkenntnissen die Grundlagen der kausalen Regenerations-Therapie aufgebaut.

Was das Leben wirklich ist, wissen wir nicht, aber es ist unlogisch gedacht, wenn wir annehmen, alle Funktionen kämen nur aus einem bestimmten Substrat. Dieses muß danach erst vorhanden sein, bevor es funktionieren kann.

Ergo muß zuerst Energie vorhanden sein, die sich aus Wellen zu Teilchen verdichtet, und so aus Kraft den Stoff aufbaut – die Anthroposophen sprechen von Bildekräften.

Die Virchow'sche Zellular-Pathologie glaubt in der Zelle die letzte Lebenseinheit gefunden zu haben. Aber jetzt glaubt man mehr an die Molekular-Biologie, an die Atome und Moleküle beziehungsweise Biophotonen, die nach Popp bioelektrische Signale setzen.

Der Iskador-Apostel Rudolf Steiner spricht von einem Ätherleib, der im Schlaf vorherrscht und einem Astralleib – korrespondierend mit der Gestirnstrahlung –, der den Wachzustand, die Aktivität bestimmt.

Die Akupunkteure glauben seit Urzeiten an die vitalistische Lebensladung Chi, die in den zwölf Meridianen fließt.

Auch Trincher räumt dem Leben eine naturwissenschaftliche Sonderstellung ein, und wehrt sich gegen den Reduktionismus von Eigen und Prigogine – beide Nobelpreispräger –, die das Leben auf materialistische Grundlagen reduzieren wollen.

Das Primäre ist der seelisch-geistige Energiepool

Das Primäre ist eben nicht der chemisch-physikalische Bereich, sondern der seelisch-geistige Energiepool, aus dem verschiedene ordnende, metaphysisch gestaltende, vernünftige Impulse strömen.

Niehans überträgt mit seiner Zellular-Therapie wohl auch Lebensladungen, aber nur geliehene, und Pischinger komplettiert seine drei Pole: Zelle, Humores und Nerv durch den Begriff Grundsystem, der natürlich die regulierende Energie bedeutet.

Die Zelle ist außen positiv und innen negativ geladen. Die Mitochondrien, die Kerne mit ihrem Chromatin und den Nukleinsäuren sowie ihren Folgeprodukten, der Harnsäure aus den zellreichen Innereien, der Oxalsäure und vielen anderen organischen Säuren, zeigen, mit der Wheatstone'schen Brücke gemessen deutliche Negativität, die gesteigert zur Mitose führt.

Bei der Messung des Wirkungsmechanismus mit der Mikroabgreifelektrode ist nicht einmal ein direkter Kontakt mit der Substanzlösung nötig, weil ähnlich der Voll'schen Medikamententestung auch eine Fernwirkung möglich ist. Der Widerstand entspricht dabei dem Vagustonus und die Kapazität dem Sympathikustonus.

Mit der Mikroelektrode kann so auch die Reaktionslage, die Konstitution des Patienten bestimmt werden, von der die Verträglichkeit und die Ansprechbarkeit auf Heilreize abhängt.

Vagotoniker reagieren, wenn nicht gegenreguliert, total entgegengesetzt wie die Sympathikotoniker.

Furchtbar schwer ist es natürlich, Skeptiker von der Heilwir-

kung der Homöopathie zu überzeugen, wenn sie zum Beispiel argumentieren: »Wie kann denn ein Mittel in immer kleinerer Dosis immer mehr wirken? Das wäre ja so, wie wenn einer durch Verluste an der Börse immer reicher würde. Außerdem können in Hochpotenzen bei D 23 gar keine wirksamen Atome mehr vorhanden sein.«

Der Geist der Arznei

Hahnemann sprach aber seinerzeit vom »Geist der Arznei« und von ihren »Miasmen«. Kellner meint, wir sollten uns von der materiellen Therapie lösen, und mehr der homöopathischen Regulations-Therapie nachstreben.

Nach Becker und Wentworth geben kürzere Wellenlängen höhere Energie ab, weil durch einen Rücksprung auf ein niedrigeres Energieniveau ein angeregtes Atom Energie emittiert und so »absorbiert«, wodurch eine Spektrallinie entsteht.

Photosynthese ist die Umsetzung von Wellenenergie in chemische, weshalb Weinbauern klagen, wenn zu wenig Sonne die Trauben sauer bleiben läßt.

Das homöopathische Prinzip ist besonders in Kombination wirksam, und so habe ich mich seinerzeit auch für die Komplex-Homöopathie von Sauer in Genf interessiert, die heute nicht mehr existiert.

Die Zusammenarbeit mit der Geobiologie Hartmanns zeigt, daß nicht nur stoffliche Wirkungen angenommen werden, sondern auch submolekulare wie Erdstrahlen. Auch die oligodynamischen Metallwirkungen können nicht nur durch Kontakt erklärt werden, sondern auch durch Strahlungen.

Durch die »Potenzierung« steigen wir hinab zu den »Müttern«, wie Goethe sagte, von der materiellen Welt in die energetische, wo selbst das Elektron noch extra einen wellenwirksamen Spin hat.

Auf die Äquivalenz von Wellen und Teilchen hat besonders unser Nobelpreisträger E. Schrödinger hingewiesen. Seine Wellenmechanik erklärt, wieso eine Wirkung auch dann vorhanden sein kann, wenn keine Korpuskeln, sondern nur mehr Wellen in den Verdünnungen aktiv sind.

Eine atomenergetische Erklärung der Potenzierungsvorgänge gibt auch H. Jung. Nach diesem Heilerdeforscher erzeugt eine immer weitere Verdünnung eine immer höhere Oberflächenspannung. Ein Würfel mit einem Zentimeter Kantenlänge hat nämlich eine Oberfläche von sechs Quadratzentimeter. Zerschneidet man ihn in acht kleinere Würfelchen, kommen wir zu einer Oberfläche von zwölf Quadratzentimeter.

Krankheit als Weg zur Gesundung

Je größer aber die Oberfläche, desto größer wird die Zahl der freien Ecken und Kanten und damit das Sorptionsvermögen, die wichtigste Eigenschaft der Kolloide. Adsorption und Absorption können sich überlagern, und ein Ion wird um so stärker sorbiert, je höher seine Wertigkeit, seine freie elektrische Ladung, und je weniger es hydratisiert ist. Wer wundert sich da noch über die Heilwirkung von Moorpackungen?

Nach Popp senden die Mitochondrien Biosignale aus, modulierte Schall- und Lichtwellen, worüber Gurwitsch als mitogenetische Strahlung schon vor über 20 Jahren berichtete.

Da die Homöopathie auch in der Tiermedizin wirksam ist, kann sie mit Suggestion oder Plazebo-Wirkung nichts zu tun haben.

Ich spreche darum immer wieder von der Entgiftung des Körpers, die angestrebt werden soll. Für mich bedeutet die Krise in einer Krankheit, daß das Ende der Krankheit angezeigt wird. Und was bedeutet das Wort »Ausscheidung« in meiner Therapie?

Der Körper stößt seine Stoffwechseltoxine ab, durch Blutungen, Menstruation, Erbrechen, Durchfall, Schweißausbrüche und Hautausschläge. Und so darf zum Beispiel Fieber, wenn es nicht zu hoch ist, durchaus nicht als Krankheit bezeichnet werden – es hilft, Gifte zu verbrennen und damit zu beseitigen.

Krankheit, wenn nicht zu schwer, ist für mich ein Weg zur Gesundung, zur Blut-, Lymph- und Gewebsreinigung, ein Heilbestreben. Da die Menschen aber nicht gleich sind, wird die Antwort des Körpers auf Heilreize verschieden ausfallen, je nachdem die Konstitution eine Schontherapie verlangt oder die Konstitution eine Reiztherapie.

Die Konsequenz aus dem Ausgeführten ist zwangsläufig, daß unsere heutige Medizin keine Prophylaxe gegen Krankheiten bieten kann. Es ist meiner Überzeugung nach eine Utopie zu glauben, daß wir mit Chemotherapeutika, deren Waffen gegen viele Infektionskrankheiten inzwischen stumpf geworden sind, sowie mit Immunsuppressiva, Hormontherapien und als letzte große Hoffnung mit Massenimpfungen gegen möglichst alle Krankheiten die immer größer werdenden Probleme der heutigen Medizin bewältigen können, weil sie mit diesen Maßnahmen immer neue Krankheiten schafft.

Das heißt, die Probleme werden damit immer größer statt kleiner. Diese Maßnahmen haben sich inzwischen schon als Bumerang erwiesen, weil diese Therapien den intra- und extrazellulären Stoffwechsel immer mehr in Richtung Zell-Latenz bis hin zur Entartung beeinflussen.

Völlig frei von Nebenwirkungen

Sind denn die zunehmenden chronischen und Krebs-Krankheiten zum Besipiel im Kindesalter nur auf Umwelteinflüsse zurückzuführen, oder haben sie nicht zwangsläufig ihre Ursache mit in medikamentösen Inweltvergiftungen?

Eine Therapie, die diese gravierende Lücke in der Schulmedizin zu schließen vermag, sehe ich aus meiner Erfahrung in der Therapie mit Regenaplexen, das sind nach molekular-biologischen, wissenschaftlichen Erkenntnissen von der kausalen Seite her weiter entwickelte homöopathische Komplexmittel, die völlig frei von Nebenwirkungen sind.

Im Sinne einer ganzheitlichen Ursachen- und Therapieschau aller Krankheiten bis hin zum Krebs, setzen wir diese Mittel mit großem Erfolg bei allen akuten und chronischen Krankheiten ein.

Für die Einmaligkeit und Richtigkeit dieser Therapie spricht, daß jeder Therapeut die Mittelwirkungen dieser homöopathischen Arzneien an sich und seinen Patienten reproduzierbar anwenden kann, und die Mittel ebenso wirksam sind in der Behandlung von Krankheiten bei Tieren und Pflanzen.

Diese Kriterien sind an alle Therapieformen der Schulmedizin und der vielen sogenannten Außenseitermethoden zu stellen, und daraus ergibt sich die Möglichkeit, sehr schnell die Spreu vom Weizen zu trennen.

Im Namen aller Kolleginnen und Kollegen unseres Regena-Therapie-Ärzte-Kreises appelliere ich bittend an alle objektiven und verantwortungsvollen Persönlichkeiten der Lehrmedizin:

Wo finden sich Klinikchefs aus den verschiedenen Fachgebieten wie Chirurgie, innere Medizin, Kinderheilkunde, Hautkrankheiten, Gynäkologie, Onkologie, Tierheilkunde, die über ihren eigenen Schatten springen wollen, um ihrem wissenschaftlichen Auftrag zur kausalen Wahrheitsfindung zu dienen, damit sie uns die Chance geben, daß die positiven Wirkungen dieser Therapie, die wir täglich vielfach erleben, von der Lehrmedizin objektiv getestet und anerkannt werden können?

Die Tatsache aber, daß eine ursächliche wirksame Prophylaxe und Therapie von Krankheiten billiger ist als die immer intensiver um sich greifende Symptom- und Reparaturmedizin in Richtung Rekonstruktion und Transplantation von Einzelteilen unseres Organismus, die einer humanen Medizin für den einzelnen Patienten nicht dient, und die unsere Gesundheitsmedizin schon aus Kostengründen zum baldigen Kollaps führen wird, gibt uns Hoffnung, daß wir auch von der etablierten Lehrmedizin über eine kürzere Zeit voll unterstützt werden, um weltweit zum Durchbruch zu kommen. □

Weitere Informationen über die Regena-Ganzheits-Regenerations-Therapie und über den Regena-Ärzte-Arbeitskreis mit den Anschriften der Mitglieder erhalten Sie von Günter Carl Stahlkopf. Seine Anschrift: Hof Bommerten, CH-9220 Bischofszell/TG.

Vertrauliches

B'nai B'rith Loge

Goldmedaille für Kardinal Franz König

Der ehemalige Bundespräsident von Österreich, Dr. Rudolf Kirchschläger, verlieh dem, wie er in der Laudatio sagte, »österreichischen Brückenbauer« Kardinal Franz König im Auftrag des Distriks Kontinental-Europa von B'nai B'rith im Einklang mit der Zwi-Perez-Chajes-Loge und der Maimonides-Loge zu Wien die Goldmedaille der B'nai B'rith-Loge. Der »Pontifex Austriacus«, wie König tituliert wurde, habe »Brücken des Glaubens zu den einzelnen Menschen« gebaut, »Brücken von der Kirche zum Staat«, »Brükken zu den anderen Nationen und zu den anderen christlichen Bekenntnissen«, »Brücken zum Judentum als unseren älteren Brüdern im Glauben« und König »baute auch Brücken zum Islam« und »zu den Nichtglaubenden«. □

Trilaterale Kommission

Forderungen an den US-Präsidenten

Mit einer direkten Reaktion auf geheime Forderungen der Trilateralen Kommission hat US-Präsident George Bush versprochen, Hunderte von Millionen Dollar amerikanischer Steuergelder freizugeben, um Polens Wirtschaft zu retten und die Interessen internationaler Banker zu schützen, bei denen Polen tief in der Kreide steht.

Polens Wirtschaft ist ein Trümmerhaufen, weil der Kommunismus ein fehlgeschlagenes System ist, da er über sieben Jahrzehnte hinweg bei keinem seiner Experimente erfolgreich war. Ohne Hilfeleistung von außen würde das gesamte Sowjetreich bald vor dem Zusammenbruch stehen. Mit westlichen Steuergeldern und Wirtschaftshilfe wird der Kommunismus bis weit in das nächste Jahrhundert hinein überleben.

Um noch mehr Schenkungen an kommunistische Länder politisch schmackhaft zu machen, orchestrierte die Trilaterale Kommission in Polen eine »Freiheits-Charade«. Zunächst reisten David Rockefeller und eine Delegation seiner Trilateralen nach Moskau, um dort vor einem freundlichen Michail Gorbatschow zu sprechen, wobei ihm »volle Eingliederung in die Weltwirtschaft« mit Mitgliedschaft in der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und anderen Kanälen für westliche Steuergelder versprochen wurde.

Kurz danach war Rockefeller mit einer Gruppe aus dem Council on Foreign Relations (CFR) in Warschau. Dort arrangierte er dann endgültig die »Freiheits-Charade«. Als Gegenleistung mußte Polen die Gewerkschaft Solidarität legalisieren, etwas, was es unter dem starken innenpolitischen Druck ohnehin hätte tun müssen.

Dann sollte Polen eine »Demokratie« mit »freien Wahlen« errichten. So wählten die Polen eine staatliche Gesetzgebung mit so etwas wie einen Senat und ein Repräsentantenhaus. Der Kommunistischen Partei werden nur 38 Prozent der Sitze im unteren Haus gewährleistet, so hieß es in den Zeitungen des Establishments. Aber kommunistische Koalitionsgruppen, zusammen mit der Partei selbst, wurden 62 Prozent dauerhafte Mehrheit garantiert. Die obere Kammer ist nicht in der Lage, Gesetze zu machen, daher wird die Kontrolle des Kreml über Polen trotz der »freien Wahlen« beibehalten.

Und doch sind sich die Internationalisten völlig sicher, daß der Vorwand der Freiheit ausreichen wird, daß die westlichen Industrienationen die Überweisungen von Krediten und Hilfsgelder vornehmen werden. Dies wird dann Polen die Zahlung von Zinsen auf seine gewaltigen Schulden an die internationalen Banker erleichtern.

So geschah es kaum eine Woche nach der Jahresversammlung der Trilateralen Kommission, daß Bush in den US-Bundesstaat Michigan reiste, um die jüngste Schenkung an Polen vor Amerikanern polnischer Abstammung anzukündigen: »Wir wollen die friedliche Entwicklung der Demokratie in Polen unterstützen. Wenn Polens Experiment gelingt, könnten andere Länder dem Beispiel folgen.«

Bush kündigte weiter an, er werde den amerikanischen Kongreß bitten, die amerikanischen Zölle für polnische Waren, die die US-Regierung auf bis zu 25 Millionen Dollar jährlich schätzt, zu senken. Er versprach auch neue Darlehen vom IWF an Polen zu unterstützen. Im Gespräch sind 300 Millionen Dollar vom IWF, gefolgt von 250 weiteren Millionen Dollar von der Weltbank.

Bush sagte, seine Regierung werde amerikanische Firmen dazu ermutigen, Geld in Polen zu investieren und mehr private Darlehen durch Handelsbanken zu gewähren, dadurch, daß der Overseas Private Investment Corporation, ein US-Bundesprogramm, das private Anleger gegen politische Risiken bei überseeischen Kapitalanlagen versichert, die Genehmigung erteilt wird, in Polen tätig zu werden. Dies wird im kommunistischen Polen mehr Arbeitsplätze und Steuereinnahmen schaffen, mit dem Ergebnis, daß in Amerika Arbeitsplätze in der Produktion verlorengehen.

George Bush ist selbst langjähriges Mitglied der Trilateralen Kommission, wie es US-Präsident Jimmy Carter auch war. Präsident Ford war Mitglied der Schwestergruppe der Trilateralen, der Bilderberger-Gruppe. Beide Gruppen und der CFR haben eine ineinandergreifende Führung und jede von ihnen tritt in jedem Jahr einmal hinter verschlossenen Türen zusammen, um ihre globalen Strategien festzulegen. □

Südwestafrika

Zweifel an den Vereinbarungen

Der südafrikanische Außenminister Pik Botha erhob Anklage darüber, daß nationalistische Guerillas eine Feuereinstellungs-Vereinbarung verletzt haben und drohte damit, eine UNO-Streitmacht auszuweisen, die gerade erst begonnen hat, den Übergang zur Unabhängigkeit für das Gebiet, einst als Südwestafrika bekannt, zu überwachen.

Botha stellte fest, daß bis zu 60 Guerillas ungeachtet eines von der UNO befürworteten Waffenstillstands von Angola aus nach Namibia eingedrungen sind und der Polizei an der Grenze Feuergefechte geliefert haben. 38 Rebellen und zwei namibische Polizeibeamte seien getötet worden. Der UN-Generalsekretär Javier Pérez du Cuéllar ordnete eine sofortige Untersuchung des Vorfalls an.

Seitdem kam es zum heftigsten Feuergefecht seit Jahren zwischen südafrikanischen Streitkräften und Guerillas der South West African People's Organization (SWAPO).

Ein Schreiben von Botha wurde Pérez de Cuéllar zugestellt, in dem behauptet wird, daß schwer bewaffnete Guerilla-Einheiten der SWAPO, unterstützt durch kubanische Streitkräfte, an der Grenze zwischen Angola und Nambia konzentriert werden.

Laut Botha sind seit dem 1. April, dem ersten Tag des Inkrafttretens der Angola-Namibia-Vereinbarungen, 4500 SWAPO-Soldaten in einer Zone im südlichen Angola ausgeschwärmt. Botha erhob Anklage darüber, daß die Verletzung der Feuereinstellungs-Vereinbarung durch die SWAPO spätestens am 21. März begonnen hatte, als die Panzereinheiten nach Süden in Stellung rollten, in Stützpunkte innerhalb von 29 Meilen bis zur namibischen Grenze.

Mittlerweile haben Vertreter afrikanischer Staaten die Vereinten Nationen wegen ihrer Stümperei in den ersten Stadien der Unabhängigkeitsbemühungen verurteilt. Die afrikanischen Staaten beschweren sich darüber, daß der UN-Verwalter Martti Ahtisaari einen schweren Fehler begangen habe, indem er den südafrikanischen Soldaten erlaubt habe, ihre Stützpunkte im nördlichen Namibia zu verlassen, um in das Land von An-

gola aus eindringende SWAPO-Streitkräfte anzugreifen. □

Südafrika

Neues Mineral entdeckt

Wissenschaftler der Universität Kapstadt unter der Leitung des Geologen Dr. John Moore haben ein äußerst seltenes neues Mineral entdeckt und registriert. Das Mineral wird als »Werdingit« bezeichnet. Der Name geht auf einen bekannten deutschen Hochschullehrer zurück. □

Sudan

Überfälle auf Hilfskolonnen

Gangsterbanden greifen immer häufiger Fahrzeugkolonnen der Vereinten Nationen an, die Nahrungsmittel zur Hungerbekämpfung in die von Rebellen besetzten Gebiete des südlichen Sudan bringen und zwingen sie nach Kenia zurückzukehren. Immer wieder werden Lastkraftwagen in die Luft gesprengt und kenianische Fahrer verwundet.

Mit der von den Vereinten Nationen geleiteten Hilfsoperationen wird beabsichtigt, 170 000 Tonnen Nahrungsmittel in den südlichen Sudan zu transportieren, um die Hungersnot unter den zwei Millionen Sudanesen zu lindern, von denen schätzungsweise 100 000 ohne Nahrungsmittelhilfe voraussichtlich in diesem Jahr sterben werden.

Im vergangenen Jahr starben mindestens 250 000 Zivilisten an Hunger. Hilfsdienstleistende machen den Bürgerkrieg, in dem christliche animistische Rebellen im Süden gegen die überwiegend moslemischen Einwohner im Norden des Landes aufeinanderstoßen, für die Behinderung der Lebensmittellieferungen verantwortlich. Im Augenblick werden Luftbrücken mit Nahrungsmitteln von Kenia, Uganda und Khartum aus durch die Welthungerhilfe, das Internationale Rote Kreuz und den Lutherischen Welthilfsdienst durchgeführt. Der Nahrungsmitteltransport kostete bisher 133 Millionen Dollar. □

Indien

Kissinger sagt weltweite Rolle voraus

»Die Nachrichtenmeldung: ›Kissinger sieht mächtiges Indien‹ ist eine zeitlich angemessene und realistische Darstellung unseres Schicksals«, schrieb ein gewisser Prem Chand aus New Delhi an den Herausgeber der »Hindustan Times«.

Kissinger hatte der Zeitung ein Interview gewährt, in dem er für Indien für die Zukunft eine »weltweite Rolle« voraussagte.

Der Briefschreiber Chand führt alle Wunder Indiens auf: »In nur einer einzigen Generation, seitdem wir unsere Unabhängigkeit erreichten, haben wir ein mächtiges Fundament für die Industrialisierung aufgebaut. [200] Staudämme gebaut, um uns in der Ernährung autark zu machen, und wir schreiten in der Kernkraft- und Raumfahrttechnologie voran.«

Aber dann kommt der Haken: »Unsere unkontrolliert gedeihende Bevölkerung bleibt unsere Achillesferse. Falls unsere Politiker keine Einigung darüber erzielen können, diese Frage nicht zur Betreibung von Wahlpropaganda zu benutzen, wird unser unkontrolliertes Bevölkerungswachstum alle Wälder, das ganze Wildleben zerstören und dann unsere demokratische Institution verschlingen sowie alle unsere Errungenschaften auf Null setzen. Überzeugung allein hat auf dieser Front versagt. Wir müssen jetzt ein Gesetz verabschieden, das die Registrierung von Eheschließungen zur Pflicht macht und die Zeugung von mehr als drei Kindern zur Straftat erklärt.«

Kissinger bekräftigte in seinem Interview das indische Atomkraft-Programm und stellte zu Indiens Ablehnung des Nuclear Non-Proliferation Treaty (Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen) fest: »Wenn ich Indiens Premierminister wäre, dann könnte ich die Gründe verstehen, die Indien dazu veranlassen, diese Haltung einzunehmen. Ich glaube nicht, daß dies ein grundlegender Zankapfel zwischen den Vereinigten Staaten und Indien werden wird.«

Kissinger sagte, Indien werde in nächster Zukunft zu einer der fünf führenden Mächte der Welt und zum stärksten Land in Südasien aufsteigen. Aber es gibt laut Kissinger keine derartige Zukunft für Pakistan. Obwohl Indien meint, »es liegt kein schwerwiegender Grund vor, warum es Streitigkeiten zwischen China und Indien geben sollte, sei Pakistan für Indien natürlich eine andere Frage«.

»Indien wird Pakistan überholen«, meint Kissinger. »Pakistan wird in erster Linie ein regionales Land bleiben, während Indien eher eine globale Rolle spielen wird.«

Über das indische Atomprogramm sagte Kissinger, daß Kernkraft »die Richtung ist, die viele Länder einschlagen müssen, die keine größeren Ölvorräte besitzen. Die einzige eindeutige Katastrophe, die sich in Tschernobyl ereignete, war eine Verkettung von Unfähigkeit und Nichtvorhandensein des Sicherheitsmechanismus, der in jedem der relativ fortgeschrittenen Ländern, die Kernenergie verwenden, wie Indien, vorhanden ist.«

Kissinger behauptet auch, daß die Nichtanpassung Indien gute Dienste geleistet habe, und mit einer Bemerkung, die man als sehr warme Empfehlung ansehen könnte, besonders weil sie von ihm kommt, fügte Kissinger hinzu: »Indien beurteilt die Fragen nach einer sehr kaltblütigen Berechnung seiner Interessen. □

Geheimdienste

Kommt es zu einer Zusammenarbeit zwischen CIA und KGB?

Der Direktor des amerikanischen Geheimdienstes CIA, Wiliam Webster, bestätigte zunehmende Spekulationen darüber, daß der CIA und der KGB bei Terroristenbekämpfunges-Einsätzen zusammenarbeiten könnten. Nachdem Webster darauf verwiesen hatte, daß der KGB-Chef Wladimir Kryuschkow in Moskau ein bisher noch nie dagewesenes Zusammentreffen mit dem amerikanischen Botschafter Jack Matlock hatte, meinte Webster: »Es liegen Hinweise vor, daß wir vielleicht zusammen etwas gegen den Terrorismus tun werden.«

Webster fügte hinzu: »Das ist nicht, was ich im Sinne habe, denn ich betätige mich nicht als Lobbyist dafür, aber ich glaube, daß dies mehr und mehr vorgeschlagen und angedeutet wird, und wir irgendwann darum gebeten werden, Empfehlungen dazu abzugeben.«

Webster schlug vor, daß eine Zusammenarbeit stattfinden könnte wie bei dem Fall der Bombenlegung in der PanAm-Maschine, wo kein denkbares politisches Argument vorhanden ist, das um den Gedanken herum entstehen könnte, »daß der Terrorist des einen der Freiheitskämpfer des anderen ist«.

Die »New York Times« berichtete, daß die Sowjetunion zugestimmt habe über Zusammenarbeit in der Frage des Terrorismus, des illegalen Drogenhandels und des Umweltschutzes zu sprechen.

Unter der Reagan-Regierung war der verstorbene CIA-Chef William Casey zu dem Schluß gekommen, daß die Sowjets bei der Ausbildung von Terroristen eine Hand im Spiel hatten, und es herrschte Einvernehmen darüber, daß Moskau den meisten Ländern, die von den Vereinigten Staaten als staatliche Förderer des Terrorismus erkannt wurden, Unterstützung gewährt hat.

Herbert Meyer, stellvertretender der Vorsitzender des National Intelligence Council des CIA von 1982 bis 1985, sagte zu der »Times«, das Beweismaterial für die Verwicklung der Sowjets im Terrorismus sei unwiderlegbar. »Es besteht kein Zweifel darüber, daß die Sowjetunion in der Vergangenheit im staatlich geförderten Terrorismus eine Schlüsselrolle gespielt hat. Die Sowjets leisteten Unterstützung mit Ausbildungseinrichtungen und anderen Mitteln. Wenn die Sowjetunion jene Staaten, die Terrorismus ausüben, immer noch unterstützt, dann ist der Gedanke an Zusammenarbeit Wahnsinn.« □

Briefe

Betr.: Bundesrepublik »Vierzig Jahre Bonn«, Nr. 6/89

Die Bundesbürger sollen bereit sein, für das ihnen als absoluten Wert aufgeschwatzte Ideal der Freiheit von den Bürgern der DDR gegebenenfalls das Opfer des Lebens zu verlangen. Die Bürger der DDR sollen bereit sein, für das ihnen als absoluten Wert aufgeschwatzte Ideal des Sozialismus von den Bundesbürgern gegebenenfalls das gleiche zu verlangen. Weil beides unsinnig und verbrecherisch ist, sollten sich die Bürger von Bundesrepublik und DDR für die Neutralität ihrer Staaten entscheiden.

Selbst wenn die NATO einen neuen Krieg mit Sicherheit verhüten könnte, eine wohl etwas zu hoffnungsvolle Annahme, und unsere Freiheit daher gesichert bliebe, wäre dieser Vorteil mit unserer schändlichen Bereitschaft zu teuer erkauft, im Rahmen der NATO gegebenenfalls an der »Verteidigung« der Bundesrepublik Deutschland und damit an der Selbstvernichtung des deutschen Volkes teilzunehmen.

Man mag streiten, ob die Zugehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland zur NATO den bundesdeutschen Schutz gewährt, den Frieden erhalten hat, oder ob der Nichtkrieg in Europa vor allem anderen Gründen zu danken ist, etwa der Bedrohung der UdSSR durch Rotchina und der Kriegsmüdigkeit der sowjetischen Supermacht, die im Zweiten Weltkrieg 20 Millionen Menschen verloren und riesige materielle Schäden erlitten hat.

Nicht zu leugnen ist, daß der wirkliche oder vermeintliche Schutz der Bundesrepublik gewährt worden ist auf Kosten der Lebensbedingungen der Menschen des Ostblocks, mithin auch der DDR, die unter dem Wettrüsten haben leiden müssen. Die Versuchung, dieses Rüsten zu betreiben, hätte für beide Bündnisse abgenommen, die Lebensbedingungen der Menschen in beiden Bündnissen wären weniger durch Wettrüsten beeinträchtigt gewesen, wenn beide deutsche Staaten neutral geblieben wären, mithin die Gebiete der feindlichen Bündnisse in Europa weitestgehend nicht unmittelbar aneinander gegrenzt hätten, wie es heute mit den benachbarten, zu einander feindlichen Bündnissen gehörigen deutschen Staaten der Fall ist.

Die Sowjets haben mit ihrer Ansicht, nur ihre starke Rüstung habe ihr Land vor einer westlichen Invasion bewahrt, genau so recht oder unrecht wie der Westen mit seiner umgekehrten These.

Wir Deutschen sollten uns heute hüten, Politik samt militärischen Folgerungen unter dem Einfluß vielleicht einmal verständlicher, jetzt fragwürdiger, Haßgefühle zu machen.

Das deutsch-deutsche politisch-militärische Gegeneinander ist aus deutscher Warte die denkbar schlechteste deutsche Politik und sollte auch die denkbar schlechteste europäische Politik sein, weil am Ende des 20. Jahrhunderts die europäischen Rivalitäten im Rahmen der Weltpolitik überholt sein müßten.

Die vom Westen gewünschte Raketenerneuerung wird hoffentlich noch eine Reihe Bundesdeutscher ins Lager der Befürworter der Neutralität treiben. Was werden denn die Polen sagen, wenn die Raketen des Westens knapp 500 km Reichweite erhalten? Unverständlich, wie die Verstärkung des Raketenpotentials in Mitteleuropa dessen Bewohner zu Freunden der solche Verstärkung früher oder heute betreibenden Supermächte soll machen können.

Wenn Abschreckung und Rüstungsgleichgewicht den Nichtkrieg sichern, dann müßte er heute ebenso den sowjetischen wie den amerikanischen Beiträgen hierzu zu danken sein. Besser wäre es, der unbedingte Friedenswille beider hätte den Nichtkrieg gesichert. Vietnam und Afghanistan belegen indes, daß beide Supermächte sich nicht nur auf Verteidigung beschränken.

Warum ist es ein Mitglied der Regierung der DDR und nicht die Bundesregierung, die das Ende der NATO und des Warschauer Pakts fordert, der das deutsche Volk am stärksten belastenden politisch-militärischen Gebilde der Nachkriegszeit?

Gottfried Jahn, Siegen

Betr.: Bundesrepublik »Bonns blauäugige Politik«, Nr. 4/89

Die allermeisten Marx-Kritiken lassen seine wesentlichsten Absichten nicht erkennen. Wie Karl Marx schon in seinem Jugendessay vom Wucher ablenkt durch den Hinweis auf den Schacher, so tut er gleiches im Kapital durch Verteufelung der Produktion, indem er das Leihkapital einfach verschweigt. Er schafft bewußt die zu ergreifende Lücke zur Weltbeherrschung.

Joachim Specht, Krefeld

*

Vorgänge, wie die in Späths »Musterländle«, wo deutsche, anständige Mieter in einer Gemeinde aus ihrer Wohnung herausgeworfen werden, um Platz für Asylbetrüger und Aussiedler zu machen, stellen eine brutale Menschenrechtsverletzung dar. An diesem Beispiel müßte doch jeder anständige Mensch merken, wie teuflisch der von den Emigranten in die Verfassung der Bundesrepublik aufgenommene Asylparagraph ist.

Da Kräfte in Bonn an den Schaltstellen der Macht in Politik und Wirtschaft sitzen, die sich in einem ethnisch-homogenen Staat nicht wohl fühlen, ist es die Pflicht jedes anständigen deutschen Patrioten, diesen Elementen eine Abfuhr zu erteilen.

Gerd Wedemeyer, Wiesbaden

Betr.: Falkland-Inseln »Londons Öl-Beute«, Nr. 4/89

Mit Bedauern entnehme ich, daß der Verfasser die einwandfrei argentinischen Falklandinseln als britisch erklären kann, ohne daß CODE das richtigstellt. Wie im Brockhaus nachzulesen, waren es umgekehrt die britischen Piraten, die über argentinisches Land herfielen, das sie schon etwa 30 Jahre früher durch zwei Invasionen erobern wollten, die Argentinien abwehren konnte.

». . . nahm England 1833 trotz der Ansprüche Argentiniens die Falklandinseln in Besitz«, heißt es amtlich. Sie waren vorher spanische Kolonie und wurden 1810, als Argentinien seine Unabhängigkeit erklärte, diesem zugesprochen. Argentinien macht seine völkerrechtlich unverjährbaren Ansprüche seitdem alljährlich geltend (im Gegensatz zum geteilten Nachkriegsdeutschland).

Übrigens gibt es keine »Malvinischen Inseln«, höchstens Malwinen, die aber bei uns von jeher Falklandinseln heißen.

Wilhelm Keiper, Nürnberg

Betr.: Wiedervereinigung »Erst Deutschland – dann Europa«, Nr. 4/89

In letzter Zeit gewinnt die »Deutsche Frage« wieder mehr und mehr, allen Unkenrufen zum Trotz, an politischer Bedeutung. Mag dies auch der noch amtierende Bundeskanzler als »blühenden Unsinn« abtun, es bieten sich neue Chancen für eine Lösung der Teilung Deutschlands seit 1945.

In prägnanter, überzeugender Form hat Dieter Schubert in seinem Artikel die wichtigsten Fakten auf den Tisch gelegt: Lage – Weg – Ziel. Hierzu stellt in seinem gerade erschienenen Buch: »Neutralität ist kein Verrat« (1989) Günter Kießling, ehemals höchster deutscher Viersterne-General in der NATO, acht neue Thesen zur deutschen Einheit auf, ohne die ein »europäisches Dach« (Gorbatschow) nicht denkbar sei. Kießlings wichtigste Aussage: Ein militärisch neutrales Gesamtdeutschland ist der beste Garant für die europäische Friedensordnung der Zukunft! Der augenblickliche Status quo gibt keine Garantie für unsere Sicherheit in Mitteleuropa.

Wer sollte sich nun für die deutsche Wiedervereinigung und Selbstbestimmung in unserem Land einsetzen, wenn es die Bonner Bundestagsparteien nicht tun? Hier gibt es für alle Patrioten nur eine Möglichkeit. Nach Vorbild der »Neuen Rechten« unter Jean-Marie Le Pen in Frankreich, eine gemeinsame Rechtsbewegung zu bilden.

Rudolf Stubert, Kulmbach

*

Die Westmächte sind in den Krieg gegangen, um das durch Hitler wieder erstarkte Deutsche Reich zu vernichten. Die Westmächte haben also kein Interesse daran, das zerstückelte Deutschland wieder zusammenzufügen, sondern es, nachdem sie Deutschland nach dem Morgenthau-Plan nicht zur Viehweide machen konnten, möglichst klein und ohnmächtig zu halten. Daß sich Bonn und die DDR trotzdem zu beachtlichen Wirtschaftsmächten entwikkelten, nahm man in Kauf, weil man davon profitierte. An der deutschfeindlichen Grundtendenz der Feindmächte hat das aber nichts geändert.

Die Reformen in der Bundesrepublik, die eine »Wende« herbeiführen sollen, sind eine Neuauflage der »Notverordnungen« à la Brüning. Damals konnten weder Pläne (Kellogg, Dawes, Hoover) den Bankrott der Weimarer Republik aufhalten, ausgehend von der Anerkennung der deutschen »Alleinschuld« in Versailles noch Notverordnungen. Auch die Bundesrepublik wird an der Anerkennung der Vererblichkeit der deutschen Kollektivschuld« zugrunde gehen, zumal auch den »Siegermächten« das Wasser bis zum Hals steht.

Deshalb haben die Forderungen der »Siegermächte« Vorrang vor den Ansprüchen des deutschen Volkes und müssen erfüllt werden von den Lizenzpolitikern. Die Einsparungen durch die »Reformen« reichen nicht im mindesten aus, um Forderungen aus dem In- und Ausland zu befriedigen, so daß der Bankrott Bonns vorauszusehen ist wie damals bei der Weimarer Republik.

Angesichts dieser Realitäten muß man sich fragen, was Wahlen oder nationale Parteien am heraufziehenden »Ende mit Schrecken« ändern könnten. Man sollte die Internationalisten im »eigenen Saft schmoren lassen« bis zu ihrem »Ende mit Schrecken« und ihnen nicht die Verantwortung abnehmen, ohne »am Ende mit Schrecken« etwas ändern zu können.

Helmut Golz, Köln